

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel
Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften

Michael Mayer
**Das Auswärtige Amt im Dritten Reich –
Eine Binnendifferenzierung**

Markus Lammert
**Die französische Linke, der Terrorismus und der
„repressive Staat“ in der Bundesrepublik
in den 1970er Jahren**

Reinhard Otto/Rolf Keller
**Zur individuellen Erfassung von sowjetischen Kriegsgefangenen
durch die Wehrmacht**

Daniela Münkel
Unruhe im eingeschlossenen Land
Ein interner Stasi-Bericht zur Lage in der DDR nach dem Mauerbau

**Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg**

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

4
11

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Michael Burleigh, Harold James,
Hélène Miard-Delacroix, Herfried Münkler,
Georges-Henri Soutou und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Johannes Hürter, Udo Wengst,
Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Assistenz: Renate Bihl

59. Jahrgang Heft 4 Oktober 2011

**Anschrift der
Redaktion** Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 089/1 26 88-0
Fax 089/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de
www.vierteljahrshefte.de

Online Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig
durchsuchbar.
<http://vfz.ifz-muenchen.de>

Impressum © 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 Presse G. i. V. m. Art. 2 Abs. 1 c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlags ist die R. Oldenbourg Verlag GmbH unter der gleichen Anschrift. Alleiniger Gesellschafter der R. Oldenbourg Verlag GmbH ist die Cornelsen Verlagsholding GmbH & Co., Mecklenburgische Str. 53, 14197 Berlin.

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 66,00; Online-Abonnement € 66,-; Print- und Online-Abonnement € 66,-; Studentenabonnement: € 38,-; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 52,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 10,80/Ausland: € 14,00. Einzelheft: € 21,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 33,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz und Druck: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising.

Beilagenhinweise:

Hamburger Edition HIS Verlagsges.mBH: Karte Buchwerbung

Oldenbourg Verlag, München: Flyer Semesterpakete

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen: Flyer Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft

Was zeichnet sie aus?

Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel

Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften 479

Legitimität und Originalität einer Disziplin

Aufsätze

Waren alle gleich verantwortlich?

Michael Mayer

Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten 509

Das Auswärtige Amt im Dritten Reich – Eine Binnendifferenzierung

Polizeistaat Deutschland?

Markus Lammert

Die französische Linke, der Terrorismus und der „repressive Staat“ in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren 533

Wie viele Opfer?

Reinhard Otto/Rolf Keller

Zur individuellen Erfassung von sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Wehrmacht 563

Diskussion

Was tat die Stasi danach?

Daniela Munkel

Unruhe im eingeschlossenen Land 579

Dokumentation

Ein interner Stasi-Bericht zur Lage in der DDR nach dem Mauerbau

Online verfügbar: das „Zeugenschrifttum“ des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte

609 Notiz

615 Rezensionen online

621 Abstracts

625 Autoren

Seit die Zeitgeschichte die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als Forschungsfeld erschlossen hat, steht sie mehr denn je vor der Herausforderung, wie sie mit den Deutungsangeboten der Sozialwissenschaften umgehen soll. Bloße Adaption oder selbstbewusste Behauptung und damit Beharrung auf den spezifischen Regeln, die der Zeitgeschichte eigen sind? Rüdiger Graf und Kim Priemel, Protagonisten einer gegenwartsnahen Zeitgeschichte, stellen sich diesen Fragen. Sie kritisieren (und illustrieren) die unbekümmerte Entlehnung sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden, plädieren aber gleichzeitig dafür, das eigene Methodenarsenal zu erweitern – durch die reflektierte behutsame Nutzung der Nachbardisziplinen, deren Begriffe und Methoden historisiert, kontextualisiert und mit der genuinen Herangehensweise der Zeitgeschichte verbunden werden müssen.

Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel

Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften

Legitimität und Originalität einer Disziplin

1. Einleitung

In theoretischen Reflexionen zur Identität des Fachs wie auch in Einführungen für Studierende wird die Zeitgeschichte gemeinhin als Teildisziplin in Abgrenzung zum Studium früherer Epochen der Geschichte definiert. Dabei werden – mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen – zumeist die folgenden Aspekte angeführt: Erstens sind die Geschichten, die Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker behandeln, oft nicht abgeschlossen und damit revisionsanfälliger als Schilderungen weiter zurückliegender Prozesse. Zweitens impliziert die Tatsache, dass Zeithistoriker oft Zeitzeugen sind, nicht nur den Vorteil genauer Kenntnis des Untersuchungsgegenstandes, sondern ebenso die Probleme der Parteilichkeit oder zumindest einer biographisch beeinflussten, mithin verengten Perspektive. Drittens steht die Beschäftigung mit der unmittelbaren Vergangenheit vor besonderen Schwierigkeiten, die aus der quantitativen und qualitativen Ausweitung der verfügbaren Quellen resultieren. Viertens schließlich wird die Zeitgeschichte vielfach als mobile Disziplin begriffen, deren Zuständigkeit sich fortwährend verschiebt, was zumeist unter dem Gesichtspunkt der intra-, nicht aber der interdisziplinären Abgrenzungsprobleme diskutiert wird¹.

¹ Siehe Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 1–8; Karl Dietrich Bracher/Hans-Peter Schwarz, Zur Einführung, in: VfZ 26 (1978), S. 1–8; Horst Möller, Zeitgeschichte – Fragestellungen, Interpretationen, Kontroversen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2 (1988), S. 3–16; Anselm Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945: Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: VfZ 41 (1993), S. 1–29; Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98–127; ders., Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und

Obwohl diese Überlegungen wichtige Eigenheiten und Probleme des zeit-historischen Arbeitens erfassen, dienen sie doch vor allem der Selbstpositionierung gegenüber jenen Historikern, die sich mit weiter zurückliegenden, oft unbekannten und auf den ersten Blick schwerer zu vergegenwärtigenden Jahrhunderten beschäftigen. Zur Abgrenzung des Fachs nach außen, d.h. über die Grenzen der *historiographical community* hinaus, und zur Begründung, wozu ein spezifisch zeithistorischer Blick auf die jüngste Vergangenheit eigentlich dient, sind sie indes wenig hilfreich. Die meisten Studierenden wie auch viele Kollegen außerhalb der Geschichtswissenschaft beschäftigt aber eher die Frage, was die Zeitgeschichte von den anderen Disziplinen unterscheidet, die sich der Gegenwart bzw. ihrer unmittelbaren Vorgeschichte widmen und mit denen das Fach in Deutungskonkurrenz steht, wie etwa der Politikwissenschaft, den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften oder auch den expandierenden Medien- und Kulturwissenschaften. In einer Zeit fortgesetzter Universitäts- und Studienreformen, in der ständig neue Studiengänge aus dem Boden schießen, ist es auch für klassische Fächer essentiell, ihren jeweils eigenen thematischen, theoretischen und methodischen Anspruch zu profilieren. Was können Zeithistoriker, was so nur Zeithistoriker können?

Die Frage nach dem spezifischen Potential zeithistorischer Forschung stellt sich nicht nur angesichts der Expansion des historisch interessierten Journalismus in den vergangenen Jahren, der Zeitgeschichte medial präsenter denn je gemacht hat². Auch mit Blick auf die stärker theoretisch arbeitenden Nachbardisziplinen, deren Forschungsergebnisse und Theorienangebote die Zeitgeschichte häufig nutzt, ohne selbst in ähnlicher Weise Theorien zu produzieren, ist zu klären, wo die Disziplin mehr leistet, als die sozial-, wirtschafts- oder politikwissenschaftlichen Theorieerwartungen empirisch zu erfüllen. Hinter der Frage nach der Spezifik der Zeitgeschichte gegenüber den Nachbardisziplinen steht also nicht zuletzt die Reflexion über den Stellenwert von Theorien für die Geschichtswis-

Zeitgeschichte, B 28 (2001), S. 15–31; Hans-Peter Schwarz, Fragen an das 20. Jahrhundert, in: VfZ 48 (2000), S. 1–36; Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M. 2002; Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte, in: VfZ 51 (2003), S. 5–28; Martin H. Geyer, Im Schatten der NS-Zeit. Zeitgeschichte als Paradigma einer (bundes-)republikanischen Geschichtswissenschaft, in: Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, hrsg. von Alexander Nützenadel und Wolfgang Schieder, Göttingen 2004, S. 25–53; Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), Einführung in die Zeitgeschichte, München 2003; Gabriele Metzler, Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Paderborn 2004; Constantin Goshler/Rüdiger Graf, Europäische Zeitgeschichte seit 1945, Berlin 2010. – Der Aufsatz geht auf ein Panel beim Historikertag 2010 in Berlin zurück. Für ihre Beiträge und Anregungen sei Christina von Hohenberg, Benjamin Ziemann, Andreas Wirsching, Willibald Steinmetz sowie den Diskutanten herzlich gedankt. Ferner haben wir sehr von den kritischen Anmerkungen von Marcus Böick, Moritz Föllmer, Constantin Goshler, Stefanie Middendorf, Martina Steber und Janosch Steuer profitiert.

² Vgl. dazu, mit weiteren Verweisen, Irmgard Zündorf, Zeitgeschichte und Public History, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL: http://docupedia.de/zg/Public_History?oldid=75534.

senschaft³. Es geht mithin um die methodische und analytische Identität der Zeitgeschichtsforschung und damit um die Rechtfertigung eines wissenschaftlichen Unternehmens, das sich in wachsender Konkurrenz um finanzielle Ressourcen und Studierende befindet.

Wenngleich die Probleme, die aus der Bezugnahme auf die Theorien benachbarter Disziplinen erwachsen, grundsätzlich alle Epochen betreffen, stellen sie sich doch für die Zeitgeschichte in besonderer Weise. Denn während die theoriegeleitete Geschichtswissenschaft in den 1960er Jahren antrat, die zeitgenössischen Methoden der Sozialwissenschaften auf vergangene Epochen anzuwenden, in denen diese noch nicht existiert hatten, beschäftigt sich die Zeitgeschichte heute mit eben jenem Zeitraum, in dem diese Theorien produziert wurden. Immer öfter der Aufgabe enthoben, die auszuwertenden Datensätze überhaupt erst zu erstellen, muss die Disziplin stattdessen klären, wie sie sich zu den sozial- und zunehmend auch kulturwissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Theorien verhält, die in ihrem Untersuchungszeitraum entstanden. Selbstverständlich müssen Historikerinnen und Historiker, gleich welcher Epoche sie sich widmen, die Gegenwartsdeutungen der Zeitgenossen kritisch reflektieren, doch stellt sich die historische Distanz zur sozialwissenschaftlichen Forschung der letzten Jahrzehnte weniger selbstverständlich ein⁴. Da die sozialwissenschaftliche Theoriebildung des 20. Jahrhunderts eben jene Phänomene erfassen sollte, die in die Zuständigkeit der Zeitgeschichte fallen, sie zugleich aber noch immer in wesentlichen Teilen unsere eigene Weltaneignung prägt, nähert sich der Zeithistoriker seinem Untersuchungszeitraum oft mit den historisch kontingenten Methoden der Sozialwissenschaftler, ohne deren Bedingtheit ausreichend zu reflektieren.

Aus dieser Nähe von sozialwissenschaftlicher Theoriebildung und Historiographie ergeben sich fundamentale erkenntnistheoretische und methodische Probleme für die Zeitgeschichte, die von Lutz Raphael, Margit Szöllösi-Janze, Anselm Doering-Manteuffel und anderen aufgeworfen wurden⁵. Während es in den Debatten über die „Verwissenschaftlichung des Sozialen und der Politik“ vor allem um den Einfluss sozialwissenschaftlicher Experten aus verschiedenen Disziplinen (Soziologie, Ökonomie) oder Handlungsfeldern (Demographie, Stadtplanung) auf die Politikgestaltung im 20. Jahrhundert geht, diskutieren Raphael und Doering-Manteuffel die Schwierigkeiten im Umgang mit zeitgenössischen,

³ Vgl. dazu jüngst Jens Hacke/Matthias Pohlig (Hrsg.), *Theorie in der Geschichtswissenschaft. Einblicke in die Praxis des historischen Forschens*, Frankfurt a. M. 2008.

⁴ Unter dem breiten Begriff der Sozialwissenschaften fassen wir im Folgenden auch Politik- und Wirtschaftswissenschaften; für andere Fächer wie die Kultur- und Medien- oder Naturwissenschaften oder auch die Neurowissenschaften bliebe das Verhältnis zu prüfen.

⁵ Vgl. Lutz Raphael, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165–193; Margit Szöllösi-Janze, *Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 277–313; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

soziologischen Theoremen wie Modernisierung, Wertewandel, Risikogesellschaft und reflexive Moderne, Postmoderne oder Netzwerkgesellschaft. Diese sozialwissenschaftlichen Diagnosen seien „als Selbstbeschreibungen [...] ein zunehmend wirkungsvoller Bestandteil des kollektiven Erwartungshorizonts der westeuropäischen Nationen“ und könnten der Zeitgeschichte als „wissenschaftlich kontrollierte, besonders aussagekräftige Darstellungen der Entwicklungstendenzen“ der Umbruchsphase seit den 1970er Jahren dienen⁶. Sie plädieren dafür, den historischen Ort dieser Theorien, die in besonderer Weise das Problembewusstsein der Zeit geprägt hätten, zu bestimmen, sie aber zugleich als Quellen *und* als Darstellungen der Zeit zu lesen, in der sie entstanden⁷.

An diese Überlegungen anschließend, untersuchen wir im Folgenden auf der Basis unserer Forschungen zur Deindustrialisierung und zur Energiepolitik in den 1970er Jahren den Umgang mit Theorien aus den Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in der Zeitgeschichte. Dieser trägt den skizzierten Problemen bislang nur unzureichend Rechnung: So werden häufig theoretische Zugänge aus Nachbardisziplinen gewählt, deren zeitgenössisch ermittelte Ergebnisse dann als Quellen genutzt werden – mit der Folge, dass auf ähnliche Fragen mit ähnlichen Mitteln ähnliche Antworten gefunden werden, und mit der Gefahr, dass die historische Analyse zeitgenössische erkenntnistheoretische Muster und Perspektiven unkritisch reproduziert. Darüber hinaus gehen die von Raphael und Doering-Manteuffel formulierten Maximen im Umgang mit sozialwissenschaftlichen „Fakten und Theorien“ nicht weit genug, gilt es doch, diese nicht nur konsequent und unzweideutig als Quellen zu historisieren, sondern zugleich ihre Wirkung auf unsere Gegenwart und unser eigenes erkenntnistheoretisches Instrumentarium intensiver zu reflektieren. Denn nur auf diese Weise kann die Zeitgeschichtsschreibung mehr sein als die Zusammenfassung und Fortschreibung vergangener Forschungsleistungen der Nachbardisziplinen. Nur dann geht die Analyse des Sozialhistorikers über die des zeitgenössischen Sozialforschers hinaus; nur so überschreitet der Politikhistoriker den Kenntnisstand und vor allem die Interpretationskategorien des gut informierten politischen Beobachters; und nur auf diese Weise kann der Wirtschaftshistoriker die zeitgenössisch aufbereiteten Datensätze zugleich historisieren und erkenntnisfördernd nutzen. Die Zeitgeschichte muss also zeigen, dass und inwiefern die Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften selbst historisch sind – als spezifische Formen der Weltaneignung, die Wirklichkeit strukturieren, bestimmte Aspekte und Dimensionen sichtbar machen, andere aber ausblenden. Diese wirklichkeitskonstituierende Funktion der Sozialwissenschaften gilt es, in die historiographische Analyse einzubeziehen, anstatt ihre Ergebnisse zu reproduzieren und damit den Rang der Sozialwissenschaften zu bestätigen. Die besondere Schwierigkeit dieses Unterfangens besteht für Zeithistoriker darin, dass die von den Sozialwissenschaften mitkonstituierte Welt zu wesentlichen Teilen unsere eigene ist.

⁶ Ebenda, S. 59.

⁷ Vgl. ebenda, S. 58.

2. Die Plausibilität sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung und ihre Grenzen

Gesellschaftstheoretische Begriffe aus den Sozialwissenschaften stehen hoch im Kurs in einer Zeitgeschichtsschreibung, die nicht nur Geschichten erzählen will, sondern darüber hinausgehende analytische Ansprüche verfolgt. In Texten, die das Ziel haben, die strukturellen Veränderungen der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konfliktlagen unserer Gegenwart herauszuarbeiten, und die sich momentan vor allem auf die 1970er Jahre konzentrieren, wimmelt es geradezu von Begriffen wie Industrie-, Arbeits-, Dienstleistungs-, Wertewandel-, Informations-, Netzwerk-, Kommunikations-, Risiko- oder postindustrielle Gesellschaft⁸. Auch wenn die Modernisierungstheorie nach anfänglicher Euphorie angesichts schwerwiegender methodischer Einwände kaum noch Anhänger im Fach hat, nutzen Zeithistoriker doch weiterhin Begriffe wie Moderne, klassische oder Industriemoderne, Hoch- oder Postmoderne zur Beschreibung von Epochenspezifika⁹. Um die Übernahme von Theoremen aus den Nachbardisziplinen zu rechtfertigen, wird gerne zur Metapher des „Seismographen“ gegriffen¹⁰. Vertreter anderer Fächer oder bisweilen auch nur besonders gut informierte und reflektierte oder gar „hellsichtige“ Zeitgenossen seien in der Lage gewesen, die Entwicklungstendenzen ihrer Gegenwart zu erfassen und auf den Begriff zu bringen, so dass man ihrem Urteil und ihren Kategorien folgen könne.

Die bereits genannten gesellschaftstheoretischen Begriffe werfen ein je unterschiedliches Licht auf die jüngste Vergangenheit. Ihre hohe intuitive Plausibilität als Beschreibungen gesellschaftlicher Entwicklungen beziehen sie nicht zuletzt aus ihrer stilistischen, zitierfreundlichen Brillanz. Ihre Übernahme in die Geschichtswissenschaft ist jedoch grundsätzlich problematisch, da derartige Begriffe wie Metonymien funktionieren; sie setzen einen Teil für das Ganze und erheben bestimmte Aspekte der Gesellschaft zu ihrer Essenz:

„Metonymische Verzerrungen befallen praktisch alle einflussreichen Sozial- und Kulturtheorien – und dies fast notwendig insofern, als theoretische Repräsentationen höchstens Kurzfassungen der sozialen Realitäten sind, die sie zu beschrei-

⁸ Vgl. z. B. die Beiträge in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007); Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge/MA 2010; Anselm Doering-Manteuffel, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: VfZ 55 (2007), S. 559–581.

⁹ Vgl. Ulrich Herbert, Europe in High Modernity, Reflections on the Theory of the 20th Century, in: Journal of Modern European History 5 (2007), S. 5–20; Andreas Rödter, Moderne – Postmoderne – Zweite Moderne. Deutungskategorien für die Geschichte der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren, in: Thomas Raithel/Andreas Rödter/Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.

¹⁰ Vgl. Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft: Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 22; Martin H. Geyer, Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 47–93, hier S. 91.

ben vorgeben. Beispielhaft zeigt sich dies im Schritt von der Beschreibung der globalisierten Aspekte unserer gegenwärtigen Gesellschaft zu ihrer Beschreibung als ‚globalisierte Gesellschaft‘; [...] von dem Verweis auf die reflexiven Bestandteile unserer Kultur zur Beschreibung unserer Kultur als reflexiv. Die theoretische Metonymie ist ein Problem für all jene, die eher ein ausgemaltes Bild als eine Bleistiftskizze unserer heutigen Lebensweise anstreben.“¹¹

Da Historiker zu jener Gruppe von Wissenschaftlern zählen, die das Gemälde der Bleistiftskizze vorziehen, bleibt die Übernahme theoretischer Metonymien für sie immer unbefriedigend. Das ist auch dann noch der Fall, wenn man sich vom Ideal der Vollständigkeit oder der Totalgeschichte verabschiedet und die notwendige Partikularität, Standort- und Theoriegebundenheit historischer Erkenntnis anerkennt. Denn die Mängel der theoretischen Metonymien liegen weniger in ihrer Partikularität als vielmehr darin, dass die Identifizierung bestimmter Teilaspekte der Gesellschaft mit dem Ganzen und die dadurch bedingte Unterbelichtung oder Ausblendung anderer Teile immer bestimmten inner- und außerwissenschaftlichen – oftmals politischen – Interessen folgt. Während diese in der sozialwissenschaftlichen Theoriediskussion und in der geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den von ihr selbst produzierten metonymischen Beschreibungen häufig mitreflektiert werden, gehen sie bei der Übernahme aus anderen Fächern in die historische Beschreibung regelmäßig verloren. Stattdessen werden die zitierten Begriffe als Repräsentationen historischer Wirklichkeit verstanden. Darüber hinaus gerät auch der oftmals prognostische Charakter der sozialwissenschaftlichen Theorien aus dem Blick, die nicht nur ihre Gegenwart erfassen, sondern auch zukünftige Entwicklungen vorhersagen und damit beeinflussen wollen.

Bei dem in der Forschung zu den 1970er Jahren populären Begriff der „postindustriellen Gesellschaft“ ist dies besonders deutlich. Schon in der deutschen Übersetzung von Daniel Bells Klassiker als *Die nachindustrielle Gesellschaft* wurde die gleich doppelte Zukunftsorientierung im Ober- und Untertitel des Originals *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting* übergegangen¹². In der Geschichtswissenschaft gilt die postindustrielle Gesellschaft heute gemeinhin als reales Phänomen, dessen Entstehung nurmehr retrospektiv nachzuzeichnen ist, nicht aber als ein Begriff, dessen Angemessenheit erst nachzuweisen wäre. Auf die Probleme der wirtschaftstheoretischen Fundierung eines vermeintlich spezifischen „Strukturwandels“, der in den 1970er Jahren zum Durchbruch einer „Dienstleistungsökonomie“ geführt habe, wird später eingegangen. Daneben offenbart *The Coming of Post-Industrial Society* indessen weitere Beschränkungen, die aus Bells Biographie sowie seinen wissenschaftlichen und politischen Präferenzen resultieren.

Zunächst hängt die Analyse des Strukturwandels, verstanden als Ausweitung des „Dienstleistungssektors“ gegenüber Landwirtschaft und industrieller Pro-

¹¹ Steven Shapin, *The Scientific Life: A Moral History of a Late Modern Vocation*, Chicago 2008, S. 4.

¹² Vgl. Daniel Bell, *The Coming of Post-Industrial Society: A Venture in Social Forecasting*, New York 1973.

duktion, von der territorialen Bezugsgröße ab. Zwar bemerkte Bell 1973 durchaus, dass dieser Prozess in den Vereinigten Staaten auch auf der Auslagerung der industriellen Fertigung in andere Länder basierte, er veränderte deswegen aber seinen Gesellschaftsbegriff nicht. Statt die Gesellschaft als ein Gebilde zu begreifen, das durch bestimmte Formen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Austauschs konstituiert ist, der sich auch über Grenzen hinweg vollziehen kann, blieben die nationalen Grenzen in Bells Analyse bemerkenswert intakt. Darüber hinaus ist auch die These, dass Wissen und Information den zentralen Rohstoff einer nachindustriellen Gesellschaft bildeten, deren entscheidende Klasse die technische und wissenschaftliche Elite sein werde – eine Überlegung, die heute in der Geschichtswissenschaft als „Abschied vom Malocher“¹³ wiederkehrt –, eine Setzung, die intellektuellen Vorlieben und politischen Werthaltungen folgte.

Bei Licht besehen war und ist Bells historisches Entwicklungsschema, das von der durch Muskelkraft geprägten Agrargesellschaft über die durch Energie konstituierte Industriegesellschaft zur auf Information basierenden Wissensgesellschaft reicht, weniger erhellend als empirisch zweifelhaft und analytisch irreführend: Für die Vergangenheit konnte Bell eine „industrielle Gesellschaft“ in den USA nur dadurch nachweisen, dass er Agrar- und Industrieproduktion kurzerhand addierte¹⁴. In der Gegenwart stellt sich die Frage, wo Informationsressourcen ohne jene energiebasierten Wissenstechnologien wären, die bereits Bell für zentrale Bestandteile zeitgenössischer Ökonomien hielt¹⁵. Hinzu kommt, dass die Konstruktion der meritokratischen, wissenschaftlich-technischen Elite auf Bells eigenen sozialen Werdegang als Aufsteiger aus armen Verhältnissen an die führende Forschungsuniversität der USA verweist und damit zugleich einem klassisch amerikanischen Erfolgsnarrativ folgt. Aber ist die Figur des an seinem Computer arbeitenden Ingenieurs oder Kreativwirtschaftlers heute wirklich aussagekräftiger für die Struktur und Lebensweise westlicher Gesellschaften als die des chinesischen Arbeiters, der die Computerteile zusammenfügt, verpackt und verschifft? Zweifel sind nicht nur an der Generalisierbarkeit, sondern auch an der empirischen Belastbarkeit solcher Einschätzungen angebracht. Metonymisches Wissen entfaltet seine hohe Plausibilität nur vor dem Hintergrund geteilter Annahmen, und im Falle Bells waren dies die Prämissen derjenigen, die sich selbst zur wissenschaftlich-technischen Elite in den USA, Westeuropa und Japan zählten und meinten, dass dieser in Zukunft wesentliche gesellschaftsgestaltende Macht zukommen solle¹⁶. Auch wenn ihre Pro-

¹³ Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 36 u. S. 38; Wolfgang Hindrichs/Uwe Jürgenhake/Christian Kleinschmidt, Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000.

¹⁴ Vgl. Bell, Coming of Post-Industrial Society, S. 132 u. S. 142.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 127. Im Vorwort zur zweiten Auflage 1976 erkennt Bell unter dem Eindruck der politischen Debatten die fortdauernde Bedeutung von Energie an; vgl. ebenda, S. 12–15.

¹⁶ Vgl. dazu auch den Folgeband: Daniel Bell, Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technologie im Widerstreit, Frankfurt 1976 (engl.: The Cultural Contradictions of Capitalism, New York 1976).

tagonisten den sozialen Ort von Bells Perspektive teilen, sollte eine kritische Geschichtswissenschaft Annahmen dieser Art reflektieren und nicht reproduzieren.

Der Konstruktionsgehalt und die Politizität sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse lassen sich vielleicht am deutlichsten an der Konjunktur des Wertewandeltheorems in der Geschichtswissenschaft illustrieren¹⁷. Der Befund, dass sich Lebens- und Verhaltensweisen über Generationen ändern, ist so alt wie das Phänomen der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung selbst. In den 1960er und 1970er Jahren meinten jedoch in den westlichen Industrienationen immer mehr Zeitgenossen angesichts des wirtschaftlichen Nachkriegsbooms, der sogenannten „sexuellen Revolution“, der Studenten- und der neuen sozialen Bewegungen einen beschleunigten Wandel der Lebensstile zu erleben. Anders als in früheren Epochen versuchten jetzt die Sozialwissenschaften, diesen Wandel mit den Mitteln der Umfrageforschung statistisch und damit vermeintlich wissenschaftlich präzise zu erfassen. Als Pionier dieser Forschung beschrieb Ronald Inglehart die Transformation als Bewegung vom „Materialismus“ zum „Postmaterialismus“: Seit dem Zweiten Weltkrieg habe sich das Wertesystem in den westlichen Industriegesellschaften kontinuierlich verschoben – Lebensqualität sei wichtiger geworden als materieller Wohlstand¹⁸. Diese Verschiebung der Werteorientierung quantifizierte Inglehart, indem er in Umfragen Präferenzen für „Ordnung/Sicherheit“, „Preisstabilität“, „politische Partizipation“ und „Meinungsfreiheit“ ermittelte. Die beiden ersten Kategorien wies er den „Materialisten“, die beiden letzten den „Postmaterialisten“ zu¹⁹. Mit Hilfe von Alterskohorten meinte Inglehart in seinem Sample nachweisen zu können, dass unter den älteren Jahrgängen die Materialisten, unter den jüngeren die Postmaterialisten überwogen. Diese Verhältnisbestimmung verdeckte jedoch, dass nur etwa die Hälfte der Befragten in jeder Altersgruppe überhaupt eindeutig als Materialisten oder Postmaterialisten klassifiziert werden konnten²⁰. Dies stellt aber die Aussagekraft eben jener Dichotomie in Frage, die in Ingleharts Texten seither als statistisch belegbares Faktum sowie als zentrales gesellschaftliches Ordnungsmuster firmiert und als solches vielfach Eingang in historische Handbücher und Untersuchungen gefunden hat.

Die Frage, ob und inwiefern Werteorientierungen menschliches Verhalten erklären können, ist wohl eher von Philosophen und Psychologen als von Historikern zu beantworten. Abgesehen davon scheinen sich Werteorientierungen

¹⁷ Siehe hierzu die deutliche Kritik von Benjamin Ziemann. Sozialgeschichte und empirische Sozialforschung. Überlegungen zum Kontext und zum Ende einer Romanze, erscheint voraussichtlich in: Barbara Lüthi/Pascal Maeder/Thomas Mergel (Hrsg.), Wozu noch Sozialgeschichte? Festschrift für Josef Mooser, Göttingen 2011.

¹⁸ Ronald Inglehart, *The silent revolution: Changing values and political styles among Western publics*, Princeton/NJ. 1977, S. 3.

¹⁹ Ebenda, S. 28–32.

²⁰ Vgl. Ronald Inglehart, *Changing Values among Western Publics from 1970 to 2006*, in: *West European Politics* 31 (2008), S. 130–146; auch die Erweiterung zu einem Zwölferfset von Fragen, über das der Wandel im Rahmen der Verschiebung von der Moderne zur Postmoderne nachgewiesen werden soll, ändert nichts an seinem Konstruktionscharakter; vgl. ders., *Modernization and postmodernization. Cultural, economic, and political change in 43 societies*, Princeton/NJ. 1997.

aber nur sehr begrenzt in artifiziellen Umfragesituationen ergründen zu lassen. Schließlich sind nicht nur Praxis und Reflexion zweierlei, sondern auch Aussagen über das eigene Handeln davon noch einmal zu unterscheiden. Die Bedenken gegen die Umfragekonstellation, die Kategorienbildung und die falsche Verdinglichung hochgradig konstruierter statistischer Ergebnisse in der anschließenden Präsentation verstummen auch dann nicht, wenn man sich der innersozialwissenschaftlichen Kritik anschließt und beispielsweise mit Helmut Klages einen Wertewandelschub in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren diagnostiziert, der zu einer geringeren Bedeutung der Pflicht- und Akzeptanzwerte bei gleichzeitiger Aufwertung der Selbstentfaltungswerte geführt habe – die grundsätzlichen Probleme des Konzepts werden dadurch nicht ausgeräumt²¹.

Trotz dieser Schwierigkeiten und des hohen Konstruktionsgrades des „Wertewandels“ findet sich dieser als gern zitiertes Faktum in zahlreichen zeithistorischen Darstellungen²². So beschreibt Hartmut Kaelble auf der Basis der Umfragen der *European Values Study* oder von Ingleharts *World Values Survey* gemeinsame Trends der Werteentwicklung in Europa²³. Auch für Andreas Rödder hat sich in der Bundesrepublik von der Mitte der 1960er bis zum Beginn der 1970er Jahre eben jener „Wertewandelsschub“ „vollzogen“, den Klages festgestellt hat²⁴. Dieser Schub sei letztlich eine Konsequenz des postmodernen „anything goes“ gewesen, das zur Pluralisierung von Lebensformen und Veränderungen von Geschlechterbeziehungen, Sexualmoral, Freizeit und Entkirchlichung geführt habe. Diese Veränderung, die von der „internationalen und interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Wertewandelsforschung empirisch untersucht“ worden sei, begreift Rödder als dramatischen Verlust der „klassischen bürgerlichen Werte“, den er in die Nähe zum Werteverlust im Nationalsozialismus stellt. Überlegungen zu den Problemen der Umfrageforschung bzw. zum sozialwissenschaftlichen Konstruktionscharakter des Wertewandels fehlen²⁵. Stattdessen tritt der Wertewandel dem Leser als – negativ konnotiertes – realgeschichtliches Phänomen entgegen, das

²¹ Vgl. Helmut Klages, *Traditionsbruch als Herausforderung: Perspektiven der Wertewandels-gesellschaft*, Frankfurt a. M./New York 1993.

²² Vgl. z. B. Axel Schildt, *Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik*, in: Ders. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 21–53, hier S. 35; Tobias Sander, *Der Wertewandel der 1960er und 1970er Jahre und soziale Ungleichheit. Neue Quellen zu widersprüchlichen Interpretamenten*, in: *Comparativ* 17 (2007), S. 101–118.

²³ Vgl. Hartmut Kaelble, *Sozialgeschichte Europas: 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007, S. 119–153, hier S. 140 f.

²⁴ Andreas Rödder, *Werte und Wertewandel: Historisch-politische Perspektiven*, in: Ders./Wolfgang Elz (Hrsg.), *Alte Werte – Neue Werte: Schlaglichter des Wertewandels*, Göttingen 2008, S. 9–25, hier S. 19, mit direktem Verweis auf Klages; vgl. auch ders., *Moderne*, in: Raithel/Rödder/Wirsching (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne?*, S. 193.

²⁵ Andreas Rödder, *„Vom Materialismus zum Postmaterialismus? Ronald Ingleharts Diagnosen des Wertewandels, ihre Grenzen und Perspektiven“*, in: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Roedder-3-2006>, referiert zwar die Kritik an Inglehart, nimmt Klages aber davon aus und erklärt die Erforschung des Wertewandels zu einer zentralen zeithistorischen Aufgabe.

mit den exakten Methoden der Sozialwissenschaften definiert und untersucht werden und dann in die historische Darstellung einfließen kann²⁶.

Wer das Theorem des Wertewandels und seine Übertragung in die Zeitgeschichte kritisiert, leugnet nicht, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten Lebensweisen und Orientierungsmuster in Westeuropa und den USA, aber auch darüber hinaus, immer wieder und mit verschiedenen Geschwindigkeiten verändert haben, noch dass die Untersuchung dieser Prozesse zeithistorisch relevant ist. Die sozialwissenschaftliche Wertewandelforschung stellt jedoch weder ein hilfreiches begriffliches Instrumentarium noch verlässliche Rohdaten für die Zeitgeschichte bereit. Diese sollte sich Phänomenen wie Werten qualitativ, nicht quantitativ nähern, die sozialwissenschaftliche Wertewandelforschung sowie ihre feuilletonistische Popularisierung selbst als Forschungsgegenstand verstehen und fragen, wer mit welchen Motiven Gesellschaften als Wertewandelgemeinschaften begriff bzw. begreift. Statt die Befunde von Inglehart, Klages und anderen zu reproduzieren oder über die Zahlenreihen der *European Values Study* oder des Instituts für Demoskopie Allensbach einen Zugang zu Mentalitäten zu suchen²⁷, geht es vielmehr darum, ihren Konstruktionsgehalt herauszuarbeiten und ihre Wirkung als Medium gesellschaftlicher Selbstbeschreibung zu bestimmen²⁸.

3. Theorien der Politik: Internationale Beziehungen und Energie in den 1970er Jahren – Transnationalität, Interdependenz und Globalisierung

In der Zeitgeschichte sind politikgeschichtliche Fragestellungen und Perspektiven dominanter als in der Forschung zu anderen historischen Epochen, was im Fall der bundesdeutschen Zeitgeschichte auch daran liegt, dass sich das Fach in enger Verbindung mit der Politikwissenschaft etablierte²⁹. Vertreter beider Disziplinen erheben den Anspruch, die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit zu analysieren und damit einen Beitrag zum Verständnis unserer Gegenwart zu leisten. Bereits als Zeitgenossen versuchen Politikwissenschaftler oder politische Beobachter, die Gegenwart zu erfassen und zu deuten. Sie sind dabei oft so kenntnisreich und weitsichtig, dass bisweilen nicht klar ist, was Zeithistoriker selbst nach Öffnung der einschlägigen Archive noch wesentlich Neues hinzufügen können.

²⁶ Vgl. Rödder, *Moderne*, in: Raithel/Rödder/Wirsching (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne?*, S. 193.

²⁷ Dieses Vorgehen kritisiert bereits Paul Erker, *Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 202–238, hier S. 212.

²⁸ So argumentierte auch Benjamin Ziemann in seinem Vortrag auf dem Historikertag. Als Beispiel für eine Arbeit, die sich diesem Anspruch für den Bereich der politischen Demoskopie stellt, vgl. Anja Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007.

²⁹ Vgl. Winfried Süß, *Zeitgeschichte als Demokratiewissenschaft*. Karl Dietrich Brachers „Auflösung der Weimarer Republik“, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), *50 Klassiker der Zeitgeschichte*, Göttingen 2007, S. 47–51.

So stößt der Zeithistoriker etwa bei der Untersuchung der Energiepolitik in westlichen Industrienationen in den 1970er Jahren auf eine Unmenge politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Studien, die unmittelbar auf die Ölpreissteigerungen durch die OPEC und die Produktions- und Lieferbeschränkungen durch deren arabische Mitglieder reagierten. Auf zahlreichen Konferenzen versuchten Politikwissenschaftler in Verbindung mit Ökonomen, oft aber auch mit noch aktiven Politikern, die Ursachen der sogenannten Ölkrise zu ergründen, ihre Dynamik und ihren unterschiedlichen Verlauf in den betroffenen Ländern zu erklären und die Auswirkungen der Preissteigerungen und Produktionsbeschränkungen auf die westlichen Industrieländer zu bestimmen³⁰. In kurzer Zeit avancierte die Ölkrise zu einem paradigmatischen Fall, anhand dessen die Bedingungen internationaler Politik studiert wurden³¹. Die dabei entstandenen Studien und Erklärungsansätze sind vielfältig, oft äußerst elaboriert und formulieren weitreichende Erklärungsansprüche. Angesichts dieses Diskurses, der aufgrund der eher noch gestiegenen Relevanz der Öl- und Energieversorgung bis in die Gegenwart reicht, bleiben dem Zeithistoriker, der eine Geschichte der Ölkrise schreiben will, anscheinend nur zwei Möglichkeiten: Entweder er rekapituliert eine der zeitgenössischen Positionen, macht sie sich mehr oder weniger explizit zu eigen und vertritt sie als nun historische These. So wiederholt etwa Jens Hohensee den schon zeitgenössischen Befund, dass das Öl niemals knapp gewesen sei und es folglich keine Ölversorgungskrise, sondern nur einen Ölpreisschock gegeben habe³². Oder aber der Historiker kapituliert und stellt resigniert fest, dass zur Ölkrise von den Nachbardisziplinen schon alles gesagt und ihren Ergebnissen nichts mehr hinzuzufügen sei. Kapitulation und Rekapitulation sind jedoch gleichermaßen unbefriedigend für eine Zeitgeschichtsschreibung, die stattdessen versuchen muss, den spezifischen Mehrwert einer historischen Analyse gegenüber politik- und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen herauszustellen.

Um die Spezifik des historischen Zugangs zu beschreiben, kann man zunächst an die klassische Unterscheidung von idiographischen und nomothetischen Wissenschaften anschließen³³. Während es historischen Untersuchungen um die

³⁰ Vgl. z. B. Raymond Vernon (Hrsg.), *The Oil Crisis*, New York 1976; Edward Fried/Charles Schultze (Hrsg.), *Higher Oil Prices and the World Economy. The Adjustment Problem*, Washington 1975; Wolfgang Hager (Hrsg.), *Erdöl und internationale Politik*, München 1975; Fritz Lücke (Hrsg.), *Ölkrise 10 Jahre danach*, Köln 1984; T. M. Rybczynski (Hrsg.), *The Economics of the Oil Crisis*, New York 1976; Manfred Tietzel (Hrsg.), *Die Energiekrise. 5 Jahre danach*, Bonn 1978; George H. Cummings (Hrsg.), *Optimum use of world petroleum*, New York 1974; *Die Energiekrise. Episode oder Ende einer Ära. Eine Diskussion zwischen Ralf Dahrendorf, Hans Joachim Langmann u. a.*, Hamburg 1974.

³¹ Vgl. Linda B. Miller, *Review: Energy, Security and Foreign Policy. A Review Essay*, in: *International Security* 4 (1977), H. 1, S. 111–123.

³² Vgl. Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996.

³³ Vgl. Wilhelm Windelband, *Geschichte und Naturwissenschaft: Rede zum Antritt des Rektorats der Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg gehalten am 1. Mai 1894*, Strassburg ³1904, S. 12.

Darstellung bzw. Erklärung eines Ereigniskomplexes geht, auch wenn dabei allgemeinere Theorien und Modelle zu Hilfe genommen werden, weisen die meisten politikwissenschaftlichen Analysen über den Einzelfall hinaus. Ein Ereignis dient oftmals lediglich als Exempel, um eine allgemeine Theorie zu begründen, die sich im Fall der Ölkrise auf die Funktionsweise internationaler oder nationaler Politik im Allgemeinen oder politischer Embargos im Besonderen, die Transformation nationaler Sicherheitsverständnisse oder den Stellenwert von Energie im Rahmen der politischen Ökonomie beziehen kann³⁴. Dies ist ein legitimer Ansatz; zur Untersuchung einer bestimmten historischen Konstellation sind diese Theorien aber zumeist entweder zu artifiziell, so dass die Erkenntnis der historischen Wirklichkeit unnötig erschwert wird, oder unterkomplex und damit zur Erfassung der Vielfalt und Zufälligkeit menschlichen Handelns ungeeignet.

Ein Beispiel für den ersten Fall ist Peter Cowheys *The Problems of Plenty. Energy Policy and International Politics*, dem ein politikwissenschaftlicher Kollege 1985 einen „ungewöhnlich umfassenden und weitgehend umgesetzten theoretischen Anspruch mit historischer und empirischer Fülle“ attestierte³⁵. Wenn Cowhey zu Beginn seiner Untersuchung der Energiepolitik der 1970er Jahre neun Typen internationaler Managementstrategien unterscheidet und behauptet, der Leser müsse („the reader must“) die Formen der Zusammenarbeit in der Internationalen Energieagentur mittels dieser neunzelligen Matrix verstehen, wird dem allerdings kaum ein Zeithistoriker zustimmen³⁶. In die zweite Kategorie fällt Roy Lickliders Untersuchung aus dem Jahr 1988, der die Frage, ob das Ölembargo eine Veränderung der westlichen Nahostpolitik bewirkt habe, negativ beantwortet, da die wesentlichen politischen Veränderungen in den untersuchten Staaten nicht während des Embargos, sondern erst im folgenden Jahrzehnt erfolgt und vor allem auf den gewachsenen Reichtum der Förderländer zurückzuführen seien³⁷. Hierzu bemerkte schon zeitgenössisch der kanadische Historiker Stephen Duguid in der *International History Review*, die ganze Anlage von Lickliders Untersuchung der „Ölwaffe“ sei unterkomplex, weil sie weder die Steigerungen des Ölpreises miteinbeziehe noch den Erfolg oder Misserfolg des Embargos an etwas anderem als seinem eingangs erklärten Ziel messe³⁸.

³⁴ Vgl. z. B. Robert Owen Keohane, *After Hegemony*, Princeton/NJ. 1984; Gilford John Ikenberry, *Reasons of State. Oil Policies and the Capacities of the American Government*, Ithaca/London 1988; Roy Licklider, *Political Power and the Arab Oil Weapon. The Experience of Five Industrial Nations*, Berkeley 1988; David A. Deese/Joseph S. Nye (Hrsg.), *Energy and Security*, Cambridge/MA. 1981; Cyrus Bina, *The economics of the oil crisis: Theories of oil crisis, oil rent, and internationalization of capital in the oil industry*, London 1985; California Energy Commission (Hrsg.), *Government behavior in an oil crisis: An analysis of the Rand energy emergency simulation*, Sacramento 1982; Rybczynski (Hrsg.), *Economics of the oil crisis*.

³⁵ Vgl. Ernest J. Wilson, Review, in: *The American Political Science Review* 79 (1985), S. 892 f.

³⁶ Vgl. Peter Cowhey, *The Problems of Plenty: Energy Policy and International Politics*, Berkeley 1985.

³⁷ Vgl. Licklider, *Political Power and the Arab Oil weapon*.

³⁸ Vgl. Stephen Duguid, Review, in: *The International History Review* 11 (1989), S. 403–405.

Es fällt Historikern leicht, sich von diesen mal unnötig komplizierten, mal unterkomplexen Theorien zu distanzieren, da sie wenig zur Erhellung konkreter historischer Konstellationen beitragen, und stattdessen für eine einfache empirische Beschreibung zu plädieren. Im gegenwärtigen Jargon wird dies – wie auch der grundsätzliche Theorieverzicht – gern in mehr als lockerem Bezug auf Clifford Geertz als „dichte Beschreibung“ camoufliert. Die Distanzierung fällt jedoch deutlich schwerer bei Theorien, die jüngeren Datums sind und unsere gegenwärtigen Forschungsinteressen betreffen, wie etwa bei der Theorie komplexer Interdependenz und transnationaler, nicht-gouvernementaler Akteure. Man kann zu „Transnationalität“ und „Globalisierung“ stehen wie man will, aber wohl kaum leugnen, dass sie in den letzten zwanzig Jahren zu zentralen Begriffen der geschichtswissenschaftlichen Debatte avanciert sind. Neben ausführlichen theoretischen Überlegungen zur „transnationalen Geschichte“ entstanden zahlreiche empirische Studien zu transnationalen Phänomenen oder Einzelaspekten der Globalisierung; darüber hinaus wurde versucht, die Geschichte der Globalisierung bzw. die Entwicklung von Transnationalität selbst zu beschreiben³⁹. Das Bewusstsein beider Phänomene und ihre wissenschaftliche Erfassung erfuhren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und hier wiederum in den 1970er Jahren, dem neuesten Schwerpunktjahrzehnt der zeithistorischen Forschung, einen Schub: Für den Zeitraum bis 1965 verzeichnet die Datenbank JSTOR 178 Aufsätze, in denen das Wort „transnational“ vorkommt, und zwei, die es im Titel tragen. In den folgenden fünfzehn Jahren tauchte der Begriff in 1.750 Aufsätzen auf, und in 90 stand er im Titel⁴⁰. Auch eine Wortsuche in mehreren Millionen von Google gescannten Büchern belegt, dass der Begriff ab dem Beginn der 1970er Jahre häufiger wurde⁴¹. Über Globalisierung wurde sicher schon länger geredet, aber der Begriff lässt sich am 31. Dezember 1974 erstmals in der *New York Times* nachweisen und erlebte eine Konjunktur in den 1980er und vor allem 90er Jahren⁴².

Diese vagen Indikatoren sind zwar mit großer Vorsicht zu genießen, doch auch die Theoriebildung zur Transnationalität nahm in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren sprunghaft zu: Im Juni 1970 richteten Robert Keohane und Joseph Nye am Center for International Affairs in Harvard eine Konferenz zu „Transnationalen Beziehungen“ aus, deren Teilnehmer unter Rückgriff auf ältere

³⁹ Vgl. aus der reichhaltigen Literatur einführend David Held/Anthony McGrew (Hrsg.), *The Global Transformations Reader. An Introduction to the Globalization Debate*, Oxford 2000; Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München 2003; Bruce Mazlish/Akira Iriye (Hrsg.), *The global history reader*, New York 2004; Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006.

⁴⁰ Stand: September 2010.

⁴¹ Google Labs: Books Ngram Viewer: http://ngrams.googlelabs.com/graph?content=globalization%2Ctransnational&year_start=1900&year_end=2000&corpus=0&smoothing=3 (21. 12. 2010). Zum methodischen Hintergrund der Datenbank siehe Jean-Baptiste Michel/Yuan Kui Shen/Aviva Presser Aiden u. a., *Quantitative Analysis of Culture Using Millions of Digitized Books*, in: www.sciencexpress.org, 16. 12. 2010, S. 1–10 (Zugriff am 17. 12. 2010).

⁴² Vgl. Soma Golden, *Grappling With Multinational Corporations*, in: *New York Times* vom 31. 12. 1974.

theoretische Überlegungen von Raymond Aron, Karl Kaiser oder Horst Mendershausen versuchten, dem Forschungsfeld eine neue Grundlage zu geben. Ihre mehrfach publizierten Beiträge bilden seitdem den Ausgangspunkt politikwissenschaftlicher Überlegungen zur Transnationalität und tauchen entsprechend auch in den historischen Arbeiten zur internationalen Politik der 1970er Jahre auf⁴³. In den Theoriedebatten der Geschichtswissenschaft zur „transnationalen Geschichte“ sind sie indes bislang weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Nachdem Nye und Keohane in den 1960er Jahren in Harvard promoviert wurden, ist Nye dort seit 1964 als Professor für Politikwissenschaft tätig, während Keohanes Karriere etwas unsteter verlief, sich aber an nicht weniger renommierten Universitäten wie Stanford, Duke und Princeton abspielte. Seit ihrer gemeinsamen Zeit in Harvard versuchten beide in enger Kooperation, die alte realistische Auffassung internationaler Politik durch ein neues Modell zu modifizieren bzw. zu ersetzen. Für Keohane und Nye war der außenpolitische Realismus, der internationale Politik als Interaktion autonomer Staaten interpretierte, die ihren nationalen Interessen folgten, nicht mehr in der Lage, die Verhältnisse der 1970er Jahre zu beschreiben. Diese sahen sie gekennzeichnet durch eine Art „komplexer Interdependenz“, also durch eine Vielfalt transnationaler Beziehungen zwischen Gesellschaften auf verschiedenen Ebenen, durch transnationale Organisationen und Institutionen, durch das Fehlen klarer Hierarchien bei politischen Themen und den Bedeutungsverlust militärischer Macht⁴⁴. Diese Faktoren führten in ihren Augen zu einer Abschwächung der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges, zu dessen Analyse der außenpolitische Realismus angetreten war. Angesichts des Aufstiegs neuer Mächte prognostizierten sie, in Übereinstimmung mit klassischen Verfechtern des Realismus wie Hans J. Morgenthau oder Herman Kahn, die Entstehung einer multipolaren Welt und das Ende der US-amerikanischen Hegemonie⁴⁵.

Das Paradebeispiel, anhand dessen Keohane und Nye ihre veränderte Auffassung internationaler Politik entwickelten, war die Transformation der internatio-

⁴³ Vgl. Joseph S. Nye, Jr./Robert O. Keohane, *Transnational Relations and World Politics. A Conclusion*, in: *International Organization* 25 (1971), S. 721–748; dies. (Hrsg.), *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge/MA. ³1973; zur politikwissenschaftlichen Diskussion siehe Thomas Risse-Kappen (Hrsg.), *Bringing Transnational Relations back in. Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions*, Cambridge 1995; ders., *Transnational Actors and World Politics*, in: Walter Carlsnaes (Hrsg.), *Handbook of International Relations*, London 2002, S. 255–274; Helen V. Milner/Andrew Moravcsik (Hrsg.), *Power, Interdependence, and Nonstate Actors in World Politics*, Princeton/NJ. 2009, sowie die Bezüge in der Neuauflage Robert O. Keohane/Joseph S. Nye, *Power and Interdependence*, New York ³2004.

⁴⁴ Vgl. Robert Keohane/Joseph S. Nye, *Transnational Relations and World Politics. An Introduction*, in: Dies. (Hrsg.), *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge/MA. ³1973, S. IX–XXIX; dies., *Power and Interdependence: World Politics in Transition*, Boston 1977.

⁴⁵ Vgl. Keohane, *After Hegemony*; Hans J. Morgenthau, *The New Diplomacy Movement: International Commentary*, in: *Encounter*, August 1974, S. 52–57; Herman Kahn, *Angriff auf die Zukunft: Die 70er und 80er Jahre: So werden wir leben*, Wien/München/Zürich 1972.

nen Ölwirtschaft und -politik, die ihres Erachtens – anders als es die oft wiederholte Erzählung von der Plötzlichkeit des ersten Ölschocks suggeriert – bereits Ende der 1960er Jahre einsetzte. Wie kein anderes Gut stand Öl als Grundstoff der modernen Industrie und Lebensweise, der nicht nur für Transport und Heizung, sondern auch in der chemischen Industrie und der Landwirtschaft benötigt wurde, angesichts seiner weltweit ungleichen Verteilung für komplexe globale Abhängigkeitsverhältnisse. Zugleich deuteten die Lösungsansätze, die 1974 auf der Washingtoner Energiekonferenz und dann in der Internationalen Energieagentur gesucht wurden, auf die Möglichkeit und Notwendigkeit internationaler Kooperationen unter Einschluss der USA hin⁴⁶. Das „American Century“ erschien in dieser Perspektive als ein sehr kurzes, das gut zwanzig Jahre nach seinem Beginn schon wieder vor dem Ende stand⁴⁷.

Auf den ersten Blick ist diese Gegenwartsdiagnose so einleuchtend, dass sie noch über dreißig Jahre später in der politisch-zeithistorischen Publizistik, aber auch in der Geschichtswissenschaft geteilt wird. So erklärte 2008 Andrew Bacevich in seinem viel beachteten Buch *The Limits of Power. The End of American Exceptionalism*, dass die entscheidende Zäsur der US-amerikanischen Zeitgeschichte nicht der Zusammenbruch des Kommunismus, sondern das Ende der ökonomischen Dominanz in den 1970er Jahren gewesen sei⁴⁸. Auch in einem neuen Themenheft zur Rolle nichtstaatlicher Akteure im europäischen Integrationsprozess in den 1970er Jahren werden Nye und Keohane als politikwissenschaftliche Autoritäten angeführt, die in den 1970er Jahren einen Prozess wachsender Interdependenz beobachteten, der heute als „Globalisierung“ beschrieben werden könne⁴⁹. Unter explizitem Bezug auf Nye und Keohane argumentiert darüber hinaus Daniel J. Sargent auf der Basis seiner ebenfalls in Harvard, allerdings im Fach Geschichte, entstandenen Dissertation, dass die Vereinigten Staaten in den 1970er Jahren durch die gewachsene Ölabhängigkeit Autonomie und Hegemoniefähigkeit verloren hätten. Die Ölkrise habe Regierung und Bevölkerung schockartig klargemacht, dass sich das Land in einem Zustand komplexer Interdependenz befinde, weshalb die 1970er Jahre ein wichtiges Scharnierjahrzehnt in der Geschichte der Globalisierung gewesen seien⁵⁰.

Was sagt es nun über den Zustand der Zeitgeschichte aus, wenn man an einem renommierten historischen Institut mit einer Arbeit promoviert werden kann, in der Thesen wiederholt werden, die gut dreißig Jahre zuvor im Nachbarinstitut an eben dieser Universität von Zeitgenossen aufgestellt wurden? Liegt hier

⁴⁶ Vgl. Keohane, *After Hegemony*, S. 182–240; ders., *The International Energy Agency. State Influence and Transgovernmental Politics*, in: *International Organization* 32 (1978), S. 929–951; ders./Nye, *Power and Interdependence*, S. 10 ff. u. S. 204.

⁴⁷ Vgl. Keohane, *After Hegemony*, S. 9 u. S. 15.

⁴⁸ Vgl. Andrew J. Bacevich, *The Limits of Power: The End of American Exceptionalism*, New York 2008, S. 29–31.

⁴⁹ Vgl. Wolfram Kaiser/Jan-Henrik Meyer, *Non-State Actors in European Integration in the 1970s. Towards a Polity of Transnational Contestation*, in: *Comparativ* 20 (2010), S. 7–24.

⁵⁰ Vgl. Daniel J. Sargent, *The United States and Globalization in the 1970s*, in: Ferguson u. a. (Hrsg.), *The Shock of the Global*, S. 49–64.

überhaupt ein Problem, oder können die zeitgenössischen Politikwissenschaftler nicht auch schlicht richtig gelegen haben? Wäre es nicht falsch, ihnen bloß um des Widerspruchs willen zu widersprechen?

Grundsätzlich tendiert die einfache Theorieübernahme erstens dazu, die Wirklichkeitskonstituierende Kraft der Theorien aus den Nachbardisziplinen zu übersehen, wobei uns diese Theorien nicht zuletzt deshalb plausibel erscheinen, weil sie auch in der Gegenwart noch Deutungskraft entfalten. Genauso wie die Soziologie bestimmte Phänomene durch die Zusammenstellung und Präsentation von Datensätzen erst sichtbar und damit zum Gegenstand von Reflexion und Politik macht, definieren auch politische Begriffe und Theorien Wirklichkeitsfelder und ihre Wahrnehmung. So gehören Nye und Keohane seit Jahrzehnten nicht nur in den USA, sondern weltweit zu den einflussreichsten Politologen im Feld der Internationalen Beziehungen⁵¹. Sie entwickelten ihre Theorien nicht im abgeschlossenen Raum der Universität, sondern nahmen Einfluss auf politisch Verantwortliche – entweder auf Konferenzen oder aber durch ihre konkrete Tätigkeit in der Regierung; so war Joseph Nye 1977 bis 1979 im National Security Council unter Jimmy Carter mit der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen befasst und dann wiederum 1993/94 unter Bill Clinton Vorsitzender des National Intelligence Councils und Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs.

Zweitens ist es problematisch, politikwissenschaftliche Theorien einfach in die historische Analyse zu überführen, weil diese immer auch politische Theorien waren. Nye und Keohane wollten nicht nur beschreiben und analysieren, sondern sie verfolgten zugleich politische Absichten, die auf intensivere internationale Kooperation und die Stärkung internationaler Organisationen zielten. So sympathisch man diese Position finden mag, so fragwürdig ist es doch, sie zu einer generellen Entwicklungstendenz der internationalen Geschichte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu machen und diese dann gar noch auf zunehmende ökonomische Interdependenzen zurückzuführen: Die 1984 von Keohane prognostisch formulierte These *After Hegemony* entfaltete 1990, 1995, 2000, 2005 oder 2010 unter je veränderten politischen Bedingungen, die er selbst mit seinen Theorien und Aktivitäten zu beeinflussen versucht hatte, jeweils sehr unterschiedliche Überzeugungskraft.

Drittens formulierten Keohane und Nye nur eine Deutung der Gegenwart, während Politikwissenschaftler anderer politischer Couleur aus der Ölkrise vollkommen andere Schlussfolgerungen für die Gegenwart und Zukunft der internationalen Politik zogen. In der von Norman Podhoretz herausgegebenen Zeitschrift *Commentary*, die in den 1960er und 1970er Jahren zu einem führenden Organ der Neuformierung des US-amerikanischen Konservatismus wurde, begründete Robert W. Tucker 1975 die Möglichkeit und Notwendigkeit einer mi-

⁵¹ Siehe zum fachinternen Ranking Richard Jordan u. a., One Discipline or Many? TRIP Survey of International Relations Faculty in Ten Countries, Williamsburg 2009, http://irtheoryand-practice.wm.edu/projects/trip/Final_Trip_Report_2009.pdf (21. 10. 2010).

litärischen Intervention am Persischen Golf⁵². Die Ölkrise war für Tucker kein Indikator gestiegener Interdependenz und geschwundener Möglichkeiten militärischer Intervention – eine solche Perspektive war für ihn vielmehr „a rationalization of political incompetence and the failure of will“⁵³. Setze sie sich durch, werde es zu chaotischen internationalen Beziehungen kommen, was wesentlich schlimmere Konsequenzen für das internationale System hätte als der Versuch einer militärischen Konsolidierung US-amerikanischer Hegemonie. Tuckers Diagnose und Direktive unterscheiden sich kaum von dem, was die Advokaten des „New American Century“ wie Donald Kagan, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Dick Cheney und Podhoretz seit den 1990er Jahren formulierten und in die Tat umzusetzen versuchten⁵⁴. Die Übernahme einer spezifischen zeitgenössischen politikwissenschaftlichen Theorie zur Erklärung bestimmter Entwicklungen verstellt also den Blick auf die zu jedem Zeitpunkt multiple Ausdeutbarkeit der Welt und damit auch auf die Offenheit der historischen Entwicklung, auf deren Verlauf Politikwissenschaftler mit ihren Theorien und Einschätzungen Einfluss zu nehmen suchten. Dies ist gerade für die Zeitgeschichte ein Problem, da die Entwicklungen, die sie untersucht, oft noch in der Gegenwart andauern und in die Zukunft weiterführen.

4. Ökonomischer Strukturwandel und seine Wandlungen in der Historiographie

Nicht nur politik-, sondern auch sozial- und wirtschaftsgeschichtlich interessierte Zeithistoriker sind den Kollegen aus den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen in der Regel dankbar, wenn sie ihnen das Zählen und Rechnen abnehmen. Wenn diese dann auch noch ihre Ergebnisse in allgemeinverständlicher Form, das heißt ohne mathematische Formeln und in moderat komplexen Graphiken darbieten sowie mit einem knappen, sprachlich nachvollziehbaren Konzept versehen, drängt sich der interdisziplinäre Begriffstransfer geradezu auf. Entscheidend ist jedoch, wann und auf welche Weise terminologische und konzeptionelle Übernahmen erfolgen. Die zeithistorische Adaption des Topos des Strukturwandels, der zunächst einmal recht unspezifisch ist und eher einen allgemeinen Modus der Veränderung denn eine historisch konkrete Transformation beschreibt⁵⁵, liefert hierfür ein instruktives Beispiel.

⁵² Vgl. Robert W. Tucker, Oil. The Issue of American Intervention, in: Commentary 59 (1975), S. 21–31. Zum Konservatismus in den 1970er Jahren siehe Murray Friedman, The Neoconservative Revolution: Jewish Intellectuals and the Shaping of Public Policy, Cambridge/MA. 2005; Bruce J. Schulman/Julian E. Zelizer (Hrsg.), Rightward bound: Making America conservative in the 1970s, Cambridge/MA. 2008.

⁵³ Tucker, Oil, S. 30.

⁵⁴ Siehe Project for the New American Century, Statement of Principles, June 3, 1997, <http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm> (21. 10. 2010).

⁵⁵ Vgl. auch die zweite populäre Anwendung in: Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962. Zum Begriff der Struktur sehr allgemein Manfred Riedel, System, Struktur, in: Otto Brun-

Als sozial- und besonders als wirtschaftswissenschaftliches Konzept bietet sich „Strukturwandel“ zur historischen Adaption geradezu an, verweist doch die zweite Begriffshälfte auf geschichtswissenschaftlich vertrautes Terrain. „Wandel“ legt als diachrones Konzept nahe, dass die erhobenen Daten der Ökonomen zu den Fragen der Historiker passen, und deutet an, dass ein gemeinsames Feld bestellt wird: Die ökonomische Entwicklung wird historisch, die historische ökonomisch erklärt. Zudem kommt „Strukturwandel“ frei Haus mit der Autorität sprachlicher Abstraktion und wissenschaftlicher Nüchternheit, die konkurrierenden historischen Stufenlehren nicht zu eigen ist. Um Friedrich Lists Verlaufsmodell vom Naturzustand über Hirtentum, Agrikultur- und Manufaktur- bis zum Handelsstaat mit der gebotenen Skepsis zu begegnen, bedarf es inzwischen keiner größeren Mühe. Bei Werner Sombarts Unterscheidung von Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus, zumal in ihrer marxistischen Adaption durch Ernest Mandel, liegen die Dinge nicht viel anders. Der Begriff „Strukturwandel“ scheint dagegen ideologiefrei und nicht normativ, kurz: „wissenschaftlich“ zu sein⁵⁶.

Beim ersten Teil des Kompositums tut man sich hingegen schwerer. Welche Bedingungen sozialer oder ökonomischer Wandel erfüllen muss, um als „strukturell“ zu gelten, oder ob gar jeder langfristige Wandlungsprozess struktureller Natur ist, bleibt unklar. Begriffsgeschichtlich erklärt sich dies aus der wechselhaften, von vielen Grenzüberschreitungen geprägten Genese des Konzeptes. Zunächst in Geologie, Medizin und Linguistik verbreitet, diffundierten die „Struktur“ und mit ihr der „Strukturwandel“ Ende des 19. Jahrhunderts in Soziologie und Ökonomie, die damit soziale Veränderungen erfassen wollten. Doch bezeichnenderweise lieferte erst die tiefe Depression der frühen 1930er Jahre die empirische Folie, vor welcher der Begriff systematisiert wurde. Die Einführung neuer Technologien, die Veränderung von Nachfragemustern und vor allem das Phänomen dauerhafter Arbeitslosigkeit wurden vom amerikanischen Soziologen Newell Sims und vom britischen Ökonomen William Beveridge als Symptome einer grundlegenden Transformation aufgefasst, die struktureller Natur sei und über konjunkturelle Schwankungen und Zyklen hinausgehe⁵⁷.

Beide verstanden strukturellen Wandel in erster Linie sektoral und knüpften damit an eine zweite Begriffstradition an: Die auf die physiokratische Schule zurückgehende, oft hierarchisierende Unterteilung ökonomischer Wertschöpfungsprozesse hatte im 19. Jahrhundert vor allem in der Schwesterdisziplin der Volkswirtschaftslehre, der Statistik, rasche Verbreitung gefunden, wo man der neuen

ner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 318–322.

⁵⁶ Vgl. Joachim Zweynert, Friedrich List (1789–1846), in: Heinz D. Kurz (Hrsg.), *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Bd. 1: Von Adam Smith bis Alfred Marshall, München 2008, S. 159–175, bes. S. 165f.; Karl Pribram, *Geschichte des ökonomischen Denkens*, Frankfurt a. M. 1992, S. 409f. u. S. 432f.

⁵⁷ Vgl. Newell L. Sims, Review: The Agricultural Situation in 1931–32, by the International Institute of Agriculture, in: *American Journal of Sociology* 39 (1934), Nr. 5, S. 720; ders., The Swing of Social Change, in: *Social Forces* 14 (1936), Nr. 4, S. 468–481; William Beveridge, An Analysis of Unemployment III, in: *Economica* 4 (1937), Nr. 14, S. 168–183, Zitat S. 180.

Unübersichtlichkeit von Industrien und Gewerben, Branchen und Berufen Herr zu werden versuchte. Damit waren nicht nur pragmatische Ziele verbunden, sondern auch normative Auffassungen richtiger, d.h. wünschenswerter ökonomischer Entwicklung. Wenn etwa der britische Ökonom und Statistiker Thomas A. Welton einen primären, vorwiegend produzierenden von einem sekundären, hauptsächlich Konsumgüter handelnden Sektor unterschied, verband er damit zugleich die modernisierungstheoretische These, dass Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft sich daran ablesen ließen, wie groß der sekundäre Sektor war. Weltons Folgerungen waren ebenso erfolgreich wie die von ihm vorgeschlagene Einteilung, die bis zur Jahrhundertwende Landwirtschaft als primären und industrielle Produktion als sekundären Sektor identifizierte⁵⁸.

Den theoretisch stringentsten und methodisch solidesten Beitrag zur Konzeptionalisierung und Messung sektoralen Wandels leistete 1930 der amerikanische Statistiker A. Ross Eckler. Seine Untersuchung von *Occupational Changes in the United States* zwischen 1850 und 1920 zeichnete Industrialisierung als Wandel im Verhältnis dreier Kategorien nach: *primary production* und *manufacturing* als die üblichen primären und sekundären Sektoren, zu denen Handel, Transport und professionelle Dienstleistungen als dritter Sektor hinzukamen. Dass es sich dabei um jeweils heterogene Kategorien und strittige Zuordnungen handelte, übersah Eckler ebenso wenig wie regional differenzierte Entwicklungsmuster und die Interdependenz von materieller Produktion und Dienstleistungen. Ecklers präzise, die methodischen Probleme seiner Datenerfassung und -auswertung sorgsam reflektierende, zugleich aber die modernisierungstheoretischen Implikationen Weltons aufnehmende Studie verband Strukturwandel und Drei-Sektoren-Modell (inklusive seiner Erweiterung) bereits mustergültig. Es war wohl nur der Umstand, dass Eckler auf die numerische Beschreibung der Sektoren als primär, sekundär und tertiär verzichtete, der verhinderte, dass er unter die Gründerväter der Drei-Sektoren-Theorie aufgenommen wurde⁵⁹.

Dieser Ruhm wurde, in sehr unterschiedlichen Graden, dem neuseeländischen Ökonomen Allan Fisher, seinem britisch-australischen Kollegen Colin Clark sowie dem französischen Sozialwissenschaftler Jean Fourastié zuteil. Alle drei entwickelten ihre Überlegungen in den frühen 1930er Jahren vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise. Fisher, der zwischen 1933 und 1939 mehrere Aufsätze sowie ein umfangreiches und in der Wirtschaftswissenschaft breit rezipiertes Buch vorlegte, meinte, im sektoralen Wandel gleichermaßen Anlass und Ursache der

⁵⁸ Vgl. Thomas A. Welton, On the Classification of The People by Occupations and on Other Subjects Connected with Population Statistics of England, in: Journal of the Statistical Society of London 32 (1869), Nr. 3, S. 271–287; Helen Page Bates, Australian Experiments in Industry, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science 12 (1898), S. 21–41; Carl O. Sauer, The Survey Method in Geography and Its Objectives, in: Annals of the Association of American Geographers 14 (1924), S. 17–33.

⁵⁹ Vgl. A. Ross Eckler, Occupational Changes in the United States 1850–1920, in: Review of Economics and Statistics 12 (1930), S. 77–89.

Krise zu erblicken⁶⁰. Trotz aller sozialen Verwerfungen, die der Transformationsprozess mit sich bringe, so Fisher, sei nur im unaufhörlichen Wandel hin zu einer zunehmend tertiären Wirtschaft gesellschaftlicher Fortschritt möglich. Zeitgenössischen konservativen Steuerungsinstrumenten wie Subventionen und Schutzzöllen erteilte er daher eine entschiedene Absage. Mit seinem nachfrageorientierten Sektorenmodell, das die Dringlichkeit menschlicher Bedürfnisse zum Gradmesser nahm, gelangte Fisher zu der bekannten Dreiteilung und zugleich zu einem Koordinatensystem, innerhalb dessen der Entwicklungsstand von Staaten und Gesellschaften an der Relation ihrer Sektoren gemessen werden konnte. In der Modernisierungsdebatte der 1950er Jahre versuchte Fisher, sein Modell mit neuem Schwung zu verbreiten⁶¹. Dabei konkurrierte er mit Colin Clarks viel beachtetem Werk *Conditions of Economic Growth*, dessen entwicklungsökonomischer Impetus bereits im Titel zum Ausdruck kam⁶². Wie Fisher nahm er die Krise zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen, und auch er erkannte im Struktur- als sektorialem Wandel eine unausweichliche Übergangsphase auf dem Weg zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Seine Einteilung folgte dem bekannten Muster, war jedoch explizit statisch. Zu Agrarwirtschaft und industrieller Erzeugung als Hauptbestandteilen der ersten beiden Sektoren gesellte sich der Sammelbegriff des tertiären Sektors, in dem Clark sämtliche übrigen Branchen erfasste. Da es ihm im Kern darum ging, Daten zusammenzustellen, die für ein globales Tableau wirtschaftlicher Entwicklungsstufen genutzt werden konnten – denkbar einfach zu errechnen über das Verhältnis der Sektoren nach Beschäftigten und Wertschöpfung –, nahm er Inkonsistenzen um des internationalen Vergleiches willen bewusst in Kauf. Dabei entging Clark keineswegs, dass branchenspezifische Veränderungen nicht eindeutig mit solchen in Beschäftigungsmustern und Berufen korreliert waren, ohne dass er dieses Problem allerdings statistisch gelöst hätte⁶³.

Clarks Statik stieß auf dezidierte Kritik bei Fourastié, der Ende der 1940er Jahre die Gedanken von Fisher und Clark aufnahm und zu seinem einflussreichen *Le grand espoir du XXe siècle* formte. Sein Plädoyer, die Sektoren danach zu unterscheiden, welches Potential zur Produktivitätssteigerung sie hatten, bot den Vorteil, dass die Zuordnungen vor dem Hintergrund technologischer Innovationen ihrerseits historisch wandelbar schienen, führte aber am Ende ebenfalls zur alten Einteilung in die bekannten drei Bereiche⁶⁴. Dies lag einerseits daran, dass Fou-

⁶⁰ Vgl. Allan G. B. Fisher, Production, Primary, Secondary, Tertiary, in: *The Economic Record* 15 (1939), Nr. 28, S. 24–38; ders., Capital and the Growth of Knowledge, in: *Economic Journal* 43 (1933), S. 379–389; ders., *The Clash of Progress and Security*, London 1935.

⁶¹ Vgl. Allan G. B. Fisher, Tertiary Production as a Postwar International Economic Problem, in: *Review of Economics and Statistics* 28 (1946), S. 146–151; ders., A Note on Tertiary Production, in: *Economic Journal* 62 (1952), S. 820–834.

⁶² Vgl. Colin Clark, *The Conditions of Economic Progress*, London: 2nd, completely rew. ed., 1951 (1. Auflage 1940, alle Verweise nach der 2. Auflage).

⁶³ Vgl. ebenda, S. 246–349.

⁶⁴ Vgl. Jean Fourastié, *Le grand espoir du XXe siècle*, édition définitive, Paris 1963, S. 58, S. 81–91 u. S. 236 f. (1. Auflage als *Le Grand Espoir du XXe siècle. Progrès technique, progrès économique, progrès social*, Paris 1949).

rastiés Beobachtungszeitraum derselbe war wie der seiner Kollegen – vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Weltwirtschaftskrise –, und hatte andererseits damit zu tun, dass es ihm mehr um eine auf die Zukunft gerichtete Prognose ging als um den diagnostischen Rückblick. Fourastié wollte nichts weniger als den Weg in eine tertiäre Zivilisation zeichnen, die – darin war er mit seinen Vorgängern völlig d'accord – als Umschichtung der Arbeitskräfte von immer produktiveren landwirtschaftlichen und industriellen Tätigkeiten in den personalintensiven tertiären Sektor gedacht war⁶⁵.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion stießen das Drei-Sektoren-Modell und insbesondere die darauf gründende Entwicklungstheorie auf theoretische und methodische Einwände. Die Heterogenität der Gewerbe und Industrien innerhalb der Sektoren, deren einheitliche Entwicklung – etwa von Kleinhandel, Versicherungswesen und Kunstschaffenden – fraglich erschien, die Belastbarkeit vor allem von Clarks Datenmaterial sowie der Anspruch auf Linearität und Gesetzmäßigkeit des sektoralen Wandels wurden in Zweifel gezogen. Da zudem der wirtschaftliche Boom, den Nordamerika, Westeuropa und Japan in der Nachkriegszeit erlebten, mit einem signifikanten Beschäftigungswachstum just im industriellen Sektor einherging, verlor das Konzept an Überzeugungskraft. Auch theoretische Konkurrenz trug zum zwischenzeitlichen Bedeutungsverlust des Sektorenmodells bei: In der Debatte um staatliche Wirtschaftslenkung dominierte John Maynard Keynes, als Modernisierungstheoretiker war Walt Whitman Rostow einflussreicher, und bei der Quantifizierung des Einflusses, den technologische Innovationen auf gesellschaftliche Produktivität hatten, standen die Arbeiten Robert Solows auf einem ungleich festeren empirischen Fundament⁶⁶.

Ihr Revival erlebte die Sektorentheorie erst in den 1970er Jahren und dies nicht zufällig vor dem Hintergrund einer neuerlichen Wirtschaftskrise und angesichts der Erfahrung, dass – nachdem man die Konjunktur schon zugunsten von Wachstumszyklen in die Abstellkammer ökonomischer Terminologie verbannt hatte⁶⁷ – Erklärungen für das Ende des Booms dringend gesucht wurden. Da traf es sich gut, dass mit Daniel Bell ein namhafter amerikanischer Soziologe 1973 das bereits erwähnte Buch zur Krise vorlegte: *The Coming of Postindustrial Society*⁶⁸. Bell hatte bereits seit den frühen 1950er Jahren und somit zeitnah zu den genannten Studien von Fisher, Clark und Fourastié über die postindustrielle Gesellschaft nachgedacht. Seine Ausarbeitung, obgleich nur Clark referierend, nahm

⁶⁵ Zur Wirkungsgeschichte Fourastiés, insbesondere seiner Vermittlung über Burkhard Lutz' deutsche Übersetzung, vgl. Rüdiger Hohls, Über die Werkbank zur tertiären Zivilisation, in: Themenportal Europäische Geschichte (2006), URL: <http://www.europa.clio-online.de/2006/Article=121> (Zugriff am 17. 12. 2010).

⁶⁶ Zur wirtschaftswissenschaftlichen Dogmengeschichte in Westdeutschland vgl. Alexander Nützenadel, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1959–1974, Göttingen 2005.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 72 f.

⁶⁸ Vgl. Bell, *Coming of Postindustrial Society*, dt. als *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt a. M./New York 1979 (Verweise fortan nach der deutschen Fassung). Zu Bells frühen Überlegungen vgl. Malcolm Waters, Daniel Bell, London 1996, S. 106.

deutliche Anleihen auch bei Fourastié – insbesondere die Betonung der Technologie als Antriebskraft auf dem Weg in die „Dienstleistungswirtschaft“ (nicht: „Dienstleistungsgesellschaft“⁶⁹) und die Wahl von Produktivitätsunterschieden als Sektorenkriterium – sowie bei Fisher, dessen Verständnis von Wissen und Bildung als zentrale Ressourcen einer tertiarisierten Ökonomie Bell teilte. Ferner nahm er die von Fishers Kritikern entwickelte und davor bereits bei Eckler umrissene Feingliederung des dritten Sektors in einen tertiären (Handel, Finanzwesen, Versicherung, Immobilien), quartären (Transport und Versorgungswirtschaft) sowie einen quintären (staatliche Dienstleistungen und Freizeit) Sektor auf⁷⁰.

Fourastié hatte dies vor ihm mehr angedeutet als ausgeführt, holte aber nun zeitgleich zu einem zweiten Wurf aus und legte mit *Les Trente Glorieuses* einen weiteren Zitationsklassiker vor. Darin verifizierte er seine drei Jahrzehnte zuvor gemachte Prognose und rief zugleich das Ende der fetten Jahre aus. Im Zeitalter der vom *Club of Rome* unter großer öffentlicher Resonanz verkündeten „Grenzen des Wachstums“ und einer scheinbar erodierenden internationalen Kooperationsbereitschaft in Währungs- und Handelspolitik prognostizierte Fourastié nun, das restliche 20. Jahrhundert werde große Probleme mit sich bringen und keinen Anlass zu großen Hoffnungen geben⁷¹. Darin lag zugleich der wichtigste Unterschied zu Bell. Die krisenhafte Form, die das neue Zeitalter in den Augen des französischen Sozialwissenschaftlers annahm, fiel weit schärfer aus als bei seinem amerikanischen Kollegen. Dass auch Bells Prognose vielfach ähnlich düstere Assoziationen weckte und gleichsam von Fourastiés Interpretation überformt wurde, reflektierte nicht nur die oftmals flüchtige Lektüre, sondern auch die realwirtschaftlichen Unterschiede: Während die westeuropäischen Volkswirtschaften nach 1973 eine lange Phase stark steigender Arbeitslosigkeit verzeichneten – im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder schnellte die Quote bis 1986 von drei auf elf Prozent –, verzeichneten die USA (ebenso wie Japan) im selben Zeitraum einen bloß moderaten Anstieg von einem bis zwei Prozent⁷².

⁶⁹ Bell, dem der Begriff regelmäßig zugeschrieben wird, sprach abseits des Titels nicht von einer Dienstleistungsgesellschaft, sondern von einer Dienstleistungswirtschaft, was jedoch im deutschen Index falsch wiedergegeben wurde. Offenkundig hatte der Begriff im deutschen Sprachgebrauch zu diesem Zeitpunkt bereits ein Eigenleben entwickelt; er findet sich auch in: Alain Tourraine, *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1972, S. 67 f., im französischen Original aber wiederum nur im Titel, nicht im Text (vgl. ders., *La société post-industrielle*, Paris 1969, S. 88). Auch Petzina konstatierte schon 1969 unter Rekurs auf das Drei-Sektoren-Modell, jedoch ohne Quellenverweise, „daß allmählich der Übergang von der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft stattfindet, dessen Auswirkungen auf die heute dominierenden industriellen Verhaltensweisen noch nicht abzusehen sind“. Dietmar Petzina, *Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, in: VfZ 17 (1969), S. 308–338, hier S. 330.

⁷⁰ Vgl. Bell, *Gesellschaft*, S. 32 f., S. 80 f. u. S. 133–143.

⁷¹ Vgl. Jean Fourastié, *Les Trente Glorieuses ou la Révolution invisible de 1946 à 1975*, édition revue et mise à jour, Paris 1979, S. 28, S. 79–99, S. 183 u. S. 232–255.

⁷² Vgl. Andrew Glyn/Bob Rowthorn, *West European Unemployment: Corporatism and Structural Change*, in: *American Economic Review* 78 (1988), Nr. 2, S. 194–199. Die US-Arbeitslosenquote erreichte zwischenzeitlich ähnliche Dimensionen, fiel dann jedoch rascher als in Westeuropa.

Die westdeutsche Diskussion über den Übergang in eine „postindustrielle Gesellschaft“, die Mitte der 1970er Jahre politisch und publizistisch Fahrt aufnahm, wurde geprägt von dieser Verbindung von „Strukturwandel“ und Arbeitsmarkt, die in den 1930er Jahren bereits Beveridge umgetrieben hatte. So wenig auch die Bonner Wirtschaftspolitik – nicht zuletzt eingedenk des Niederganges des Ruhrbergbaus – geneigt war, offiziell das Ende des Booms zu erklären, so sehr stellte sich doch seit den späten 1970er Jahren eine neue Sensibilität für Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur ein. Auch der Sachverständigenrat, der den sektoralen Wandel lange als beschäftigungsneutral, wenn nicht gar -förderlich bewertet hatte, konzidierte 1976 einen direkten Zusammenhang zwischen Strukturwandel und dauerhafter Massenarbeitslosigkeit⁷³. Zur wirtschaftspolitischen Trendwende trug bei, dass die Studien von Bell und Fourastié aus den 1970er Jahren, ergänzt um dem Titel nach vergleichbare, inhaltlich indes eine andere Richtung nehmende Bände wie Alain Touraines *La Société post-industrielle*⁷⁴, am Beginn einer neuerlichen Konjunktur von Deutungen des Strukturwandels standen⁷⁵. Diese umfasste sowohl kritische Gegenstimmen, etwa von Jonathan Gershuny, als auch verwandte oder auf Bell aufbauende Überlegungen wie jene Claus Offes und Ulrich Becks⁷⁶. Insbesondere die Verbindung von Strukturwandel und Arbeitsgesellschaft dominierte dabei die (bundesdeutsche) Debatte.

Von dieser Hochkonjunktur blieb, im Unterschied zur ersten Welle der 1930er Jahre, als eine Sozialgeschichte im heutigen Sinne noch in ihren Anfängen gestanden hatte, auch die historische Forschung nicht unbeeindruckt. Zwar war die statistische Unterteilung der Erwerbstätigen in drei Sektoren in den einschlägigen Handbüchern und Überblicken längst angekommen⁷⁷, aber das Konzept des Strukturwandels hatte bis dahin interpretatorisch nicht im Vordergrund gestanden. Die einflussreichsten deutschsprachigen Texte, die sich des Begriffs bis dato bedient hatten, um Struktur und Ereignis zu scheiden, wie jene Otto Brun-

⁷³ Vgl. Tim Schanetzky, Aporien der Verwissenschaftlichung. Sachverständigenrat und wirtschaftlicher Strukturwandel in der Bundesrepublik 1974–1988, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 153–167, hier S. 157f.; vgl. auch Georg Altmann, Aktive Arbeitsmarktpolitik. Entstehung und Wirkung eines Reformkonzepts in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2004, S. 192–216.

⁷⁴ Vgl. Alain Touraine, *La Société post-industrielle. Naissance d'une société*, Paris 1969.

⁷⁵ Vgl. die Datensätze für „Strukturwandel“ bei http://ngrams.googlelabs.com/graph?content=Strukturwandel&year_start=1900&year_end=2000&corpus=8&smoothing=3 sowie für „structural change“: http://ngrams.googlelabs.com/graph?content=structural+change&year_start=1900&year_end=2000&corpus=0&smoothing=3 (Zugriff am 29. 12. 2010).

⁷⁶ Vgl. Jonathan J. Gershuny, *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen*, Frankfurt a. M./New York 1981; ders., *The New Service Economy. The Transformation of Employment in Industrial Societies*, London 1983; *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, hrsg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Joachim Matthes, Frankfurt a. M./New York 1983; Claus Offe (Hrsg.), „Arbeitsgesellschaft“. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a. M. 1984.

⁷⁷ Vgl. etwa Karl Hardach, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993, S. 249 u. S. 255; Knut Borchardt, *Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte*, 2., verb. Auflage, Göttingen 1985, S. 92f.

ners und Werner Conzes, hatten gerade nicht auf den sektoralen Wandel gezielt⁷⁸. Nennenswerte Ausnahmen wie einzelne Artikel zur Hochindustrialisierung beziehungsweise zum Verhältnis von Handwerk und Industrie von Karl E. Born und Wolfram Fischer bestätigten die Regel⁷⁹.

An dieser geringen Prominenz des Begriffs änderten erst die großen zeithistorischen Darstellungen etwas, die seit Mitte der 1980er Jahre und bis in die unmittelbare Gegenwart erschienen und „Strukturwandel“ zu einem zentralen Interpretament erhoben. Herman van der Wees abschließender Band der von Wolfram Fischer herausgegebenen *Geschichte der Weltwirtschaft* führte den Strukturwandel bereits programmatisch im Titel und ließ mit ihm die Nachkriegsprosperität enden. So verfuhr auch Eric Hobsbawm, dessen wegweisendes *Age of Extremes* Fournastiés wehmütige Wendung von den *Trente Glorieuses* zitierte und ein *Golden Age* entwarf, an das sich Anfang der 1970er Jahre *The Crisis Decades* angeschlossen hätten⁸⁰. Wachsender internationaler Wettbewerb, technologisch bedingte Produktivitätssteigerungen, veränderte Konsummuster sowie strukturelle Arbeitslosigkeit firmierten als Gründe für eine Krise, die sich als Konjunkturdelle nicht ausreichend erklären ließ und die mit dem Zusammenbruch der internationalen Wirtschaftsordnung von Bretton Woods korreliert wurde. Das Modell eines gleichsam allumfassenden Strukturwandels als sektoraler Wandel bot sich dabei als naheliegendes Deutungsmuster an und wurde rasch aufgegriffen, indes nicht im „ökonomischen Original“, sondern in der soziologischen Adaption.

Diese enge Anlehnung ist für die zeitnahen Überblicksdarstellungen nicht überraschend, da historisch-empirische Forschungen nicht verfügbar waren, wohl aber die griffigen und tagesaktuellen Analysen der sozialwissenschaftlichen Kollegen. Auch in den folgenden zwanzig Jahren änderte sich an dieser engen Bezugnahme und der fast vollständigen Ausklammerung des ideengeschichtlichen Hintergrundes der entlehnten Konzepte wenig. Bereits die flüchtige Durchsicht

⁷⁸ Vgl. Otto Brunner, *Neue Wege der Sozialgeschichte*, Göttingen 1956, S. 38, S. 41 u. S. 56; Werner Conzes Rezension von Gerhard Leibholz, *Der Strukturwandel der modernen Demokratie*. Vortrag, gehalten in der Juristischen Studiengesellschaft in Karlsruhe am 30. April 1952, Karlsruhe 1952, in: *Historische Zeitschrift* 176 (1953), S. 436; Jin-Sung Chun, *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche „Strukturgeschichte“ im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation, 1948–1952*, München 2000, S. 91, S. 99 f. u. S. 232; Thomas Etzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 2001, S. 97 u. S. 210.

⁷⁹ Vgl. Karl E. Born, *Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* (1963), S. 361–376; Wolfram Fischer, *Das deutsche Handwerk im Strukturwandel des 20. Jahrhunderts*, in: Ders., *Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung: Aufsätze, Studien, Vorträge*, Göttingen 1972, S. 349–357; Petzina, *Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel*, S. 308–338, sowie James J. Sheehan, *Germany, 1890–1918: A Survey of Recent Research*, in: *Central European History* 1 (1968), S. 345–372, besonders S. 346.

⁸⁰ Vgl. Herman van der Wee, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980*. München 1984; Eric Hobsbawm, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century*, London 1995, S. 258, ebenso Tony Judt, *Postwar. A History of Europe since 1945*, London 2007, S. 453.

jüngerer Gesamtdarstellungen und Einführungen zur deutschen Zeitgeschichte zeigt zweierlei⁸¹: Zum einen kommt kaum eine Monographie ohne den Rekurs auf den „Strukturwandel“ aus, der dabei durchweg als sektoraler Wandel verstanden wird und den Übergang von der Industrie- in die Dienstleistungsgesellschaft beschreiben soll. Zum anderen werden nahezu unisono und ausschließlich die Arbeiten von Bell und Fourastié rezipiert, Clark allenfalls mittelbar, und die wirtschaftswissenschaftlichen Kritikpunkte, Umbau- und Alternativvorschläge ignoriert. Dies führt fast stets dazu, dass der empirische Nachweis des Strukturwandels über die Beschäftigungs- bzw. die Bruttowertschöpfungsanteile einzelner Wirtschaftsbereiche erfolgt, um so den Übergang von einer mehrheitlich industriell tätigen Erwerbsbevölkerung zu einer Majorität von Dienstleistern zu dokumentieren. Die klassische Dreiteilung wird dabei ebenso reproduziert wie der Verweis auf die steigende Bedeutung von Wissenschaft und Technologie sowie die Tertiarisierung des sekundären Sektors⁸².

Allerdings übernimmt kaum ein Autor das Modell ohne die salvatorische Klausel, der Begriff der Dienstleistungsgesellschaft sei nicht gehaltvoll genug, um als tragfähiges Interpretament zu dienen, da er ökonomische mit gesellschaftlichen Veränderungen identifiziere und insofern vereinfache⁸³. Auch der Verweis auf die inkonsistenten Sektorengrenzen gehört zum Repertoire⁸⁴. Dessen ungeachtet bedienen sich aber praktisch alle hier berücksichtigten Arbeiten des Kunstgriffs, das

⁸¹ In der britischen Historiographie spielt ein spezifischer ökonomischer Strukturwandel zwar eine prominente Rolle, geht aber im Narrativ des allgemeinen *decline* nach 1945 auf; vgl. etwa Kenneth O. Morgan, *Britain since 1945. The People's Peace*, 3., erw. Aufl. Oxford 2001; bei Derek H. Aldcroft, *The European Economy 1914–2000. With the assistance of Steven Morwood*, London 2001, wird sektoraler Wandel nur am Rande verhandelt; vgl. auch Anthony Sutcliffe, *An Economic and Social History of Western Europe since 1945*, London/New York 1996, wo der Niedergang der britischen Industrie eher Symptom als Ursache der Krise ist, sowie die Analyse bei Jim Tomlinson, *The Politics of Decline: Understanding Post-war Britain*, London 2000.

⁸² Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 63; Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*, München 2007, S. 30; Werner Abelshauser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, S. 302–314; Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium*, München 2006, S. 439; Kaelble, *Sozialgeschichte*, S. 70 u. S. 81; Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 148 u. S. 241; Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 597f. u. S. 600.

⁸³ Vgl. Andreas Rödder, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004, S. 176; Schildt, *Sozialgeschichte*, S. 83; Wolfrum, *Geglückte Demokratie*, S. 425f. Wirsching, *Abschied*, S. 229–234, verzichtet dezidiert auf die Diskussion der theoretischen Validität des Sektorenmodells, differenziert aber in der Auswertung des statistischen Materials.

⁸⁴ Vgl. zuletzt vor allem die Hinweise bei André Steiner, *Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den siebziger Jahren*, in: *Zeithistorische Forschungen* 3 (2006), S. 342–362, sowie ders., *Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?*, in: Jarausch (Hrsg.), *Ende der Zuversicht*, S. 21–38, hier S. 29f.; vgl. auch Gerold Ambrosius, *Sektoraler Wandel und internationale Verflechtung: Die bundesdeutsche Wirtschaft im*

Konzept in der Diskussion des Forschungsstandes zunächst zu kritisieren und den eigenen Ansatz davon zu distanzieren, um dann in der Darstellung gleichwohl die Leitbegriffe vom Strukturwandel und der Dienstleistungsgesellschaft zu nutzen, mit denen der Übergang von der Nachkriegsprosperität in die Phase „nach dem Boom“ erklärt wird⁸⁵.

Damit fügt sich die zeithistorische Adaptionform des Strukturwandelkonzepts in das bereits skizzierte Bild des Umganges mit theoretischen Metonymien: Deren Grenzen werden zwar bisweilen reflektiert, von ihrer Anwendung als einfache Beschreibungskategorien wird jedoch nicht abgesehen. Auch für die bereits diskutierte Adaption der Wertewandelforschung lässt sich beobachten, dass deren Methoden oft zuerst in Frage gestellt, ihre Ergebnisse dann aber doch unter dem Schirm der Reflexion genutzt werden⁸⁶. Alternativ wird, wie im Fall der „Dienstleistungsgesellschaft“, die Darstellung abschließend relativiert und die Bewertung der entlehnten Topoi mit Hilfe von empirisch kaum konkretisierten und unscharfen Begriffsneuschöpfungen wie „Hyperindustrialisierung“, „digitaler Finanzmarktkapitalismus“ oder damit unverbundenen Kategorien wie „Wohlstandsgesellschaft“ mehr umgangen als gelöst⁸⁷. Hinzu kommt dann nicht selten die rhetorische Kompression einer hochdiversen Sammlung von Ereignissen und Entwicklungen auf engem Raum – z. B. die Ölpreisschocks, der Zusammenbruch von Bretton Woods, die Überkapazitätskrise der Stahlindustrie, technologische Innovationen, der dogmatische Siegeszug des Monetarismus etc. –, die als verschiedene, aber zusammengehörige Facetten eines einzigen, großen, wirtschaftlichen Strukturwandels erscheinen, dessen Zusammenhänge und Dynamiken dadurch indes nicht klarer, sondern im Gegenteil in der Blackbox des abstrakten Begriffs verborgen werden⁸⁸.

Angesichts der Tatsache, dass das Drei-Sektoren-Modell und das Theorem des Strukturwandels vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er und 1930er Jahre ausgearbeitet wurden, überrascht die Vernachlässigung des skizzierten Entstehungskontextes der Konzepte in der Historiographie. Dabei ließe sich gerade hier prüfen, welche Erklärungskraft die Theorien für die empirisch gut erforschte Depression der Zwischenkriegszeit haben. So könnten ihr heuristischer Gehalt bestimmt oder zumindest aufschlussreiche Vergleichsmöglichkeiten zwischen beiden Phasen eröffnet werden, sowohl auf der Ebene der

Übergang zu einem neuen Strukturmuster, in: Raithel/Rödder/Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne?, S. 17–30.

⁸⁵ So verfahren Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 63, S. 160, S. 208 u. S. 212; Wolfrum, Geglückte Demokratie, S. 425 f. u. S. 504; Rödder, Bundesrepublik, S. 12 u. S. 176, Schildt, Sozialgeschichte, S. 30, S. 56 u. S. 83.

⁸⁶ Vgl. z. B. Sander, Wertewandel, S. 104 u. S. 117 f.

⁸⁷ Zitate in: Wolfrum, Geglückte Demokratie, S. 426, Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 314, Wolfrum, S. 425 f., und Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 9 u. S. 83.

⁸⁸ So in: Ebenda, S. 34–41, bei Stefan Goch, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Essen 2002, S. 16 f., und ebenso bei Kim Christian Priemel, Industrieunternehmen, Strukturwandel und Rezession. Die Krise des Flick-Konzerns in den siebziger Jahren, in: VfZ 57 (2009), S. 1–31.

Krisengründe und -erscheinungen als auch auf der reflexiven Ebene ihrer Perception. Zugleich gälte es, die zugrundeliegenden modernisierungstheoretischen und im Kern normativen Annahmen des Modells mit zu bedenken, was – anders als etwa bei Rostows Stufentheorie – bislang kaum geschehen ist. Darüber hinaus wäre die sprachliche und visuelle Konstruktion von Wirtschaft in (drei) Sektoren aufzuschließen, anstatt die bildhafte Schematisierung und das damit transportierte Ordnungsgefüge unhinterfragt zu übernehmen⁸⁹. Und schließlich wären, wie bereits angedeutet, die normativen – sei es politischen, sei es binnenwissenschaftlichen – Interessen der Sozialwissenschaftler zu beleuchten, welche die Konzepte in den 1970er Jahren popularisierten.

Bei einem solchen Unterfangen würde die Analyse der Begriffsgenese wie auch der zeitgenössischen Debatten gute Dienste leisten. Dass sich die geschichtswissenschaftliche Kritik zur Jahrtausendwende im Wesentlichen an Schwachpunkten festmacht, die partiell schon von den Urhebern selbst formuliert worden sind, namentlich den Zuordnungs- und Abgrenzungsschwierigkeiten oder der Parallelität und Reziprozität von inter- und intrasektoralen Wandel, ist wenig originell, und zwar umso mehr, als zentrale, vor allem von Ökonomen formulierte Monita übersehen werden und die Zeitgeschichte hier nicht selten hinter die Differenzierungsleistung der Nachbardisziplinen zurückfällt⁹⁰. Ähnliches gilt für die wohlfeile Kritik am Topos der Dienstleistungsgesellschaft und der Gleichsetzung von ökonomischem und sozialem Wandel. Hier würde bereits ein Blick in den als Bezugspunkt dienenden Band Daniel Bells genügen, um festzustellen, dass er eben diese Identität nicht behauptet⁹¹.

Für die Übernahme insbesondere wirtschaftswissenschaftlicher Konzepte heißt dies zweierlei: Zum einen gilt es, die Konstruktion ökonomischer Praxis in Formelbegriffen wie „Sektoren“ und „Strukturwandel“ nicht mit der Praxis selbst zu verwechseln, sondern vielmehr danach zu fragen, mit welchen Absichten und Implikationen diese (und nicht andere) Konzepte gewählt wurden. Eine begriffsgeschichtliche Nachlese macht diese Entstehungsbedingungen wie auch ihre Verformungen sichtbar, ohne dabei eine weitere „richtige“ Begriffsbenutzung zu begründen. Nicht minder wichtig ist zum anderen, dass die Übersetzungsleistung etwa der Soziologen, die mit der Verarbeitung komplexer Datensätze meist methodisch vertraut sind und zudem die Ergebnisse oft, wenngleich nicht immer, in prägnanter sprachlicher Form anbieten, zwar genutzt werden kann, ihre eigenen Adaptionsbedingungen und -interessen jedoch nicht einfach ausgeblendet werden sollten. Dies hieße, in die historische Analyse einen geliehenen Filter einzubauen, dessen Durchlässigkeitskriterien nur bedingt nachvollziehbar und insbesondere nicht beeinflussbar sind. Insofern handelt es sich hier um ein nach-

⁸⁹ So auch die Forderung von Schanetzky, Aporien, S. 153 u. S. 155.

⁹⁰ Ausnahmen finden sich vor allem unter stärker ökonomisch orientierten Wirtschaftshistorikern, etwa Toni Pierenkemper, *Wirtschaftsgeschichte. Die Entstehung der modernen Volkswirtschaft*, Berlin 2009, S. 138 f. u. S. 143; Harm G. Schröter, *Von der Teilung zur Wiedervereinigung (1945–2004)*, in: Michael North (Hrsg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, 2., völlig überarb. u. akt. Auflage, München 2005, S. 356–426.

⁹¹ Vgl. Anm. 70 und Waters, Daniel Bell, S. 108 u. S. 121.

gerade klassisches Problem mangelnder Quellenkritik, wenn Historiker zu stark auf Ableitungen erster und zweiter Ordnung vertrauen, statt das zu leisten, was sie am besten können: eine inhaltlich wie zeitlich breite, historisch-genetisch vorgehende und kontextualisierende Analyse.

Eine solche ist umso mehr gefragt, als im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ein bemerkenswertes Missverhältnis von genuiner historischer Forschung und synthetisierenden Gesamtdarstellungen zu beobachten ist. Da bislang erst wenige empirische Arbeiten vorliegen, greifen die zahlreichen Überblicksdarstellungen auf zeitgenössische sozialwissenschaftliche Literatur zurück, die jedoch nicht zuletzt wegen ihres prognostischen Charakters historisch-empirische Studien nicht ersetzen kann. Die irritierende Konstellation, dass die zeithistorische Erforschung der jüngeren Vergangenheit sich in Begriffen und Konzepten einer sozialwissenschaftlichen Perspektive bedient, für welche diese Vergangenheit noch Zukunft war, wird indes erstaunlich selten reflektiert.

Im Fall der jüngsten Zeitgeschichtsschreibung und ihrer Annäherung an das Phänomen des „Strukturwandels“ hat das Versäumnis, diesen methodischen Anforderungen gerecht zu werden, dazu geführt, dass – etwas überspitzt gesagt – die historischen Darstellungen kaum einen substantiellen Mehrwert zum Diskussionsstand der Nachbardisziplinen der 1950er und 1970er Jahre bieten – und in ihrer konzeptionellen Schärfe hinter dem Aufsatz von Ross Eckler aus dem Jahr 1930 mit seinen skrupulösen Abwägungen zurückbleiben. Dies liegt zuvorderst am verbreiteten Missverständnis, „Strukturwandel“ nicht als Anamnese, sondern als Diagnose zu begreifen⁹². Zu bestimmen wäre aber, was der Strukturbegriff bezeichnet, welche Strukturen sich wandeln und wie dieser Wandel *jeweils* strukturiert ist. Um also die Blackbox „Strukturwandel“ für das Teilsystem Wirtschaft aufzuschließen, bedarf es – unter Anerkennung der generierten Partikularität der Erkenntnisse – der Untersuchung von Berufen und Tätigkeiten, von Branchen und Unternehmen, von Eigentumsverhältnissen und Organisationsmodellen, von Produktionsweisen und Produkten, von Technologien und Konsummustern. Hier, und nicht in Sektoren, deren gemeinsamer Nenner theoretisch kaum reflektiert und empirisch leicht auszuhebeln ist, lässt sich prüfen, ob, wann und wo für wen Umbrüche welcher Art erfolgten. Derartige, den Untersuchungsgegenstand klar benennende und nicht mit vorgestanzten Modellen verdeckende Analysen würden Kategorien wie „Sektoren“ und „Tertiarisierung“ ebenso verzichtbar machen wie Neologismen von zweifelhaftem Gehalt und unklarer Bedeutung wie „Hyperindustrialisierung“, „Industriemoderne“ oder „digitaler Finanzmarktkapitalismus“.

⁹² Vgl. aber den zutreffenden Hinweis, Strukturwandelphänomene als Indikatoren, nicht als Erklärungen zu verstehen, bei Rainer Metz, Säkulare Trends der deutschen Wirtschaft, in: North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 427–500, hier S. 482.

5. Fazit: Historisierung und Pluralisierung, Theorie- und Selbstreflexion

Modelle und Theorien der Sozialwissenschaften haben vielfach prognostischen Charakter, der in der Terminologie des Danach – „*afterhegemony*“ oder „*postindustrielle Gesellschaft*“ – zum Ausdruck kommt. Bei der Verwendung solcher Theorien zur zeithistorischen Analyse wirft diese temporale Struktur methodische und forschungspraktische Probleme auf: Zeithistoriker befinden sich in demselben Zukunftshorizont wie die Schöpfer der Theorien, auf die sie zurückgreifen, und können hier meist noch mit eben jenen Sozialwissenschaftlern kooperieren, die damit beschäftigt sind, ihren Theorien im von ihnen prognostizierten Zeitrahmen zur empirischen Bestätigung zu verhelfen. Auch wenn die hier diskutierten Probleme der interdisziplinären Forschungsrezeption mitnichten exklusiv für die Zeitgeschichte gelten, betreffen sie diese doch in besonderem Maße. Grund dafür ist nicht so sehr ein Mangel an emotionaler Distanz und Nüchternheit, die Hans Rothfels in seinem klassischen Text einforderte, sondern vielmehr die fehlende intellektuelle Fremdheitserfahrung bei der Sichtung sozialwissenschaftlicher Studien. Ihre epistemische Nähe zu jenen Nachbardisziplinen, deren theoretische Zugänge sie entlehnt und deren empirische Ergebnisse sie als Quellen verarbeitet, stellt die Zeitgeschichte in dieser Hinsicht vor größere Herausforderungen. Den unbequemen Schritt zurückzutreten, um die wirklichkeitskonstituierende Wirkung sozialwissenschaftlicher Analysen zu reflektieren und diese als Quelle, nicht als Darstellung zu lesen, ist die zentrale Anforderung an unsere Disziplin. Dieser muss sie sich stellen, auch wenn sie die grundlegenden Prämissen sozialwissenschaftlicher Studien vielleicht teilt und es arbeitspraktisch leichter wäre, sie stillschweigend zu übernehmen.

Diese elementare Historisierungsleistung – im Universitätsreformjargon die Kernkompetenz von Historikerinnen und Historikern – kann durch die Aufschlüsselung der zeitgenössischen Denk- und Diskussionszusammenhänge geleistet werden, in denen die sozialwissenschaftlichen Theorien und Datensätze entstanden. Die klassische Operation der Historisierung ist indes nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den angemessenen Umgang mit sozialwissenschaftlicher Forschung in der Zeitgeschichte. Über die Analyse der sozialen und politischen Entstehungsbedingungen von Theorie und Empirie hinaus muss auch ihre Wirkung auf unsere eigenen Formen der Weltaneignung abgeschätzt werden, um nicht in ihren Denkmustern zu verbleiben, sondern eine eigenständige Perspektive auf die jüngste Vergangenheit zu erlangen. Es geht also nicht um die Rückkehr zum angeblich voraussetzungslosen, historistischen Schauen und Zeigen, sondern im Gegenteil um eine intensivere Reflexion der theoretischen Voraussetzungen geschichtswissenschaftlicher Arbeit. Wie kann dies gelingen? Was müssen wir tun, um weder vor den Nachbardisziplinen zu kapitulieren noch ihre Ergebnisse schlicht zu rekapitulieren? Was also können Historikerinnen und Historiker, was nur sie können?

Zunächst reicht es nicht aus, sich auf wenige Autoren oder große, schon zeitgenössisch als Leitbegriffe identifizierte Metonymien wie „Risikogesellschaft“, „zweite“ oder „Postmoderne“, „postindustrielle Gesellschaft“, „Globalisierung“, „Netz-

werkgesellschaft“ oder ähnliche vermeintlich „wissenschaftlich kontrollierte, besonders aussagekräftige Darstellungen“ der zeitgenössischen Entwicklungstendenzen zu konzentrieren. Um die Übernahme partikularer Urteile zu vermeiden, aber ebenso um überhaupt festzustellen, ob und warum bestimmte Darstellungen besondere Überzeugungskraft erlangten, ist es vielmehr notwendig, stets die Vielfalt der zeitgenössischen Theoriebildung ebenso wie ihre jeweiligen politischen Implikationen im Blick zu behalten. Dies bedeutet auch, die innerdisziplinären Debatten zu rezipieren und nicht aus der jeweiligen Forschungsdiskussion auszuweisen, sobald ein historiographisch einsatz- oder auch nur labelfähiger Begriff gefunden ist.

Auf diese Weise entsteht keine Objektivität, sondern stets eine neue Partikularität. Doch nur über die konsequente Behandlung sozialwissenschaftlicher Gegenwartsdiskussionen als Quellen und nicht als Darstellungen werden diese als Teil ihres jeweiligen Diskurskontextes ernst genommen. Eben dieser historische Außenblick auf die Fragen und Erwartungen, Methoden und Theorien, Ergebnisse und Thesen nicht nur einer, sondern möglichst immer mehrerer Nachbardisziplinen konstituiert eine genuine disziplinäre Identität, die das Fach Zeitgeschichte rechtfertigen kann. Dies ist nicht nur eine lästige, mitunter mühsame Pflicht, sondern auch ein Privileg der (zeit)historischen Forschung, die nicht so stark an bestimmte theoretische Vorannahmen gebunden ist wie die Nachbarfächer. Die Geschichtswissenschaft kann auch deshalb über die Erkenntnisse ihrer Nachbarn hinausgehen, weil sie sich nicht nur der Theorien eines Faches, sondern mehrerer Fächer bedienen und so verschiedene Weisen der Weltdeutung miteinander korrelieren kann, um ihre wirklichkeitskonstituierende Funktion sichtbar zu machen. Dies zu tun, verspricht mehr Erkenntnisgewinn als das Ausmalen der Ergebnisse eines angeblich „seismographisch“ begabten oder auch nur besonders sympathischen Zeitgenossen aus den Nachbardisziplinen mit bunten Quellenfunden.

Schließlich kann die Zeitgeschichte – wie die übrigen historischen Disziplinen auch – aktiver an den Theoriediskussionen mitwirken. Sie sollte sich nicht als Datensteinbruch verstehen – oder verstanden werden –, mit dessen Ressourcen bereits konstruierte Theoriegebäude untermauert werden können. Vielmehr ist es Aufgabe zeithistorischer Forschung, sich mit konstruktiver Skepsis in theoretische Debatten einzubringen und damit die Architektur großer Theoriegebäude selbst zu beeinflussen, ins Wanken oder vielleicht gar zum Einsturz zu bringen. Als Experten für Heterogenität, Kontingenz, Partikularität und Ambivalenz können das nicht nur Historikerinnen und Historiker, aber sie können es vielleicht besonders gut. Zugleich liegt darin ein beträchtliches Potential, Studierende zu gewinnen, die sich bei der Wahl ihres Faches die Frage stellen, warum sie Zeitgeschichte und nicht eine oder mehrere Sozialwissenschaften studieren sollen – und in den einschlägigen Einführungen darauf keine befriedigende Antwort finden. Dies wird nicht gelingen, wenn die Disziplin sich ihnen als eine Kopie der theorieaffinen Nachbarfächer präsentiert, wohl aber dann, wenn sie zeigen kann, dass, warum und wie sie über deren Theorien und Ergebnisse reflexiv hinausgeht.

Die verstörende publizistische Begleitmusik zum „Amt“ ist fast verstummt. Nun haben die Fachleute das Wort. Einer davon ist Michael Mayer, der die Debatte zum Anlass nimmt, sich intensiv mit der Personalstruktur des Außenministeriums im Dritten Reich und ihrem tiefgreifenden Wandel nach 1938 zu befassen. Sein Befund ist eindeutig: Es waren vor allem die neu geschaffenen, von überzeugten Nationalsozialisten geleiteten Sonderreferate, die im Auswärtigen Amt die Judenpolitik bestimmten und bereitwillig mit dem Reichssicherheitshauptamt kooperierten. Der Einfluss der alten Diplomaten in den traditionellen Abteilungen hingegen blieb in dieser Frage – trotz aller, mitunter bestürzender Anpassungsleistungen – gering.

Michael Mayer

Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten

Das Auswärtige Amt im Dritten Reich – Eine Binnendifferenzierung

Diplomat gleich Diplomat, weitere Differenzierung unnötig. So lautete anscheinend die Arbeitshypothese der Unabhängigen Historikerkommission zur Untersuchung der Geschichte des Auswärtigen Amtes (AA) in der NS-Diktatur und in der Bundesrepublik. In keinem einzigen Fall wurde deshalb systematisch erforscht, welche unterschiedlichen Positionen innerhalb des Ministeriums hinsichtlich einzelner Sachfragen bestanden. Vielmehr wird knapp geurteilt: „Auch die gerne zitierte These von der Verdrängung und Marginalisierung der traditionellen diplomatischen Elite durch nationalsozialistische Karrieristen und SS-Angehörige greift viel zu kurz.“¹ Soweit es sich dabei um den Versuch handelt, die Beteiligung des AA an den Verbrechen des Dritten Reichs zu minimieren, ist die genannte These selbstverständlich unhaltbar. Bedeutet dies jedoch zugleich, dass jede Form der Binnendifferenzierung innerhalb des Ministeriums abzulehnen ist? Gab es wirklich keinerlei Unterschiede zwischen den eher traditionell geprägten Teilen des Ministeriums, also etwa den Abteilungen Politik oder Recht, und denjenigen Arbeitseinheiten, die besonders aktiv in den Prozess der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden einbezogen waren? Dabei muss klar sein, dass eine Binnendifferenzierung nicht dazu führen darf, ein vermeintlich „gutes“ altes Amt einem „schlechten“ NS-Außenministerium gegenüber zu stellen. Alle folgenden Ausführungen müssen vor dem Hintergrund der Tatsache verstanden werden, dass die alten Eliten zu jedem Zeitpunkt von den Verbrechen an den Juden wussten und an der Umsetzung des Holocaust beteiligt waren und so gut wie nichts dagegen taten.

¹ Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 12. Vgl. zur Debatte um die Studie resümierend Johannes Hürter, Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust. Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht, in: VfZ 59 (2011), S. 167–192. Ich danke Tim Szatkowski herzlich für seine kritischen Hinweise.

Im Mittelpunkt der Studie der Historikerkommission steht vor allem das Referat Deutschland, das ab 1940 als Abteilung Deutschland bzw. ab 1943 als Referatsgruppe Inland firmierte. Der Einfachheit halber sollen diese Arbeitseinheiten, die insbesondere für die Verfolgung der Juden und die Zusammenarbeit mit NS-Parteidienststellen zuständig waren, als Sonderreferate bezeichnet werden². Der Historikerkommission diene die Überlieferung dieser Sonderreferate als Basis für ihre Ausführungen zum Holocaust. Die Akten etwa der Abteilungen Politik und Recht wurden dagegen nicht einbezogen, auch wenn diese Arbeitseinheiten häufig an der antijüdischen Politik beteiligt waren. Die Ergebnisse, die bezüglich der Sonderreferate erzielt werden, überträgt die Historikerkommission dennoch auf das gesamte AA. Hat die Historikerkommission also im Grunde keine Geschichte des AA im Dritten Reich, sondern in weiten Teilen eine Geschichte des „Judenreferats“ des Ministeriums geschrieben? Dies wird im Folgenden zu überprüfen sein.

Im ersten Teil dieses Artikels wird die personelle Zusammensetzung der Sonderreferate untersucht und stichprobenartig mit derjenigen der Politischen Abteilung verglichen. Auf diese Weise soll herausgearbeitet werden, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede die Akteure des AA aufwiesen und wie sich diese im Laufe der Zeit entwickelten. Die Politische Abteilung stellt dabei das ideale Vergleichsobjekt dar. Sie war die mit Abstand wichtigste Arbeitseinheit des Ministeriums und gilt zugleich als Hort der traditionellen Eliten im Amt.

Der zweite Teil wird die Mitwirkung des AA an der Judenpolitik des Dritten Reiches in den Mittelpunkt rücken, wobei hier vor allem auf die Verwaltungspraxis zu achten ist. Wie wirkte sich die heterogene personelle Zusammensetzung des Amts aus? Hatte sie Konsequenzen für die „Judenpolitik“ des AA? Am Beispiel einzelner Sachfragen wird hier erstmals systematisch untersucht, welche Positionen die unterschiedlichen Arbeitseinheiten einnahmen. Solche eingehende Quellenstudien können – wie die neuere Forschung zeigt – zu einer differenzierten Interpretation führen, ohne dabei ungebührlich zu vereinfachen oder apologetischen Positionen Vorschub zu leisten³.

² Es handelte sich dabei um Arbeitseinheiten, die mit einem speziellen Auftrag versehen für einen begrenzten Zeitraum geschaffen und dem Staatssekretär bzw. dem Reichsminister direkt unterstellt wurden.

³ Die jüngste Forschung weist zwei Tendenzen auf. Sebastian Weitkamp, Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der Endlösung, Bonn 2008, richtet den Blick stärker ins Detail und untersucht systematisch die Hauptakteure der Referatsgruppe Inland. Michael Mayer, Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und „Judenpolitik“ in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Ein Vergleich, München 2010, ordnet das Amt in den Kontext der deutschen Verwaltungsentwicklung ein. Zudem wird von ihm die Rolle des AA bei der Verfolgung der Juden in einem transnationalen Zusammenhang gesehen. Der Holocaust zeichnete sich schließlich gerade dadurch aus, dass er – obwohl von Deutschland initiiert und unter seiner Verantwortung umgesetzt – auf die „Kooperation“ anderer Staaten angewiesen war und auf deren antijüdischer Segregationspolitik aufbauen konnte. Der Fokus wird hier deshalb auf die Untersuchung der Frage gelegt, inwieweit die „Judenpolitik“ des NS-Regimes Teil einer gemeineuropäischen Entwicklung des Antisemitismus war und inwiefern

Die Mitarbeiter des Sonderreferats Deutschland 1933 bis 1940

Am 20. März 1933 wurde im AA das Sonderreferat Deutschland geschaffen⁴. Dieses sollte die Reaktionen des Auslands auf aktuelle innenpolitische Entwicklungen, insbesondere in der „Judenpolitik“, beobachten und den Auslandsvertretungen Informationen zur Verfügung stellen, um unliebsame Auswirkungen auf die Außenbeziehungen zu vermeiden.

Wie setzte sich die Mitarbeiterschaft des Referats Deutschland zusammen? Zur Beantwortung dieser Frage werden diejenigen Beamten des höheren Dienstes betrachtet, die über einen längeren Zeitraum im Referat tätig waren. Die vielfältigen kurzfristigen Abordnungen, etwa im Rahmen der Attachéausbildung, werden nicht berücksichtigt⁵. Das Referat bestand in den Jahren 1933 bis 1940 aus vier längerfristig eingesetzten Beamten⁶: einem Referatsleiter, seinem Stellvertreter sowie zwei Referenten. Alle vier Beamten wiesen die für den Eintritt in das AA erforderlichen Eingangsvoraussetzungen auf: Sie unterzogen sich nach einem abgeschlossenen Studium zwischen 1919 und 1925 erfolgreich der Aufnahmeprüfung für den höheren Dienst des AA. Für sie stellte somit das Jahr 1933 keinen bedeutsamen Einschnitt in ihrer Karriere und schon gar nicht deren Anfangspunkt dar. Die einzige Ausnahme bildete Referatsleiter Bülow-Schwante, der 1933 als Stahlhelm-Mitglied auf Bitten des Führers dieser Frontkämpferorganisation, Franz Seldte, in den Auswärtigen Dienst gelangte⁷. Bülow-Schwante war für diese Tätigkeit jedoch nicht völlig ungeeignet; er war während des Ersten Weltkriegs als Offizier an die Auslandsvertretungen in Bukarest, Athen und Wien abkommandiert worden.

Keiner der vier war vor 1933 einer NS-Organisation beigetreten. Bülow-Schwante gehörte zwar seit 1933 der SA an, jedoch resultierte dies daraus, dass der Stahlhelm mit Wirkung vom 24. September 1933 der Obersten SA-Führung unterstellt worden war und dass dessen Mitglieder sukzessive in die SA überführt wurden⁸.

bzw. ab wann Deutschland nicht mehr in diese Tradition der Judenverfolgung eingeordnet werden kann.

⁴ Vgl. den Hauserlass des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom 20.3.1933, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (künftig: PA/AA), Runderlasssammlung.

⁵ Einerseits erscheint die Aussagekraft einer mehrmonatigen, meist einfachen Referententätigkeit eher gering, andererseits ist die schiere Masse der Abordnungen im Rahmen des höheren Dienstes, es handelt sich für die Zeit 1933 bis 1945 für die Sonderreferate um etwa 150 Personen, nicht zu bewältigen.

⁶ Es handelte sich hierbei um Vicco von Bülow-Schwante (Referatsleiter 1933–1938), Walther Hinrichs (Referent 1935–1938, Referatsleiter 1938/39), Hans Röhreke (Referent 1933–1936) und Emil Schumburg (Referent 1933–1939, Referatsleiter 1940). Alle biographischen Angaben in diesem Aufsatz entstammen dem Biographischen Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, Bde. 1 bis 3, hrsg. vom Historischen Dienst des Auswärtigen Amts, Paderborn 2000–2008. Diese Bände umfassen bisher die Buchstaben A bis R. Personen, deren Name mit den Buchstaben S bis Z beginnt, wurden über die Personalakten des PA/AA recherchiert.

⁷ Aufzeichnung Bülow-Schwantes vom 11.5.1933, in: PA/AA, Personalakten 2.158, Bl. 23.

⁸ Vgl. Franz Seldte, *Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder aus den Jahren 1918–1933*, Bd. 2, Berlin 1933, S. 76.

Die Möglichkeit eines sofortigen Parteibeitritts nach der Machtübernahme Hitlers nutzte keiner, zwischen 1935 und 1939 wurden allerdings alle Beamten des Referats NSDAP-Mitglieder und passten sich damit an das neue Regime an. Einen gewissen Sonderfall stellt Emil Schumburg dar, der für die Zusammenarbeit mit dem Reichsführer-SS zuständig war. Am 20. Oktober 1936 wurde er von Himmler persönlich in die SS aufgenommen. Dieser wollte ihn wohl zu einem verlässlichen Partner im AA machen, indem er ihn als SS-Mitglied der Gehorsamspflicht gegenüber seiner Person unterwarf.

Die Mitarbeiter der Abteilung Deutschland 1940 bis 1943

Der Amtsantritt des Außenministers Joachim von Ribbentrop am 4. Februar 1938 schien zunächst keine Auswirkungen auf das Sonderreferat zu haben. Am 7. Mai 1940 wurde das Referat Deutschland jedoch mit dem von Ribbentrop 1938 gegründeten Sonderreferat Partei zur Abteilung Deutschland verschmolzen. Diese Arbeitseinheit war insbesondere für die „Judenfrage“ (Ref. D III) sowie die Zusammenarbeit mit den sicherheitspolizeilichen Organen und den Parteidienststellen (Ref. D II und Ref. Partei) zuständig⁹.

Wie setzte sich die Abteilung Deutschland zusammen? Untersucht man die leitenden Mitarbeiter, neben dem Abteilungsleiter Martin Luther und seinem persönlichen Referenten Walter Büttner sämtliche Referatsleiter, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Von diesen zwölf Personen erfüllten zwei, darunter sogar der Abteilungsleiter, aufgrund ihres fehlenden höheren Schulabschlusses nicht einmal formal die Eingangsvoraussetzungen zur Aufnahme in den Auswärtigen Dienst. Jeder zweite Mitarbeiter wechselte zudem in den Jahren 1938 bis 1940 von der Dienststelle Ribbentrop in das AA¹⁰. Damit war der Amtsantritt des neuen Reichsministers die Voraussetzung für deren Eintritt in die Ministerialverwaltung. Nur in einem einzigen Fall lag der Zeitpunkt des Dienstantritts im AA vor 1933. Hierbei handelte es sich jedoch um einen Sonderfall, da das von Wilhelm Grosskopf geleitete Referat Kult B der Kulturabteilung am 17. Mai 1941 der Abteilung Deutschland als Referat D IX zugeteilt wurde¹¹. Grosskopf hatte 1922 die konsularische Prüfung für den höheren Dienst absolviert. Er sollte der einzige Mitarbeiter der Sonderreferate zwischen 1940 und 1945 bleiben, der in seinem Karriereprofil den Beamten im ehemaligen Referat Deutschland glich.

In nur zwei weiteren Fällen lag der Zeitpunkt des Dienstantritts im AA vor 1938. Es handelt sich um Werner Picot und Franz Rademacher. Picot wechselte am 25. Juni 1935 vom Stab des Chefs des Ausbildungswesens der SA in das AA, er war also ein Quereinsteiger. Rademacher, Leiter des „Judenreferats“, war nach seinem Ju-

⁹ Hauserlass des Leiters der Personal- und Verwaltungsabteilung, Ministerialdirektor Hermann Kriebel, vom 7.5. 1940, in: PA/AA, Runderlasssammlung.

¹⁰ So Walter Büttner, Manfred Garben, Hans Kramarz, Rudolf Likus, Martin Luther und Heinrich zur Mühlen.

¹¹ Hauserlass des Leiters der Personal- und Verwaltungsabteilung, Ministerialdirektor Hans Schroeder, vom 17.5. 1941, in: PA/AA, Runderlasssammlung.

rastudium in den Staatsdienst eingetreten und wechselte 1937 als Regierungsrat des mecklenburgisch-schwerinischen Staatsministeriums in das AA. Doch auch Rademacher war kein Diplomat klassischen Stils. Die „Klassischen“ wiesen ein ausgesprochen homogenes Profil auf: Alle waren nach dem Studium entweder direkt in das AA eingetreten oder zwischenzeitlich im regulären Staatsdienst tätig gewesen. Beinahe alle hatten die Aufnahmeprüfung des AA erfolgreich absolviert. Anschließend begann die Attachéausbildung, die mit der diplomatisch-konsularischen Prüfung abgeschlossen wurde. In Ausnahmefällen konnte aufgrund besonderer Leistungen von dieser Prüfung abgesehen werden. Keiner dieser „klassischen Diplomaten“ war je hauptamtlicher Mitarbeiter in einer NS-Organisation. Das Jahr 1933 stellte bei keinem von ihnen einen bedeutsamen Einschnitt in der Karriere dar: Keiner trat vor 1933 einer NS-Organisation bei, auch nach der Machtübernahme Hitlers wurden sie nicht SA- oder SS-Mitglied (außer im Falle einer „automatischen Aufnahme“ wie bei Staatssekretär Ernst von Weizsäcker¹²). Eine Abwendung vom Christentum und ein Bekenntnis zur „Gottgläubigkeit“ kam für sie nicht in Frage.

Rademacher dagegen war bereits 1932 in die SA und am 1. März 1933 in die NSDAP eingetreten. Dieser Schritt öffnete ihm im November 1933 den Weg in das mecklenburgisch-schwerinische Staatsministerium, also in eine nationalsozialistisch geprägte Regionalverwaltung, die Parteigenossen den Einstieg in den Staatsdienst ermöglichte. Das Jahr 1933 bildete somit den Anfangspunkt seiner Karriere. In das AA gelangte Rademacher schließlich im Rahmen einer Abordnung, der Aufnahmeprüfung musste er sich nicht unterziehen, eine Attachéausbildung absolvierte er nicht. Hinzu kommt, dass er sich als gottgläubig bezeichnete. Rademacher war also wahrlich kein „klassischer“ Diplomat.

Alle übrigen Mitarbeiter der Abteilung Deutschland (ohne Grosskopf) waren vor ihrem Eintritt in das Ministerium entweder in der Dienststelle Ribbentrop oder in anderen NS-Organisationen hauptamtlich tätig gewesen¹³. Keiner von ihnen entstammte der klassischen Ministerialbürokratie. Nur ein Mitarbeiter absolvierte die Aufnahmeprüfung des AA¹⁴. Für sie alle stellte das Jahr 1933 den Beginn ihrer beruflichen Karriere dar. Auffällig ist dabei die Alterskohorte. Die Mitarbeiter waren 1940 bis auf drei Ausnahmen¹⁵ zwischen 28 und 37 Jahre alt,

¹² Weizsäcker, klassischer Vertreter der traditionellen Eliten, wurde aufgrund der Ernennung zum Staatssekretär am 20.4.1938 in die SS aufgenommen. Vgl. seine SS-Akte in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), SSO 234B.

¹³ Neben den Mitarbeitern der Dienststelle Ribbentrop handelt es sich um folgende Personen: Walther Kieser (Reichsstatthalter in Thüringen), Werner Klatten (Zentralverlag der NSDAP), Werner Picot (SA).

¹⁴ Neben Grosskopf bestand nur der Österreicher Ernst Neuwirth (1932 NSDAP, 1938 SA) 1939 die Aufnahmeprüfung des AA. Ihm kam wohl zugute, dass er sich aufgrund des Verbots der Partei in seiner Heimat einer erheblichen Gefahr ausgesetzt hatte. Für die diplomatisch-konsularische Prüfung musste er nicht antreten.

¹⁵ Es handelte sich um Martin Luther (*1895) und Rudolf Likus (*1892), beide ohne höheren Schulabschluss, sowie als Sonderfall den Altbeamten Wilhelm Grosskopf (*1884).

was ungewöhnlich jung für einen Referatsleiter war und sich deutlich von den anderen Abteilungen des Amts unterschied.

Welche Nähe zur NS-Bewegung ist bei den Referenten der Abteilung Deutschland zu konstatieren? Fünf der zwölf Mitarbeiter bezeichneten sich als gottgläubig¹⁶. Im Referat Deutschland hatte es kein derartiges Bekenntnis gegeben. Sämtliche Mitarbeiter der Abteilung (außer Grosskopf) traten bereits vor 1933 der NSDAP oder der SA bei. Bis Kriegsbeginn wurden alle SA- bzw. SS-Mitglied. Damit wird deutlich, dass sich die Mitarbeiter der Abteilung Deutschland nicht nur aufgrund ihres Weges in den Auswärtigen Dienst, sondern auch in ideologischer Hinsicht grundlegend von den Beamten des Referats Deutschland unterschieden.

Der Ministerwechsel von Neurath zu Ribbentrop bedeutete also einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Sonderreferate, der freilich erst in der Rückschau klar erkennbar ist. Deshalb greift der Befund der Historikerkommission zu kurz, wonach es beim Amtsantritt von Ribbentrop kein größeres Revirement gegeben habe¹⁷. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass es bereits ab 1935 zu einem Einsickern von radikalen Nationalsozialisten bzw. jungen, ideologisch geprägten Attachés in das AA kam. Seit dem 24. September 1935 musste nämlich der Stab des Stellvertreters des Führers bei jeder Ernennung und Beförderung eines höheren Beamten um Zustimmung gebeten werden¹⁸. Dieser hatte damit ein probates Mittel zur Hand, um die Besetzung wichtiger Verwaltungsstellen zu kontrollieren bzw. den Eintritt von NS-Anhängern in die traditionelle Ministerialbürokratie zu forcieren. Die Amtsübernahme Ribbentrops beschleunigte diesen Prozess, der insbesondere an der Gründung des Sonderreferats Partei am 16. Dezember 1938 und dem damit einhergehenden Wechsel von ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern von NS-Organisationen in das AA erkennbar ist.

Die Mitarbeiter der Referatsgruppe Inland 1943 bis 1945

Am 10. Februar 1943 wurde der Leiter der Abteilung Deutschland, Luther, verhaftet, nachdem er den Versuch unternommen hatte, gemeinsam mit der SS Außenminister Ribbentrop zu stürzen¹⁹. Nach der Verhaftung Luthers wurde die Abteilung Deutschland aufgelöst und am 1. April 1943 die Referatsgruppe Inland (bestehend aus den Gruppen Inland I und II) gegründet, in der die Aufgaben der ehemaligen Abteilung Deutschland mit neuem Mitarbeiterstab restrukturiert wurden²⁰.

¹⁶ Walter Büttner, Manfred Garben, Walther Kieser, Ernst Neuwirth und Franz Rademacher.

¹⁷ Vgl. Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 123–132.

¹⁸ Vgl. Reichsgesetzblatt I, S. 1203. Vgl. zu dieser Frage genauer Mayer, *Staaten als Täter*, S. 211–216.

¹⁹ Luthers Vorhaben wurde dadurch vereitelt, dass Himmler den Außenminister über den Komplott informierte. Vgl. Christopher Browning, *Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943*, Darmstadt 2010, S. 222–224.

²⁰ Hauserlass des Leiters der Personal- und Verwaltungsabteilung, Ministerialdirektor Hans Schroeder, vom 25. 3. 1943, in: PA/AA, Runderlassammlung.

Stellte diese organisatorische Umgestaltung einen erneuten Einschnitt in der Geschichte des AA dar? Von den neun leitenden Mitarbeitern der Referatsgruppe Inland konnte ein Drittel nicht einmal formal die erforderlichen Eingangsvoraussetzungen für den Auswärtigen Dienst vorweisen, da ihnen ein höherer Schulabschluss fehlte²¹. Weitere fünf hatten zwar ein Studium absolviert, wechselten aber von NS-Organisationen in das AA²². Wie die Abteilung Deutschland bestand also auch die Referatsgruppe Inland bis auf zwei Ausnahmen²³ aus ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern von NS-Organisationen. Alle Referenten waren zudem erst nach 1933 in das AA eingetreten²⁴. Sie waren 1943 zwischen 30 und 40 Jahre alt. Keiner von ihnen verfügte somit über die notwendigen Voraussetzungen und Verbindungen, um direkt nach dem Studienabschluss eine Anstellung im „regulären Staatsdienst“ zu erlangen. Dem regulären Aufnahmeverfahren des AA unterzogen sich nur zwei Referenten²⁵.

Vier leitende Mitarbeiter bezeichneten sich selbst als gottgläubig²⁶. Der Anteil entsprach in etwa der Quote in der Abteilung Deutschland. Mit einer Ausnahme²⁷ waren alle SA-, SS- oder SD-Angehörige. Mehr als die Hälfte war bereits vor 1933 der NSDAP beigetreten, mit einer Ausnahme folgten die übrigen Referenten nach der Machtübernahme²⁸.

Die personelle Zusammensetzung der Sonderreferate war zwischen 1933 und 1945 einem deutlichen Wandel unterworfen. Während die Beamten des Referats Deutschland „klassische“ Lebensläufe aufwiesen und die NSDAP-Mitgliedschaft erst nach 1933 anstrebten, änderte sich dies ab 1940 grundlegend. Fast alle späteren Mitarbeiter standen den NS-Organisationen bereits vor 1933 nahe. Beinahe alle traten bis 1938 der SA oder der SS bei. Von den 21 leitenden Mitarbeitern waren 16 vor ihrem Eintritt in das AA hauptamtlich in einer NS-Organisation beschäftigt gewesen. Abgesehen von zwei Ausnahmen²⁹ hätte kein Referent unter

²¹ Ernst Frenzel, Emil Geiger und Walther Kolrep.

²² Armin Kupfer von der SA, Eberhard Reichel vom SD sowie Wolfgang Pusch, Eberhard von Thadden und Horst Wagner von der Dienststelle Ribbentrop.

²³ Emil Geiger und Wolfgang Jasper.

²⁴ Im Falle Geigers fand die Übernahme in den höheren Dienst 1943 statt. Seit etwa 1941 gehörte er dem SD an; vgl. hierzu Weitkamp, *Braune Diplomaten*, S. 109, Anm. 11.

²⁵ Der Österreicher Wolfgang Jasper, seit 1934 aufgrund einer NSDAP-Zugehörigkeit in Haft, absolvierte wie Eberhard von Thadden 1937 die Aufnahmeprüfung. Thadden war neben Jasper und Neuwirth bzw. dem Sonderfall Grosskopf der einzige aller 21 leitenden Mitarbeiter der Sonderreferate ab 1940, der auf „klassische Art“ in das AA gelangt war. Daneben legten nur er und Grosskopf – der einzige traditionelle leitende Beamte in dieser Arbeitseinheit zwischen 1940 und 1945 – die diplomatisch-konsularische Prüfung ab. Abgesehen von Grosskopf gelang als einzigem aller Mitarbeiter der Sonderreferate 1940–1945 Thadden auch aus eigener Kraft der Einstieg in den Auswärtigen Dienst.

²⁶ Ernst Frenzel, Wolfgang Jasper, Walther Kolrep und Armin Kupfer.

²⁷ Wolfgang Pusch.

²⁸ Ernst Frenzel 1923 NSDAP-Beitritt, Walther Kolrep und Eberhard Reichel 1930, Armin Kupfer 1932, Wolfgang Jasper 1933 (NSDAP in Österreich). Nur Wolfgang Pusch war weder NSDAP noch SA- oder SS-Mitglied. Er hatte jedoch eine klassische Karriere in NS-Gliederungen hinter sich, bevor er 1940 in das AA eintrat.

²⁹ Wilhelm Grosskopf und Eberhard von Thadden.

normalen Umständen die diplomatische Laufbahn einschlagen können. Für alle stellte das Jahr 1933 den entscheidenden Einschnitt in ihrer beruflichen Entwicklung und den Beginn ihrer Karriere dar. Die Machtübernahme Hitlers war somit konstitutiv für ihren späteren Eintritt in das AA. Die Ähnlichkeiten der Mitarbeiterschaft der Abteilung Deutschland und der Referatsgruppe Inland belegen, dass es innerhalb dieser Arbeitseinheit zu keinem Radikalisierungsprozess kam. Vielmehr war es bereits 1940 mit Auflösung des Referats Deutschland zu einem fundamentalen Bruch in der Geschichte des Amts gekommen.

Gegenprobe: Die Mitarbeiter der Politischen Abteilung des AA

Diese Ergebnisse werfen die Frage auf, ob es nach dem Amtsantritt Ribbentrops im gesamten AA zu einem fundamentalen Wandel kam oder ob die Sonderreferate einer speziellen Entwicklung unterworfen waren. Um dieser Frage nachzugehen, sollen stichprobenartig die Abteilung Deutschland und die Referatsgruppe Inland mit der unbestritten traditionellsten Arbeitseinheit des AA verglichen werden – der Politischen Abteilung. In die Stichprobe werden dabei der Abteilungsleiter und sein Stellvertreter sowie sämtliche Referatsleiter einbezogen, so wie diese im Geschäftsverteilungsplan vom September 1940 und vom September 1943 genannt sind³⁰. Damit kann die Mitarbeiterschaft der Abteilung Deutschland und der Referatsgruppe Inland jeweils zum Zeitpunkt ihrer Formierung mit der Politischen Abteilung verglichen werden. Daneben gibt die Stichprobe 1943 Aufschluss darüber, ob und wie sehr sich die Politische Abteilung in ihrer Zusammensetzung nach dem Revirement zu Jahresbeginn 1943 veränderte. Auf diese Weise können allgemeine Aussagen über den Transformationsprozess, dem das AA als Ganzes in der NS-Zeit unterworfen war, getroffen werden.

15 der 17 leitenden Beamten der Politischen Abteilung im September 1940 waren zwischen 1904 und 1926 nach erfolgreicher Absolvierung der Aufnahmeprüfung in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Das Jahr 1933 stellte bei keinem einen besonderen Einschnitt in der beruflichen Karriere dar. Nur zwei Personen fallen aus der Reihe. Dabei handelt es sich im ersten Fall um den stellvertretenden Abteilungsleiter Theo Habicht. Dieser war am 16. November 1939 in das AA eingetreten, um schon ein Jahr später auf eigenen Wunsch an die Front versetzt zu werden. Habicht, NSDAP-Mitglied seit 1926 und Mitglied des Reichstags seit 1931, wurde als „verdienter“ Nationalsozialist kurzfristig im regulären Staatsdienst geparkt. Der zweite Sonderfall war Hans Kramarz, der 1939 von der Dienststelle Ribbentrop in das Sonderreferat Partei des AA abgeordnet wurde. Kramarz war bereits 1931 der NSDAP beigetreten, 1938 wurde er SA-Mitglied. Er unterzog sich – ebenso wenig wie Habicht – nicht der Aufnahmeprüfung des Ministeriums. Unter normalen Umständen wäre beiden der Auswärtige Dienst versperrt geblieben.

Von den übrigen 15 leitenden Diplomaten waren zehn NSDAP-Mitglieder, keiner von ihnen war aber vor 1933 der Partei beigetreten. Dies könnte damit zusammenhängen, dass etwa in Preußen Staatsbediensteten bis zum 3. August 1932

³⁰ PA/AA, Sammlung der Geschäftsverteilungspläne.

die Mitgliedschaft in der Partei verboten war³¹. Aber auch danach nutzte keiner von ihnen die Gelegenheit zum Parteieintritt. Bis 1936 erwarben dann vier Beamte das Parteibuch und zeigten damit ihre Anpassungsbereitschaft an das Regime³². Von der Ernennung des neuen Außenministers Ribbentrop am 4. Februar 1938 profitierte insbesondere Ernst Woermann, der am 1. Dezember 1937 in die NSDAP aufgenommen wurde. Woermann, der bereits unter Botschafter Ribbentrop in London tätig gewesen war, wurde am 19. März 1938 zum Leiter der Politischen Abteilung ernannt. In dieser Funktion wurde er kurz danach auch in die SS aufgenommen; er war damit neben Habicht der einzige, der Mitglied von SS oder SA wurde. Woermanns Nähe zum neuen Außenminister war eindeutig, andererseits unterschied er sich aufgrund seiner Herkunft und seiner bisherigen Karriere kaum von den alten Eliten im Ministerium.

Bei den restlichen fünf NSDAP-Mitgliedern der Untersuchungsgruppe führte offenbar erst die Beförderung in leitende Funktionen in der Politischen Abteilung zwischen September 1939 und Juli 1940 zum Parteieintritt³³. Dabei ist jedoch zu beachten, dass der Stab des Stellvertreters des Führers dem AA bereits am 5. Januar 1939 mitgeteilt hatte, dass er seine Zustimmung zur Beförderung von leitenden Beamten nur geben werde, „wenn die zu befördernden Beamten Mitglieder der NSDAP sind“³⁴.

Wie entwickelte sich die Mitarbeiterschaft der Politischen Abteilung in der Folgezeit? Kam es zu einer Abschwächung der traditionellen Prägung? Wie wirkte sich das Revirement zu Jahresbeginn 1943 aus? Zur Beantwortung dieser Fragen sollen die 19 leitenden Mitarbeiter der Politischen Abteilung im September 1943 herangezogen werden. Hier zeigt sich ein ähnliches Bild wie im Jahr 1940. Mit drei Ausnahmen waren alle Beamten zwischen 1904 und 1925 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Zwei der Sonderfälle sind NS-Seiteneinsteiger, vergleichbar der Stichprobe 1940³⁵. Im dritten Fall kam es zur Übernahme eines Spitzenbeamten aus einem anderen Ressort in den Auswärtigen Dienst³⁶. Das AA warb auch nach 1933 weiterhin in gewohnter Weise Fachkräfte aus anderen Ministerien ab.

³¹ Am 3. 8. 1932 wurde das am 9. 7. 1930 erlassene Verbot der NSDAP-Mitgliedschaft für Beamte aufgehoben. Vgl. Justiz-Ministerialblatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege, S. 198. Für Reichsbeamte gab es keine entsprechenden Regelungen, doch könnte das preußische Beispiel abschreckend gewirkt haben.

³² Theodor Auer (1/1934), Harald Bielfeld (10/1936), Reinold Freytag (12/1934) und Martin Schliep (11/1933).

³³ Joachim von Hohenenthal, Wilhelm Melchers, Emil von Rintelen, Conrad Roediger und Karl Schultz-Sponholz.

³⁴ PA/AA, Personalakten 15.665 (Personalakte Fritz von Twardowski).

³⁵ Karl Otto Braun, 1931 NSDAP, 1931–1935 SA, seit 1940 SS, kam 1937 vom Außenpolitischen Amt der NSDAP in das AA. Günther Hoffmann, 1932 NSDAP, 1933 SA, wurde 1940 als Soldat an das AA abgeordnet.

³⁶ Walter Weber wurde als Beamter des Arbeitsministeriums 1934 der Botschaft in London als sozialpolitischer Referent zugeteilt, bevor er in das AA übernommen wurde. Weber entspricht in seinem Lebenslauf dem „klassischen Diplomaten“, er war beispielsweise seit 1925 im Referat für Zwischenstaatliche und Internationale Sozialpolitik des Arbeitsministeriums beschäftigt und wurde 1953 erneut Beamter des AA.

Es muss daher unterschieden werden zwischen nationalsozialistisch geprägten Neueinsteigern, die ohne die Machtübernahme Hitlers keine diplomatische Laufbahn hätten antreten können, und Angehörigen der bürokratischen Funktionsebenen, denen zu jedem Zeitpunkt der Eintritt in die Ministerialverwaltung gelingen konnte.

Eine weitere Person fällt auf; der Referatsleiter Pol XIV, Walther Molly. Dieser war 1919 in den diplomatischen Dienst getreten und hatte eine relativ normale Karriere absolviert, bevor er am 1. April 1933 der NSDAP und der SA beitrat. Er ist die einzige Person in allen betrachteten Arbeitseinheiten, die sich trotz eines „klassischen Lebenslaufs“ und einer langjährigen Zugehörigkeit zum AA sehr früh der SA ausschloss und sich zugleich als gottgläubig bezeichnete. Es ist bemerkenswert, dass bei der Untersuchung von insgesamt 61 Referenten des AA, darunter alle leitenden Mitarbeiter der Sonderreferate zwischen 1933 und 1945 sowie der Politischen Abteilung in den Stichproben 1940 und 1943, nur in einem einzigen Fall eine Mischform zwischen den Charakteristika der beiden Gruppen, den „klassischen Diplomaten“ und den nationalsozialistisch geprägten „Neueinsteigern“, auftrat. Damit wird die Trennschärfe der vorgenommenen Kategorisierung bestätigt³⁷.

Wie nah standen die Mitarbeiter der Politischen Abteilung des Jahres 1943 der NS-Bewegung? Sieht man einmal von den drei Sonderfällen³⁸ ab, so waren 13 der übrigen 16 Diplomaten NSDAP-Mitglieder. Während 1940 zwei Drittel der leitenden Referenten dieser Arbeitseinheit der Partei angehörten, waren es nun über 80 Prozent³⁹. Keiner von ihnen war aber der Partei vor 1933 beigetreten, zudem finden sich keine SA- oder SS-Angehörige. Die feinen Unterschiede gab es also immer noch. Die traditionellen Abteilungen des Amts blieben trotz des umfangreichen Revirements von 1943 weitgehend intakt. Veränderungen gegenüber 1940 finden sich kaum. Der institutionelle Wandel äußerte sich trotz der üblichen Rotation nicht unbedingt durch personelle Veränderungen. Vielmehr bestand der Kern der traditionellen Verwaltung im AA weiter, verlor jedoch zusehends an Einfluss und Gestaltungsspielraum. Gleichzeitige politisch-ideologische Anpassungsprozesse sollten aber nicht unterschätzt werden.

Zu einer gleichmäßigen Durchdringung des Amts mit ehemaligen Mitarbeitern von NS-Organisationen kam es also nicht. Vielmehr häuften sich diese in Arbeitseinheiten, die als Verbindungsreferate zu Parteidienststellen gesehen werden können bzw. Sachthemen von „besonderer Relevanz“ für die NS-Bewegung zu bearbeiten hatten. Vor allem die durch Außenminister Ribbentrop nach 1938

³⁷ Mollys Radikalisierung erfolgte eventuell während seiner Tätigkeit als Vizekonsul am Generalkonsulat Danzig zwischen 1927 und 1932 bzw. anschließend als Konsul in Lodz bis 1934.

³⁸ Die radikalen Nationalsozialisten Karl Otto Braun und Günther Hoffmann sowie Walther Molly.

³⁹ Bis 1938 traten bereits Werner von Barga, Otto von Erdmannsdorff, Erich Heberlein, Andor Hencke, Otto Reinebeck, Friedrich Werner von Schulenburg, Werner von Tippelskirch und Walter Weber der NSDAP bei. Nach 1939 folgten Martin Költzsch, Wilhelm Melchers, Siegfried Mey, Karl Schultz-Sponholz und Heribert von Troll-Obergfell. In der Stichprobe 1940 waren nur vier Parteieintritte vor 1938 zu verzeichnen.

neu gegründeten oder in seinem Sinne modifizierten Sonderreferate unterlagen einem Transformationsprozess und übernahmen die von der Staatsführung geschaffenen „Aufgabenfelder“.

Vergleicht man nun die Sonderreferate ab 1940 mit der Politischen Abteilung, so werden die grundlegenden Unterschiede in der personellen Struktur deutlich⁴⁰. In der traditionell geprägten Politischen Abteilung waren beinahe sämtliche Mitarbeiter zwischen 1904 und 1926 in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Fast alle konnten die für die diplomatische Laufbahn erforderlichen Eingangsvoraussetzungen vorweisen und absolvierten die Aufnahmeprüfung des AA. Vielfach waren sie bereits vor der Attachéausbildung im regulären Staatsdienst tätig gewesen. Das Jahr 1933 stellte für beinahe keinen von ihnen einen Einschnitt in der beruflichen Entwicklung dar. Ganz anders die Sonderreferate: Fast alle leitenden Mitarbeiter waren erst nach dem Ministerwechsel von 1938 in das AA gelangt, nachdem sie zuvor hauptamtlich in einer NS-Organisation beschäftigt gewesen waren. In der Politischen Abteilung findet sich – abgesehen von vier radikalen Nationalsozialisten – kein derartiger Fall. Die Eingangsvoraussetzungen für den Eintritt in den Auswärtigen Dienst konnten fünf der 19 Mitarbeiter der Sonderreferate aufgrund eines fehlenden höheren Schulabschlusses nicht einmal formal vorweisen. Fast alle wurden an das AA abgeordnet und erst danach in den Auswärtigen Dienst übernommen. Nur in drei Fällen wurde die reguläre Aufnahmeprüfung absolviert. Ohne die Machtübernahme Hitlers hätte wohl kaum einer von ihnen die diplomatische Laufbahn einschlagen können. Das Jahr 1933 stellt somit für beinahe alle den Beginn ihrer beruflichen Karriere dar, was in Teilen auch daran lag, dass sie einer weit jüngeren Alterskohorte als die Mitarbeiter der Politischen Abteilung angehörten. Nicht ohne Grund wurden in den Sonderreferaten vor allem junge, meist akademisch geprägte Nationalsozialisten eingesetzt, die zuvor in NS-Organisationen tätig waren. Ihnen war viel eher als den älteren Diplomaten zuzutrauen, dass sie die von der Staatsführung gewünschte radikale Politik ohne weitere Bedenken umsetzten. Es ist bemerkenswert, dass sich in der Politischen Abteilung unter 36 Diplomaten nur drei junge NS-Akademiker finden⁴¹.

⁴⁰ Folgende sieben Ausnahmefälle sind zu beachten: Grosskopf als einziger „traditioneller Beamter“ der Sonderreferate, da seine Arbeitseinheit der Abteilung Deutschland unterstellt wurde; der SD-Angehörige Geiger in der Referatsgruppe Inland, der bereits 1928 in den mittleren Dienst eintrat, jedoch erst 1943 (obwohl er nur über die Obersekundareife verfügte) in den höheren Dienst des AA übernommen wurde, die radikalen Nationalsozialisten Habicht und Kramarz (Politische Abteilung 1940) bzw. Braun und Hoffmann (Politische Abteilung 1943), sowie Molly, einziger „traditioneller Beamter“ aller untersuchten Referenten des AA, der aufgrund von „Gottgläubigkeit“ und SA-Zugehörigkeit seit 1933 zu den radikalen Nationalsozialisten gerechnet werden muss.

⁴¹ Hans Kramarz, geb. 1909, 1931 NSDAP, 1938 SA, wurde 1939 von der Dienststelle Ribbentrop an das Sonderreferat Partei des AA abgeordnet. Karl Otto Braun, geb. 1910, 1931 NSDAP und SA, 1937 Wechsel vom Außenpolitischen Amt der NSDAP ins AA bei Absolvierung der Aufnahmeprüfung, ohne jedoch die diplomatisch-konsularische Prüfung abzulegen. Günther Hoffmann, gottgläubig, geb. 1911, 1932 NSDAP, 1933 SA, wurde 1940 vom Militärdienst

Die Unterschiede waren auch in politisch-ideologischer Hinsicht fundamental. Besonders deutlich zeigte sich dies beim religiösen Bekenntnis: Neun der 19 leitenden Mitarbeiter der Sonderreferate bezeichneten sich als gottgläubig, mit Ausnahme von Walther Molly kein einziger in der Politischen Abteilung. Ähnlich war dies hinsichtlich der Mitgliedschaft in der NSDAP. Kein Beamter der Politischen Abteilung trat der Partei vor 1933 bei, während in den Sonderreferaten 14 von 19 leitenden Mitarbeitern bereits vor der „Machtergreifung“ ihr Parteibuch erhalten hatten. Die von der Historikerkommission angenommenen Erfolge von „Himmlers Organisation bei der Durchdringung des Auswärtigen Amtes“⁴² erscheinen somit doch in einem anderen Licht: In der bedeutendsten Arbeitseinheit des Ministeriums, der Politischen Abteilung, können unter den 32 leitenden Diplomaten mit traditionellem Lebenslauf 1940 bzw. 1943 nur zwei SS-Angehörige nachgewiesen werden⁴³, während in den Sonderreferaten mit einer Ausnahme⁴⁴ alle 19 leitenden Mitarbeiter der SA oder der SS angehörten.

Welche Kontinuitäten lassen sich im AA vor und nach 1933 bzw. 1945 feststellen? Die Sonderreferate standen bis 1940 deutlich in der Tradition des Amtes vor der Machtübernahme. Ein fundamentaler Bruch erfolgte erst nach dem Ministerwechsel von Neurath zu Ribbentrop. Dagegen wies die Politische Abteilung bis zuletzt eine bemerkenswerte personelle Kontinuität zur Weimarer Republik auf. Trotz der besonderen Situation in einer Diktatur blieb das AA zumindest in den traditionellen Arbeitseinheiten weitgehend unverändert, auch wenn es zu politisch-ideologischen Anpassungen zahlreicher Mitarbeiter kam, deren praktische Implikationen kaum abzuschätzen sind.

Nach der Neugründung des AA im Jahre 1951 wurde kein einziger ehemaliger leitender Mitarbeiter der Sonderreferate in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik berufen. Aus der Politischen Abteilung der Stichproben 1940 und 1943 gelangten 13 Beamte erneut in den diplomatischen Dienst⁴⁵. Rechnet man die fünf Sonderfälle⁴⁶ heraus, so wurden mehr als 40 Prozent der Mitarbeiter wieder beschäftigt. Keine dieser Personen war vor 1933 der NSDAP beigetreten, unter ihnen befand sich kein SA- oder SS-Mitglied. Insgesamt zeigt sich damit eine beträchtliche personelle Kontinuität ehemaliger Mitarbeiter der wichtigsten Abteilung des AA, die freilich – nach jetzigem Kenntnisstand – nicht als schwer belastete NS-Täter gelten können. In diesen Fällen wurden zumindest die formalen

in das AA abgeordnet und erst 1943 in den Auswärtigen Dienst übernommen. Es ist ungewöhnlich, dass alle drei schon nach derart kurzer Zeit zu Referatsleitern ernannt wurden.

⁴² Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 123.

⁴³ Der Abteilungsleiter des Jahres 1940 und Ribbentrop-Vertraute Woermann sowie der „gottgläubige“ Diplomat Molly, einziger Sonderfall aller traditionellen Beamten.

⁴⁴ Wolfgang Pusch wechselte 1939 von der Dienststelle Ribbentrop in das AA.

⁴⁵ Theodor Auer, Werner von Bahren, Harald Bielfeld, Gerhart Feine, Werner von Grundherr, Richard Haidlen, Curt Heinburg, Andor Hencke, Wilhelm Melchers, Conrad Roediger, Martin Schliep und Walter Weber. Hinzu kommt Werner von Schmieden, der als internationaler Beamter Leiter der Forschungs- und Planungsabteilung im Generalsekretariat des Europarats in Straßburg wurde.

⁴⁶ Habicht und Kramarz (1940), bzw. Braun, Hoffmann und Molly (1943).

Kriterien für die Wiederbeschäftigung eingehalten⁴⁷. Doch bei dem SS-Mitglied Franz Krapf wurden sie grob missachtet. Krapf war der klassische Fall eines nationalsozialistischen Quereinsteigers nach 1933. Hierfür sprechen vor allem sein SS-Beitritt im Mai 1933 und seine Zugehörigkeit zum Sicherheitsdienst. Krapf gelangte erst unter Ribbentrop in das AA, während er sich zuvor mit Stipendien über Wasser gehalten hatte. Die diplomatisch-konsularische Prüfung absolvierte er nicht. Es ist fraglich, ob er ohne SS- und NSDAP-Mitgliedschaft in den Auswärtigen Dienst hätte treten können. Offen muss generell auch bleiben, ob der Anteil von Nationalsozialisten, die erst nach 1951 in den Auswärtigen Dienst eintraten, höher war als bei ehemaligen Amtsangehörigen, da die Personalabteilung hier nicht auf die entsprechenden Personalakten zurückgreifen konnte.

Es ist bedauerlich, dass die Historikerkommission die Kontinuitätslinien innerhalb des AA vor und nach 1945 nicht systematisch untersucht hat. Dringend notwendig wäre der Vergleich verschiedener Attachéjahrgänge (etwa für die Jahre 1925, 1934, 1938). Durch die Erforschung der beruflichen Werdegänge vor und nach 1945 hätte man Charakteristika der Diplomatenkarrieren herausarbeiten und der Frage der Kontinuitäten vor 1933, nach 1938 sowie nach 1951 eine analytisch sinnvolle Basis verleihen können. Dabei wäre auch der fundamentale Bruch zwischen den Amtszeiten von Neurath und Ribbentrop noch deutlicher geworden. Leider beschränkt sich die Studie auf eine mosaikhafte Darstellung von Einzelfällen, die einfach aneinandergereiht werden, ohne mit Hilfe eines klaren Kategoriensystems zu allgemeingültigen Aussagen geführt zu werden. Eine systematische Untersuchung der Mitarbeiter des AA würde zeigen, dass das heutige AA in einer weitgehenden Tradition zur Wilhelmstraße steht und sich zugleich deutlich von ihr unterscheidet.

Die Beteiligung des AA an der Ermordung der europäischen Juden

Welche Auswirkungen hatten die Unterschiede innerhalb der Mitarbeiterschaft auf die Arbeit der Referenten? Wie valide ist die These der Historikerkommission, im AA habe es einen weitgehenden Konsens in der „Judenpolitik“ gegeben? Die Kommission belegt diese These in keinem einzigen Fall durch einen systematischen Vergleich der Positionen innerhalb des Amtes. So wurden keine Stellungnahmen der Abteilungen Politik oder Recht herangezogen, um deren Haltung zum Judenmord zu untersuchen, obwohl diese Arbeitseinheiten mit der Prüfung der „politischen und rechtlichen Aspekte“ der Verbrechen befasst waren. Die Kapitel über den Holocaust referieren ausschließlich die Position der Sonderreferate und übertragen die Ergebnisse unbesehen auf das gesamte Amt.

Kontextualisierungen der vermissten Art sollen hier beispielhaft dargeboten werden. Am 25. Januar 1939 schrieb der Mitarbeiter im Referat Deutschland, Schumburg, in einem Runderlass an alle Auslandsvertretungen: „Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn

⁴⁷ Zu den Grundsätzen der AA-Personalpolitik nach 1951 vgl. Conze u.a., Das Amt und die Vergangenheit, S. 494f.

der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat.“⁴⁸ Diese Äußerung, so die Historikerkommission, könne „nur als Aufforderung des AA verstanden werden, eine ‚Gesamtlösung‘ in Form eines ‚Judenreservats‘ oder durch physische Vernichtung anzustreben“⁴⁹. Was genau schrieb Schumburg in seinem Runderlass? Er berichtete insbesondere über die Frage der jüdischen Auswanderung. Hierzu hielt er fest: „Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden.“⁵⁰ Dies steht in einem scheinbaren Widerspruch zu Schumburgs zuvor zitierten Satz, wonach die „Judenfrage“ auch nach Auswanderung aller Juden nicht „gelöst“ sei. Schumburg glaubte nämlich, dass die Juden im Ausland weiterhin für „Unruhe“ sorgen würden. Denn bald würde auch die Bevölkerung der Aufnahmeländer erkennen, „was die jüdische Gefahr für ihren Bestand bedeutet“. Das Ziel des deutschen Vorgehens in der „Judenfrage“ solle letztlich „eine in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage sein, die nicht von falschem Mitleid mit der ‚vertriebenen religiösen jüdischen Minderheit‘, sondern von der gereiften Erkenntnis aller Völker diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet“⁵¹.

Die von Schumburg befürwortete „Lösung“ bestand also darin, dass die Staatengemeinschaft auf internationaler Ebene gemeinsam Maßnahmen zum „Schutz“ vor den Juden beschließen und durchführen sollte. Er dachte dabei wohl an eine internationale Konferenz, auf der ein „Abkommen“ zur „Kontrolle“ der Juden getroffen würde. Das ist erschreckend genug, doch Schumburgs Planungen bewegten sich trotz des Radikalisierungsprozesses in der „Judenfrage“ noch in den seit 1933 vom AA beschrittenen Bahnen. Eine Aufforderung zur „Vernichtung“ findet sich hier nicht. Zu einer solchen Lesart kommt man nur, wenn einzelne Sätze aus dem Kontext des Dokuments gerissen werden. Die von der Historikerkommission unternommene Vordatierung der „Endlösung“ ist nicht haltbar⁵².

Auch bei der Deportation von Juden aus den besetzten Gebieten wirkte das AA mit. Aber wie? Am 9. und 11. März 1942 richtete der Leiter des „Judenreferats“ des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), Adolf Eichmann, zwei Schreiben an Rademacher, den Leiter des Referats D III, und bat um die Zustimmung zur Deportation von insgesamt 6.000 Juden, die in Frankreich im Rahmen von „Sühnemaßnahmen“ nach Anschlägen gegen deutsche Wehrmachtsangehörige verhaftet worden waren bzw. in anderer Weise „sicherheitspolizeilich in Erschei-

⁴⁸ BA, R 43/II/1400, Bl. 57, oder Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), NG 1793.

⁴⁹ Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 174.

⁵⁰ BA, R 43/II/1400, Bl. 57.

⁵¹ Ebenda, Bl. 63.

⁵² Unbeirrt hält der Historiker Moshe Zimmermann jedoch an seiner Interpretation fest: „This text demonstrates, and in unambiguous fashion, that the Foreign Ministry took the initiative to propose a radical European, even global, solution of the ‚Jewish question‘ even before the Führer was able to make his statement on January 30, 1939.“ In: *Israel Journal of Foreign Affairs* 5 (2011), H. 1, S. 115–124, hier S. 121. Zimmermann lässt sich zu sehr von der zeitlichen Nähe zur genannten Hitler-Rede blenden, in der manche Historiker eine Ankündigung der Vernichtung der Juden sehen. Der Radikalisierungsgrad des AA war 1939 noch nicht derart weit fortgeschritten.

nung“ getreten seien⁵³. Rademacher legte daraufhin Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, dem wichtigsten Vertreter der alten Eliten im Amt, einen Entwurf für ein Antwortschreiben an Eichmann vor. Darin hieß es, „seitens des AA bestehen keine Bedenken gegen die geplante Abschiebung von insgesamt 6000 Juden französischer Staatsangehörigkeit bzw. staatenloser Juden nach dem Konzentrationslager Auschwitz“. Weizsäcker ersetzte die Worte „keine Bedenken“ durch die Formulierung, das AA erhebe „keinen Einspruch“. Der Unterschied zwischen beiden Fassungen besteht darin, dass der Rademacher-Entwurf einer völligen Zustimmung zu den Maßnahmen des RSHA gleichkam, während Weizsäcker eventuelle Kritikpunkte nicht äußern wollte. Die zweite Abänderung des Staatssekretärs war bedeutsamer: Er beschränkte die einspruchslose Duldung der „Abschiebung von insgesamt 6000 Juden“ auf „die Abschiebung von insgesamt 6000 polizeilich näher charakterisierbarer Juden“⁵⁴. Während also die Abteilung Deutschland völlig im Einklang mit dem RSHA die Deportation von Juden in jedem Einzelfall befürwortete, wollte Weizsäcker diese Maßnahmen auf eine bestimmte Gruppe von Juden begrenzen – Juden, die durch „kriminelles“ Verhalten aufgefallen waren. Der verbrecherische Charakter allein dieser Deportation steht außer Frage, Weizäckers Intervention belegt den verbreiteten Antisemitismus der alten Eliten.

Dennoch zeigt sich, dass es zwischen Weizsäcker und der Abteilung Deutschland einen qualitativen Unterschied in der „Judenfrage“ gab⁵⁵. Die Singularität des Holocausts besteht ja gerade darin, dass ausnahmslos alle Juden ermordet werden sollten. Die traditionelle Judenfeindschaft in Europa hingegen „differenzierte“ zwischen „guten“ nationalen und „schlechten“ ausländischen, „linken“ oder „kriminellen“ Juden, wobei – wie etwa das Beispiel des Vichy-Regimes belegt – die brutale Deportation der „schlechten“ Juden durch die deutsche Besatzungsmacht durchaus befürwortet wurde. Im Fall der genannten 6000 Juden stimmte die französische Regierung der Auslieferung an Deutschland bedenkenlos zu – soweit es sich nicht um ehemalige jüdische Frontkämpfer handelte. Die moralische Indifferenz Weizäckers, die sich vom Schicksal der Betroffenen unbeeindruckt zeigte, deckte sich mit der Haltung der Vichy-Administration. Hier jedoch eine Zielidentität zwischen Eichmann und Luther einerseits sowie Weizsäcker bzw. der französischen Regierung andererseits zu konstruieren, würde die Komplexität der Judenverfolgung in Europa unterschätzen und Verantwortlichkeiten verwischen⁵⁶.

⁵³ PA/AA, R 100.869, Bl. 150 u. Bl. 152.

⁵⁴ Entwurf des Schreibens vom 20. 3. 1942 an Eichmann, in: PA/AA, R 100.869, Bl. 145 (Unterstreichung durch d. Verfasser). Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit, S. 229, übersieht diese wichtige Änderung, da, wie leider zu oft in dieser Studie, nicht das Original eingesehen, sondern ungeprüft die Interpretation aus der Literatur übernommen wurde.

⁵⁵ Dem widerspricht nicht, dass Eichmann sich vorerst auf die Deportation bestimmter Gruppen von Juden in Frankreich beschränkt hatte, da die „Abschiebung“ aller Juden momentan nicht realisierbar erschien. Die traditionell geprägte deutsche Militärverwaltung hingegen wollte auch langfristig nur bestimmte Gruppen von Juden im Einklang mit der französischen Regierung deportieren. Vgl. zu deren Konflikt mit den Vertretern Eichmanns in Paris Mayer, Staaten als Täter, S. 275–285.

⁵⁶ Vgl. ebenda, insbesondere S. 274–285 u. S. 298–312.

Ein weiteres Beispiel weist in die gleiche Richtung. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion hatte der Reichskommissar für das Ostland, Hinrich Lohse, am 18. August 1941 „Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im Gebiet des Reichskommissariats Ostland“ erlassen. Diese besaßen für die besetzten baltischen Staaten und Weißrussland Gültigkeit und legten fest, wer als Jude zu gelten habe. Es handelte sich um vage und dehnbare Bestimmungen, aufgrund derer man alle Personen, die auch nur den Anschein einer jüdischen „Abstammung“ besaßen, in die geplanten Maßnahmen einbeziehen wollte. Die Gebietskommissare waren ermächtigt, „nach pflichtmäßigem Ermessen“ darüber zu entscheiden, wer Jude im Sinne der Richtlinien Lohses war⁵⁷. Damit war der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Bereits am 6. August 1941 hatte sich Lohse an das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (RfBO)⁵⁸ gewandt und erklärt, von „den polizeilichen Maßnahmen gegen Juden“ seien bisher nur Personen deutscher oder sowjetischer Staatsangehörigkeit betroffen. Lohse bat um Weisung, wie mit den übrigen ausländischen Juden zu verfahren sei: „Können meine polizeilichen Maßnahmen noch auf einen weiteren Kreis von Juden ausgedehnt werden, z. B. auf Juden slowakischer Staatsangehörigkeit oder der Staatsangehörigkeit der von uns ganz oder teilweise besetzten Staaten?“ Das RfBO sandte diese Anfrage am 11. August 1941 zuständigkeitshalber an das Referat D III des AA weiter⁵⁹. Am 8. Oktober 1941 stellte der Leiter der Abteilung Deutschland, Luther, dazu fest, dass die geplanten Maßnahmen „nicht nur, wie der Reichskommissar im Bericht vom 6. August 1941 anregt, auf einen ‚weiteren‘ Kreis von Juden (z. B. solche slowakischer Staatsangehörigkeit u. a.) ausgedehnt werden sollten, sondern auf alle Juden“⁶⁰.

Dass so viel Zeit verstrich, ehe Luther reagierte, spricht dafür, dass er inzwischen beim RSHA rückgefragt hatte. Dort war man überhaupt nicht glücklich über die Verordnungstätigkeit des Reichskommissars Lohse. Dieser hatte zwar darauf hingewiesen, dass seine Anweisungen nur die Aufgabe hätten, „Mindestmaßnahmen“ sicherzustellen, solange ein Vorgehen „im Sinne der endgültigen Lösung der Judenfrage nicht möglich“ sei. Mit Blick auf die Vertreter des RSHA hatte Lohse sogar betont, dass von seinen Richtlinien „weitere Maßnahmen, insbesondere von der Sicherheitspolizei“, nicht berührt seien⁶¹. Die mörderische Praxis der Einsatzkommandos sollte also nicht durch bürokratische Regelungen behindert werden. Dennoch wurden Lohses Vorgaben vom Leiter der Einsatzgruppe A, Walter Stahlecker, abgelehnt, weil diese nicht die „im Ostraum erstma-

⁵⁷ PA/AA, R 100.859, Bl. 4–12, hier Bl. 4, oder IfZ-Archiv, NG 4815.

⁵⁸ Die Aussage in Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit, S. 169, das AA sei das einzige Ministerium gewesen, „das befugt war, jenseits der Reichsgrenzung bei der Umsetzung dieser Politik“, (gemeint sind die antijüdischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten) direkt mitzuwirken, ist nicht haltbar, übersieht es doch etwa das RfBO.

⁵⁹ PA/AA, R 100.859, Bl. 66.

⁶⁰ Ebenda, Bl. 61.

⁶¹ „Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im Gebiet des Reichskommissariats Ostland vom 18. 8. 1941“, in: Ebenda, Bl. 4–12, hier Bl. 4, oder IfZ-Archiv, NG 4815.

lig mögliche radikale Behandlung der Judenfrage“ einbezogen hätten⁶². Himmler schrieb schließlich am 28. Juli 1942 wütend an den Chef des SS-Hauptamts, Gottlob Berger, den er als Verbindungsoffizier zum RfBO entsandt hatte: „Die besetzten Ostgebiete werden judenfrei. Die Durchführung dieses sehr schweren Befehls hat der Führer auf meine Schultern gelegt. Die Verantwortung kann mir ohnedies niemand abnehmen. Also verbiete ich mir alles Mitreden.“⁶³ Die Stellungnahme der Abteilung Deutschland zugunsten einer Ausdehnung der antisemitischen Maßnahmen auf alle ausländischen Juden entsprach ganz den Wünschen des RSHA. Auf diese Weise konnte verhindert werden, dass das RSHA die Zustimmung etwa des AA oder des RfBO einholen musste, ehe es eine weitere Gruppe von Juden in ihr Mordprogramm aufnehmen konnte.

Wie reagierte Weizsäcker auf diese Haltung? Der Staatssekretär leitete die Aufzeichnung Luthers an die traditionell geprägte Rechtsabteilung weiter und erbat deren Stellungnahme⁶⁴. Der Leiter des Referats RI, Conrad Roediger, zeigte sich in seiner Antwort vom 19. November 1941 einigermaßen überrascht über die Leichtfertigkeit, mit der die Abteilung Deutschland den Interessen des RSHA folgte: „Bei Abteilung R[echt] liegen keine Unterlagen über die Art und den Umfang der polizeilichen Maßnahmen vor, deren Erstreckung auf alle ausländischen Juden im Gebiet des Reichskommissariats Ostland Abteilung Deutschland vorschlägt.“ Bereits dieser Satz legt nahe, dass die Rechtsabteilung zwar nicht genau wusste, was im Kriegsgebiet vor sich ging, aber durchaus ahnte, dass Massenerschießungen vorgenommen wurden. Roediger fuhr nämlich fort: „Auch wenn man davon ausgeht, daß die Haager Landkriegsordnung im deutsch-sowjetischen Krieg nicht gilt, so haben doch nach allgemein völkerrechtlichem Gewohnheitsrecht die fremden Staatsangehörigen in einem militärisch besetzten Gebiet Anspruch auf ein gewisses Mindestmaß an Rechten, und zwar sowohl hinsichtlich des Schutzes ihres Eigentums als auch hinsichtlich des Schutzes ihrer Person.“ Die Rechtsabteilung bestand also selbst im Krieg gegen die Sowjetunion auf der Einhaltung gewisser völkerrechtlicher Grundregeln. Einschränkungen erschienen nur unter bestimmten Umständen möglich: „Soweit diese Rechte deutscherseits außer Acht gelassen werden, ohne daß im Einzelfall ein besonderer Grund hierfür – etwa Sabotage, Spionage, Freischärlerei und dergleichen – vorliegt, würden wir uns dem Vorwurf einer Völkerrechtsverletzung aussetzen.“

Diese Argumentation bewegte sich auf der Linie, die auch in den Einlassungen Weizäckers sichtbar wurde: Brutale sicherheitspolizeiliche Maßnahmen gegen bestimmte „staatsfeindliche“ oder „kriminelle“ Juden erschienen unter Umständen besser, nicht jedoch – wie von der Abteilung Deutschland und dem RSHA gefordert – generelle Maßnahmen gegen alle Juden. Roediger hielt es deshalb

⁶² Zit. in: Andreas Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu...“. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion, München 2006, S. 221.

⁶³ IfZ-Archiv, Fa 246/1.

⁶⁴ Vgl. den handschriftlichen Vermerk auf der Aufzeichnung Luthers vom 8. 10. 1941, in: PA/AA, R 100.859, Bl. 61.

für besser, dem RfBO „nicht eine allgemeine – von ihm überdies gar nicht verlangte – Zustimmung zu nach Art und Umfang unbestimmten Maßnahmen gegen ausländische Juden zu erteilen“. Vielmehr möge man dem AA „jeweils die Art der beabsichtigten polizeilichen Maßnahmen und die Staatsangehörigkeit der ausländischen Juden, gegen die sie sich richten sollen, mitteilen, um eine Prüfung unter rechtlichen und politischen Gesichtspunkten zu ermöglichen“⁶⁵. Das konnte nicht im Sinne von Himmler sein, der jedes „Mitreden“ in der Vernichtungspolitik ausschließen wollte. Nicht ohne Grund ignorierte er deshalb die Stellungnahme aus dem AA.

Damit ist deutlich geworden, dass es auch bei der „praktischen Umsetzung“ des Holocausts einen grundlegenden Unterschied zwischen den noch eher traditionell geprägten und den radikaleren Arbeitseinheiten gab. Die 1940 geschaffene Abteilung Deutschland mit ihren nationalsozialistisch geprägten Mitarbeitern stand in ihrem ideologischen Denken und verwaltungstechnischen Handeln dem RSHA derart nahe, dass es zu einer relativ konfliktfreien Kooperation kam. Die alten Eliten im Ministerium blieben hingegen weiterhin ihrem traditionellen Denken und ihrer gewohnten Arbeitsweise verhaftet, gaben jedoch im Ernstfall rasch nach und beugten sich den Forderungen der radikal antisemitischen Staatsführung. „Probleme“, etwa in der „Judenpolitik“, sollten wie zuvor hinsichtlich ihrer rechtlichen und politischen Konsequenzen gründlich geprüft werden, um zu einer „ausgewogenen“ und die verschiedenen Einzelinteressen berücksichtigenden „Lösung“ zu kommen. Radikale Maßnahmen, die mit allen überkommenen Normen brachen, widerstrebten den alten Eliten. Sie klammerten sich deshalb an ihre gewohnten Grundsätze und antijüdischen Stereotypen, ohne zu merken, wie sie dadurch zu Mittätern des Holocausts wurden. Insgesamt kam es aber in der Verwaltungspraxis bei der Umsetzung des Holocausts nicht zu einem umfassenden kumulativen Radikalisierungsprozess der einzelnen Referenten, sondern zu einem grundlegenden Bruch durch den Eintritt neuer Mitarbeiter.

Welche Strategien entwickelte die Abteilung Deutschland angesichts dieser Zurückhaltung der traditionellen Arbeitseinheiten des AA? Ein Beispiel hierfür ist die Einführung des „Judensterns“ im Deutschen Reich⁶⁶. Nachdem Reinhard Heydrich 1938 und 1940 mit seinen Vorstößen zur Einführung eines „Abzeichens“ für Juden am Widerstand der Ministerialbürokratie, insbesondere des Innenministeriums, gescheitert war, kam es im Frühjahr/Sommer 1941 zu einer gemeinsamen Aktion des RSHA mit dem Propagandaministerium und der Parteikanzlei. Am 17. August 1941 konnte Joseph Goebbels schließlich Hitlers Zustimmung zum „Judenstern“ erlangen. Das Innenministerium, eigentlich federführend in dieser Frage, war dabei völlig übergangen worden. Das AA war ebenfalls in diese Entwicklung involviert – allerdings nur partiell. Eichmann rief bereits am 21. August 1941 bei Rademacher an und teilte ihm „vertraulich“ mit, Hitler habe zugestimmt, „daß die Juden in Deutschland eine Kennzeichnung tragen“⁶⁷. Die

⁶⁵ PA/AA, R 100.859, Bl. 60.

⁶⁶ Vgl. zum Folgenden ausführlich Mayer, Staaten als Täter, S. 263–274.

⁶⁷ Aufzeichnung Rademachers vom 21. 8. 1941, in: PA/AA, R 100.851, Bl. 103.

Abteilung Deutschland wurde also vom RSHA frühzeitig informiert. Am 22. August 1941 unterrichtete Abteilungsleiter Luther seinen Außenminister über das Vorhaben des RSHA⁶⁸. Kurz darauf, am 1. September 1941, wurde die „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden“ veröffentlicht⁶⁹.

Die traditionellen Arbeitseinheiten des Amts erfuhren davon erst am 12. September 1941, also beinahe zwei Wochen nach Erlass der Polizeiverordnung, als Staatssekretär von Weizsäcker die Anfrage des Stuttgarter Oberbürgermeisters Karl Strölin erhielt, inwieweit das AA bei der Ausarbeitung dieser Verordnung einbezogen gewesen sei⁷⁰. Weizsäcker antwortete einigermaßen überrascht: „Ich habe nichts davon bemerkt, daß das AA vor Erlaß dieser Verordnung befragt worden wäre. Ich werde mich aber erkundigen.“⁷¹ Auf seine Nachfrage bei Luther erhielt der Staatssekretär am 22. September 1941 die fadenscheinige Antwort, dass Goebbels die Frage „beim Führer angeschnitten hatte und daher Eile geboten war, wenn der Führer ihn darauf ansprechen würde“. Aus diesem Grunde sei Ribbentrop am 22. August 1941 von ihm unterrichtet worden⁷². An diesem Tag war die Entscheidung Hitlers jedoch bereits längst gefallen, Luthers Antwort also eine glatte Lüge. Auch war es gänzlich ungewöhnlich, dass der Staatssekretär vier Wochen lang nicht informiert worden war. Weizsäcker bat daher Luther säuerlich „um Einhaltung des Geschäftsweges“ bzw. „gleichzeitige Unterrichtung“⁷³. Klarere Worte fand er trotz des verbrecherischen Charakters der Polizeiverordnung nicht.

Insgesamt wirft dieser Vorgang ein bezeichnendes Licht auf die Informationsflüsse innerhalb des AA. Die Abteilung Deutschland konnte die von den alten Eliten dominierten Arbeitseinheiten relativ leicht umgehen, da bereits am 14. Mai 1940 bestimmt worden war, dass alle eingehenden Schreiben von NS-Organisationen der Abteilung Deutschland „unmittelbar zugeleitet werden“ mussten. Der Informationsfluss verlief somit nicht auf dem üblichen Weg über einen hausinternen Verteiler an alle zuständigen Referate. Die Abteilung Deutschland erhielt alle eingehenden Schreiben und konnte frei entscheiden, welche übrigen Arbeitseinheiten des Amts einbezogen wurden. Zugleich war die Abteilung Deutschland zuständig für jeglichen Schriftverkehr mit NS-Organisationen aus dem AA heraus. Die übrigen Arbeitseinheiten hatten entsprechende Schreiben sachlich vorzubereiten und anschließend der Abteilung Deutschland „zur Führung dieses Schriftwechsels zuzuleiten“⁷⁴.

Diese besondere Stellung wurde selbst dann missbraucht, wenn eindeutige Weisungen seitens des Staatssekretärs vorlagen. Als Beispiel kann eine Diskussion nach der „Wannsee-Konferenz“ vom 20. Januar 1942 herangezogen werden. Heydrich hatte auf der Konferenz unmissverständlich deutlich gemacht: „Die

⁶⁸ Vgl. die Aufzeichnung Luthers vom selben Tag, in: Ebenda, Bl. 67.

⁶⁹ Vgl. RGBl. I, S. 547.

⁷⁰ Schreiben Strölins an Weizsäcker, in: PA/AA, R 29.846, Bl. 690.

⁷¹ Schreiben Weizäckers vom 15. 9. 1941 an Strölin, in: Ebenda, Bl. 693.

⁷² Aufzeichnung Luthers vom 22. 9. 1941 für Weizsäcker, in: Ebenda, Bl. 697.

⁷³ Maschinenschriftlicher Vermerk Weizäckers vom 24. 9. 1941 für Luther, in: Ebenda.

⁷⁴ Hauserlass des Leiters der Personal- und Verwaltungsabteilung, Ministerialdirektor Hermann Kriebel, vom 14. 5. 1940, in: PA/AA, Runderlasssammlung.

Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geographische Grenzen zentral beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei.“ Der einzige Bereich, in dem die traditionelle Ministerialbürokratie noch ein gewisses Mitspracherecht hatte, waren die Maßnahmen gegenüber „Halbjuden“ und Juden, die in einer „Mischehe“ lebten. Über diesen Personenkreis wurde deshalb ausgiebig diskutiert. Der Staatssekretär des Reichsministeriums des Innern (RMdI), Wilhelm Stuckart, schlug vor, die Betroffenen zu sterilisieren und anschließend weiter in Deutschland zu belassen⁷⁵. Am 6. März 1942 wurde diese Frage auf einer interministeriellen Konferenz im Detail erörtert. Dabei sprachen sich die Vertreter des RSHA und der Parteikanzlei gegen die vorgeschlagene „Zwangssterilisation“ aus. Ihr Gegenvorschlag sah vor, dass alle Juden oder „Halbjuden“ bis auf wenige Ausnahmen deportiert werden sollten⁷⁶.

Der Mitarbeiter des Referats D III, Karl Klingenuß, informierte am 7. September 1942 im Amt über die Verhandlungen der vergangenen Monate, um letztlich für den Vorschlag von RSHA und Parteikanzlei zu plädieren. Klingenuß umschrieb dabei das langfristige Ziel dieser Maßnahmen, die Deportation und Ermordung der Betroffenen, bewusst undeutlich: Es handele sich um die „Trennung in Juden und Volkszugehörige mit entsprechenden zusätzlichen [!] Maßnahmen“⁷⁷. Die Leiter der Abteilungen Politik und Recht, Ernst Woermann und Friedrich Gaus, und Staatssekretär von Weizsäcker nahmen diese Aufzeichnung zur Kenntnis. Die Antwort zeigt ein bemerkenswertes Zusammenspiel der Vertreter der traditionellen Eliten im AA. Am 16. September 1942 formulierte Weizsäcker eine Weisung, die mit den Worten begann: „Zu einem sachlichen Urteil über die hier geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen scheinen mir dem AA die Unterlagen und Vorkenntnisse zu fehlen.“ Weizsäcker – und mit ihm auch Woermann und Gaus – machten der Abteilung Deutschland damit deutlich, dass sie sich künftig aus den Diskussionen zur „Endlösung der Judenfrage“ heraushalten sollte. Die Vertreter der traditionellen Eliten hatten detaillierte Kenntnisse vom Holocaust, wollten aber das, was im Osten geschah, am liebsten ignorieren. Klare Worte zu den Verbrechen fanden sie nicht. Doch in diesem Fall ging Weizsäcker einen Schritt weiter: „Ich glaube, wir sollten uns daher auf die allgemeine Feststellung beschränken, daß die jeweils mildere der zur Diskussion stehenden Lösungen vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus den Vorzug verdient.“⁷⁸

Am 2. Oktober 1942 informierte Luther das RSHA, dass das AA aus außenpolitischen Gründen die „jeweils mildere der vorgeschlagenen Lösungen“ bevorzuge. Die „mildere“ Lösung sah Luther aber absurderweise in dem Vorschlag von RSHA und Parteikanzlei, die Betroffenen – bis auf wenige Ausnahmen – zu ermorden⁷⁹. Dem Leiter der Abteilung Deutschland war es somit gelungen, die Position der

⁷⁵ Protokoll der „Wannsee-Konferenz“ vom 20. 1. 1942, in: PA/AA, R 100.857, Bl. 166–180. Zur genannten Debatte vgl. Mayer, Staaten als Täter, S. 285–298.

⁷⁶ Protokoll der Konferenz vom 6. 3. 1942, in: BA, R 58/1086, Bl. 10–13, oder IfZ-Archiv, NG 2586.

⁷⁷ Aufzeichnung Klingenuß vom 7. 9. 1942, in: PA/AA, R 100.857, Bl. 88 f., hier Bl. 89.

⁷⁸ Aufzeichnung Weizsäckers vom 16. 9. 1942 für Luther, in: Ebenda, oder IfZ-Archiv, NG 2586.

⁷⁹ Schreiben Luthers vom 2. 10. 1942 an das RSHA, in: PA/AA, R 100.857, Bl. 85.

NS-Organisationen gegen die Weisung seines Vorgesetzten zu verteidigen. Er nutzte dabei die Monopolstellung seiner Abteilung, den Schriftwechsel mit den NS-Stellen eigenständig zu führen.

Dieses Beispiel belegt, wie differenziert das Handeln einer Institution wie das AA zu analysieren ist. Wenn man nur die Korrespondenz zwischen der Abteilung Deutschland und dem RSHA, nicht jedoch den Entscheidungsfindungsprozess innerhalb des Ministeriums einbezieht, kann man tatsächlich von einer einheitlichen Politik des AA ausgehen. Bei näherem Hinsehen ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Im AA gab es keine einheitliche ideologische Ausrichtung, sondern vielfältige Spannungen, die sich jedoch erst bei genauester Prüfung erschließen.

Die Historikerkommission stellt die These auf, das AA habe im Zusammenhang mit der „Endlösung“ wiederholt die Initiative ergriffen⁸⁰. In Hinblick auf die Zentrale in Berlin kann sie dafür jedoch nur ein einziges Beispiel anführen – den von Rademacher ausgearbeiteten Madagaskar-Plan. Es verwundert nicht, dass keine weiteren Belege erbracht werden konnten, denn nach Durchsicht sämtlicher in Frage kommender Akten des AA ist deutlich, dass das Ministerium tatsächlich nur in diesem einen Fall in der „Judenpolitik“ wirklich initiativ wurde. Ansonsten beschränkte sich das AA auf die ressorttechnische „Zuarbeit“ innerhalb seines Kompetenzbereichs. Das AA war in der antijüdischen Politik keiner der Hauptakteure. Federführend zuständig war das Amt nur für die außenpolitische Abschirmung der „Judenpolitik“ und für die Prüfung der Reaktionen des Auslands bei einem Vorgehen gegen ausländische Juden – und leistete damit fraglos seinen Beitrag zum Holocaust.

Mit dem Madagaskar-Plan, der nach Ansicht der Historikerkommission „klar die tragende Rolle des Auswärtigen Amtes in der Judenpolitik der Kriegsjahre“⁸¹ belegen soll, hatte es folgende Bewandnis: Nach dem sich abzeichnenden Sieg über Frankreich glaubte die Abteilung Deutschland im Frühsommer 1940, eine Lösung für den aufgrund des Krieges eingetretenen Stillstand bei der Auswanderung von Juden aus Deutschland gefunden zu haben. Rademacher legte deshalb am 2. Juli 1940 seinem Abteilungsleiter Luther einen Plan zur „Ansiedlung“ der Juden in der französischen Kolonie Madagaskar vor⁸². Die Formierung der Abteilung Deutschland im Mai 1940 und die beinahe ausschließliche Beschäftigung von radikalen Nationalsozialisten ließ also schon nach wenigen Wochen ein beträchtliches Maß an antisemitischer Energie freiwerden. Es überrascht wenig, dass derartige Gedankenspiele nicht im traditionell geprägten Referat Deutschland angestellt worden waren.

Das RSHA erfuhr sehr bald von diesen Überlegungen im AA. Am 24. Juni 1940 wandte sich Heydrich direkt an Außenminister Ribbentrop: „Ich darf bitten, mich bei bevorstehenden Besprechungen, die sich mit der Endlösung der Juden-

⁸⁰ Vgl. etwa Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 16, S. 168, S. 174, S. 183, S. 185 u. S. 189.

⁸¹ Ebenda, S. 185.

⁸² PA/AA, R 100.857, Bl. 226f.

frage befassen, falls solche von dort aus vorgesehen sein sollten, zu beteiligen.“⁸³ Dieser Satz wurde von der Historikerkommission als Beleg für eine koordinierte Politik des RSHA mit dem AA – quasi auf Augenhöhe – gewertet⁸⁴. Das genaue Gegenteil ist jedoch der Fall. Heydrich teilte dem Reichsaußenminister mit, dass ihm allein die Federführung in der „Judenpolitik“ zuerkannt worden sei: „Der Herr Generalfeldmarschall hat mich im Januar 1939 in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan mit der Durchführung der jüdischen Auswanderung aus dem gesamten Reichsgebiet beauftragt.“⁸⁵ Das AA, so die indirekte Botschaft, habe in dieser Frage keine eigenständigen Initiativen zu ergreifen.

Die Vorarbeiten Rademachers mussten deshalb unverzüglich an das RSHA abgegeben werden. Dort arbeitete SS-Obersturmführer Theodor Dannecker ein „Madagaskar-Projekt“ aus, das er am 15. August 1940 an Rademacher übersandte⁸⁶. Der erste eigenständige Versuch der Abteilung Deutschland war damit im Keim erstickt. Das Amt hatte sich in Zukunft auf die außenpolitische Abschirmung der Madagaskar-Planungen zu beschränken⁸⁷. Die von der Historikerkommission anhand dieses Beispiels konstruierte „tragende Rolle des Auswärtigen Amtes in der Judenpolitik der Kriegsjahre“⁸⁸ ist selbst hier nicht nachzuweisen. Dem widerspricht nicht, dass die Abteilung Deutschland weiterhin eifrig bemüht blieb, den Wünschen des RSHA in der „Judenfrage“ zu entsprechen. Dies tat sie jedoch als loyaler Zuarbeiter, nicht als Kooperationspartner auf Augenhöhe.

Die Politische Abteilung des AA erhielt erst Ende August 1940, nachdem die Arbeiten Rademachers überholt waren, ein Exemplar des von diesem am 2. Juli vorgelegten Madagaskar-Plans⁸⁹. Sie war wieder übergegangen worden, obwohl es sich um grundlegende Fragen von außenpolitischer Bedeutung handelte. Am 10. Februar 1942 teilte Rademacher der Politischen Abteilung schließlich mit, dass der Krieg gegen die Sowjetunion die Möglichkeit biete, „andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen. Demgemäß hat der Führer entschieden, daß die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen. Madagaskar braucht mithin nicht mehr für die Endlösung vorgesehen werden.“⁹⁰ Die Politische Abteilung war auch über diese längst getroffene Entscheidung bis dahin nicht informiert worden. Beinahe unglaublich fragte deshalb deren Leiter Woermann am 14. Februar 1942 erneut nach: „Bei der Bedeutung, die diese Entscheidung hat, bitte ich Sie um Mitteilung, auf welchen Quellen

⁸³ Ebenda, Bl. 192, oder IfZ-Archiv, Fa 246/1.

⁸⁴ Vgl. den Artikel „Unser Buch hat einen Nerv getroffen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. 12. 2010, S. 13.

⁸⁵ Schreiben Heydrichs vom 24. 6. 1940 an Ribbentrop, in: PA/AA, R 100.857, Bl. 192, oder IfZ-Archiv, Fa 246/1.

⁸⁶ PA/AA, R 100.857, Bl. 199–214. Das Anschreiben Danneckers findet sich in: Ebenda, Bl. 197.

⁸⁷ Rademacher vermerkte am 30. 8. 1940 zum künftigen Beitrag des AA zum Madagaskar-Plan: „Verhandlungen mit Feindmächten auf Grund des Friedensvertrages und [den] übrigen europäischen Staaten auf Grund von Sonderverträgen“, in: PA/AA, R 100.857, Bl. 195f. Eine „tragende Rolle“ des AA sieht anders aus.

⁸⁸ Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit, S. 185.

⁸⁹ Aufzeichnung Rademachers vom 30. 8. 1940, in: PA/AA, R 100.857, Bl. 196.

⁹⁰ Aufzeichnung Rademachers vom 10. 2. 1942 für Referat Pol X, in: Ebenda, Bl. 182.

die Angabe beruht.⁹¹ Die Abteilung Deutschland hingegen war frühzeitig vom RSHA über die modifizierten Planungen in der „Judenfrage“ unterrichtet worden, während den traditionellen Arbeitseinheiten des AA diese Informationen vorenthalten worden waren; sie glaubten offenbar auch noch nach der „Wannsee-Konferenz“ an die „Ansiedlung“ der Juden in einem ghettoartigen Gebiet – die „territoriale Endlösung“. Trotz ihres Wissens über die Massenerschießungen in der Sowjetunion hatten sie wohl noch nicht erkannt, dass unter dem Begriff „Endlösung“ nunmehr die Ermordung aller Juden zu verstehen war.⁹²

Das zeigt, wie abwegig die globale Aussage der Historikerkommission ist, das AA habe sich nach 1933 gewandelt: „von einer Behörde, die sich in der Hauptsache mit den Konsequenzen der Judenpolitik anderer Behörden beschäftigte, zu einer Institution, die Initiativen ergriff und eine leitende Rolle in der Judenpolitik zu spielen begann“⁹³. Mit dieser Aussage werden die bisherigen Forschungserkenntnisse in das genaue Gegenteil verkehrt, ohne für diese These einen Beleg zu erbringen. Das AA war in den Jahren 1933 bis 1935 aktiv an der scheinlegalen Segregation der jüdischen Bevölkerung beteiligt. Die Erforschung der Rolle des Ministeriums bei der Ausarbeitung des Berufsbeamtengesetzes 1933 und seiner Beteiligung an der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 hätte genau zu diesem Ergebnis geführt. Leider ist die Historikerkommission darauf nicht näher eingegangen. Bis 1935 gab es innerhalb des Ministeriums einen Konsens hinsichtlich des Umgangs mit der jüdischen Bevölkerung. Die Position des AA entsprach dabei *cum grano salis* der Haltung der traditionellen Ministerialbürokratie im Deutschen Reich⁹⁴. Der eigentliche Bruch innerhalb des Ministeriums fand nach dem Ministerwechsel von Neurath zu Ribbentrop statt. Damit endete die relative personelle Homogenität des Amts, aber auch der Konsens in Bezug auf einzelne Sachfragen, etwa in der „Judenpolitik“. Danach wurde die Dichotomie zwischen den traditionellen „alten“ und den stärker nationalsozialistisch geprägten „neuen“ Diplomaten und Arbeitseinheiten des AA immer klarer.

Der Bruch nach dem Ministerwechsel zu Ribbentrop machte sich vor allem in den neu geschaffenen bzw. umgewandelten Arbeitseinheiten wie den Sonderreferaten bemerkbar. Damit zeigt sich auch innerhalb des AA ein Phänomen, das für die gesamte deutschen Verwaltung nach 1933 charakteristisch war: „Spezielle Aufgaben“ wurden überwiegend nicht von bestehenden, sondern von neu gegründeten

⁹¹ Aufzeichnung Woermanns vom 14. 2. 1942 für Rademacher, in: Ebenda, Bl. 183.

⁹² Fragwürdig ist deshalb auch die Interpretation in: Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit*, S. 170, die Berichte über die Morde der Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion, die seit Sommer 1941 im Ministerium eingingen, seien „zu einem wichtigen Bestandteil der alltäglichen Aktivitäten des Auswärtigen Amtes“ geworden; diese „definierten den Charakter des Ministeriums neu“. Bei aller Beteiligung des Amts am Holocaust hatten doch die meisten Beamten in ihrer alltäglichen Arbeit niemals mit der „Judenfrage“ zu tun. Es handelt sich dabei um den klassischen Trugschluss des Historikers, der den Aktenbestand, den er aufgrund seiner begrenzten Kapazitäten ansehen kann, mit dem Ganzen verwechselt. Auch wenn die Einsatzgruppenberichte im Amt bekannt waren, so ist es doch wenig wahrscheinlich, dass deren bloße Lektüre den Charakter eines Ministeriums verändern konnte.

⁹³ Ebenda, S. 183.

⁹⁴ Vgl. Mayer, *Staaten als Täter*, S. 39–196.

ten oder umgewandelten Institutionen durchgeführt. Das AA ist damit einerseits Teil der allgemeinen institutionellen Entwicklung der Reichsverwaltung, andererseits stellt es in gewisser Weise aber auch einen Sonderfall dar. So war es im Verlauf der dreißiger Jahre in der „Judenpolitik“ zu einer Machtverschiebung von der ursprünglich federführenden traditionellen Ministerialbürokratie, vor allem dem Reichsministerium des Innern, hin zu neu gegründeten NS-Institutionen, insbesondere dem 1939 geschaffenen RSHA, gekommen. Die traditionelle Reichsverwaltung, die in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre der dominierende Akteur in der „Judenfrage“ war, wurde mehr und mehr zu einem ausführenden Organ. Anders als das AA wurde das Innenministerium schließlich für die Durchführung der „Endlösung“ nicht mehr gebraucht. Das Referat für „Juden- und Mischlingsfragen“ im RMdI, das nach 1935 immer mehr an Bedeutung verloren hatte, wurde nach dem Amtsantritt des Reichsinnenministers Heinrich Himmler zum Jahresende 1943 aufgelöst. Sämtliche Akten wurden an das RSHA abgegeben⁹⁵.

Die Kernabteilungen des AA waren einem ähnlichen Machtverlust ausgesetzt. Während etwa die Abteilungen Politik und Recht von 1933 bis 1938 aktiv an der staatlichen „Judenpolitik“ mitwirkten, ging ihr Einfluss danach drastisch zurück. Die radikale Vernichtungspolitik wurde vor allem von den neu gegründeten Arbeitseinheiten des AA unterstützt. In keinem anderen Ministerium war dabei der Gegensatz zwischen den alten Beamten und den jungen NS-Funktionseleiten so deutlich.

Das heißt aber selbstverständlich nicht, dass man die traditionellen Arbeitseinheiten des AA von der Mitverantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes freisprechen könnte. Auch wenn diese Abteilungen und Referate nach 1940 kaum noch aktiv gestaltend auftraten, bildete das Amt dennoch weiterhin einen Organismus. Die Sonderreferate nach 1940 waren darin kein Fremdkörper, der mit den traditionellen Teilen des AA keinerlei Berührungspunkte aufwies. Eine solche Interpretation würde es sich allzu leicht machen. Schließlich wurden die üblichen Arbeitsabläufe auch weiterhin in einem bestimmten Rahmen fortgeführt. Die von unterschiedlichen Akteuren geprägten Abteilungen müssen einerseits aufgrund ihrer personellen Struktur, ihrer ideologischen Ausrichtung und ihres Verwaltungshandelns voneinander unterschieden werden. Zugleich darf aber nicht übersehen werden, dass die Sonderreferate in einen arbeitsteiligen Prozess eingebunden blieben, zu dem immer wieder auch die gegenseitige Abstimmung in einzelnen Sachfragen gehörte. Die traditionellen Eliten im Amt hatten trotz aller Geheimhaltungsmanöver eine relativ genaue Vorstellung von der Tätigkeit der Sonderreferate, und ihnen konnte nicht verborgen bleiben, dass die radikalen NS-Organisationen die eingespielte Professionalität des gesamten diplomatischen Verwaltungsapparats bewusst nutzten, um die Umsetzung des Holocausts – insbesondere was die Abschirmung der Verbrechen gegenüber dem Ausland anging – zu erleichtern. Durch diese Form der Zusammenarbeit, die nie grundsätzlich in Frage gestellt wurde, machten sich die alten Eliten schuldig; auch sie wurden schließlich Teil der NS-Vernichtungsmaschinerie.

⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 223 f.

■ In kaum einem anderen westeuropäischen Staat wurde die deutsche Reaktion auf den Terrorismus der RAF so scharf kritisiert wie in Frankreich. Präsident Giscard d'Estaing unterstützte den Kurs der Bundesregierung. Die einflussreiche französische Linke hingegen zögerte nicht, die Bundesrepublik als „Polizeistaat“ zu diffamieren. Warum? Sah man in den Deutschen 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer „Erbfeinde“, die vom Weg zur Demokratie abgekommen waren und erneut rückfällig wurden? Markus Lammert vom Institut für Zeitgeschichte zeigt, dass die gallige französische Kritik viele Wurzeln hatte. Vor allem waren es aktuelle innenpolitische Probleme, die auf dem Rücken des Nachbarlandes ausgetragen wurden. ■

Markus Lammert

Die französische Linke, der Terrorismus und der „repressive Staat“ in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren

Die Empörung in der Bundesrepublik war groß, als im Herbst 1977, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem linksradikalen Terrorismus, in der französischen Presse Stimmen laut wurden, die die deutsche Politik der inneren Sicherheit scharf kritisierten und den Terroristen Verständnis, ja sogar Sympathie entgegenzubringen schienen. Drei Tage vor der Entführung Hanns Martin Schleyers durch ein Kommando der Roten Armee Fraktion (RAF) veröffentlichte *Le Monde* am 2. September 1977 einen Essay von Jean Genet. Der Schriftsteller feierte die Gewalttaten der Terroristen als heroischen Widerstand gegen die „Brutalität“ einer „inhumanen“ Gesellschaft – als „Stachel im zu fetten Fleisch“ der Deutschen¹. Er stieß damit eine Debatte an, die sich in den folgenden Wochen zu einem regelrechten „Pressekrieg“ zwischen deutschen und französischen Medien entwickelte. *Le Monde* distanzierte sich zwar formal von Genet², warf der „an ihren Terroristen erkrankte[n] BRD“ aber vor, sie habe sich zu einem autoritären Polizeistaat entwickelt und damit die Anschläge geradezu provoziert: Nur eine „monströse Gesellschaft“ könne auch „Monstren“ hervorbringen³. Die großen Blätter der linken und linksliberalen Pariser Presse sowie bekannte französische

¹ Jean Genet, *Violence et brutalité*, in: *Le Monde* vom 2. 9. 1977.

² Die Rubrik „Point de vue“, in der der Artikel Genets erschienen war, stellt traditionell eine „Außenansicht“ dar, deren Inhalt nicht dem Standpunkt der Redaktion entsprechen muss. *Le Monde* ließ in der Folge eine Reihe weiterer Persönlichkeiten zu Wort kommen, die Genet zum Teil scharf kritisierten. Vgl. Jacques Ellul, *La violence, c'est la violence*, in: *Le Monde* vom 8. 9. 1977; Alfred Grosser, *Les phantasmes français*, in: *Le Monde* vom 9. 9. 1977; Vasile Stanciu, *La victime et le tyran*, in: *Le Monde* vom 10. 9. 1977; Maurice Duverger, *Le fascisme rouge*, in: *Le Monde* vom 11./12. 9. 1977.

³ Manuel Lucbert, *La R.F.A. malade de ses extrémistes. Des brèches dans la citadelle*, in: *Le Monde* vom 7. 9. 1977.

Intellektuelle meldeten sich ebenfalls zu Wort⁴. In Deutschland reagierten unter anderem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Der Spiegel* mit Beiträgen über die „chauvinistische“ und „antideutsche“ Haltung der französischen Linken⁵.

Nach einigen Tagen erreichte die deutsch-französische Pressepolemik auch die Politik. Am 15. September 1977 debattierte der Bundestag über die Affäre. Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion befragten den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Klaus von Dohnanyi, zu den Maßnahmen der Bundesregierung angesichts „der von linken Parteien und Gruppen in den westlichen Partnerstaaten mit wahrheitswidrigen Behauptungen angeheizten Stimmungskampagne“⁶. Der französische Botschafter in Bonn, Jean-Pierre Brunet, telegrafierte am 19. September 1977 nach Paris: „Es ist schwierig vorauszusagen, ob das, was von hier wie eine systematische antideutsche Kampagne erscheint, [...] dauerhaft Spuren in Deutschland hinterlassen wird.“ Er persönlich neige zu der Einschätzung, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern beeinträchtigt würden („en sont affectées“)⁷.

Eine enge Abstimmung auf Regierungsebene verhinderte ernsthafte diplomatische Komplikationen. Bereits am 13. September hatte der Präsident der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, Bundeskanzler Helmut Schmidt seine „Entrüstung über den Artikel von Jean Genet“ mitgeteilt⁸. Am 22. September reiste Michel Poniatowski als „Sondergesandter des Präsidenten“ nach Bonn und sicherte der Bundesregierung die „Solidarität des französischen Volkes“ im Kampf gegen den Terrorismus zu⁹. Der Bundeskanzler appellierte seinerseits an die wichtigsten deutschen Chefredakteure, nicht auf die Angriffe der französischen Presse zu reagieren¹⁰. Als im Oktober 1977 ein palästinensisches Kommando die Lufthansamaschine „Landshut“ nach Mogadischu entführte und die Freilassung der RAF-Häftlinge in Stammheim verlangte, konsultierte Schmidt den

⁴ Vgl. die Berichterstattung in den Monaten September, Oktober und November 1977, in: Le Nouvel Observateur, Libération, Le Matin, Le Quotidien de Paris. Einsehbar in der Pressesammlung der Bibliothek der Fondation nationale des Sciences Politiques.

⁵ Vgl. u. a. Dieter Wild, Ihr Lieben von „Le Monde“, in: Der Spiegel vom 12. 9. 1977, S. 138; Karl Jetter, Auf dem Weg zur deutsch-französischen Feindschaft?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 9. 1977. Für eine ausführliche Presseschau vgl. Henri Ménudier, Deutsch-französische Polemik um die Bundesrepublik Deutschland, in: Ders., Das Deutschlandbild der Franzosen in den 70er Jahren, Bonn 1981, S. 168–181 (erstmal erschienen als: De quelle Allemagne parlez-vous?, in: Documents. Revue du dialogue franco-allemand 4 (1977), S. 14–42).

⁶ Vgl. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 42. Sitzung, Bonn, 15. 9. 1977, S. 3203.

⁷ Archives du Ministère des Affaires Étrangères (künftig: MAE), Direction Europe, 1976–80, RFA 3960, Tél. 3974/3979, 19. 9. 1977.

⁸ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1977, Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1977, bearb. von Amit das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter, Fabian Hilfrich und Mechthild Lindemann, München 2008, Dok. 242, S. 1187–1191, hier S. 1190, Telefongespräch Schmidt mit Giscard d'Estaing, 13. 9. 1977.

⁹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA/AA), B24, 113557, Erklärung von Herrn Michel Poniatowski, ehemaliger Staatsminister, persönlicher Botschafter des Präsidenten der Französischen Republik, 23. 9. 1977.

¹⁰ Vgl. AAPD 1977, Dok. 298, S. 1428–1435, hier S. 1433, Gespräch Schmidt mit Ministerpräsident Barre, 20. 10. 1977.

französischen Präsidenten in einem Telefongespräch. Giscard unterstützte den Kurs der Bundesregierung: Er selbst würde „nicht aufgeben und die Gefangenen nicht ausliefern“¹¹.

Wie aber erklärt sich, dass im Herbst 1977 einige der einflussreichsten französischen Blätter und Intellektuellen das Bild einer repressiven Bundesrepublik auf dem Weg in einen Polizeistaat zeichnen? Die Vorwürfe der deutschen Zeitungen, die französischen Kritiker hegten einen „unverbesserlichen Antigermanismus“ und sähen mit ängstlichem Neid auf das wirtschaftlich prosperierende Nachbarland¹², greifen ebenso zu kurz wie der Versuch der deutschen Botschaft in Paris, die französische Haltung unter anderem damit zu erklären, dass in Frankreich seit der Großen Revolution von 1789 „Gewalttaten gegen eigene Soldaten, Polizisten, Hochgestellte in die Gedankenwelt breiter Kreise aufgenommen“ seien¹³. Aber auch die Beschwichtigungen aus dem französischen Regierungsapparat, es handele sich um „vereinzelte Artikel“, halten einer gründlichen historischen Analyse nicht stand¹⁴.

Während bisher vor allem historische Wahrnehmungsdispositionen und insbesondere die „Fehlperzeption“ eines 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer undemokratischen und gefährlichen Deutschlands hervorgehoben wurden, soll in diesem Beitrag versucht werden, die französischen (Miss-)Stimmen stärker in den politischen Kontext der 1970er Jahre einzuordnen¹⁵. In der „anti-

¹¹ AAPD 1977, Dok. 284, S. 1377 f., hier S. 1378, Telefongespräch Schmidt mit Giscard d'Estaing, 14. 10. 1977. Vgl. auch Tim Geiger, Die „Landshut“ in Mogadischu. Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977, in: VfZ 57 (2009), S. 413–456, hier S. 449 f.

¹² Andreas Razumowsky, Schadenfreude in Frankreich angesichts des Terrors in der Bundesrepublik. Seltsame Reaktionen nach der Schleyer-Entführung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 9. 1977.

¹³ PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2689, 14. 9. 1977, Betr.: Frankreich und die Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁴ So Poniatowski bei seinem Besuch in Bonn. PA/AA, B 24, 113557, Erklärung von Herrn Michel Poniatowski, ehemaliger Staatsminister, persönlicher Botschafter des Präsidenten der Französischen Republik, 23. 9. 1977.

¹⁵ Vgl. u. a. Klaus-Peter Schmid, Le Monde und die Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12 (1979), S. 19–23; Klaus Enseling, Das Ausland zur Extremismus- und Terrorismus-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ebenda B 20 (1978), S. 23–38. Differenzierter Joseph Rovin, L'Allemagne n'est pas ce que vous croyez, Paris 1978; Alfred Grosser, French Anti-Germanism, in: The New York Times vom 23. 1. 1978. In jüngeren Arbeiten sind einige der hier behandelten Aspekte bereits aufgegriffen worden. Vgl. Wolfgang Kraushaar, Sartre in Stammheim. Der Philosoph beim Staatsfeind Nummer Eins – Ein Besuch und seine Folgen, in: Lettre International 80/4 (2008), S. 50–56; Hélène Miard-Delacroix, Partenaires de choix? Le Chancelier Helmut Schmidt et la France (1974–1982), Bern 1993, S. 87–110 u. S. 119–130; dies., Willy Brandt, Helmut Schmidt und François Mitterrand – vom Komitee gegen den Ministerpräsidentenerlass 1976 bis zur Krise der Mittelstreckenraketen 1983, in: Horst Möller/Maurice Vaisse (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 231–245; Dominik Rigoll, „Was täten Sie, wenn quer durch Paris eine Mauer wäre?“ Der Radikalenbeschluss von 1972 und der Streit um die westdeutschen Berufsverbote. Deutsch-deutsch-französische Verflechtungen, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Historische Erinnerung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte unter be-

deutschen Pressekampagne“ verdichtete sich im Herbst 1977 eine Kritik, die sich seit Beginn des Jahrzehnts immer wieder an der Politik der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik entzündet hatte¹⁶. Sie wurde getragen von einer Vielzahl von Akteuren, deren Motive sich zum Teil stark voneinander unterschieden. Das Spektrum der beteiligten Persönlichkeiten spiegelte die gesamte Breite der französischen Linken wider und reichte von linksliberalen Politikern, die wenig später Regierungämter übernahmen, bis zu Linksextremisten, die in den Terroristen der RAF durchaus „Brüder im Geiste“ erkannten.

Eine Analyse der sich überschneidenden Themen und Motive in der öffentlichen Rede über Deutschland leistet zunächst einen Beitrag zu einer transnationalen, europäischen Rezeptionsgeschichte der Bundesrepublik. Sie kann zudem einen Einblick geben in die Verfassung und Entwicklung der französischen Linken selbst. Diese äußerst heterogene Formation befand sich während der langen 1970er Jahre Frankreichs (vom Mai 1968 bis zum Mai 1981) in einer tief gehenden politischen und ideologischen Umbruchphase. Die von linksrevolutionären Terroristen herausgeforderte Bundesrepublik diente ihr als Projektionsfläche, um zentrale politische und gesellschaftliche Konflikte auszuhandeln.

Die stark von innenpolitischen Motiven geprägte französische Perzeption der bundesdeutschen Reaktion auf den Terrorismus darf allerdings nicht isoliert von ihrem europäischen Kontext betrachtet werden: Die Bundesrepublik sah sich keineswegs nur in Frankreich einer scharfen Kritik an ihrer „Repressionspolitik“ ausgesetzt¹⁷. Außerdem hatten die Freiheitsbewegungen Lateinamerikas, der Ter-

sonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung, Berlin 2007, S. 603–623; Christelle Flandre, *Socialisme ou social-démocratie? Regards croisés français allemands 1971–1981*, Paris 2006.

¹⁶ Auch für die Berichterstattung von *Le Monde* stellte die Krise von 1977 keinen Bruch dar. Bereits seit 1974 hatte die Zeitung ausgesprochen kritisch über die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik berichtet. Vgl. Christian M. Schmitz, *Zwischen Mythos und Aufklärung: Deutschland in der außenpolitischen Berichterstattung der Zeitung „Le Monde“ 1963 bis 1983. Eine Untersuchung zu Kontinuität und Wandel französischer Deutschlandbilder unter Berücksichtigung der Presseorgane „L'Express“, „Le Nouvel Observateur“ und „France Soir“*, Frankfurt a. M. 1990, S. 202–222.

¹⁷ Eine Gesamtdarstellung der Perzeption der bundesdeutschen Anti-Terrorismus-Politik in Europa ist noch Desiderat. Zu einzelnen Aspekten vgl. Petra Terhoeven, *Deutscher Herbst in Italien. Die italienische Linke und die „Todesnacht von Stammheim“*, in: Dies. (Hrsg.), *Italien, Blicke. Neue Perspektiven der italienischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2010, S. 185–208; Janneke Martens, *Polizei und Justiz drehen völlig durch. Die Rote Armee Fraktion in den niederländischen Medien*, in: Nicole Colin u. a. (Hrsg.), *Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven*, Bielefeld 2008, S. 91–108; Jacco Pekelder, *Sympathie voor de RAF. De Rote Armee Fraktion in Nederland, 1970–1980*, Amsterdam 2007; „Terrorist“ hat hier einen anderen Klang. Der Streit um die Auslieferung des Anarchisten Rolf Pöhle, in: *Der Spiegel* vom 6. 9. 1976, S. 108–113. Siehe auch den weitsichtigen Bericht des Auswärtigen Amtes zum kritischen Deutschlandbild in Europa und möglichen Strategien der internationalen Öffentlichkeitsarbeit, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD)* 1976, Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1976, bearb. von Matthias Peter, Michael Ploetz und Tim Geiger, München 2007, Dok. 285, S. 1316–1319, Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pfeffer, 14. 9. 1976.

rorismus in Italien oder die Franco-Diktatur in Spanien für die französische Linke eine ähnliche Funktion wie die Antiterrorismuspolitik in der Bundesrepublik¹⁸.

Anhand von drei öffentlich ausgetragenen deutsch-französischen Konflikten sollen im Folgenden die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der französischen Linken vorgestellt werden, deren gemeinsame Kritik an der Bundesrepublik als „antideutsche Kampagne“ wahrgenommen wurde. Ausgehend von Jean-Paul Sartres umstrittenem Besuch bei Andreas Baader in Stammheim im Dezember 1974 wird zunächst die Auseinandersetzung der extremen Linken mit dem bundesdeutschen Terrorismus analysiert. Es folgt eine Untersuchung der Positionen der traditionellen Linksparteien *Parti Socialiste* (PS) und *Parti Communiste* (PC), deren Kritik bereits im Juni 1976 in der Gründung eines *Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland* gipfelte. Schließlich soll die sogenannte *affaire Croissant* näher untersucht werden, bei der sich im Sommer und Herbst 1977 eine wesentlich von linken Juristen getragene Bewegung gegen die Auslieferung des nach Frankreich geflohenen RAF-Anwalts Klaus Croissant engagierte.

Der notwendigerweise schematisierende Ansatz dieses Beitrags darf dabei nicht den Blick verdecken für die Gemeinsamkeiten und Überschneidungen innerhalb der französischen Linken. Die für das Frankreich der 1970er Jahre charakteristische *Bipolarisation* des Parteiensystems in ein rechtes und ein linkes Lager entsprach auch dem zeitgenössischen Verständnis eines *peuple de gauche*, das sich trotz zahlreicher Differenzen als *die Linke* im Gegensatz zu einer konservativen Mehrheit sah¹⁹.

Sartre in Stammheim

Das Gespräch Jean-Paul Sartres mit Andreas Baader im Gefängnis Stuttgart-Stammheim am 4. Dezember 1974 wurde in Deutschland als „persönliche[n] Bla-

¹⁸ Vgl. François Hourmant, De Lénine à Marcos: modèles étrangers pour la gauche?, in: Jean-Jacques Becker/Gilles Candar, *Histoire des gauches en France*, Bd. II: XX^e siècle: à l'épreuve de l'histoire, Paris 2005, S. 475–486; Emmanuel-Pierre Guittet, *Antiterrorisme clandestin, antiterrorisme officiel. Chroniques espagnoles de la coopération en Europe*, Québec 2010, S. 97–108; François Dosse, *Deleuze et Guattari et la contestation italienne dans les années 1970*, in: Marc Lazar/Marie-Anne Matard-Bonucci (Hrsg.), *L'Italie des années de plomb. Le terrorisme entre histoire et mémoire*, Paris 2010, S. 290–304; Marco Gervasoni, *La gauche italienne, les socialistes français et les origines de la „doctrine Mitterrand“*, in: Ebenda, S. 323–338; Monica Lanzoni, *Les années de plomb italiennes au regard de l'extrême gauche française: représentation, vision et compréhension à travers la presse militante*, unv. Mag. Paris I, 2009.

¹⁹ Vgl. Bastien François, *Le régime politique de la Ve République*, Paris 2008, S. 81–84. Zur französischen Terminologie vgl. die Einführung (mit Literaturangaben) bei Marc Sadoun, *Gauche*, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 2004, S. 515–517. Für eine deutschsprachige Einführung in das französische Parteiensystem der V. Republik vgl. Udo Kempf, *Das politische System Frankreichs*, Wiesbaden 2007, S. 169–232, zur Geschichte der französischen Linken im 20. Jahrhundert Becker/Candar, *Histoire des gauches en France*, Bd. II.

mage“ Sartres interpretiert²⁰. Generalbundesanwalt Siegfried Buback hatte versucht, den von Anwalt Klaus Croissant organisierten Besuch mit der Begründung zu verhindern, dass Sartre „für die kriminellen Ziele der Baader-Meinhof-Gruppe eingespannt und seine ‚philosophische Autorität‘ für den Kampf der RAF gegen die rechtsstaatliche Ordnung schamlos missbraucht werden“ solle²¹. Die deutsche Presse schrieb dieses Bild nach dem Treffen fort: Der alte und kaum noch zurechnungsfähige Philosoph, so der Tenor der Berichterstattung, sei von den Terroristen manipuliert und instrumentalisiert worden²². Tatsächlich hatte Sartre in der anschließenden Pressekonferenz bei der Schilderung der angeblich „unerträglichen Haftbedingungen“ der Gefangenen offensichtlich nicht beschrieben, was er mit seinen eigenen Augen hätte sehen können, sondern das, was ihm zuvor von den Anwälten berichtet worden war²³.

In der Empörung über die augenscheinliche Solidarisierung des französischen Großintellektuellen mit dem deutschen Terroristen ging unter, dass sich Sartre durchaus differenziert zu seinem Gespräch mit Baader geäußert hatte. Der Philosoph wollte seinen Besuch als „humanitäre Aktion“ und nicht als „Akt politischer Solidarität“ verstanden wissen²⁴. Er erklärte zwar seine „allgemeine Sympathie“ für die RAF als Teil einer internationalen revolutionären Linken, distanzierte sich aber deutlich von dem in Deutschland praktizierten Terrorismus²⁵. In Frankreich war Sartre mit seinem Engagement zudem keineswegs so isoliert, wie in Deutschland angenommen. Sein Besuch in Stammheim, die Stellungnahmen zum Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe, aber auch die Form seines Engagements – die Bekämpfung staatlicher Repression durch die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit – waren exemplarisch für eine bestimmte Strömung in der französischen Linken.

Diese nach den Mai-Unruhen des Jahres 1968 entstandene, neue radikale Linke umfasste zwar einen relativ kleinen Personenkreis²⁶. Durch ihre Verbindung

²⁰ Kraushaar, Sartre in Stammheim, S. 50.

²¹ Ebenda, S. 52.

²² Zu den Reaktionen der deutschen Presse vgl. ebenda, S. 53 ff.

²³ Vgl. Jürgen Busche, Sartre erzählt aus der Zelle. Der Auftritt des französischen Philosophen in Stuttgart, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 12. 1974. Zur tatsächlichen Situation in den bundesdeutschen Gefängnissen vgl. u. a. Martin Jander, Isolation. Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. II, Hamburg 2006, S. 973–993; Gerd Koenen, Camera Silens. Das Phantasma der „Vernichtungshaft“, in: Ebenda, S. 994–1010.

²⁴ Hervé Hamon/Patrick Rotman, Génération, Bd. II: Les années de poudre, Paris 1988, S. 595. Das Scheitern dieses Unterfangens gestand er freilich selbst ein; vgl. ebenda.

²⁵ Vgl. u. a. Alice Schwarzer, „Schreckliche Situation“. Interview mit Sartre über seinen Besuch bei Baader, in: Der Spiegel vom 2. 12. 1974, S. 166–169; Antenne 2, Journal des 20h, 21. 5. 1975, online abrufbar unter <http://www.ina.fr/economie-et-societe/justice-et-faits-divers/video/CAB7500457701/proces-des-membres-de-la-bande-a-baader.fr.html> (zuletzt eingesehen am 26. 8. 2011).

²⁶ Innenminister Raymond Marcellin schätzte die Zahl der aktiven Mitglieder der „revolutionären Gruppierungen“ in Frankreich im November 1968 auf 1000 bis 3000 Personen. Vgl. Stéphane Dépit, Raymond Marcellin et le spectre de la répression policière dans la France de l’après-mai 1968 (1968–1974), unv. Mag. IEP Paris 2006/07, S. 63. Nach der Ermordung

mit einflussreichen Intellektuellen entfaltete sie aber einen erheblichen Einfluss auf die französische Gesellschaft²⁷. Mehr noch als Sartre selbst standen seine drei Reisebegleiter nach Stammheim für diese Strömung. Neben Daniel Cohn-Bendit, der als Übersetzer fungierte, waren dies Sartres Sekretär Benny Lévy und der Journalist Jean-Marcel Bougureau²⁸. Daniel Cohn-Bendit hatte die Mai-Ereignisse des Jahres 1968 maßgeblich geprägt, vertrat aber eine libertäre, spielerische Form des Protests²⁹. Dagegen hatte Benny Lévy unter dem Pseudonym *Pierre Victor* jahrelang der größten und radikalsten „revolutionären Gruppe“ in Frankreich vorgestanden. Die maoistische *Gauche Prolétarienne* (GP) hatte mit spektakulären Aktionen und einer gewaltverherrlichenden Sprache zum bewaffneten Aufstand aufgerufen, sich Ende 1973 aber selbst aufgelöst, auch um eine Eskalation in den Terrorismus zu vermeiden³⁰. Ein Erbe der Maoisten war die 1973 von der GP gegründete Zeitung *Libération*, die in den folgenden Jahren zur bedeutendsten journalistischen Plattform der radikalen französischen Linken wurde und für die nun Jean-Marcel Bougureau über Sartres Treffen mit Baader berichtete³¹.

Wie die RAF in Deutschland sahen auch die französischen Linksextremisten ihren Hauptfeind in einem „neuen Faschismus“, der sich in den kapitalistischen Ländern Europas und auch im Frankreich der V. Republik entwickle³². So schrieb der damalige GP-Aktivist André Glucksmann im Jahr 1972: „Ist es so schwer zu begreifen, dass [...] heute der Staat mit seiner Polizei den Vorposten der Faschisierung stellt?“³³ Und *Der Spiegel* zitierte Sartre mit den Worten: „Der [französische] Staat ist noch nicht faschistisch, aber die Polizei ist es bereits.“³⁴ In ihrer Revolutionsstrategie und letztlich vor allem in der Radikalität der angewandten Mittel unterschieden sich die Bewegungen in Deutschland und Frankreich jedoch. Während die französischen Maoisten hofften, die „proletarischen Massen“ zu einer Revolution führen zu können, vor tödlicher Gewalt aber zurückschreckten, hingen viele ihrer deutschen Genossen dem Konzept der gewalttätigen „Stadtgue-

des *Gauche Prolétarienne*-Mitglieds Pierre Overney am 25. 2. 1972 nahmen etwa 30.000 Menschen an einer Protestkundgebung teil – eine Zahl, die wohl ungefähr der damaligen Stärke der linksextremen Bewegung in Paris entsprach. Vgl. Hamon/Rotman, *Génération*, Bd. II, S. 401.

²⁷ Vgl. u. a. Julian Bourg, *From Revolution to Ethics. May 1968 and Contemporary French Thought*, Montreal u. a. 2007, S. 54–102.

²⁸ Vgl. Hamon/Rotman, *Génération*, Bd. II, S. 593.

²⁹ Zu Cohn-Bendits Sicht auf 1968 vgl. Daniel Cohn-Bendit, *Nous l'avons tant aimé, la révolution*, Paris 1986.

³⁰ Vgl. u. a. Isabelle Sommier, *La violence politique et son deuil. L'après 68 en France et en Italie*, Rennes 2008; Christophe Bourseiller, *Les maoïstes. La folle histoire des gardes rouges français*, Paris 2008. Zu Sartres Verhältnis zu den französischen Maoisten vgl. u. a. Richard Wolin, *The Wind from the East. French Intellectuals, the Cultural Revolution and the Legacy of the 1960s*, Princeton/Oxford 2010.

³¹ Zur Geschichte von *Libération* vgl. Jean Guisnel, *Libération. La biographie*, Paris 2003.

³² Vgl. Jean-Pierre Le Goff, *Mai 68. L'héritage impossible*, Paris 1998, S. 189–203.

³³ André Glucksmann, *Fascismes: l'ancien et le nouveau*, in: *Les Temps Modernes* 310^{bis} (1972), S. 266–334, hier S. 271.

³⁴ „Strom durch den Körper“, in: *Der Spiegel* vom 12. 7. 1971, S. 80 f., hier S. 80.

rilla“ an. So fand ein Treffen Baaders mit einem führenden Mitglied der *Gauche Prolétarienne* im Jahr 1969 keine Fortsetzung³⁵.

Das Ausbleiben eines „eigenen“ französischen Terrorismus verstärkte die Faszination des „bewaffneten Kampfes“ in der Bundesrepublik. Entsprechend empfänglich zeigte sich die revolutionäre französische Linke für die Propaganda der RAF, die seit 1972 vor allem auf die Situation der „politischen Gefangenen“ zielte. Am 29. Juni 1973 fand in Paris eine Pressekonferenz gegen die „Isolationsfolter“ in der Bundesrepublik statt. Einige Pariser Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Michel Foucault und der Anwalt Jean-Jacques de Félice, unterzeichneten daraufhin einen Aufruf, der sich dem Protest anschloss³⁶. Einen Tag später versammelten sich etwa 40 deutsche und französische Studenten vor dem Gebäude der deutschen Botschaft, um ihre Solidarität mit den in den Hungerstreik getretenen Gefangenen zu bekunden³⁷. Im März 1974 ließ Jean-Paul Sartre die Verteidiger der RAF mit einem fast 100-seitigen Dossier unter dem Titel „Die westdeutschen politischen Gefangenen klagen an“ in seiner Zeitschrift *Les Temps Modernes* zu Wort kommen³⁸.

Die wesentlich von Klaus Croissant organisierte Solidaritäts-Kampagne traf auf ein gut vorbereitetes Publikum: Im französischen „Nach-Mai“ hatte sich der Protest gegen die Verfolgung linksradikaler Gruppen zu einem wichtigen politischen Thema entwickelt. Ausdruck der neuen Sensibilität für die staatliche „répression“ war die u. a. von Michel Foucault initiierte Gründung des *Groupe d'information sur les prisons* (GIP) im Februar 1971³⁹. Ziel des GIP war die Verbesserung der Haftbedingungen in den französischen Gefängnissen. Anlass seiner Gründung war ein Hungerstreik von Mitgliedern der *Gauche Prolétarienne*, die für sich den Status von politischen Gefangenen reklamierten. Die Mehrzahl der aktiven GIP-Mitglieder stammte aus dem Kreis der französischen Maoisten. Michel Foucault, aber auch Sartre unterstützten diese Bewegung mit spektakulären Aktionen wie der versuchten Besetzung des französischen Justizministeriums im Januar 1972⁴⁰.

Einen zweiten Erfahrungshorizont bildete der französische Krieg in Algerien (1954–1962). Dies galt weniger für die junge Generation der linksradikalen Aktivisten als für ihre intellektuellen Protektoren. Sartre beispielsweise hatte sich

³⁵ Vgl. Hamon/Rotman, *Génération*, Bd. II, S. 592.

³⁶ Vgl. Daniel Vernet, *Des avocats dénoncent l'isolement infligé aux prisonniers politiques*, in: *Le Monde* vom 1./2. 7. 1973.

³⁷ PA/AA, B 24, 109188, DB Diplo Paris an AA Bonn 1993, 2. 7. 1973, Betr.: Demonstration vor der Botschaft gegen die Anwendung der „Isolationsfolter“ bei politischen Häftlingen und Gefangenen in der Bundesrepublik.

³⁸ Das Dossier enthielt neben „Dokumenten des politischen Kampfes der Inhaftierten“ u. a. Aufsätze von Klaus Croissant, Sjef Teuns und Christian Sigrist. Eine Einleitung für das französische Lesepublikum rechtfertigte den Terrorismus der RAF und verurteilte den „scheinheiligen Attentismus“ der französischen Gauchisten. Vgl. Viktor Kleinkrieg, *Les combattants anti-impérialistes face à la torture*, in: *Les Temps Modernes* 29/332 (1974), S. 1593–1617, hier S. 1604.

³⁹ Vgl. Philippe Artières u. a. (Hrsg.), *Le groupe d'information sur les prisons*. Archives d'une lutte, Paris 2003.

⁴⁰ Vgl. Bourseiller, *Les maoïstes*, S. 236.

frühzeitig und vehement für die afrikanischen Freiheitsbewegungen eingesetzt und in seinem Vorwort für Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde* terroristische Gewalt gegen die Kolonialherren gerechtfertigt⁴¹. Vor allem aber hatte eine französische Oppositionsbewegung massiv gegen die Methoden protestiert, mit denen der französische Staat den Aufstand in Algerien bekämpfte. Mit einer Vielzahl öffentlicher Stellungnahmen beeinflussten die Intellektuellen die politische Stimmung im Land. Eine besondere Dynamik entwickelte dieser „Krieg der Petitionen“ (Jean-François Sirinelli)⁴², als bekannt wurde, dass das französische Militär in Algerien systematisch gefoltert hatte⁴³. Auch aufgrund dieser Enthüllungen stand die französische Bevölkerung dem Krieg immer skeptischer gegenüber. Im März 1962 erkannte Frankreich die Unabhängigkeit Algeriens an⁴⁴.

Die französischen Linksextremisten glaubten nicht nur – wie die RAF –, dass die westliche Gesellschaft auf dem Weg in einen „neuen Faschismus“ sei. Auch die Themen der deutschen Kampagne – die vermeintliche Folter von politischen Gefangenen und der Protest durch Hungerstreik – hatten Parallelen in der jüngeren französischen Vergangenheit. Schließlich entsprachen auch ihre Aktionsformen (Petitionen, Komitees, öffentlichkeitswirksame Auftritte) einem vielfach erprobten Handlungsmuster. Der Besuch Sartres in Stammheim musste so aus französischer Sicht als logische Fortsetzung seines Engagements in Frankreich erscheinen.

Deutlich wird in der Intervention für die Gefangenen der RAF aber zugleich die wachsende Distanz zu den Ideen und Aktionen der deutschen Terroristen. Im Dezember 1974 befand sich die extreme französische Linke in einer Phase der Neuorientierung, die ihre wortmächtigsten Protagonisten „from Revolution to Ethics“⁴⁵ – weg von der Revolution, hin zu einer Philosophie der Freiheiten – führen sollte. Unter den ab 1976 hervortretenden „Neuen Philosophen“, die jeglichen Totalitarismus ablehnten und einen humanistischen Freiheitsbegriff vertraten, dominierten mit André Glucksmann und Bernard Henri-Lévy Autoren, die noch zu Anfang des Jahrzehnts zum Umfeld der *Gauche Prolétarienne* gehört hatten⁴⁶. Zudem verstärkten gerade der Erfolg der „Anti-Repressions-Kampagnen“

⁴¹ Vgl. Jean-Paul Sartre, Vorwort, in: Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M. 2008 (frz. Erstauflage Paris 1961), S. 7–25. Zu Sartres Verhältnis zu terroristischer Gewalt vgl. Mathew Mackenzie, Jean-Paul Sartre on violence and terror, in: *Terrorism and Political Violence* 6 (1994), H. 4, S. 476–506; Sabine Kebir, Gewalt und Demokratie bei Fanon, Sartre und der RAF, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. I, Hamburg 2006, S. 262–279.

⁴² Vgl. Jean-François Sirinelli, *Guerre d'Algérie – guerre des pétitions?*, in: Jean-Pierre Rioux / Jean-François Sirinelli (Hrsg.), *La guerre d'Algérie et les intellectuels français*, Paris 1991, S. 265–306.

⁴³ Vgl. Raphaëlle Branche, *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie 1954–1962*, Paris 2001.

⁴⁴ Zum Verlauf des Algerienkrieges vgl. u. a. Guy Pervillé, *La Guerre d'Algérie*, Paris 2007.

⁴⁵ Vgl. Bourg, *From Revolution to Ethics*. Vgl. auch Robert Horvath, „The Solzhenitsyn Effect“. East European Dissidents and the Demise of the Revolutionary Privilege, in: *Human Rights Quarterly* 29 (2007), S. 879–907.

⁴⁶ Zu den „nouveaux philosophes“ vgl. Michael Scott Christofferson, *French Intellectuals Against The Left. The Antitotalitarian Moment of the 1970s*, New York / Oxford 2004.

und die dadurch erneuerte Verbindung mit weniger radikalen Teilen der Linken die Attraktivität von alternativen, eher reformorientierten Projekten. Stationen auf dem Weg zur demokratischen Läuterung waren der erwähnte GIP, Ideen der betrieblichen Selbstverwaltung (*autogestion*) und die maoistische Zeitungsgründung *Libération*⁴⁷.

In der Berichterstattung von *Libération* über den deutschen Terrorismus wird die langsame Abkehr vom Ideal eines gewaltsamen Umsturzes besonders deutlich. Für *Libération* hatte die RAF in den Jahren 1973 bis 1977 eine Ersatz- und Spiegelfunktion, mit der sich die Zeitung ihrer eigenen Position zu politischer Gewalt versicherte. Nach der endgültigen Selbstauflösung der *Gauche Prolétarienne* sympathisierte die Redaktion zunächst offen mit den deutschen Terroristen. Maurice Clavel schrieb im Dezember 1974 unter dem Titel „Crève la bête!“ über den Hungerstreik der RAF-Häftlinge, gegen eine „Bestie“ wie die deutsche Gesellschaft seien „alle Mittel Recht“⁴⁸. Auf dem Höhepunkt des deutschen Terrorismus diente die Zeitung mehrfach als „Briefkasten“, da sie die Kommuniqués und Nachrichten der RAF veröffentlichte⁴⁹. Am 19. Oktober 1977 meldete ein Anrufer nicht zufällig ihr den Mord an Hanns Martin Schleyer. Die Redaktion leitete die Information an die französischen Behörden weiter – der Leichnam des deutschen Arbeitgeberpräsidenten wurde in Mulhouse unter der angegebenen Adresse gefunden⁵⁰.

Einen Tag zuvor, am 18. Oktober 1977, hatte sich *Libération* erstmals eindeutig vom Terrorismus der RAF distanziert. Nach der geglückten Geiselnbefreiung von Mogadischu titelte die Zeitung: „BRD-RAF: Der Krieg der Monster“⁵¹. Zwar blieb die Redaktion damit am äußersten linken Rand der Presselandschaft⁵². Die Gleichsetzung von RAF und bundesdeutscher Gesellschaft bedeutete dennoch einen klaren Kurswechsel, der von den Lesern auch so empfunden wurde. Am folgenden Wochenende belagerten über 200 Demonstranten die Pariser Redaktionsräume. Die überwiegend aus der autonomen Szene stammenden Besetzer forderten eine Revision der Berichterstattung über den deutschen Terrorismus in „ihrer“ Zeitung⁵³. Sie erzwangen schließlich sogar, dass das Blatt einen Tag lang nicht erscheinen konnte. Die sukzessive Abwendung von einer kaum verhohlenen Sympathie für die „revolutionären Bewegungen“ in Europa und damit eine entscheidende Wende in der Geschichte der Zeitung konnten sie aber nicht verhindern. Der Chefredakteur und ehemalige Maoist Serge July machte *Libération*

⁴⁷ Vgl. Dieter Paas, Frankreich: Der integrierte Linksradikalismus, in: Henner Hess u. a. (Hrsg.), Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus, Frankfurt a. M. 1988, S. 169–278.

⁴⁸ Maurice Clavel, „Crève la bête!“. Grève de la faim des membres de la Fraction de l'Armée Rouge, in: *Libération* vom 3. 12. 1974.

⁴⁹ Vgl. Guisnel, *Libération*, S. 102f.

⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 102–107.

⁵¹ *Libération* vom 18. 10. 1977.

⁵² Vgl. auch Serge July, La tentation de l'illégalisme d'Etat, in: Ebenda.

⁵³ Vgl. Jean Baptiste Casanova, Les „Autonomes“. Le phénomène autonome dans la France de la fin des années 70, unv. Mag. Paris I, 2002, S. 70–83.

in den folgenden Jahren zu einer linksliberalen und einer der meistgelesenen Zeitungen Frankreichs⁵⁴.

Die ambivalente Haltung der extremen französischen Linken zum Terrorismus der RAF lässt sich exemplarisch anhand eines Zitats des Verlegers François Maspero illustrieren, der im Vorwort zu der Dokumentation „Texte der Gefangenen der ‚Roten Armee Fraktion‘“ im Jahr 1977 schrieb:

„Auch wenn sich unsere Wege zu einem bestimmten Moment unseres gemeinsamen Kampfes voneinander getrennt haben mögen, auch wenn wir trotzdem und gegen alle Wahrscheinlichkeit noch immer hoffen, dass es andere Formen des Kampfes gibt, um über den täglichen Nazismus zu triumphieren, der Europa heute bedroht, halten wir die Erinnerung wach an unsere Kameradin Ulrike Meinhof [...]“.⁵⁵

Die partielle Solidarität mit den deutschen Terroristen resultierte vor allem aus der Sympathie für den als international verstandenen Kampf gegen „den täglichen Nazismus“ in den europäischen Nachkriegsgesellschaften. Ein prinzipieller „Anti-Germanismus“ lag den linksextremen Positionen in Frankreich nicht zugrunde. Dass sich im Herbst 1977 nur noch ein verschwindend kleiner Teil dieses Milieus ohne Einschränkung zur RAF bekannte, zeigt zudem, wie weit sich die deutschen Linksterroristen auch von potenziell sympathisierenden Kreisen in den europäischen Nachbarstaaten entfernt hatten.

François Mitterrand und das Komitee gegen die „Berufsverbote“

Im Mai 1976 kündigte François Mitterrand auf einem außerordentlichen Parteitag des *Parti Socialiste* die Gründung eines *Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik* an. Der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei verurteilte zunächst die „Hexenjagd“ der Regierung Giscard auf sozialistische Beamte in Frankreich, um dann auf das Nachbarland zu sprechen zu kommen: Er könne „nicht akzeptieren“, dass in der von Sozialdemokraten geführten Bundesrepublik jeder aus dem öffentlichen Dienst verdrängt werde, der nicht als „Diener der derzeit herrschenden Ideologie“ betrachtet werde. „Brüderlich, [...] aber mit aller Schärfe“ forderte er die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auf, den sogenannten „Radikalenerlass“ zurückzunehmen⁵⁶.

⁵⁴ Zur Wandlung von *Libération* vgl. auch Pierre Rimbert, *Libération. De Sartre à Rothschild*, Paris 2005.

⁵⁵ François Maspero, Note de l'éditeur, in: *Textes des prisonniers de la Fraction Armée Rouge et dernières lettres d'Ulrike Meinhof*, Paris 1977, S. 7–9, hier S. 8. Der Band enthält auch den Essay von Jean Genet, dessen Vorabdruck in *Le Monde* die deutsch-französische Pressepolemik vom Herbst 1977 ausgelöst hatte.

⁵⁶ Vgl. *Parti Socialiste*, Congrès extraordinaire de Dijon, 15 et 16 mai 1976, débats, 36 S., hier S. 33 f., online abrufbar unter <http://www.jean-jaures.org/Le-Centre-d-archives-socialistes/Base-de-donnees-des-debats/Centre-d-archives-socialistes-CAS> (zuletzt am 12.9.2011). Die Gründung des Komitees wurde wenige Tage darauf durch eine Pressemitteilung bestätigt.

Mitterrand bezog sich damit auf einen im Januar 1972 von den Ministerpräsidenten der deutschen Länder gefassten Beschluss, der die Einstellungsbehörden im öffentlichen Dienst dazu anhielt, Bewerber auf ihre Haltung zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ zu überprüfen⁵⁷. Die Kandidaten waren sogar Gegenstand einer „Regelanfrage“ beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Vor allem Mitgliedern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wurde der Eintritt in den öffentlichen Dienst verwehrt⁵⁸.

Die deutschen Parteien – und insbesondere die Union – zeigten sich irritiert von Mitterrands Vorstoß. Die bayerische Staatsregierung sprach von einer „unverfrorene[n] Anmaßung“⁵⁹. Für den Vorsitzenden der hessischen CDU, Alfred Dregger, äußerte sich Mitterrand als „Vertreter der kommunistisch-sozialistischen Weltbewegung“, die das Ziel habe, „ganz Europa einer kommunistisch-sozialistischen Herrschaft zu unterwerfen“⁶⁰. Ein größeres Problem stellte die Initiative aber für die eigentlichen Adressaten der Kritik, die im Bund regierende SPD, dar. Mit Mitterrand hatte der Führer einer „sozialistischen Bruderpartei“, der bei den französischen Präsidentschaftswahlen zwei Jahre zuvor denkbar knapp gescheitert war, ernste Bedenken am rechtsstaatlichen Charakter der Bundesrepublik geäußert. Die Gründung des PS-Komitees war der Höhepunkt einer internationalen Bewegung gegen den im Ausland als „Berufsverbote“ bekannt gewordenen Extremistenbeschluss, die nicht ohne Wirkung blieb: Seit Mitte des Jahres 1975 wurden auch in der SPD die Stimmen derjenigen lauter, die sich für eine Revision der Einstellungspraxis einsetzten⁶¹.

Die Antwort der Sozialdemokraten fiel daher eher mild aus. Zwar äußerte der SPD-Vorstand sein „Befremden“ über Mitterrands Initiative. Zugleich stellte er aber fest, dass „die Besorgnis der Öffentlichkeit in Westeuropa ernstzunehmen“ sei, und beschloss, eine Delegation der französischen Sozialisten zu einem „Informationsbesuch“ einzuladen⁶². Insbesondere Willy Brandt engagierte sich als Parteivorsitzender und künftiger Präsident der *Sozialistischen Internationale* für eine Verständigung mit dem *Parti Socialiste*. Einem ausführlichen Briefwechsel

Vgl. Fondation Jean Jaurès – Centre d'Archives Socialistes (künftig: FJJ-CAS), 405, RI 64, Juin 1976 – Secrétariat international: République Fédérale d'Allemagne.

⁵⁷ Vom Bundeskanzler und den Regierungschefs der Länder verabschiedete Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen, 28. 1. 1972, in: Edmund Brandt (Hrsg.), Die politische Treuepflicht. Rechtsquellen zur Geschichte des Berufsbeamtentums, Karlsruhe/Heidelberg 1976, S. 162 f., hier S. 162.

⁵⁸ Vgl. Gerard Braunthal, Politische Loyalität und öffentlicher Dienst. Der „Radikalerlaß“ von 1972 und die Folgen, Marburg u. a. 1992.

⁵⁹ „Mitterrands Vorwürfe zurückgewiesen. Bonn einig: Kritik am Extremistenbeschluss unter falschen Voraussetzungen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 5. 1976.

⁶⁰ FJJ-CAS, 405, RI 65, CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, Pressedienst, 1. 6. 1976.

⁶¹ Ein Auslöser für diese langsame Neuorientierung war die Rede des französischen Politologen Alfred Grosser als Preisträger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Sommer 1975. Vgl. ders., Mein Deutschland, Hamburg 1993, S. 218–235.

⁶² FJJ-CAS, 405, RI 64, SPD, Mitteilung für die Presse, 31. 5. 1976, Betr.: Communiqué über die Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 31. Mai 1976 in Bonn (Teil II).

folgte bereits am 24. Juni 1976 ein Besuch Brandts in Paris⁶³. Das im Archiv des PS überlieferte Protokoll eines Gespräches mit Mitterrand bietet einen interessanten Einblick in die Beziehungen der beiden Parteien. Brandt warf Mitterrand zunächst vor, dass seine öffentliche Kritik nicht den „règles de conduite“ unter Sozialisten entspreche. Sie verstärkte die Ressentiments gegen Deutschland und nütze nur den Rechtsparteien in der Bundesrepublik. Zugleich gestand er seinem Gesprächspartner aber zu, er hätte einige seiner Argumente „selbst unterschreiben können“. Auch Mitterrand ließ Kompromissbereitschaft erkennen. Er kündigte an, in Zukunft auf Initiativen dieser Art zu verzichten. Dennoch beharrte er auf dem inhaltlichen Kern seiner Stellungnahme: Die sozialistische Partei könne in Fragen der Menschenrechte keine Kompromisse eingehen. Die Ermittlungen über Beschäftigte des öffentlichen Dienstes hätten ein zu großes Ausmaß angenommen. Es müsse zudem – gerade unter Freunden – erlaubt sein, Kritik zu üben, ohne sofort als „antideutsch“ behandelt zu werden⁶⁴. Der einen Monat später folgende „Informationsbesuch“ einer von Pierre Mauroy geleiteten PS-Delegation in Bonn diene ebenfalls der Verständigung zwischen den Parteispitzen. Das negative Bild der sozialdemokratischen Politik in der französischen Linken blieb aber zunächst bestehen⁶⁵.

Mitterrand hatte mit der Gründung des Komitees auf den wachsenden innerparteilichen Druck reagiert, der insbesondere vom linken Flügel der Partei, dem von Jean-Pierre Chevènement geführten Centre d'études, de recherches et d'éducation socialiste (CERES), ausging⁶⁶. Die Ursache für diesen Druck lag in der angestrebten *Linksunion* der Sozialisten mit dem *Parti Communiste*. Im Juni 1972 hatte der PS ein gemeinsames Programm mit den Kommunisten verabschiedet, das die Bildung einer linken *Volksfront*-Regierung ermöglichen sollte⁶⁷. Die beiden Parteien rückten programmatisch zusammen, konkurrierten aber zugleich um den ersten Rang in ihrem Wahlbündnis. Ein zentrales Thema des *programme commun* waren die „individuellen Freiheitsrechte“. So hieß es in der Einleitung des dritten Hauptkapitels unter dem Titel „Den Staat demokratisieren, die Freiheiten bewahren und ausbauen“:

⁶³ Zum Besuch Willy Brandts in Paris vgl. quellengesättigt Miard-Delacroix, Brandt, Schmidt, Mitterrand, in: Möller/Vaïsse, Willy Brandt und Frankreich.

⁶⁴ FJJ-CAS 405, RI 64, Procès-Verbal entretien F. Mitterrand – W. Brandt, 24. 6. 1976.

⁶⁵ Zum Treffen in Bonn und der anschließenden Zusammenarbeit von PS und SPD im Umgang mit den „Berufsverboten“ vgl. Flandre, *Socialisme ou social-démocratie*, S. 164–175.

⁶⁶ Zu den verschiedenen *courants* im PS in den 1970er Jahren vgl. u. a. Ina Stephan, *Aufstieg und Wandel der Parti socialiste in der Ära Mitterrand (1971–1995)*, Opladen 2001.

⁶⁷ Die Strategie des Linksbündnisses sollte sich für die Sozialisten doppelt auszahlen. Im Mai 1981 wurde Mitterrand zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt. Zugleich gelang es dem PS in kurzer Zeit, die Anfang der 1970er Jahre noch übermächtigen Kommunisten zu überflügeln und langfristig in die politische Bedeutungslosigkeit zu drängen. Zum Niedergang des PCF in den 1970er Jahren vgl. Stéphane Courtois/Marc Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 2000, S. 361–456; Philippe Robrieux, *Histoire du parti communiste*, Bd. III: 1972–1983. *Du programme commun à l'échec historique de Georges Marchais*, Paris 1982.

„Seit 1958 hat das derzeitige Regime Jahr für Jahr ein Arsenal repressiver und polizeilicher Gesetze installiert, die die Demokratie und die Freiheit des Einzelnen gefährden. Frankreich muss die demokratischen Traditionen seines Volkes erhalten und entwickeln. Alle Gesetze, die die Bürgerrechte angreifen, müssen abgeschafft werden, Gesetze, die die Rechte schützen, müssen verabschiedet werden.“⁶⁸

In ihren Eigendarstellungen als „Verteidiger der Freiheit“ überboten sich PS und PC gegenseitig. 1975 veröffentlichten die Kommunisten eine *Erklärung der Freiheiten*⁶⁹, die Sozialisten folgten 1976 mit einer *Charta der Freiheiten*⁷⁰. Die Konjunktur der „Freiheiten“ im Diskurs der Linksparteien beschränkte sich nicht auf die Innenpolitik. Aus der französischen „Freiheitstradition“ wurde der Anspruch abgeleitet, die Menschen- und Bürgerrechte in der ganzen Welt zu verteidigen⁷¹.

Während die Kommunisten nach dem Erscheinen von Solschenizyns *Archipel Gulag* die Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa nicht mehr gänzlich ignorieren konnten⁷², warfen sie im Gegenzug den Sozialisten eine einseitige Kritik an den Staaten des Warschauer Paktes vor. So erklärte der Generalsekretär des PC, Georges Marchais, im Februar 1976:

„Sie rühmen die Verdienste der ‚westlichen Demokratie‘, aber sie sagen nichts – und ich füge hinzu: die sozialistische Partei sagt nichts – über die kolonialistische Repression in Irland durch eine britische Labour-Regierung und nichts über die Hexenjagd und die ‚Berufsverbote‘, die die sozialdemokratische Regierung der BRD praktiziert.“⁷³

⁶⁸ Vgl. Bulletin Socialiste. Organe d'information du Parti Socialiste, Supplément, juin 1972, S. 11.

⁶⁹ Vgl. Parti Communiste Français, Vivre libre. Projet de déclaration des libertés soumis à la discussion des français, Paris 1975.

⁷⁰ Vgl. Robert Badinter (Hrsg.), Liberté, libertés. Réflexions du comité pour une charte des libertés, Paris 1976.

⁷¹ So lautete etwa Mitterrands Antwort auf den Vorwurf, er hätte mit seinem „Komitee“ auch auf die Menschenrechtsverletzungen in der DDR hinweisen müssen: „Ich bin nie müde geworden, mich für die freien Menschen einzusetzen, überall auf der Welt, wo die Freiheiten in Gefahr sind. Ich habe das für Angela Davies getan, für die Juden der Sowjetunion, die chilenischen Widerstandskämpfer, Dubček, die anonymen Toten der kambodschanischen ‚Säuberungen‘, die Studenten im Iran und die Gefangenen Francos. Und ich brauche nicht zu wiederholen, dass ich jedes Regime einer Einheitspartei als gefährlich für die Grundrechte einschätze.“ François Mitterrand, Ma part de vérité, in: l'Unité vom 4. 6. 1976, S. 32. Zur internationalen Sensibilisierung für den weltweiten Schutz der Menschenrechte in den 1970er Jahren vgl. Jan Eckel, Utopie der Moral, Kalkül der Macht. Menschenrechte in der globalen Politik seit 1945, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), S. 437–484, hier S. 458–472; Samuel Moyn, The last Utopia. Human Rights in History, Cambridge u. a. 2010.

⁷² Vgl. Horvath, „The Solzhenitsyn Effect“, S. 898; Christofferson, French Intellectuals against the Left, S. 89–129.

⁷³ Georges Marchais, Le socialisme pour la France, in: Cahiers du Communisme 52 (1976), Nr. 2–3, S. 12–72, hier S. 40 (Rede auf dem 22. Kongress des PCF, 4.–8. 2. 1976).

Die französischen Kommunisten unterstellten der Bundesrepublik bereits in den 1950er und 1960er Jahren und ganz im Duktus des Kalten Krieges einen „deutschen Imperialismus“, der als Juniorpartner der USA seinen Einfluss in Europa und der Welt aggressiv durchsetzen wolle⁷⁴. Zudem beschwor man die Gefahr, die von alten und neuen nationalsozialistischen Seilschaften ausgehe⁷⁵. Seit 1972 wurden diese Themen durch Kritik an den bundesdeutschen „Berufsverboten“ ergänzt⁷⁶. 1974 setzte eine systematische Kampagne gegen die Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst ein. Bereits Anfang 1975, ein Jahr vor der Initiative Mitterrands, wurde ein kommunistisch dominiertes *Komitee für die Redefreiheit und gegen die Berufsverbote* gegründet⁷⁷.

Mehr noch als die frühen Solidaritätskampagnen für die RAF kann die Entwicklung des französischen Protestes gegen den Extremistenbeschluss als Lehrstück einer transnationalen Mobilisierung gelten. In der Bundesrepublik wurden die Initiativen maßgeblich von der DKP und ihr nahestehender Gruppen getragen, die die Bewegung frühzeitig zu internationalisieren suchten. Auf den Kongressen der Gegner der „Berufsverbote“ waren regelmäßig ausländische Teilnehmer vertreten, die in der Mehrzahl ebenfalls kommunistischen Organisationen angehörten. Die Solidarität der westeuropäischen kommunistischen Parteien funktionierte insbesondere in Frankreich: Bis 1976 wurden mit massiver Unterstützung des PC eine Vielzahl lokaler Komitees im ganzen Land gegründet⁷⁸.

Über den CERES, der sich als Garant der Linksunion verstand, sickerten die kommunistischen Diskurse auch in den *Parti Socialiste* ein. Dort trafen sie mit einer ausgesprochenen SPD-Skepsis zusammen. Die dezidierte Ablehnung einer Beteiligung der Kommunisten an einer Regierung in Westeuropa durch die SPD-Führung, eine als „unsozialistisch“ und „kompromisslerisch“ verurteilte Regierungspolitik in der Bundesrepublik sowie die übermächtige Stellung der westdeutschen Sozialdemokratie in den Organisationen der *Sozialistischen Internationale* hatten die SPD in den Reihen des PS mehr als unbeliebt gemacht. Der Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt erweckte zudem den Eindruck eines „Rechtsrucks“⁷⁹. Der Konflikt um Mitterrands Komiteegründung im Frühsommer 1976 ist daher paradoxerweise als Wendepunkt in den bis dahin sehr kühlen Beziehungen zwischen SPD und PS zu werten: Zum ersten Mal nahmen die Sozialdemokraten die Position des an Statur gewinnenden *Parti So-*

⁷⁴ Catherine Mills, Ambitions et moyens de l'impérialisme allemand, in: Ebenda 53 (1977), Nr. 1, S. 92–103, hier S. 92.

⁷⁵ Vgl. Marie-Claude Vaillant-Couturier, La France ne doit pas être à la remorque de la R.F.A., in: Ebenda 52 (1976), Nr. 2–3, hier S. 170–172.

⁷⁶ Vgl. L'Humanité vom 27. 3. 1972 und vom 23. 6. 1972.

⁷⁷ Vgl. Rigoll, Was täten Sie, in: Timmermann (Hrsg.), Historische Erinnerung im Wandel, S. 617f.

⁷⁸ Vgl. ebenda, S. 619.

⁷⁹ Vgl. Miard-Delacroix, Partenaires de choix? S. 98–110; Michael Mayer, „Machterschleichung auf Filzpantoffeln“. Die Bundesrepublik, die DDR und die mögliche Regierungsbeteiligung der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien in den Siebzigerjahren, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010, S. 147–161.

cialiste ernst, und beide Parteien einigten sich auf einen Kompromiss⁸⁰. Letztlich begünstigte das sozialistische *Komitee zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik* auch die Entwicklung zu einer liberaleren Praxis in der Bundesrepublik selbst. Die SPD gab den Extremistenbeschluss bis 1979 weitgehend auf. Ausgelöst wurde dieser Prozess „freilich nicht allein, aber doch zu einem nicht zu unterschätzenden Anteil durch die Transnationalisierung der Berufsverbotsdebatte“⁸¹.

Während François Mitterrand in seinen öffentlichen Stellungnahmen darauf achtete, die Kritik am Extremistenbeschluss nicht mit einer Verurteilung der bundesdeutschen Anti-Terrorismus-Politik zu verknüpfen⁸², geschah genau dies in den linken Flügeln und bei vielen einfachen Mitgliedern und Anhängern der Partei. Nichts hat in den 1970er Jahren dem Bild der Bundesrepublik im französischen *peuple de gauche* so geschadet wie die sogenannten „Berufsverbote“. Sie wurden als Beleg für einen „repressiven Staat“ wahrgenommen, für dessen Ausbau der Kampf gegen den Terrorismus lediglich einen Vorwand darstellte. So schrieb die Wochenzeitung des PS im Oktober 1977:

„In unserem Nachbarland, der Bundesrepublik, hat sich mehr und mehr ein Klima des Ausnahmezustandes breitgemacht. Während das Verdienst der auf den Nationalsozialismus folgenden Republik gerade darin liegt, einen Rechtsstaat geschaffen zu haben, werden heute eine Sondergesetzgebung und extreme Polizeimethoden angewendet, die die demokratische Ordnung zweifelsohne stärker gefährden als der Terrorismus. Dieser wird benutzt, um Maßnahmen wie die Berufsverbote zu rechtfertigen.“⁸³

Mitterrand bestätigte während der Schleyer-Entführung zwar die neue Zurückhaltung der Parteispitze. Bei seinem Besuch in Bonn am 29. September 1977 erklärte er Helmut Schmidt seine volle Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus und erläuterte anschließend in einem Interview mit *Le Monde*: „Es wäre unverantwortlich zu behaupten, die Bundesrepublik würde sich in Richtung eines autoritären Regimes entwickeln.“⁸⁴ In den folgenden Monaten konnte diese Position

⁸⁰ Flandre unterteilt die Beziehungen von PS und SPD in den 1970er Jahren in drei Phasen: 1. Verhärtung (1971–1973), 2. Konfrontation (1974–1976), 3. Wechselwirkungen (1976–1980); vgl. dies., *Socialisme ou social-démocratie*, S. 22f.

⁸¹ Rigoll, Was taten Sie, in: Timmermann (Hrsg.), *Historische Erinnerung im Wandel*, S. 622.

⁸² Vgl. u. a. Mitterrand, *Ma part de vérité*, in: *l'Unité* vom 4. 6. 1976, S. 32; ders., in: *l'Unité* vom 18. 6. 1976, S. 32.

⁸³ Marc Dreyfus, *A l'abri de la contagion?*, in: *l'Unité* vom 28. 10. 1977, S. 15. Vgl. auch R.F.A.: *Le réveil des vieux démons*, in: *l'Unité* vom 27. 2. 1976, S. 18–20.

⁸⁴ Jean Wetz, *La visite de M. Mitterrand à Bonn*, in: *Le Monde* vom 1. 10. 1977. Vgl. auch Helmut Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II*, Berlin 1990, S. 241–247. Der wenige Tage vor dem Treffen mit Schmidt vollzogene Bruch der Linksunion entband Mitterrand zudem von dem Druck, sich gegen die kommunistische Kritik einer „deutschfreundlichen“ Politik zur Wehr setzen zu müssen. Der Grund für seine Neupositionierung ist dennoch eher in einer geschickten „Außenpolitik“ zu suchen. Das innenpolitisch verbreitete Deutschlandbild des PS unterschied sich bereits seit Juni 1976 von der be-

angesichts der Stimmung an der Parteibasis aber nur mit Mühe aufrechterhalten werden. Anlass für die im Herbst 1977 erneut aufflammende Kritik am Kurs der Regierung Helmut Schmidts war die *affaire Croissant*.

Die *affaire Croissant* und die französischen Juristen

Wie bereits 1974 bei Sartres Besuch in Stammheim, kam dem Anwalt Klaus Croissant auch im Sommer und Herbst 1977 eine entscheidende Rolle als Vermittler zu, diesmal allerdings in eigener Sache: Am 10. Juli 1977 setzte sich Croissant nach Frankreich ab. Zwei Tage später gab er eine Pressekonferenz in der Wohnung von Jean-Jacques de Félice, in der er die Gründe für seine Flucht darlegte: Die „unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen“ und die Verfolgung ihrer Anwälte als Kriminelle hätten es ihm unmöglich gemacht, seinen Beruf auszuüben. Er hoffe auf politisches Asyl in Frankreich, das er als „Traditionsland der Menschenrechte“ kenne⁸⁵.

Am gleichen Tag bestätigte die deutsche Botschaft in Paris einem Vertreter des französischen Außenministeriums ein Auslieferungsersuchen für den Anwalt⁸⁶. Croissant sollte in der Bundesrepublik wegen des Verdachts, „eine Vereinigung, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, unterstützt und für sie geworben zu haben“, angeklagt werden⁸⁷. Die deutschen Behörden zweifelten allerdings am Erfolg des Ersuchens. Beobachter in Paris warnten zudem davor, durch einen Prozess eine Bühne für die „Mitleids- und Verständniskampagne“ Croissants zu schaffen⁸⁸. Botschafter Otto-Axel Herbst telegraphierte am 13. Juli, die Verhaftung eines Rechtsanwalts werde „mit Sicherheit erhebliches Aufsehen erregen und zu Gegendemonstrationen von Linkskreisen führen“⁸⁹.

In der Bundesrepublik entschied man sich dennoch für eine offensive Vorgehensweise. Am 19. Juli 1977 erkundigte sich Bundeskanzler Schmidt während eines Treffens mit Valéry Giscard d'Estaing nach dem „Stand in der Sache Crois-

schwichtigenden Haltung Mitterrands in Gesprächen mit SPD-Führern. Zur Entwicklung der Linksunion vgl. Alain Bergounioux/Gérard Grunberg, *Les socialistes français et le pouvoir. L'ambition et le remords*, Paris 2007, S. 258–280.

⁸⁵ PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2075, 12. 7. 1977, Betr.: Heutige Pressekonferenz von Rechtsanwalt Klaus Croissant in Paris.

⁸⁶ Ebenda, DB Paris Diplo an AA Bonn 2074, 12. 7. 1977, Betr.: RA Klaus Croissant – zur Information.

⁸⁷ Ebenda, DB Stadt Stuttgart, Justizministerium an AA Bonn, 12. 7. 1977, Betr.: Auslieferung des deutschen Staatsangehörigen Klaus Croissant aus Frankreich nach Deutschland, hier: Bestätigung eines Ersuchens um vorläufige Inhaftnahme auf dem diplomatischen Weg gem. Art. 9 Abs. 3 des deutsch-französischen Auslieferungsvertrags.

⁸⁸ Ebenda, BPA – Nachrichtenabteilung, Ref. II R2, WDR II/12. 7. 1977/12.15/he „Mittagsmagazin“, Sepp Binder, Pressesprecher des Bundesministeriums der Justiz zum politischen Asylersuchen Croissants in Paris; ebenda Pressestimmen Croissant, 12. 7. 1977.

⁸⁹ Ebenda, DB Paris Diplo an AA Bonn 2089, 13. 7. 1977, Betr.: Auslieferungsfall Klaus Croissant.

sant“. Giscard erwiderte, dass er „keine besonderen politischen Probleme“ sehe⁹⁰. Der Rechtsanwalt blieb aber weiter auf freiem Fuß, hielt Ende August eine Pressekonzferenz ab und konnte noch am 7. September dem Fernsehsender *Antenne 2* ein Interview geben⁹¹. Erst die Entführung Hanns Martin Schleyers brachte eine Wende⁹². Am 13. September wiederholte der Bundeskanzler gegenüber dem französischen Präsidenten seine Forderung, Croissant so schnell wie möglich festzunehmen. Sein Büro sei „das Nervenzentrum für die Vorbereitung des Anschlags (auf Herrn Schleyer)“ gewesen⁹³. Giscard versicherte, dass mit allen Mitteln nach dem Anwalt gefahndet werde⁹⁴. Am 30. September wurde Klaus Croissant in einer Wohnung im 14. Pariser Arrondissement verhaftet⁹⁵.

Mit dem Prozessbeginn vor der Pariser *Chambre d'accusation* am 3. Oktober 1977 setzte auch die erwartete Kampagne ein. Bereits bei Croissants Ankunft in Frankreich hatten mehrere einflussreiche linke Juristenverbände ihrem Kollegen Unterstützung zugesagt⁹⁶. Am 2. Oktober veröffentlichten nun der *Syndicat de la magistrature*, der *Syndicat des avocats de France*, die *Association française des juristes démocrates* und der *Mouvement d'action judiciaire* sowie die französische *Liga für Menschenrechte* ein gemeinsames Kommuniqué, in dem sie sich gegen eine Auslieferung Croissants aussprachen⁹⁷. Einen Tag später erläuterte ein von drei Juristen verfasster Kommentar in *Le Monde* die inhaltlichen Eckpunkte des Protests⁹⁸.

⁹⁰ AAPD 1977, Dok. 198, S. 994–1002, hier S. 1001, Gespräch Schmidt mit Giscard d'Estaing, 19. 7. 1977.

⁹¹ PA/AA, B 24, 113557, Drahterlass an Paris Diplo, Az.: 202–531.41, 8. 9. 1977, Betr.: Rechtsanwalt Klaus Croissant.

⁹² Vgl. die Analyse der deutschen Botschaft Paris vom 5. 10. 1977: „Es liegen Anzeichen vor, dass in dieser ersten Phase die französischen Dienststellen es mit der Aufspürung und Inhaftierung Croissants nicht besonders ernst nahmen. Eine entscheidende Rolle hat dabei sicherlich die Überlegung gespielt, dass sich [...] entweder üble Belastungen des deutsch-französischen Verhältnisses oder unangenehme innenpolitische Querelen in Frankreich selbst ergeben könnten, die am einfachsten zu vermeiden wären, wenn Croissant verschwunden bliebe. [...] Dieses Bild änderte sich nach der Entführung Schleyers. Angesichts der hohen Sensibilisierung einer erbitterten deutschen öffentlichen Meinung, einer sich anschliessenden längeren Auseinandersetzung zwischen den Massenmedien beider Länder und des Drängens deutscher Stellen schien es nun das geringere Übel, Croissant zunächst einmal hinter Gitter zu bringen, um unseren Wünschen zu entsprechen“. PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2961, 5. 10. 1977, Betr.: Croissant – zur Unterrichtung.

⁹³ AAPD 1977, Dok. 242, S. 1187–1191, hier S. 1187, Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing, 13. 9. 1977.

⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 1188.

⁹⁵ PA/AA, B 24, 113557, AA Bonn, D5, Dr. Fleischhauer, Vermerk, 30. 9. 1977, Betr.: Verhaftung des Rechtsanwalts Croissant. Vgl. auch *Mouvement d'Action Judiciaire*, L'Affaire Croissant, Paris 1977, S. 48; L'avocat ouest-allemand Klaus Croissant est arrêté à Paris, in: *Le Monde* vom 2–3. 10. 1977.

⁹⁶ PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 2060, 12. 7. 1977, Betr.: Heutige Pressekonferenz von Klaus Croissant in Paris.

⁹⁷ Vgl. La chambre d'accusation se prononce sur la détention de Me Croissant. Nombreux appels en faveur de l'avocat allemand, in: *Le Monde* vom 4. 10. 1977.

⁹⁸ Mit Michel Tubiana gehörte einer der drei Autoren zu dem Anwaltskollektiv, das Klaus Croissant vor der Pariser Kammer verteidigte. Er war zugleich Mitglied des *Mouvement d'action*

Die Autoren skizzierten die Situation in der Bundesrepublik und kamen dann zum Kern ihrer Argumentation: „Wir wollen uns hier auf ein Problem beschränken, das zwar nur einen Teilaspekt darstellt, aber außergewöhnlich aufschlussreich ist für den Zustand der Bürgerrechte in einem Staat: die Rechte der Verteidigung“. Der Haftbefehl gegen Klaus Croissant sei nur möglich geworden aufgrund einer Vielzahl neuer Verordnungen, mit denen seit 1975 die Rechte der Verteidigung in schwerwiegender Weise beschnitten worden seien: die Möglichkeit, Anwälte von einem Verfahren auszuschließen, das Verbot der Kollektivvertretung, die Überwachung der Korrespondenz von Angeklagten und Verteidigern und schließlich das im September 1977 verabschiedete „Kontaktsperregesetz“ hätten die Verteidigung von Menschen, die politischer Verbrechen angeklagt seien, unmöglich gemacht: „Diese Maßnahmen sind gefährlich. [...] Die Bundesbehörden haben sich in ihrem tödlichen Dialog mit der RAF in einen Prozess ohne Ende eingelassen. [...] Nach und nach ersetzt die Bundesrepublik die Freiheit des Bürgers durch die Sicherheit des Staates.“⁹⁹

Die linken Pariser Juristen sahen in der drohenden Auslieferung von Klaus Croissant auch die Rechte ihres eigenen Berufsstandes in Frage gestellt. Die in der Bundesrepublik als sicher geltende Komplizenschaft Croissants mit der RAF überzeugte die französischen Beobachter nicht: Wie konnte ein Anwalt nicht solidarisch zu seinen Mandanten stehen? Und wer sollte in der Lage sein, eine Komplizenschaft zweifelsfrei festzustellen?¹⁰⁰

Entscheidend für den Erfolg der Kampagne war, dass es den Juristenverbänden gelang, eine Solidarität weit über den kleinen Kreis von linksextremen Croissant-Freunden hinaus herzustellen. Die Bedeutung der Verbände überstieg sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in ihrer öffentlichen Wirkungsmacht bei weitem die von einfachen korporativen Vereinigungen. Insbesondere der Richterverband *Syndicat de la magistrature* hatte sich seit seiner Gründung im Jahr 1968 als einflussreicher „Vertreter der Freiheitsinteressen des Bürgers“ profiliert¹⁰¹. Die Richter hatten immer wieder erfolgreich gegen „freiheitstötende“ Maßnahmen der Regie-

judiciaire. Seine Koautoren waren der Rechtsprofessor Gérard Soulier und der Richter und Vorstand im *Syndicat de la magistrature* Michel Zavaro.

⁹⁹ Gérard Soulier/Michel Tubiana/Maurice Zavaro, *Libres opinions: Les droits de la défense*, in: *Le Monde* vom 4. 10. 1977. Zu den Etappen der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus in der Bundesrepublik vgl. Johannes Hürter, *Anti-Terrorismus-Politik der sozialliberalen Bundesregierung 1969–1982*, in: Ders./Gian Enrico Rusconi (Hrsg.), *Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982*, München 2010, S. 9–20.

¹⁰⁰ Zur bundesdeutschen Diskussion vgl. Jörg Requate, „Terroristenanwälte“ und Rechtsstaat: Zur Auseinandersetzung um die Rolle der Verteidiger in den Terroristenverfahren der 1970er Jahre, in: Klaus Weinbauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt a. M./New York 2006, S. 271–301.

¹⁰¹ Elisabeth Bokelmann, *Aufstand der Richter. Frankreichs Justiz und ihr Verhältnis zum Staat 1946–1981*, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 204. Vgl. auch Éric Agrikoliansky, *La gauche, le libéralisme politique et les droits de l'homme*, in: Becker/Candar, *Histoire des gauches en France*, Bd. II, S. 524–541.

rung protestiert. Im Winter 1975/76 waren sie maßgeblich an einer Kampagne gegen ein Gesetzespaket zur Erhöhung der „inneren Sicherheit“ beteiligt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war der *Syndicat de la magistrature* eindeutig der linken Opposition zuzurechnen. Mitglieder und Leitung des Verbandes gehörten allerdings den unterschiedlichsten Parteien des linken Spektrums an¹⁰².

Die Zusammensetzung des Anwalt-Kollektivs, das Croissant vor dem Pariser Gericht verteidigte, spiegelte die breite Basis der Protestkampagne wider. Jean-Jacques de Félice zählte Croissant zu seinen politischen und persönlichen Freunden¹⁰³. Der ehemalige Résistance-Kämpfer Joë Nordmann war Mitglied der kommunistischen Partei, Michel Tubiana engagierte sich in der *Liga für Menschenrechte* und stand den französischen Troztkisten nahe. Henri Leclerc hatte im Jahr 1970 mit Alain Geismar einen der Führer der *Gauche Prolétarienne* verteidigt. Die beiden bekanntesten Vertreter des Kollektivs waren Mitglieder der sozialistischen Partei: Roland Dumas und Robert Badinter gehörten zu den ältesten Weggefährten François Mitterrands und sollten in den 1980er Jahren zum Außen- bzw. Justizminister der Französischen Republik aufsteigen¹⁰⁴.

Croissants Verteidiger hatten zudem einen spezifischen algerischen Erfahrungshorizont. Jean-Jacques de Félice, Henri Leclerc und Joë Nordmann hatten während des Krieges algerische Mitglieder des Front de Libération Nationale vor französischen Gerichten und Militärtribunalen vertreten, darunter auch Attentäter, die mit Bombenanschlägen französische Bürger getötet hatten¹⁰⁵. Roland Dumas und Robert Badinter hatten ihrerseits die sogenannten „Kofferträger“ der Jeanson-Gruppe – Mitglieder eines proalgerischen Netzwerkes in Frankreich – verteidigt¹⁰⁶. Einige der Anwälte Croissants hatten sich während des Krieges wegen ihrer Anwaltstätigkeit selbst vor Gericht verantworten müssen. Roland Dumas kam in der Verhandlung um das deutsche Auslieferungsersuchen gegen Croissant auf diese Ereignisse zurück. Ein Prozessberichterstatte der deutschen Botschaft in Paris schrieb am 11. Oktober 1977:

¹⁰² Vgl. Bokelmann, Aufstand der Richter, S. 170–227.

¹⁰³ Das Privataarchiv des 2008 verstorbenen de Félice ist seit 2009 im Archiv der Pariser Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine einsehbar.

¹⁰⁴ Vgl. Joë Nordmann/Anne Brunel, *Aux vents de l'histoire: mémoires*, Arles 1996; Interview avec Michel Tubiana, in: *Ceras – revue Projet* n°273, Mars 2003, online abrufbar unter <http://www.ceras-projet.com/index.php?id=1702> [zuletzt am 7. 11. 2010]; Henri Leclerc, *Un combat pour la justice. Entretiens avec Marc Heurgon*, Paris 1994; PA/AA, B 24, 13562, Ablichtung Brief der französischen Anwälte Croissants an frz. Justizministerium, 1. 8. 1979.

¹⁰⁵ Vgl. u. a. Éric Agrikoliansky, *Réédition ou réinvention? Le modèle du combat dreyfusard dans la guerre d'Algérie*, in: Gilles Manceron (Hrsg.), *Être dreyfusard, hier et aujourd'hui*, Rennes 2009, S. 459–466, hier S. 463; Jean-Jacques de Félice, *La pédagogie de l'Affaire dans la guerre d'Algérie*, in: Ebenda, S. 475–480, hier S. 478 f.; Sylvie Thénault, *Une drôle de justice. Les magistrats dans la guerre d'Algérie*, Paris 2001, S. 305–310.

¹⁰⁶ Vgl. Marcel Péju, *Le procès du réseau Jeanson*, Paris 2002. Badinter setzte sich auch als Publizist für die Verteidigung einer unabhängigen Justiz ein. Vgl. Robert Badinter, *Le procès de la défense*, in: *L'Express* vom 16. 11. 1961.

„Und dann wühlte Dumas sehr geschickt in dem schlechten französischen Gewissen des Kampfes gegen den algerischen Aufstand, d.h. Gewissen von bestimmten französischen liberalen Kreisen. Er erinnert daran, dass während dieses Kampfes auch Frankreich Sonderverordnungen verkündet habe, die den jeweiligen deutschen ähnlich seien. Er erinnert weiter, dass er mit zwei anderen Kollegen aus Algerien ausgewiesen und wegen Mittäterschaft mit den Aufständigen beschuldigt wurde.“¹⁰⁷

Die Einschränkung der Anwaltsrechte in den RAF-Prozessen wurde in eine Linie mit der politischen Justiz der Französischen Republik im Algerienkrieg gestellt. Die Bedeutung der kollektiven Erfahrungen der linken Anwälte in den 1950er und 1960er Jahren für ihr Engagement im Fall Croissant darf nicht unterschätzt werden. Das Recht auf eine politisch engagierte Verteidigung, die über eine bloß rechtliche Vertretung hinausging, gehörte zu den grundlegenden Forderungen der kritischen Juristen. Die zu erwartende Verurteilung ihres deutschen Kollegen wegen einer politischen „Komplizenschaft“ schien dieses Selbstverständnis fundamental in Frage zu stellen.

Auch in den 1970er Jahren traten die prominenten linken Anwälte für eine Liberalisierung der Justiz ein. Insbesondere Robert Badinter engagierte sich maßgeblich für die Durchsetzung der „individuellen Freiheitsrechte“ in der französischen Gesellschaft. Als erfolgreicher Anwalt kämpfte er seit 1972 für die Abschaffung der Todesstrafe, als Publizist äußerte er sich regelmäßig zu Fragen der Menschen- und Bürgerrechte. Die 1976 von der sozialistischen Partei veröffentlichte *Charta der Freiheiten* war von ihm vorbereitet und herausgegeben worden, als Justizminister setzte er ab 1981 eine Reihe von Reformen zur Liberalisierung der französischen Justiz durch¹⁰⁸. Badinters Interventionen in den Debatten um die Auslieferung Klaus Croissants sind im Zusammenhang mit diesem Engagement zu sehen. Die deutsche Situation diente als Negativfolie für politische Ideale, die es in Frankreich zu bewahren oder noch zu erringen galt. In einem am 19. Oktober 1977 in *Le Monde* unter dem Titel „Terrorismus und Freiheit“ veröffentlichten Kommentar übertrug er das „deutsche“ Problem auf diese abstrakte Ebene. Badinter unterschied zunächst den „Freiheitskampf“ der Résistance und der Dekolonisationsbewegungen vom „Terrorismus“ minoritärer Gruppen, die zwar im Namen eines Freiheitsideals, aber ohne die Unterstützung der Bevölkerung handelten. Die Rechte der Angeklagten würden angesichts ihrer nihilistischen Anschläge als lächerliche Lappalie erscheinen:

„Hier liegt die Herausforderung, die der Terrorismus für die Freiheit bedeutet. Die Versuchung, auf die Gewalt mit Staatsterror zu antworten, ist natürlich und fast unwiderstehlich. Aber keine Demokratie kann sich ihr hingeben, ohne sich selbst zu verlieren. [...] Wenn sich seine Gegner wie er selbst der reinen Gewalt hingeben, bleibt der Terrorismus Sieger. Seine Taten werden im Nachhinein ge-

¹⁰⁷ PA/AA, B 24, 113557, DB Paris Diplo an AA Bonn 3030, 11. 10. 1977, Betr.: Auslieferung Dr. Klaus Croissant von Frankreich nach Deutschland.

¹⁰⁸ Vgl. Paul Cassia, Robert Badinter. *Un juriste en politique*, Paris 2009.

rechtfertigt durch die Reaktionen, die sie hervorrufen. Und die von ihm gehasste Gesellschaft wird dort zerstört, wo sie am wertvollsten und am zerbrechlichsten ist: In der Achtung der Freiheit des Anderen, ebenjenem Grundwert, den der Terrorismus zutiefst ablehnt.“¹⁰⁹

Ausgehend von einer vermeintlichen Verletzung der Rechte der Angeklagten in der Bundesrepublik entwickelte Badinter ein flammendes Plädoyer für die strikte Einhaltung der Grundrechte im Kampf gegen den Terrorismus. Ob die Beschreibung der deutschen Zustände der Realität entsprach, spielte für sein eigentliches Anliegen keine Rolle. Der Fokus der linken Juristen, die die Auslieferung Klaus Croissants verhindern wollten, war vor allem auf Frankreich gerichtet. Auf dem Spiel stand aus ihrer Sicht der Ruf der Französischen Republik als „Hort der Menschenrechte“. In der Verfassungspräambel von 1946 war festgeschrieben worden, dass „jeder Mensch, der wegen seiner Taten zugunsten der Freiheit“ verfolgt werde, in Frankreich das Recht auf politisches Asyl genieße¹¹⁰. Zudem hatte sich bereits seit dem 19. Jahrhundert die Praxis herausgebildet, dass niemand der aus politischen Motiven in seinem Heimatland verfolgt wurde, dorthin überstellt werden durfte¹¹¹. Diese Regelung machte eine Auslieferung von Klaus Croissant in den Augen der deutschen und französischen Behörden zunächst unwahrscheinlich. Die Bundesrepublik wurde von französischer Seite mehrfach darum gebeten, ihr Ersuchen besser zu begründen und „rein kriminelle“ Motive für die geplante Anklage Croissants zu finden¹¹². Im Wissen um diese Schwierigkeit verfolgte die deutsche Botschaft minutiös und mit eigenen Prozessbeobachtern die Verhandlung vor der Pariser *Chambre d'accusation*¹¹³. Im Auswärtigen Amt entwarf man Stellungnahmen für den Fall einer Ablehnung¹¹⁴. Unter großer medialer Aufmerksamkeit – und wohl auf erheblichen Druck französischer Regierungs-

¹⁰⁹ Robert Badinter, *Terrorisme et liberté*, in: *Le Monde* vom 19. 10. 1977.

¹¹⁰ Online abrufbar unter <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/la-constitution/la-constitution-du-4-octobre-1958/preambule-de-la-constitution-du-27-octobre-1946.5077.html> (zuletzt am 23. 11. 2010).

¹¹¹ Vgl. François Julien-Lafferrière, *Extradition et droit d'asile. La coopération entre États*, in: *Études Polémologiques* 44 (1987), S. 53–64, hier S. 55 f.

¹¹² Vgl. u. a. die Bemerkung Giscard d'Estaings im Telefongespräch mit Helmut Schmidt: „Das Auslieferungsersuchen ist nicht gut begründet. Wenn Croissant jetzt gefunden wird, steht nach allen hier angestellten rechtlichen Expertisen fest, daß ein Gericht dem Auslieferungsverfahren nicht stattgeben wird. Besonders schädlich sind die Hinweise auf den politischen Charakter der Straftaten und auf die politischen Motive von Croissant. Jeder politische Aspekt ist nutzlos. Es kommt vor allem auf Beweise für die Beteiligung von Croissant an rein kriminellen Straftaten an. In dieser Hinsicht sollte das Auslieferungsersuchen ergänzt werden.“ AAPD 1977, Dok. 242, S. 1187–1191, hier S. 1188, Telefongespräch Schmidt mit Giscard d'Estaing, 13. 9. 1977.

¹¹³ Tägliche Berichte der Pariser Botschaft im Oktober und November 1977, in: PA/AA, B 24, 113557.

¹¹⁴ PA/AA, B 24, 113557, AA D5 511–530.36/14, 11. 10. 1977, Betr.: Croissant, Bezug: Heutige Direktorenbesprechung, Zweck: Vorschlag für Erklärung des BMJ für den Fall der Haftentlassung.

stellen¹¹⁵ – gab die Kammer am 16. November 1977 dem deutschen Antrag statt. Croissant wurde nach einem eintägigen Eilverfahren in die Bundesrepublik ausgeliefert.

Kein Wunder, dass die „Eilfertigkeit“ der französischen Regierung gegenüber den Wünschen der Bundesrepublik Gegenstand heftigster Proteste wurde¹¹⁶. Die *affaire Croissant* war für die oppositionelle Linke ein willkommenes Thema vor den Parlamentswahlen im Frühjahr 1978. Die mündliche Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Pierre Juquin vom 25. November 1977 steht exemplarisch für diese neue Zielrichtung der Kampagne:

„Herr Juquin berichtet dem Justizminister von der Emotion und dem Protest, den die Auslieferung des Anwalts Klaus Croissant unter dem Bruch der Prinzipien des französischen Rechts bei den Demokraten unseres Landes ausgelöst hat. [...] Sie stellt das grundlegende Prinzip des Asylrechts in der Verfassung in Frage. Sie [...] zeigt das Entgegenkommen der französischen Regierung gegenüber der Regierung der BRD, wo die Berufsverbote wüten und die alten Nazis in völliger Straffreiheit leben. Das ist ein neuer Schritt in Richtung autoritärer Staat.“¹¹⁷

Das Exekutivbüro der sozialistischen Partei verurteilte die Auslieferung als „dem französischen Recht zuwiderlaufend“¹¹⁸. Die linken und linksradikalen Pariser Intellektuellen hatten sich bereits im Oktober 1977 mit einer Petition für Croissant verwandt¹¹⁹. *Libération* titelte am 18. November 1977 mit der Präambel der Verfassung von 1946 über das Asylrecht politischer Flüchtlinge. Am gleichen Tag versammelten sich etwa 10.000 Demonstranten in Paris zu einem „Protestmarsch“ von der *Place de la République* bis zur *Place de la Nation*. Anschließend kam es zu Ausschreitungen autonomer Gruppen¹²⁰.

In der Empörung über den Gerichtsentscheid fanden sich noch einmal alle Protagonisten der „antideutschen Polemiken“ der letzten Jahre zusammen. Die Auslieferung Croissants stellte in den Augen der französischen Linken einen eklatanten Rechtsbruch dar. Hinter den Diskussionen um die französische Regierungspraxis stand weiterhin das Bild einer Bundesrepublik, die im Kampf gegen den Terrorismus fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien aufgab.

¹¹⁵ Ebenda, Chef BK, 6. 10. 1977, Betr.: Croissant – Vermerk über ein Telefongespräch mit François-Poncet am 6. 10. 1977.

¹¹⁶ Interventionen der französischen Anwälte Croissants in den Wochen und Monaten nach dessen Auslieferung und die diplomatischen Folgen bis 1979, in: PA/AA, B 24, 113557.

¹¹⁷ Assemblée Nationale, Compte rendu des débats, Séance du 23 novembre 1977, Annexe: Questions orales inscrites à l'ordre du jour du vendredi 25 novembre 1977, Question n° 42455, in: Journal Officiel vom 28. 11. 1977, S. 7849.

¹¹⁸ FJJ-CAS, 405, RI 61, Communiqué du Bureau exécutif du Parti Socialiste, 16. 11. 1977.

¹¹⁹ Vgl. La chambre d'accusation se prononce sur la détention de M^c Croissant. Nombreux appels en faveur de l'avocat allemand, in: Le Monde vom 4. 10. 77.

¹²⁰ Vgl. Le Monde vom 20./21. 11. 1977.

Fazit und Ausblick

Die von Jean Genet ausgelöste Pressepolemik der Monate September und Oktober 1977 bildete einen Höhepunkt im spannungsreichen Verhältnis der französischen Linken zur Bundesrepublik in den 1970er Jahren. Die Etappen der bundesdeutschen Reaktion auf die Kritik aus dem Nachbarland verdeutlichen die Eskalation der deutsch-französischen Stimmungskrise. Das Gespräch Jean-Paul Sartres mit Andreas Baader im Dezember 1974 konnte von offiziellen Stellen noch weitgehend ignoriert werden. Der Philosoph und die von ihm repräsentierte Strömung standen zu weit außerhalb des demokratischen Spektrums der Bundesrepublik. Die Initiative François Mitterrands im Frühsommer 1976 erforderte hingegen bereits eine Intervention auf Parteiebene. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und der Erste Sekretär des PS fanden jedoch rasch einen Kompromiss. Beim Auslieferungersuchen für Klaus Croissant auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der RAF sah sich schließlich sogar die Bundesregierung veranlasst, einzugreifen. Helmut Schmidt betonte gegenüber Valéry Giscard d'Estaing mehrfach die Bedeutung dieser Affäre für die Bundesrepublik. Die Empörung der deutschen Öffentlichkeit über die Kritik aus Frankreich und noch mehr das Bemühen der Regierungen um eine Eindämmung und Beilegung der Krise zeigen aber auch, welch hohen Stellenwert die deutsch-französischen Beziehungen auf beiden Seiten des Rheins hatten.

Der glimpfliche Ausgang der *Landshut*-Entführung markierte den Beginn eines Umdenkens der französischen Linken. Zwar blieb der Eindruck zunächst bestehen, dass es sich bei der Bundesrepublik um einen autoritären Staat handle¹²¹. Der Terrorismus der RAF wurde aber nunmehr einmütig verurteilt – bis auf wenige Ausnahmen auch von der radikalen Linken. Zugleich setzte angesichts der Eskalation im Nachbarland ein Bewusstseinswandel ein, der der französischen Gesellschaft die Möglichkeit einer terroristischen Bedrohung im eigenen Land und das Dilemma einer angemessenen Anti-Terrorismus-Politik vor Augen führte. Die Aussage François Mitterrands bei seinem Besuch in Bonn im September 1977, der Terrorismus sei kein deutsches Problem, sondern eines der westlichen Gesellschaften insgesamt, weist auf ein solches Umdenken hin¹²².

Ausschlaggebend für die Kritik an der Bundesrepublik Mitte der 1970er Jahre waren aktuelle innenpolitische Motive. Für alle drei in diesem Beitrag vorgestellten Strömungen der politischen Linken war Deutschland ein Nebenschauplatz im politischen Ringen um Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und Rechts-

¹²¹ Einen Einblick geben die Beschreibungen der „schwierigen deutschen Demokratie“ in unterschiedlichen Zeitschriften der französischen Linken im Jahr 1979. Vgl. u. a. Stefan Baier, Le „modèle allemand et les libertés“, in: Critique Socialiste. Revue théorique du PSU 36–37 (1979), S. 19–28; Dominique Cexus, Les bandits de l'Europe. La perception du terrorisme en France, en Allemagne et en Italie, in: Esprit. Changer la culture et la politique 28/4 (1979), S. 147–154; Les Temps Modernes 35/396–397 (1979): „Allemagne fédérale: difficile démocratie“; Philippe Lévy, Le terrorisme en R.F.A., in: après-demain. Journal mensuel de documentation politique 211 (1979), S. 32–35.

¹²² Vgl. Wetz, La visite de M. Mitterrand à Bonn, in: Le Monde vom 1. 10. 1977.

staat. Für die extreme Linke, innerhalb derer sich nach 1968 eine maoistische Strömung zunächst in eine ähnliche Richtung wie die RAF entwickelt hatte, diente der deutsche Terrorismus lange als Projektionsfläche und „Ersatz“ für den ausgebliebenen eigenen „Kampf im Untergrund“. Die scharfe Verurteilung der Bundesrepublik als sich „faschisierender“ Staat verdeckte aber die sukzessive Abwendung von einem gewaltsamen „revolutionären Projekt“ nicht allzu lange. Bereits Sartres Besuch in Stammheim im Dezember 1974 war primär als eine humanitäre Geste zu verstehen. Das Engagement für eine demokratischere und liberalere Gesellschaft ersetzte die Sympathie für das Ideal einer gewaltsamen Revolution, ohne die träumerische Empathie ganz zu ersticken.

Noch deutlicher wird das Leitmotiv der „Freiheiten“ in der Kritik der traditionellen Linksparteien am bundesdeutschen Umgang mit „Extremisten“ im öffentlichen Dienst. Nicht zuletzt der Wettkampf mit der kommunistischen Partei um die Rolle des „Ersten Verteidigers der Freiheiten“ in Frankreich und der Welt trieb François Mitterrand zur Gründung seines *Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland*. Auf das Bild, das viele Linke sich von der Bundesrepublik machten, hatten die Kampagnen von PS und PC eine nicht zu unterschätzende Wirkung. Westdeutschland wurde als Staat gesehen, der im Kampf gegen den Terrorismus seinen rechtsstaatlichen Charakter aufgab.

Eine besondere Rolle spielten dabei die Juristen, die sich im Sommer und Herbst 1977 gegen die Auslieferung von Klaus Croissant aussprachen. Sie rekrutierten sich sowohl aus dem linksextremen Milieu als auch aus den moderaten Linksparteien und linksliberalen Kreisen, vertraten aber ein spezifisches Anliegen liberaler Justiz. Die Garantie der Rechte der Angeklagten und vor allem ihrer Anwälte gehörte zu den fundamentalen Forderungen kritischer Juristen. Auch für die Verteidiger Croissants diente die Bundesrepublik mithin primär als Projektionsfläche für innerfranzösische Auseinandersetzungen. Anhand der „Verfehlungen“ der Deutschen ließ sich die Bedeutung strikter Rechtsstaatlichkeit im eigenen Land besonders gut illustrieren.

In den französischen Zweifeln am rechtsstaatlichen Charakter der Bundesrepublik wurden auch historische Bezüge revitalisiert. Insbesondere die französischen Kommunisten griffen auf Erfahrungen aus der Zeit der deutschen Besatzung zurück. Im Sommer 1977 weckte zudem die Flucht des Kriegsverbrechers Herbert Kappler aus einem italienischen Krankenhaus die Befürchtung einer unzureichenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus¹²³. *Le Monde* kommentierte im November 1977:

„So hat die BRD innerhalb weniger Monate zwei ihrer Bürger wiedergewonnen: Den Kriegsverbrecher Kappler, der durch eine in Deutschland sehr bewunderte

¹²³ Zum „Fall Kappler“ vgl. u. a. Joachim Staron, Fosse Ardeatine und Marzabotto. Deutsche Kriegsverbrechen und Resistenza. Geschichte und nationale Mythenbildung in Deutschland und Italien, Paderborn u. a. 2002, S. 285–308.

sportliche Leistung den Italienern entrissen wurde, und Croissant, den ‚entarteten Sohn‘, den man vor Gericht stellen wird.“¹²⁴

In den Debatten der 1970er Jahre um Terrorismus und Terrorismusbekämpfung hatten diese Reminiszenzen aber nur eine Art dekorativer Funktion. Als ursächlich für die Kritik an der deutschen Politik der inneren Sicherheit können sie nicht gewertet werden. Ein direkterer Impuls ging von den Erfahrungen des Algerienkrieges aus. Die Erinnerungen an die Menschenrechtsverletzungen und die politische Justiz während der Dekolonisationskriege hatten für einen Teil der Intellektuellen und noch mehr für die linken Juristen eine mobilisierende Wirkung. Insbesondere für die Verteidiger Croissants lassen sich hier starke Kontinuitäten feststellen.

Gerade die transnationale Dimension der Proteste, die ihren Ursprung in der Bundesrepublik hatten, spricht für die Priorität aktueller politischer Auseinandersetzungen. Die französischen Linksextremisten stützten sich auf Informationen, die direkt von den deutschen Terroristen stammten. Transnationale kommunistische Netzwerke vermittelten und verstärkten die Proteste gegen die „Berufsverbote“. Die Juristenverbände wiederum beriefen sich mit Croissant auf einen in der Bundesrepublik gesuchten RAF-Anwalt, der sich jenseits des Rheins erfolgreich als zu Unrecht Verfolgter präsentierte. Eine eingespielte Empörungsmaschinerie griff die deutschen Themen auf, ohne die Glaubwürdigkeit ihrer Vertrauensmänner zu überprüfen. Sie wurden in einen französischen Kontext übersetzt, in dem ähnliche Kontroversen ausgefochten wurden – allerdings auf einem deutlich niedrigeren Eskalationsniveau als in der mit dem Terrorismus ringenden Bundesrepublik. Der Anschein der Übertragbarkeit der Streitpunkte machte ein genaueres Studium der deutschen Situation unnötig. So erklärt sich auch, dass über die angebliche Todesgefahr für Klaus Croissant oder die vermeintliche Folter der RAF-Häftlinge in Paris als Tatsachen diskutiert wurde.

Zugleich drückte die französische Kritik aber echte Sorgen aus, die in den schrillen Debatten um die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik kaum wahrgenommen wurden. Verdiente deutsch-französische Vermittler wie Joseph Rovin und Alfred Grosser versuchten einerseits, die Positionen der französischen Linken zu entschärfen. Sie beanstandeten andererseits aber auch die „Unverhältnismäßigkeit“ einiger Maßnahmen des westdeutschen Staates¹²⁵. Im Übrigen wurde die Entwicklung im Nachbarland nicht nur in Frankreich mit Sorge beobachtet. Und auch in der Bundesrepublik selbst gehörten die im Ausland aufgegriffenen Probleme zu den umstrittensten Aspekten der sozialliberalen Politik der inneren Sicherheit.

Im Mai 1981 wurde François Mitterrand zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt. Die auf einer breiten linken Koalition basierende Regierung

¹²⁴ Alignement, in: Le Monde vom 18. 11. 1977.

¹²⁵ Rovin, L'Allemagne, S. 94. Für eine Auflistung der Interventionen Alfred Grossers in französischen und deutschen Medien auf dem Höhepunkt der Pressepolemik im Herbst 1977 vgl. Grosser, Mein Deutschland, S. 239.

machte sich sofort daran, die lange versprochene *rupture* – eine grundlegende Richtungsänderung für die französische Gesellschaft – umzusetzen¹²⁶. Die Liberalisierung der Justiz und eine neue Linie im Umgang mit politischer Gewalt gehörten zu ihren Aufgaben mit höchster Priorität. Im August 1981 stimmte die Nationalversammlung für die Abschaffung des Staatssicherheitschefs, der 1963 als halb-militärisches Sondergericht zur Aburteilung von Terroristen gegründet worden war¹²⁷. Die Aufhebung der Todesstrafe verteidigte Justizminister Robert Badinter mit den Worten: „Eine Demokratie, die gegen Terroristen die Todesstrafe vollstreckt, macht sich die Werte Letzterer zu eigen.“¹²⁸ Außerdem wurde eine Amnestie für politische Häftlinge beschlossen. Eine Reihe korsischer und bretonischer Separatisten sowie die Mitglieder der kleinen linksterroristischen Gruppierung *Action Directe* kamen frei. Die große Integrationskraft der neuen Linksregierung sollte sich auch bei „fehlgeleiteten Idealisten“ beweisen¹²⁹. Premierminister Pierre Mauroy verkündete zudem, von nun an müsse in Frankreich kein „Freiheitskämpfer“ mehr eine Auslieferung befürchten¹³⁰.

Nur ein Jahr später wurde das von Robert Badinter so leidenschaftlich vertretene Diktum der absoluten Rechtsstaatlichkeit im Kampf gegen den Terrorismus einem Praxistest unterzogen. Der *Front National de Libération Corse*, eine revitalisierte *Action Directe*, vor allem aber international agierende Kämpfer aus dem Nahen Osten machten Frankreich zu einem der vom Terrorismus am stärksten betroffenen europäischen Staaten¹³¹. François Mitterrand reagierte darauf mit einer radikalen Wende in seiner Anti-Terrorismus-Politik: Auf Korsika und in Paris wurden die Sicherheitsbestimmungen massiv verschärft. Ein „Staatssekretariat für öffentliche Sicherheit“ wurde eingerichtet, im Präsidialamt ließ Mitterrand eine eigene Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung aufbauen¹³². Innerhalb weniger Monate zeigte sich, dass die lang gehegten Ideale des PS mit der neuen Anti-Terrorismus-Politik nur schwer vereinbar waren. Der Anti-Terror-Einheit wurden illegale Methoden nachgewiesen¹³³. Die Politik der Nicht-Auslieferung muss-

¹²⁶ Vgl. Serge Berstein/Pierre Milza/Jean-Louis Bianco (Hrsg.), *Les années Mitterrand – les années du changement*, Paris 2001.

¹²⁷ Loi n° 81-737 portant suppression de la Cour de sûreté de l'Etat, 4.8.1981, in: *Journal Officiel* vom 5.8.1981, S.2142.

¹²⁸ Assemblée Nationale, *Compte rendu des débats, Première Séance du 17 septembre 1981*, in: *Journal Officiel* vom 18.9.1981, S.1141.

¹²⁹ Vgl. Loi n° 81-736 portant amnistie, 4.8.1981, in: *Journal Officiel* vom 5.8.1981, S.2138. Zu den Umständen und den direkten Folgen der Amnestie vgl. Gilles Ménage, *L'oeil du pouvoir*, Bd. II: *Face au terrorisme 1981-1986: Action directe, Corse, Pays basque*, Paris 2000, S.31-36.

¹³⁰ Vgl. Guittet, *Antiterrorisme clandestin*, S.101.

¹³¹ Vgl. Xavier Crettiez, *La question corse*, Brüssel 1999, S.105f.; Michael Dartnell, *Action Directe. Ultra-Left Terrorism in France 1979-1987*, London 1995; Daniel Hermant/Didier Bigo, *Les politiques de lutte contre le terrorisme: Enjeux Français*, in: Fernando Reinares (Hrsg.), *European democracies against terrorism. Governmental policies and intergovernmental cooperation*, Aldershot u.a. 2000, S.73-118, hier S.91ff.

¹³² Vgl. Nathalie Cettina, *L'antiterrorisme en question. De l'attentat de la rue Marbeuf aux affaires corses*, Paris 2001, S.38-45.

¹³³ Vgl. Edwy Plenel, *La part d'ombre*, Paris 1992.

te sukzessive aufgegeben werden¹³⁴. Der prinzipientreue Justizminister Badinter durfte an Sitzungen zur Terrorismusbekämpfung nicht mehr teilnehmen¹³⁵. Zugleich warfen die Rechtsparteien im Wahlkampf der sozialistischen Regierung zu große Milde und Unfähigkeit im Umgang mit Terroristen vor¹³⁶. Nach dem Wahlsieg der Konservativen ließ der neue Premier Jacques Chirac im Herbst 1986 ein Sondertribunal einrichten und erweiterte die Kompetenzen von Polizei und Geheimdiensten bei der Bekämpfung politischer Gewalt¹³⁷.

Inwieweit die linken Vorstellungen eines angemessenen Umgangs mit Extremismus und politischer Gewalt, die in den 1970er Jahren in der heftigen Kritik an der bundesdeutschen Politik so stolz wie demonstrativ herausgestellt wurden, in der Regierungspraxis der 1980er Jahre überdauerten, kann nicht abschließend geklärt werden. Zu vermuten ist jedoch, dass es im Zuge des Rückzugs des *Parti Socialiste* von den Kernpunkten des *programme commun* in den Jahren 1982 bis 1984¹³⁸ auch bei der Bekämpfung des Terrorismus zu einer pragmatischen Neuorientierung und zur Übernahme mancher Praktiken kam, die zuvor als „repressiv“ und typisch für die Bundesrepublik gebrandmarkt wurden¹³⁹.

¹³⁴ Vgl. Julien-Laferrière, Extradition, S. 58–62.

¹³⁵ Vgl. Cassia, Badinter, S. 352.

¹³⁶ Vgl. u. a. Paul Masson, Rapport fait au nom de la commission de contrôle des conditions de fonctionnement, d'intervention et de coordination des services de police et de sécurité engagés dans la lutte contre le terrorisme, Sénat, Seconde session ordinaire de 1983–84, Annexe au procès verbal de la séance du 17 mai 1984, n° 305.

¹³⁷ Vgl. Loi n° 86–1020 relative à la lutte contre le terrorisme et aux atteintes à la sûreté de l'Etat, 9. 9. 1986, in: Journal Officiel vom 10. 9. 1986, S. 10956.

¹³⁸ Sirinelli spricht in diesem Zusammenhang von einem „schleichenden Bad Godesberg“ des PS. Vgl. Jean-François Sirinelli, Les Vingt Décisives. Le passé proche de notre avenir 1965–1985, Paris 2007, S. 229.

¹³⁹ Zum Forschungsprojekt „Demokratie und terroristische Herausforderung. Die Anti-Terrorismus-Politik der 1970er und 1980er Jahre in Westeuropa“ am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin vgl. <http://www.ifz-muenchen.de/anti-terror-politik.html>.

Wie viele sowjetische Soldaten gerieten während des Zweiten Weltkriegs in deutsche Kriegsgefangenschaft? Wie groß ist die Zahl derjenigen Gefangenen, die individuell registriert wurden? In welchen Regionen und Lagern waren sie untergebracht? Dies sind keine nebensächlichen Fragen, denn die sowjetischen Kriegsgefangenen waren nach den Juden die größte Opfergruppe nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Nachdem Reinhard Otto, Rolf Keller und Jens Nagel erstmals präzise Zahlen für die einzelnen Lager errechnet hatten (VfZ Oktober 2008), sind ihre Ergebnisse auf Kritik gestoßen (VfZ Juli 2010). Mit dieser Erwiderung geht die Debatte, die über diese Frage entbrannt ist, in ihre letzte Runde.

Reinhard Otto/Rolf Keller

Zur individuellen Erfassung von sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Wehrmacht

I. Einleitung

Bis heute ist die Zahl der sowjetischen Soldaten, die während des Zweiten Weltkriegs in deutsche Gefangenschaft gerieten, nicht endgültig geklärt. Seriöse deutsche und russische Forscher gehen davon aus, dass zwischen 5,3 und 6 Millionen sowjetische Militärangehörige Gefangene der Wehrmacht wurden. Infolge katastrophaler Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie durch gezielte Mordaktionen von Wehrmacht, Gestapo und SS starben mindestens 2,5 Millionen, möglicherweise bis zu 3,3 Millionen. Die sowjetischen Kriegsgefangenen sind damit nach den europäischen Juden die größte Opfergruppe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.

In den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte (Oktober 2008) haben wir gemeinsam mit Jens Nagel eine Methode vorgestellt, mit der die Zahl derjenigen sowjetischen Soldaten bestimmt werden kann, die im Verlauf des Krieges in den Lagern der Wehrmacht, den Mannschafts-Stammlagern (Stalags) und den Offizierslagern (Oflags) als Gefangene registriert worden sind¹. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Tatsache, dass jeder Kriegsgefangene – den geltenden völkerrechtlichen Richtlinien entsprechend – eine eigene Registrierungsnummer erhielt, die ihn für die gesamte Zeit seiner Gefangenschaft eindeutig identifizierte. Diese befand sich auf der Erkennungsmarke, die der Betreffende um den Hals trug, und wurde auf allen personenbezogenen Dokumenten eingetragen, zum Beispiel der „Personalkarte I“ (PK I), der „Grünen Karteikarte“ (für Meldungen an die Wehrmachtauskunftsstelle) sowie den Zu- und Abgangslisten der Lager².

¹ Vgl. Reinhard Otto/Rolf Keller/Jens Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewissam 1941–1945. Zahlen und Dimensionen, in: VfZ 56 (2008), S. 557–602.

² Die Erkennungsmarke wurde mit der Bezeichnung des registrierenden Lagers und der individuellen Nummer des Gefangenen beschriftet, z. B. XI B 122429 (Stas Ratuschnjak, der am 13. 2. 1942 mit einem Transport aus Rowno im Stalag XI B Fallingbostal eintraf).

Da die Nummern, beginnend bei 1, fortlaufend vergeben wurden, entspricht die höchste nachweisbare Nummer der Mindestzahl der von dem jeweiligen Lager registrierten Gefangenen. Eine Addition der Registrierungszahlen aller Lager erlaubt dann eine Annäherung an die Gesamtzahl aller erfassten kriegsgefangenen Soldaten.

Bei der Bestimmung der Zahl der in den Lagern registrierten sowjetischen Kriegsgefangenen wurden zwei unterschiedliche Methoden angewandt. Bei den so genannten Russenlagern, in denen ausschließlich Angehörige der Roten Armee erfasst wurden, genügte die Ermittlung der höchsten Erkennungsmarkennummer. Schwieriger war es im Fall jener Lager, die zuvor bereits Polen, Franzosen oder Jugoslawen registriert hatten und nach den sowjetischen Kriegsgefangenen beispielsweise noch italienische Militärinternierte aufnahmen. Dies gilt besonders für die Lager im Reichsgebiet. Die Auswertung der Karteiunterlagen von Gefangenen unterschiedlicher Nationalitäten in der Deutschen Dienststelle Berlin hat jedoch gezeigt, dass die einzelnen Gruppen jeweils in bestimmten Nummernbereichen erfasst wurden. Daher galt es nun jene Zahlenblöcke zu ermitteln, innerhalb derer die Registrierung der sowjetischen Gefangenen erfolgt war.

Als Quellengrundlage dienten uns Dokumente zu etwa 350.000 Personen, sämtlich aus Wehrmachtprovenienz, dazu statistische Materialien sowie einschlägige Vorschriften des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW). Die heute zum größten Teil in verschiedenen Archiven auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion liegenden Karteiunterlagen werden seit dem Jahr 2000 im Rahmen eines deutsch-russisch-weißrussischen Gemeinschaftsprojekts erschlossen; die dabei erstellten Datenbanken standen uns ebenfalls zur Verfügung (Stand 2006)³.

Inzwischen sind die Daten der in deutscher Gefangenschaft verstorbenen sowjetischen Soldaten auch öffentlich zugänglich. Das Elektronische Archiv Moskau (ELAR) stellt seit 2008 auf der Website www.obd-memorial.ru Informationen und Dokumente zu sämtlichen Gefallenen und Vermissten der Roten Armee ins Netz, darunter auch die Wehrmacht-Karteiunterlagen zu den Kriegsgefangenen, so dass die diesbezüglichen Ergebnisse des Projekts den Angehörigen der Opfer und allen Interessierten zur Verfügung stehen⁴.

³ Die Karteiunterlagen der in Gefangenschaft Verstorbenen werden im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation (CAMO) in Podolsk aufbewahrt, diejenigen der Repatriierten in den Archiven der Geheimdienste in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Einige Splitterbestände finden sich in der Deutschen Dienststelle Berlin sowie im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig BA-MA). Inzwischen beteiligt sich auch die Ukraine an dem Projekt.

⁴ Hier eine Hilfestellung, wie die Datenbank von obd-memorial.ru auch ohne Russischkenntnisse genutzt werden kann, um Zugang zu den Dokumenten zu erhalten: Man rufe die Seite www.obd-memorial.ru auf. Um die Suche zu starten, klickt man oberhalb der Kästchen an der 2. Stelle von links den Button РАСШИРЕННЫЙ ПОИСК. Bei der dann erscheinenden Liste nimmt man alle Häkchen bis auf das an 6. Stelle stehende heraus; es wird dann ausschließlich in Kriegsgefangendokumenten gesucht (В ДОКУМЕНТАХ О ВОЕННОПЛЕННЫХ). Unten erscheint ein Kasten mit der Überschrift ПОИСКОВЫЕ ПОЛЯ. In den darunter erscheinenden Rubriken kann man in der linken Spalte verschiedene Angaben zu einer Person eingeben, allerdings derzeit nur in kyrillischen Buchstaben – bis auf Kästchen 4 (Nachname

Die statistische Auswertung der Karteikarten und Listen hat unsere Hypothese bestätigt: Die Zahl der Registrierten ließ sich für jedes Lager derart genau ermitteln, dass auch bei der Erschließung weiteren Quellenmaterials nur noch geringfügige Korrekturen nach oben notwendig sein werden. Waren wir zunächst davon ausgegangen, dieses Verfahren sei lediglich für die Lager im Reichsgebiet möglich, so stellte sich heraus, dass anhand der skizzierten Methode die Zahl und damit prinzipiell auch die Identität wohl aller Gefangenen festgestellt werden kann, die sich im OKW-Bereich befunden haben⁵. Die Gesamtsumme – mindestens 2.793 Millionen individuell registrierte und der Wehrmachtauskunftsstelle gemeldete Gefangene, also etwa die Hälfte aller in deutsche Hand geratenen Rotarmisten – wird in der Dimension durch ein zeitgenössisches Dokument des OKW bestätigt⁶. Dies ist kein Selbstzweck. Erstmals erhalten wir durch dieses Verfahren eine genaue Vorstellung von der Größe der einzelnen „Russenlager“ sowie darüber, wie viele Kriegsgefangene in den verschiedenen Regionen untergebracht waren. Hinsichtlich einer individuellen Registrierung von Gefangenen im OKW-Bereich ließen sich dagegen nur Vermutungen anstellen.

Alexander Haritonow und Klaus-Dieter Müller von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden, die auf deutscher Seite für das

in lateinischen Buchstaben). An 9. Stelle lässt sich die Suche über die Erkennungsmarkennummer starten (ЛАГЕРНЫЙ HOMEР), an 12. Stelle über das Lager, in dem der Gefangene registriert wurde (ЛАГЕРЬ). Ein Klick auf den Button ИСКАТЬ ganz unten setzt die Suche in Gang. Gibt man lediglich eine Erkennungsmarkennummer ein, werden sämtliche Namen von Gefangenen mit dieser Nummer angezeigt, beispielsweise bei 12345 derzeit 13. Klickt man auf einen dieser Namen, so erscheint zunächst eine Übersicht über dessen persönliche Daten (in kyrillischer Schrift); zieht man den rechten Fortschrittsbalken nach unten, kann auch das dazugehörige Dokument betrachtet werden. Bei der Nummer 8 der Liste z. B., Рябаков Петр Матвеевич, erhält man eine Personalkarte I. Über der Karte wird angezeigt, wie viele Dokumente es zu dieser Person gibt, hier СТРАНИЦА 1 und 2, klickt man darüber links ПРОСМОТРЕТЬ ДОКУМЕНТ an, erhält man die gesamte Akte, in der das Dokument enthalten ist (in diesem Fall Nr. 977520/1719 mit 178 gescannten Seiten). Speichern lässt sich das Dokument z. B., indem man oberhalb des Dokuments das Symbol Drucker anklickt, bei Name des Druckers dann freepdf, anschließend den Speicherort. Zurück zur 12345-Liste gelangt man ganz oben rechts über ВЕРНУТЬСЯ К РЕЗУЛЬТАТАМ ПОИСКА, zu neuen Anfrageeingaben über ВЕРНУТЬСЯ К ПОИСКУ links daneben. Wenn man zusätzlich zur Nummer 12345 unter ЛАГЕРЬ noch eine Lagerbezeichnung eingibt, z. B. XIII C, wird nur noch eine Person nachgewiesen, nämlich Федотов Дмитрий Васильевич. Nach Auskunft vieler Gedenkstätten häufen sich die Besuche der Angehörigen von Verstorbenen, die über www.obd-memorial.ru den Hinweis auf die Grabstätte gefunden haben.

⁵ Der OKW-Bereich umfasste das Deutsche Reich und die besetzten Gebiete, soweit diese nicht dem Oberkommando des Heeres (OKH) unterstanden. Einziges Problem bei der Zahlenermittlung stellen Doppelregistrierungen dar, die eigentlich nicht vorgesehen waren; hierfür gibt es aber Erklärungen. Ihre Größenordnung haben wir für das Deutsche Reich mit etwa 27.000, für die besetzten Gebiete mit etwa 25 % der dort Erstregistrierten angesetzt. Vgl. Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 585.

⁶ Vgl. ebenda, S. 590. Nach einer Übersicht des OKW betr. „Verbleib der sowjetischen Kriegsgefangenen“ mit Stand vom 1.5.1944 waren bis dahin 2.836.639 sowjetische Kriegsgefangene in den OKW-Bereich gelangt: BA-MA, RH 2/v. 2623, Bl. 21–23 (= Nürnberger Dokument NOKW 2125).

erwähnte Forschungsprojekt verantwortlich zeichnen, sahen sich zu einer Entgegnung veranlasst (VfZ Juli 2010)⁷. Eine „kritische Nachprüfung“ (S.393) unserer Ergebnisse, so ihr Fazit, zeige die Untauglichkeit unseres Ansatzes: Wende man unsere Methode auf den inzwischen auf mehr als das Doppelte angewachsenen Datenpool (750.000 gegenüber 350.000) an, komme man mit mehr als 9.675 Millionen registrierten Gefangenen auf ein außerhalb jeglicher Wahrscheinlichkeit liegendes Ergebnis (S.400).

Der Text von Haritonow und Müller fordert nicht allein wegen der Kritik an unseren Ergebnissen eine Antwort heraus, sondern auch wegen zahlreicher handwerklicher, methodischer und sachlicher Fehler. Dies beginnt schon beim Titel des Aufsatzes „Die *Gesamtzahl* der sowjetischen Kriegsgefangenen“. Wir haben deutlich hervorgehoben, dass es uns einzig um die Ermittlung der Zahl jener sowjetischen Soldaten ging, die als Kriegsgefangene individuell registriert und der Wehrmachtauskunftsstelle gemeldet wurden. Nur darüber kann das herangezogene Quellenmaterial verlässliche Auskunft geben. Die Gesamtzahl der in deutsche Hand geratenen Rotarmisten ist nur auf einem methodisch ganz unterschiedlichen Weg und mit einer anderen Quellenbasis zu ermitteln – wenn überhaupt. Hierzu hatten wir am Ende unseres Aufsatzes einige Überlegungen angestellt⁸.

II. Die Ermittlung der Zahlengrößen

Haritonow und Müller liegen mit ihren Zahlen in der Tat deutlich höher als wir. Leider fehlt oft jeglicher Verweis auf konkrete Dokumente, so dass es zu meist unmöglich ist, ihre Angaben zu überprüfen (S.398f.). So behaupten die Autoren beispielsweise, ihre Auswertung für das Stalag XI C (311) Bergen-Belsen

⁷ Vgl. Alexander Haritonow/Klaus-Dieter Müller, Die Gesamtzahl sowjetischer Kriegsgefangener – eine weiterhin ungelöste Frage, in: VfZ 58 (2010), S.393–401. Grund dafür dürfte unser mehrfacher Hinweis auf erhebliche Mängel bei der Datenerfassung gewesen sein; vgl. Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S.578, Anm. 65 u. S.585, Anm. 88 u. 89. Auch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten offeriert inzwischen über die Website www.dokst.de eine Online-Datenbank der verstorbenen Kriegsgefangenen, in der allerdings lediglich Name, Vorname, Vatersname, Geburtsort und -tag, Todesdatum und Nationalität angeboten werden. Im Gegensatz zur Website www.obd-memorial.ru können hier die zugehörigen Dokumente nicht aufgerufen werden. Für weitere Auskünfte muss sich der Interessierte an die Stiftung wenden. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten erhält die Datensätze und die gescannten Dokumente vom Elektronischen Archiv Moskau, das auch die Daten für www.obd-memorial.ru liefert; in beiden Datenbanken sind daher dieselben Fehler enthalten. Das ELAR scheint allerdings auch Bestände des CAMO erfasst zu haben, die in Dresden nicht zur Verfügung stehen. Gleichwohl wurde über die Dresdner Datenbank in den Medien breit berichtet; vgl. z.B. den Artikel von Christiane Kohl, Späte Gewißheit für Hinterbliebene, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.11.2009.

⁸ Vgl. Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S.561 u. S.592–594. Ebenso wenig haben wir eine „klar bestimmbare Zahl“ derer präsentiert, „die sich insgesamt in Lagern im Deutschen Reich, mit Abstrichen auch in den Lagern in Osteuropa befunden hätten“ (Haritonow/Müller, Gesamtzahl, S.393). Auch die Ermittlung des Umfangs der Todesfälle (ebenda, S.397) war nicht Gegenstand unserer Untersuchung.

übertreffe unsere Zahl (21.408) um „ca. 56.000“, bei Stalag X D (310) Wietzendorf (45.368) sogar um „knapp 170.000“ (S. 398 f.). Diese Angaben sind definitiv falsch, wie sich bei beiden Lagern zweifelsfrei nachweisen lässt⁹. Das Stalag 326 (VI K) habe „ca. 40.000“ Personen mehr aufgenommen als die von uns Festgestellten 179.774 (S. 399). Dem widerspricht beispielsweise die Personalkarte eines Offiziers, der erst kurz vor Kriegsende, am 12. Februar 1945, bei Märkisch Friedland (Pommern) in Gefangenschaft geraten war und von dort nach Ostwestfalen transportiert wurde, zunächst zu einem Lazarettaufenthalt in Lemgo, dann in das Stalag Senne, wo er bei der Registrierung die Erkennungsmarkennummer 179.329 erhielt. Bis zur Befreiung des Lagers am 2. April 1945 können dort kaum noch 40.000 weitere Gefangene erstmals registriert worden sein; insgesamt fielen im Februar 1945 nur noch 8.222 sowjetische Soldaten in deutsche Hände¹⁰.

Ähnlich leichtfertig und wiederum ohne konkrete Belege verfahren die Autoren bei jenen Lagern, die Gefangene unterschiedlicher Nationen erfasst haben. So habe das Stalag IX B Bad Orb „ca. 98.000“ sowjetische Gefangene mehr registriert als von uns angegeben (S. 399). Nun fallen bei der Ermittlung von Nummernblöcken sofort alle „Ausreißer“ ins Auge, die nicht in den entsprechenden Bereich passen, und weil sie die Ausgangshypothese in Frage stellen, haben wir sie an Hand der Dokumente erneut überprüft. In allen Fällen ließen sich Analyse- oder Eingabefehler feststellen; beispielsweise war der betreffende Gefangene in einem anderen Stammlager registriert oder seine Erkennungsmarkennummer fehlerhaft in die Datenbank übertragen worden¹¹. Weder im Fall des Stalag IX B

⁹ Für das Stalag X D (310) Wietzendorf lagen uns 17.522 Datensätze vor. Damit waren rund 38 % der Personen aus der Nummernreihe von 1 bis 45.368 individuell dokumentiert. Jenseits dieser Zahl gab es lediglich noch 48 Datensätze mit isolierten Nummern, die sich auf eine Spanne bis 447.511 verteilten. Bei der Überprüfung der zugehörigen Dokumente zeigt sich, dass die Auswertungskräfte in den meisten Fällen irrtümlich eine Zuordnung zum Stalag X D Wietzendorf (statt Stalag X B Sandbostel) vorgenommen oder falsche Nummern eingetragen hatten, d. h. dass ihnen Analyse- und Schreibfehler unterlaufen waren. Die für Wietzendorf angedeutete Dimension lässt sich auch auf anderem Wege widerlegen. Am 1. 11. 1941 befanden sich 37.289 sowjetische Kriegsgefangene im Wehrkreis X Hamburg (Archiv des Comité International da la Croix Rouge Genf, G 17/442), die sämtlich in Wietzendorf registriert worden waren. Bis dahin waren von dort 8.000 bis 10.000 Rotarmisten in andere Wehrkreise versetzt worden oder gestorben, so dass man von 45.000 bis 47.000 dort eingetroffenen Gefangenen ausgehen kann. Ab Ende Oktober 1941 übernahm das Stalag X B Sandbostel die Rolle des Auffanglagers für sowjetische Kriegsgefangene im WK X und damit die Registrierung. Ebenso zweifelsfrei lässt sich nachweisen, dass im Stalag XI C (311) Bergen-Belsen keinesfalls mehr als 22.000 Gefangene registriert wurden. Vgl. dazu im Einzelnen mit entsprechenden Belegen Rolf Keller, Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Erfordernissen, erscheint November 2011, S. 35–42, S. 169, S. 173, S. 216–221 u. S. 314.

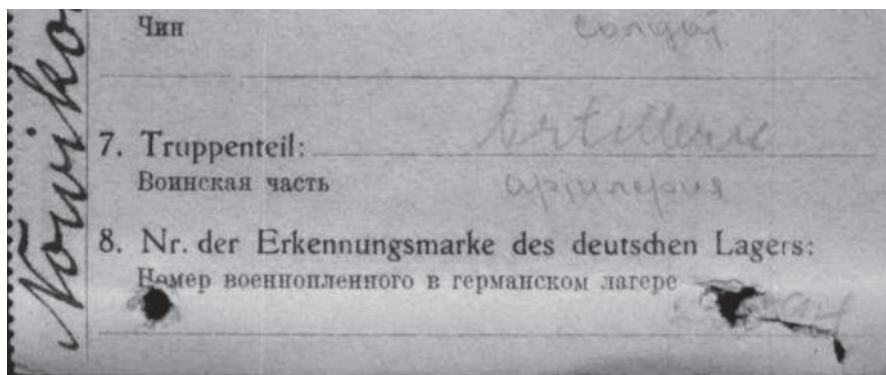
¹⁰ BA-MA, RH 2/v. 2623; vgl. auch Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 559, Anm. 10. Statistiken für März und April 1945 liegen nicht vor.

¹¹ Insgesamt standen uns für Stalag IX B 1.253 Datensätze zur Verfügung; jenseits der von uns angegebenen Nummer 23.126 lagen lediglich 33 Datensätze. Diese haben mit Stalag IX B freilich nichts zu tun; zumeist hatten die russischen Bearbeiter Probleme mit den römischen Ziffern und verwechselten IX B mit IV B, X B oder XI B. Vgl. z. B. bei www.obd-memorial.ru die Datensätze zu den Nummern 114.460, 174.094, 116.609 oder 124.545.

noch bei den anderen Lagern besteht Veranlassung, unsere Angaben zu korrigieren. Abgesichert werden unsere Ergebnisse zusätzlich durch die Auswertung von Karteiunterlagen serbischer und italienischer Gefangener in der Deutschen Dienststelle Berlin, deren Ziel es unter anderem war, die den sowjetischen Kriegsgefangenen benachbarten Nummernblöcke festzustellen¹².

Dort, wo Haritonow und Müller konkrete Zahlen nennen und entsprechende Dokumente als Beleg anführen (S. 399 f., Anm. 23, 24 und 25), ist über die Internetseite www.obd-memorial.ru in der Regel eine direkte Kontrolle ihrer Angaben möglich. Dabei werden elementare Defizite im Umgang mit diesen Quellen offenbar, wie an zwei Beispielen aufgezeigt werden soll.

In Anm. 23 nennen sie für das Stalag 316 als höchste in der Datenbank vorliegende Registrierungsnummer die 296.940. Wir hatten dagegen 62.925 angegeben. Nun hätten die Autoren sich eigentlich fragen müssen, was aus unserer Sicht gegen die wenigen in der Datenbank vorhandenen höheren Nummern gesprochen haben könnte (lediglich 13 bei insgesamt 1.063 Datensätzen). Die entsprechenden Dokumente scheinen Haritonow und Müller allenfalls oberflächlich gesichtet zu haben. Betrachtet man nämlich die Grüne Karteikarte, die sie als Beleg für die Zahl 296.940 anführen, so zeigt sich, dass es beim besten Willen nicht möglich ist, die Erkennungsmarkennummer eindeutig zu identifizieren, da die Fadenbindung der Akte den Bereich mit der Eintragung beschädigt hat. Man kann allerdings erkennen, dass es sich um eine *fünfstellige* und keineswegs um eine *sechsstellige* Zahl handelt, und ebenso, dass die letzte Ziffer keine 0 ist. Schon ein genauer Blick auf die Karteikarte hätte also genügt, um festzustellen, dass die in der Datenbank angegebene Nummer nicht stimmen kann.



Da der Name des Gefangenen, Leonid Illarion Nowikow, auf der Karteikarte deutlich lesbar ist, liegt es nahe, nach weiteren Dokumenten zur Person zu suchen, auf denen die Erkennungsmarkennummer möglicherweise besser zu entziffern ist. Zwei Möglichkeiten bieten sich an: eine Grüne Karteikarte (auf die Haritonow

¹² Vgl. Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 578.

und Müller sich beziehen), und eine Personalkarte I¹³. In beiden Dokumenten finden sich identische Angaben: Der Gefangene wurde am 1. März 1910 im Gebiet Smolensk geboren, am 12. Oktober 1941 gefangen genommen und dann im Stalag 316 registriert. Es handelt sich zweifelsfrei um ein- und dieselbe Person. Das Licht-

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
Personalkarte I: Personelle Angaben															Beschriftung der Erkennungsmarkte Nr. 26094									
Kriegsgefangenen-Stammlager: Stalag 316															Lager: Stalag 316									
Name: Nowikow, Nikolaj															Staatsangehörigkeit: Russ									
Vorname: Leonid															Dienststellung: Soldat 1. Ranges									
Geburtstag und -ort: 1. III. 1910 Smolensk															Truppenteil: Artillerie Komp. Nr.:									
Religion: griech. kath. Kirche															Zivilberuf: Lehrer Berufs-Gr.:									
Vorname des Vaters: Wladimir															Matrikel Nr. (Stammrolle des Heimatortes):									
Familienname der Mutter: Nowikowa															Gefangennahme (Ort und Datum): 12.10.41. Kijew									
Ob gesund, krank, verwundet eingeliefert:															Ob gesund, krank, verwundet eingeliefert:									
Bild															Nähere Personalbeschreibung									
Größe: 175															Haarfarbe: schwarz									
Fingerringdruck des rechten Zeigefingers															Besondere Kennzeichen:									
Name und Anschrift der zu benachrichtigenden Person in der Heimat des Kriegsgefangenen															Name und Anschrift der zu benachrichtigenden Person in der Heimat des Kriegsgefangenen									
Leon Nowikow															Smolensk Obl. Pustohitschenko R. 10									
Dorf Wolje															Nowikow									
Charach															Charach									

bild auf der Personalkarte I zeigt Nowikow mit einer Schiefertafel, auf der seine Nummer deutlich lesbar notiert ist: 26.094. Die Bemerkung unserer Kritiker: „Verschreibungen bei Nummern spielen keine signifikante Rolle für unsere statistische Auswertung und lassen sich leicht erkennen“ (S. 401), soll in dem Zusammenhang nicht verschwiegen werden¹⁴.

¹³ Die Personalkarte wird im CAMO Podolsk aufbewahrt, die Grüne Karteikarte im Archiv des Inlandsgeheimdienstes der Russischen Föderation (FSB) Smolensk. Wegen der Provenienz FSB ist die Grüne Karteikarte bei www.obd-memorial.ru nicht zu finden.

¹⁴ Ein weiteres Beispiel: Haritonow/Müller, Gesamtzahl, geben für Stalag 328 (Anm. 23) als höchste Nummer 128.134 an. Auf dem Lichtbild der Personalkarte hält der Gefangene eine Schiefertafel, auf der deutlich zu erkennen ist: „128134 Stalag XI A“; auf dem unteren Rand der Vorderseite und auf der Rückseite der Karte ist dieselbe Nummer eingetragen. Hier genügen die Autoren ihren eigenen Ansprüchen nicht; vgl. ebenda, S. 400, Anm. 25: „Für die statistische Auswertung wurden vorzugsweise PK I mit Fotos herangezogen, auf denen die Erkennungsmarktenummer und die Lagernummer zu erkennen waren.“ Die Nummer XI A 128134 passt im Übrigen in den von uns ermittelten Erkennungsmarkenblock der sow-

Personalkarte I: Personelle Angaben
Stalag 326 Forellkrug
Kriegsgefangenen-Stammlager: 352

Bestätigung der Erkennungsmarke:
 Nr. 42546

Lager:

Name: Rytschkow Peter
 Vorname: Peter
 Geburtsort und -ort: 1903. Krow gel
 Religion: orthodox
 Vorname des Vaters: Fedor
 Familienname der Mutter: Subbotina

Staatsangehörigkeit: Russ
 Dienstgrad: Soldat
 Truppenteil: 937 Inf Rgt
 Stillberuf: Schütze
 Berufs-Gr.: 89
 Matrikel Nr. (Stammrolle des Heimatstaates):
 Gefangenname (Ort und Datum): Bely 12.11.42
 Ob gesund, krank, verwundet eingeleitet: gel.

Nähere Personalbeschreibung

Bild	Größe	Haarfarbe	Befondere Kennzeichen:
	165	Schwarz	
Fingerabdruck des rechten Zeigefingers	Name und Anschrift der zu benachrichtigenden Person in der Heimat des Kriegsgefangenen		
	Mutter: Ekaterina Wasilowa		
	Vater: Balaban		
	Gek: Krow		
	gel Krow		

Das zweite Beispiel ist S. 399, Anm. 24 entnommen, wo es recht umständlich heißt: „Zur Sicherung der als höchste Erkennungsmarke genommenen Registrierungsnummer und der in der Tabelle gemachten Angabe zu Stalag 332 wurde eine Personalkarte herangezogen, bei der das angegebene Lager als Ort der Registrierung und als Sterbeort übereinstimmt.“ Verwiesen wird auf die Personalkarte des Gefangenen Petr Rutschkow, Nummer 42546, gestorben am 17. 2. 1943.

Von diesem Gefangenen liegen ungewöhnlicherweise zwei Personalkarten I vor, so dass die Angaben miteinander abgeglichen werden können. Schon der erste Blick zeigt, dass Rytschkow, so die Schreibweise auf der Personalkarte I, nicht im Stalag 332 Fellin (Estland), sondern im Stalag 352 Minsk registriert worden ist¹⁵. Auch der Sterbeort ist ein anderer. Der entsprechende Eintrag ist auf beiden Karten sehr markant: ein doppelter roter Diagonalstrich mit dem dazwischen eingetragenen Todesdatum und der Grabnummer 10543 am rechten Rand, genau nach der Art, wie es allein die Verwaltung des Stalag 326 (VI K) Senne/Forellkrug mit nur geringen Variationen von 1941 bis 1945 durchgehend gehandhabt hat. Das Stalag 326 war laut Eintragung auf der PK I auch der letzte Aufenthaltsort des Gefangenen, der entsprechende Stempel auf der Vorderseite ist unüberseh-

jetischen Gefangenen im Stalag XI A Altengrabow; vgl. Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 577.

¹⁵ Bei der zweiten Karte ähnelt die 5 einer 3, lässt sich aber bei genauerem Hinsehen eindeutig entziffern. Der russische Bearbeiter hat hier jedoch das Stalag 332 fälschlich als registrierendes Lager angegeben; diese Angabe wurde von Haritonow und Müller übernommen. Als unzutreffend erweist sich auch die Angabe zu 336/150424 Makarow in dieser Anmerkung: Tatsächlich lautet die erste vorläufige Nummer 336/47023, die endgültige Nummer dann X B 150424 – diese passt in den von uns ermittelten Zahlenblock der sowjetischen Gefangenen im Stalag X B Sandbostel; vgl. Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 576.

bar¹⁶. Rytchskow wurde also sowohl in einem anderen Lager registriert als auch auf einem anderen Friedhof begraben, als es Haritonow und Müller behaupten. Der russische Bearbeiter hat in beiden Fällen übrigens korrekt die Senne als Beisetzungsort angegeben.

So wie in diesen exemplarisch präsentierten Fällen wurden die Zahlen für alle anderen Lager von uns erneut geprüft mit dem eindeutigen Ergebnis, dass die Angaben von Haritonow und Müller unzutreffend sind; allerdings ist hier nicht der Platz, für jeden Einzelfall den Nachweis zu führen. Die 2008 vorgelegten Resultate wurden durchweg bestätigt, zum Teil können die Zahlen für einzelne Lager aufgrund des Materialzuwachses wie erwartet *leicht* nach oben korrigiert werden.

III. Fakten und Dokumente

Nicht frei von beträchtlichen Lücken scheinen auch die Kenntnisse über das Kriegsgefangenenwesen der Wehrmacht, die Quellenüberlieferung und den Forschungsstand. Haritonow und Müller glauben etwa, in den Bestandsmeldungen des OKW vom 1. Februar 1942 fehlten 13 Lager in Weißrussland; daher würden „zehntausend Menschen nicht in der allgemeinen Statistik“ erscheinen (S. 397, Anm. 15)¹⁷. Sie übersehen dabei allerdings, dass sich diese Lager zwar auf dem Gebiet Weißrusslands befanden, jedoch östlich der Grenze des Reichskommissariats Ostland und damit nicht mehr im OKW-, sondern im OKH-Bereich. Das hätte ihnen eigentlich auffallen müssen, denn aus der Quelle, auf die sie sich beziehen, geht das klar hervor.

Es handelt sich um eine Übersicht des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J vom 27. Januar 1942, nach der diese Lager entweder Sicherungsverbänden des Befehlshabers der Rückwärtigen Gebiete der Heeresgruppe Mitte oder der Armeeoberkommandos, also zum Bereich des OKH gehörenden Kommandostellen, zugeordnet waren. In den monatlichen Bestandsmeldungen des OKW wurden die Kriegsgefangenenlager im Operationsgebiet des Heeres jedoch nie aufgeführt.

Unsere Kritiker beziehen sich allerdings nicht auf die Originalvorlage im Freiburger Militärarchiv (hier ein Ausschnitt aus der Seite)¹⁸, sondern auf eine mit erheblichen Mängeln behaftete Rückübersetzung einer russischsprachigen Version des Dokuments¹⁹.

¹⁶ In einer repräsentativen Projektdokumentation, gedacht für Ministerien, Geldgeber und ost-europäische Partner, ist ein Aufsatz über den Friedhof in der Senne enthalten, in dem eine solche typische Personalkarte abgebildet ist. Redaktionell bearbeitet wurde der Beitrag von Haritonow und Müller. Vgl. Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Hrsg.), Für die Lebenden – der Toten gedenken. Ein internationales Gemeinschaftsprojekt zur Erforschung des Schicksals sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener und Internierter, Dresden 2003, S. 107.

¹⁷ Die Herkunft dieser – pauschalen – Zahl wird nicht nachgewiesen.

¹⁸ BA-MA, RH 22/251. Vgl. auch die vielen schematischen Kriegsgliederungen der Korps und Divisionen oder der Befehlshaber der Rückwärtigen Heeresgebiete, z. B. für den Berück Mitte, in: Ebenda, RH 26–221/15 a.

¹⁹ Nationalarchiv der Republik Belarus, F. 4683, op. 3, Nr. 917. Der Bezug auf die Übersetzung aus dem Nationalarchiv Minsk könnte auch erklären, warum sie sich auf einen „Bericht“ vom 27. 1. 1942 beziehen: Dieser Bericht über verschiedene Lagerbesichtigungen datiert tat-

Stalag 353	Orecha	Sich. Brig. 286	Oberstltm. Wila
Stalag 354	Barawucha	Sich. Brig. 201	
Oflag XIII A	Bobruisk	Sich. Brig. 203	Oberstltm. Kleinmiller
			Hofm.

Seit mehr als 30 Jahren liegen Darstellungen und schematische Übersichten zum Aufbau des Kriegsgefangenenwesens im OKH- bzw. OKW-Bereich vor; das Nachschlagen in Standardwerken hätte gereicht, um diesen Fehler zu vermeiden²⁰. Doch selbst der Gang in die Bibliothek wäre nicht notwendig gewesen: Ein von deutschen und weißrussischen Wissenschaftlern erarbeitetes Handbuch der Kriegsgefangenenlager in Belarus verortet die fraglichen Lager im OKH-Bereich – redaktionell betreut haben es Haritonow und Müller²¹.

Ein anderes Beispiel für ihre Ignoranz gegenüber dem Forschungsstand ist ihre Feststellung, nach Angaben deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion seien „bereits bewußt [sic!] seit Herbst 1941 Hunderttausende von sowjetischen Kriegsgefangenen in das Reichsgebiet transportiert worden“ (S. 397). Man muss sich fragen, was Haritonow und Müller bewogen haben mag, mit derartigen Sekundärquellen aus weißrussischen Archiven vermeintliche Neuigkeiten zu belegen, denn das Militärarchiv Freiburg hält genügend einschlägige Dokumente bereit, die den Transport sowjetischer Kriegsgefangener in das Reichsgebiet ab Mitte Juli 1941 belegen. So befanden sich am 10. August 1941 bereits 171.029 sowjetische Kriegsgefangene in den Lagern im Reich; das Stalag IV H (304) Zeithain in Sachsen war mit 31.955 Kriegsgefangenen das größte von ihnen²². Entsprechende OKW-Statistiken sind in von beiden Autoren herausgegebenen Publikationen bereits als Belege angeführt worden²³. Ein Gedenkbuch für die Toten des Stalag IV H

sächlich vom 25. 1. 1942, die angefügte Übersicht, aus der auch der Auszug entnommen ist, vom 27. 1. 1942. Der Bestand RH 22 im BA-MA wurde im Übrigen für das Projekt komplett erschlossen. Vgl. die Rezension von Reinhard Otto zu: Klaus-Dieter Müller (Hrsg.), Das Tagebuch des Levan Atanasjan. Erinnerungen eines ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, Leipzig 2009, in: sehepunkte 10 (2010), Nr. 3 [15.03.2010], URL: <http://www.sehepunkte.de/2010/03/17341.html>. Dort wurde bereits auf die teilweise grotesken Übersetzungsfehler hingewiesen.

²⁰ Vgl. Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Stuttgart 1978, S. 65–79; Alfred Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“*, Heidelberg/Karlsruhe 1981, S. 5–14; zuletzt Rüdiger Overmans, *Die Kriegsgefangenenpolitik des Deutschen Reiches 1939–1945*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 9: *Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945*, 2. Halbband: *Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung*, München 2005, S. 729–875, hier S. 739.

²¹ Vgl. V. I. Adamushko/K.-D. Müller/A. Haritonow u. a. (Redaktionskollegium), *Lager sowjetischer Kriegsgefangener in Belarus 1941–1944*, Minsk 2004, hrsg. u. a. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, hier die S. 70, S. 72, S. 78, S. 84, S. 86 u. S. 90.

²² BA-MA, RW 6/v.184, Bl. 161.

²³ Vgl. *Für die Lebenden* (wie Anm. 16), S. 52; Stiftung Sächsische Gedenkstätten/Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hrsg.), *Gedenkbuch verstorbener sowjetischer Kriegsgefä-*

(304) Zeithain, ebenfalls von ihnen veröffentlicht, dokumentiert ausführlich den umfangreichen Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in Sachsen seit Ende Juli 1941²⁴. Auch ein gelegentlicher Blick auf die unzähligen ihnen zur Verfügung stehenden Karteimittel, mit deren Terminologie sie im Übrigen nicht sonderlich vertraut sind²⁵, hätte sie zu solchen Erkenntnissen führen müssen.

IV. Zur Gesamtzahl der individuell registrierten sowjetischen Kriegsgefangenen

Die wenigen in unserem Aufsatz enthaltenen Mängel haben Haritonow und Müller dagegen übersehen; sie betreffen die territoriale Zuordnung einiger Lager²⁶. Stalag Luft 2 Litzmannstadt lag nicht, wie von uns angegeben, im Generalgouvernement, sondern im Wehrkreis XXI (Posen). Stalag 316, von uns ebenfalls dem Generalgouvernement zugeordnet, war ab August 1941 in Wolkowysk, ab Juli 1942 in Bialystok stationiert, beides im Wehrkreis I (Königsberg) gelegen, der mit Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion um den ehemals polnischen Bezirk Bialystok erweitert worden war.

Die Stalags 332 Fellin, 341 Mogilew, 353 Orscha, 354 Barawucha und 370 Cherson/Simferopol, in denen zusammen immerhin etwa 150.000 Gefangene erfasst worden sind, hatten wir den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine und damit dem OKW-Bereich zugeordnet. Tatsächlich aber waren diese und einige andere Stalags, für die sich Registrierungen jedoch so gut wie nicht nachweisen lassen²⁷, im rückwärtigen Heeresgebiet am westlichen Rand des OKH-Bereichs stationiert. Bei den jüngsten Recherchen wurde außerdem noch ein bislang unbekanntes Lager in Dno östlich von Pleskau (Pskow) ermittelt, das mindestens 1.825 Gefangene registriert hat.

Es stellt sich die Frage, warum diese Einheiten in den OKH-Bereich vorgezogen wurden, wo doch eigentlich nur Durchgangslager eingesetzt werden sollten. Auf dieses Problem hatten wir zwar schon in unserem Aufsatz hingewiesen, sind auf seine grundsätzliche Bedeutung jedoch nicht näher eingegangen.

Der Hauptunterschied zwischen beiden Lagertypen bestand darin, dass Dulags zur vorübergehenden Unterbringung und Regelung des Weitertransports der

gener. Friedhof Hammelburg Bayern, Kassel 2002, S. 19.

²⁴ Vgl. Stiftung sächsische Gedenkstätten (Hrsg.), Zeithain. Gedenkbuch sowjetischer Kriegsgefangener, Dresden 2005. Zur Situation der Gefangenen im Wehrkreis IV darin ausführlich Jens Nagel, Das Kriegsgefangenenlager Zeithain, S. 42–77.

²⁵ „Grüne Erfassungskarten“ statt der laut OKW-Befehl vom 2. 7. 1941 eingeführten „Grünen Karteikarten“, in: BA-MA, RW 48/v.12, Bl. 142f.; der Neologismus „Erfassungskarteikarten“ (S. 401, Anm. 27) – wozu sollen Karteikarten sonst dienen; Kriegsgefangenensammelstelle statt Armee-Gefangenen-Sammelstelle (S. 397, Anm. 15). Bei dem auf S. 399, Anm. 23 zitierten Dokument handelt es sich um eine PK I, nicht um einen Sterbefallnachweis.

²⁶ Wir danken Giles Bennett vom Institut für Zeitgeschichte München für wichtige Hinweise, ebenso Wolfgang Vogt für weitere Präzisierungen.

²⁷ Stalag 313 in Witebsk, Oflag VI E, später Stalag 372 in Pleskau, Oflag XXI A, später Stalag 373 in Bobruisk, Stalag XXI B, später Stalag 381 in Taps/Estland, Stalag VI H, später Stalag 382 in Borissow.

Gefangenen dienten, während Stalags für die erstmalige individuelle Erfassung von Gefangenen und die Organisation ihres Arbeitseinsatzes zuständig waren. Letzterer war in erster Linie innerhalb des Deutschen Reichs und der angegliederten Gebiete im Rahmen der Bedürfnisse der Kriegswirtschaft vorgesehen. Dort wuchs der Bedarf an Arbeitskräften von Tag zu Tag, doch galt das ebenso für den OKH-Bereich, denn die Front entfernte sich zunehmend von ihrer logistischen Basis.

Wie die Lokalisierung und der Zeitpunkt (zweite Oktoberhälfte 1941) zeigen, muss die Stationierung der meisten der genannten Stalags im OKH-Bereich in einem direkten Zusammenhang mit dem deutschen Angriff auf Moskau gesehen werden, nach dessen erfolgreichem Abschluss eine Erholung der Truppen vorgesehen war²⁸. Die Arbeitskraft von Gefangenen zur Unterstützung des Ostheers hatte sich inzwischen als unverzichtbar erwiesen. Dazu aber schienen Stalags besser geeignet, von denen daher einige vom OKW- in den OKH-Bereich verlegt wurden²⁹. Das konnte man aus OKW-Sicht insofern gelassen sehen, als zu dem Zeitpunkt alles dafür sprach, dass die Grenzen des Reichskommissariats Ostland in absehbarer Zeit weiter nach Osten würden vorgeschoben werden können. Eine Meldung der in diesen Stalags registrierten Gefangenen an die Wehrmachtsauskunftsstelle erfolgte allerdings nicht. Wie Stichproben zeigen, liegen Grüne Karteikarten für diese Gefangenen offenbar erst ab dem Zeitpunkt vor, an dem sie in Lager im OKW-Bereich versetzt wurden³⁰. Die Bedeutung des Arbeitseinsatzes im OKH-Bereich erkennt man daran, dass ein Großteil der Gefangenen aus den dortigen Stalags erst nach der Auflösung dieser Einheiten Mitte 1943 ins Deutsche Reich geschickt wurde.

Auch im Bereich des Armeeoberkommandos 20 in Lappland, dessen Soldaten vor allem im Winter ohne Unterstützung durch den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen kaum zu versorgen waren, wurde entsprechend verfahren. Dieser konnte nur durch die Verwendung von Stammlagern mit dem entsprechenden Verwaltungsapparat adäquat organisiert werden, in diesem Fall durch die Stalags 309 Salla und 322 Elvenes. Folgerichtig wurden diese Lager, als das OKH im Januar

²⁸ Die Lager in Pleskau, Taps und Fellin wurden im Hinterland der Leningrader Front stationiert. Die beiden letztgenannten lagen zwar ab 5. 12. 1941 auf dem Gebiet des erweiterten Reichskommissariats Ostland (Zivilverwaltung), gehörten jedoch weiterhin bzgl. der Militärverwaltung zum Operationsgebiet des Heeres. Vgl. Martin Moll, „Führer-Erlasse“, 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart 1997, S. 210. Der Einsatz von Stalag 370 in Cherson/Simferopol ist im Zusammenhang mit der Eroberung der Krim und dem Operationsziel Kaukasus 1942/1943 zu sehen.

²⁹ Bevor Dulag 185 am Standort Mogilew durch Stalag 341 abgelöst wurde, legte der Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant J am 19. 11. 1941 dessen Kommandanten „dar, worauf es bei der Durchführung eines Stalag in erster Linie“ ankomme (BA-MA, RH 22/251). Gegenüber einem erfahrenen Stabsoffizier Selbstverständliches zu wiederholen, zeigt nur die Außergewöhnlichkeit des Geschehens zu dem Zeitpunkt. Die Stalags, die selbst nicht registriert haben, dürften als Schattenlager zur Verwaltung des Arbeitseinsatzes gedient haben. Die Gefangenen wurden ihnen von anderen Lagern zugewiesen.

³⁰ Zur Funktion der Grünen Karteikarten siehe Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 569, Anm. 44.

1942 diesen Bereich vom OKW übernahm, mit übergeben. Beide Stalags agierten noch fast drei Jahre lang nur etwa 70 Kilometer hinter der Front. Zu ihren Aufgaben gehörte es auch, neue Gefangene zu registrieren, vorher durften letztere nicht in den Arbeitseinsatz³¹.

Die folgende aktualisierte Tabelle berücksichtigt die korrigierte Zuordnung der genannten Lager und die geringfügige Erhöhung der nachgewiesenen Registrierungsdaten bei einigen Einheiten³².

Mindestzahl der im OKW-Bereich registrierten sowjetischen Kriegsgefangenen

Bereich		Vergebene Nummern	Reduzierter, gerundeter Wert wegen der Doppelregistrierungen
Deutsches Reich	„Russenslager“	751602	1473000
	andere Lager	748207	
Generalgouvernement		528312	396000
Reichskommissariate	Ostland	529302	397000
	Ukraine	587065	440000
Skandinavien		25112	25000
Insgesamt			2731000

Damit sind nachweislich mindestens 2,731 Millionen sowjetische Kriegsgefangene im OKW-Bereich erfasst und an die Wehrmacht-Auskunftsstelle gemeldet worden. Zu addieren sind noch diejenigen der in den Stalags im OKH-Bereich registrierten 150.000 Gefangenen, die zumeist erst im Laufe der Jahre 1943/44 in den OKW-Bereich gelangt sind, doch lässt sich die Größenordnung derzeit nicht bestimmen. Das Ergebnis liegt damit weiterhin im Bereich der Angabe des OKW vom Mai 1944, nach der bis dahin 2.836.639 sowjetische Gefangene in dessen Zuständigkeitsbereich gelangt waren. Diese Zahl dürfte bis Kriegsende noch auf 2,9 bis 3 Millionen angestiegen sein.

³¹ Vgl. Reinhard Otto, Soviet Prisoners of War on the German Lapland Front, 1941–1944, in: Lars Westerlund (Hrsg.), Sotavangit ja Internoidut (Prisoners of War and Internees), Helsinki 2008, S. 64–113.

³² Folgende Korrekturen wurden gegenüber der Tabelle 6 in: Otto/Keller/Nagel, Sowjetische Kriegsgefangene, S. 590, vorgenommen: Bei den „Russenslagern“ im Deutschen Reich wurde das Stalag 316 hinzugefügt, bei den „anderen Lagern“ das Stalag Luft 2. Die Zahlen für beide wurden beim Generalgouvernement abgezogen. Beim Reichskommissariat Ostland entfallen Stalag 332, 341, 353 und 354, beim Reichskommissariat Ukraine Stalag 370, da sie im OKH-Bereich lagen. Bei Stalag 329 Winniza (RK Ukraine) ist die Zahl der Registrierten um 3.059 auf 39.990 gestiegen. Das Stalag 310 hat nach seiner Verlegung von Wietzendorf nach Konotop im RK Ukraine (August 1942) etwa 2.000 Rotarmisten erfasst, beginnend bei der Nummer 50000, offenbar zur Vermeidung von Verwechslungen mit den zuvor am Standort Wietzendorf im Stalag X D (310) registrierten Gefangenen. Die Reduzierung um 25 % wegen der Doppelregistrierungen wird beim Generalgouvernement und den Reichskommissariaten beibehalten, aus demselben Grund die Reduzierung um 27.000 beim Deutschen Reich.

Die Auswertung der Karteiunterlagen führt somit zu dem Schluss, dass bis Kriegsende in den Stalags und Oflags im OKW- und OKH-Bereich mindestens 2,8 Millionen sowjetische Kriegsgefangene individuell registriert worden sind. Für mindestens die Hälfte aller in deutsche Gefangenschaft geratenen Rotarmisten lässt sich, so deren Karteiunterlagen komplett erhalten geblieben sind, also ein individueller Nachweis über ihr Schicksal führen. Damit hat sich an unseren 2008 veröffentlichten Ergebnissen nichts Wesentliches geändert.

V. Fazit

Die Kritik von Haritonow und Müller aber erweist sich als gegenstandslos. Schon ihr Ansatz ist falsch. Für statistische Auswertungen reicht eine repräsentative Menge an Daten, um die Zahl der in den Lagern erfassten sowjetischen Gefangenen zu ermitteln. Eine Verdoppelung des Datenpools führt eben nicht zwangsläufig zu einer gravierenden Änderung der Ergebnisse. Bezeichnenderweise fehlt jegliche Auseinandersetzung mit der von uns angewandten Methode. Stattdessen halten sie sich mit Randaspekten auf. Vier von insgesamt neun Seiten ihres Aufsatzes haben mit dem eigentlichen Sachverhalt nichts zu tun, sondern behandeln das Projekt als solches oder betreffen Nebensächlichkeiten.

Ihr Aufsatz dokumentiert überdies neben mangelnder Sachkenntnis, fehlendem Detailwissen und Unkenntnis der Archivbestände einen kritiklosen wie bedenklichen Umgang mit der eigenen Datenbank, so dass deren Fehler sie zwangsläufig zu falschen Ergebnissen, in diesem Fall überhöhten Zahlen kommen lassen. Auf eben diese Probleme hatten wir frühzeitig hingewiesen; dass nun ausgerechnet die Verantwortlichen selbst dies der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vor Augen führen, entbehrt nicht der Ironie.

Die hohe Fehlerquote bei der Dokumentenanalyse und Dateneingabe durch nicht adäquat eingearbeitete russische Arbeitskräfte, die Müller selbst eingeräumt hat, war einer der Hauptgründe für unseren Ausstieg aus dem Projekt³³. Die deutsch-russische Historikerkommission hat auf unsere schriftlich vorgebrachte Kritik hin im Jahr 2007 eine Evaluierung des Projekts vorgenommen. Zwar beeinträchtigten die vorhandenen Mängel der Datenbank nicht deren grundsätzliche Funktionalität für humanitäre Belange³⁴, so das Fazit der Historikerkommission,

³³ „Nachjustierungsarbeiten an der Datenbank sind eine der wesentlichen (sic!) Arbeiten im Projekt.“ Klaus-Dieter Müller, Die Geschichte hat ein Gesicht, in: Günter Bischoff/Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hrsg.), Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges. Gefangenennahme – Lagerleben – Rückkehr, Wien 2005, S. 61–85, Anm. 15. Die Struktur der Datenbank war zu keinem Zeitpunkt Gegenstand unserer Kritik (Haritonow/Müller, Gesamtzahl, S. 393 u. S. 401), sondern stets die mangelhafte Qualität der eingegebenen Daten.

³⁴ Haritonow/Müller, Gesamtzahl, S. 394, betonen, ihr Projekt trage „in erster Linie einen ausgeprägt humanitären Charakter“ und verfolge „erst an zweiter Stelle eine Reihe wissenschaftlicher Ziele“. Das Beispiel Petr Rytschkow zeigt aber, wie wichtig es ist, auch die Angaben zu den Friedhöfen nachzuprüfen. Das Land Nordrhein-Westfalen erhielt 2006 von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten eine Liste mit 1.333 Namen von angeblich auf dem Friedhof des Stalag VI F Bocholt bestatteten Gefangenen; vgl. Bocholt-Borkener Volksblatt vom 20. 11. 2006. Da auf diesem Friedhof (mit insgesamt 1.736 Gräbern) noch viele Grab-

doch solle man in Dresden künftig auf eine weitere Auswertung verzichten und diese „*wissenschaftlichen Projekten* (etwa über einzelne Lager, Arbeitseinsätze in verschiedenen Lagern usw.)“ überlassen³⁵.

Diese Feststellung lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig – und doch hinterlässt sie einen schalen Geschmack. Ziel des Projekts war ursprünglich, die Erschließung der Karteiunterlagen solle sowohl humanitären *als auch* wissenschaftlichen „Zwecken“ dienen. Jede Schicksalsklärung bedeutet zugleich ein Mosaiksteinchen zum Verständnis der Funktionsweise des damaligen Kriegsgefangenenwesens. Jede Erweiterung des Kenntnisstands aber verbessert wiederum die Möglichkeit der Auswertung von Unterlagen, die Auskunft über das Schicksal von Verstorbenen und Vermissten geben.

Eigentlich spricht alles für diese Kombination von wissenschaftlicher Auswertung und Schicksalsklärung. Es müsste nur beides qualifiziert getan werden³⁶.

täfelchen mit den Erkennungsmarken der dort Beerdigten existieren, ist die Zuordnung in den meisten Fällen einfach herzustellen. Schwierig ist das allerdings bei 475 Personen, für die keine Tafel existiert. Das Stalag Bocholt verwaltete einen Arbeitseinsatzbezirk, der ungefähr dem heutigen Regierungsbezirk Münster entspricht. Ein großer Teil der Gefangenen kam nicht im Stammlager, sondern im Arbeitskommando ums Leben. Einen Verstorbenen, auf dessen Karteikarte lediglich vermerkt ist, dass sein Tod vom Stalag VI F gemeldet wurde, dem Friedhof Bocholt zuzuordnen, ist fahrlässig gegenüber den Familien der Opfer, aber auch gegenüber den Behörden, die um Auskünfte gebeten werden.

³⁵ Evaluierungsbericht der deutsch-russischen Historikerkommission, 2007, S. 7.

³⁶ Vor kurzem ging Müller noch einmal ausführlich auf unsere Veröffentlichung ein. Vgl. Klaus-Dieter Müller, „Sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand. Stand der Forschung und Erfassung, in: Gefallen – Gefangen – Begraben. Zahlen und Fakten zu sowjetischen und deutschen Opfern des Zweiten Weltkriegs. Beiträge der Internationalen Fachtagung 2010 in Dresden (www.dokst.de/Publikationen/Tagung 2010, Dresden 2011). Für diesen Aufsatz gilt inhaltlich und methodisch das, was bereits kritisch angemerkt wurde. Hinsichtlich der Zahlen nur einige Beispiele: Die für das Oflag 62 (XIII D) angegebene Zahl von 66951 erweist sich als 06951. Für das „Russenslager“ Stalag 315 (II F) Hammerstein sieht er als höchste Nummer 89037, doch lautete diese tatsächlich 315/18863; der betreffende Kriegsgefangene verlor später seine Marke und erhielt als neue Nummer II A 89037. Stalag II B Hammerstein fehlt völlig, stattdessen erscheint ein zweites Mal Stalag 315 (II F), dieses Mal mit höchster Nummer 155546 – einfach eine 5 zuviel; sie lautet korrekt 15546. Das ließe sich beliebig verlängern. Bei den von Müller herangezogenen Grünen Karteikarten haben die Verwaltungen damals die Lagerbezeichnungen vielfach falsch eingetragen; all das hier im Einzelnen zu analysieren, würde jedoch den Rahmen sprengen. Dem in Anm. 16 gemachten Vorwurf, wir hätten die russischsprachige Literatur zu wenig berücksichtigt, lässt sich ganz einfach begegnen: sie spielt in diesem Fall gar keine Rolle; es geht um eine neue Methode bei der Auswertung deutscher Dokumente unter Berücksichtigung der damaligen Wehrmachtsbürokratie.

■ Nach dem Mauerbau kehrte in der DDR noch lange keine Ruhe ein. Es rumorte überall – in der Industrie ebenso wie in der Landwirtschaft, in den Kirchen nicht weniger als in den Universitäten. Der Staatssicherheit blieben diese Phänomene der Unruhe nicht verborgen, wie ihre interne Berichterstattung zeigt. Die Stasi ging hart dagegen vor und nutzte die angespannte Lage, um abweichendes Verhalten zu kriminalisieren und ihre eigenen Kompetenzbereiche immer weiter auszudehnen. Dem Mauerbau folgte so keine Demobilisierung, sondern eine Expansion des Geheimdienstes, der hinter der Mauer bald allgegenwärtig war. ■

Daniela Münkler

Unruhe im eingeschlossenen Land

Ein interner Stasi-Bericht zur Lage in der DDR nach dem Mauerbau

13. August 1961: Walter Ulbricht war am Ziel – das sogenannte „Grenzloch“ zwischen Ost- und Westberlin wurde geschlossen. Seit Anfang des Jahres 1961 hatte der DDR-Staatschef seine Bemühungen intensiviert, um von Kremlchef Nikita Chruschtschow grünes Licht für die endgültige Abriegelung der DDR zu bekommen. Der anhaltende Exodus einer immer größer werdenden Zahl vor allem gut ausgebildeter junger DDR Bürger ins Wirtschaftswunderland Bundesrepublik¹ und Probleme auf allen Ebenen, von der Versorgung über den Konsum bis hin zur industriellen Produktionen, schienen den Aufbau eines sozialistischen deutschen Staates an den Rand des Scheiterns zu bringen. Chruschtschow, der durch sein Ultimatum vom November 1958, die zweite große Berlinkrise der Nachkriegszeit ausgelöst hatte, zögerte jedoch. Er wollte sich die Möglichkeit offen halten, seine Forderungen nach der Aufhebung des Viermächtestatus² von Berlin und der Übertragung der verbliebenen sowjetischen Hoheitsrechte an die DDR doch noch gegenüber den Westalliierten durchzusetzen³. Da diese Aussichten zusehends schwanden und die DDR durch die stark anschwellende Fluchtbewegung auszubluten drohte, gab der Kreml-Chef Mitte Juli 1961 Ulbricht die gewünschte Zusage³.

¹ Zu den Flüchtlingsbewegungen vgl. u. a. Damian van Melis/Henrik Bispinck (Hrsg.), „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006; Henrik Bispinck, „Republikflucht“. Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.), Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 285–309.

² Ausführlich zu den Blockauseinandersetzungen der Jahre 1958 bis 1961 vgl. u. a. Rolf Steininger, Berlinkrise und Mauerbau 1958–1963, München 2009; Gerhard Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006; Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 121 ff.; Hope M. Harrison, Driving the Soviets Up the Wall. Soviet-East German Relations, 1953–1961, Princeton/Oxford 2003, S. 96 ff.

³ Wann die DDR aus Moskau die endgültig Genehmigung zur Schließung der Grenze in Berlin bekommen hat, war lange umstritten. Galt früher die Moskauer Tagung vom 3.–5.8.1961 als Entscheidungsdatum, hat die Einbeziehung weiterer Quellen und Memoiren sowie die ge-

Die Vorbereitungen zur Grenzschießung liefen unter strengster Geheimhaltung. Nur ein ganz kleiner Kreis von Spitzenfunktionären war darüber informiert. Neben Walter Ulbricht selbst, der die Federführung nicht aus der Hand gab, waren Erich Mielke als Minister für Staatssicherheit, Innenminister Karl Maron, Heinz Hoffmann als Verteidigungsminister, Erwin Kramer als Verkehrsminister, Willi Stoph (stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats) sowie Paul Verner (1. Parteisekretär Berlin) und Alois Pisknik (1. Parteisekretär Magdeburg) involviert⁴. Ein wichtiger Akteur war auch der ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Erich Honecker, der als Leiter des unmittelbar vor dem 13. August gebildeten „Zentralen Einsatzstabes“ die praktische Umsetzung der Sperrmaßnahmen verantwortete. Erst am 12. August zwischen 21.00 und 22.00 Uhr wurden die übrigen Mitglieder des Ministerrats und des Staatsrats von Ulbricht persönlich über die bevorstehende Abriegelung der Zugänge nach Westberlin in Kenntnis gesetzt.

Bei der Aktion selbst sollte sich die Staatssicherheit als geheimes Kontroll- und Sicherungsorgan zumeist im Hintergrund halten. Wie jüngst gefundene Dokumente belegen, musste sie dann aber doch in das Geschehen eingreifen, um Versäumnisse anderer Stellen auszugleichen⁵. So erschien die Transportpolizei, der eine zentrale Rolle bei der Unterbrechung der U- und S-Bahnstrecken zugeordnet war, aufgrund einer falschen Einsatzzeit erst vier Stunden nach Beginn der Schließungsmaßnahmen⁶. Zu diesem Zeitpunkt war die Arbeit vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bereits im Wesentlichen getan: Zwölf S- und U-Bahnlinien zwischen Ost- und Westberlin waren unterbrochen, die Ostberliner Bahnhöfe der „Westlinien“, die unter dem Ostsektor durchfuhren, geschlossen. Hier zeigt sich bereits, was sich in den kommenden Monaten noch verstärken sollte: Das MfS nutzte die Grenzschießung, um sich auf Kosten anderer Sicherheitsorgane zu profilieren, und erreichte so die Übertragung zusätzlicher Kompetenzen, die auch langfristig seine personelle Expansion begünstigten⁷.

Bei dem hier abgedruckten Bericht handelt es sich um ein bisher unbekanntes Dokument der Staatssicherheit über die nach der Berliner Grenzsperrung aufgetretenen Sicherheitsprobleme. Das Dokument wurde im Rahmen von Vorarbeiten für die Edition des Jahrgangs 1961 der MfS-Berichte an die politische Führung im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde gefunden. Anders als die Berichte dieser Reihe war er allerdings von vornherein nur für die Stasi-interne In-

naue Rekonstruktion der Vorbereitungen in der DDR für den Tag der Grenzsperrung, einen früheren Termin im Juli ergeben. Zur Frage der Datierung vgl. ausführlich Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971), Berlin 2002, S. 438 ff.; Manfred Wilke, Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011, S. 296 ff.

⁴ Vgl. Wagner, Der Nationale Verteidigungsrat, S. 448.

⁵ Vgl. dazu ausführlich Daniela Munkel (Bearb.), Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2011, u. a. S. 31 ff.

⁶ Vgl. ebenda, S. 32, und Information 413/61 u. 414/61. Insgesamt werden 17 bisher nicht bekannte, geheime Berichte der „Zentralen Informationsgruppe“ an die SED-Führung aus der Zeit während und unmittelbar nach dem Mauerbau in dem Band ausgewertet und publiziert.

⁷ Vgl. Jens Gieseke, Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2006, S. 71 ff.

formation bestimmt. Erstellt wurde er deshalb auch nicht von der sogenannten Zentralen Informationsgruppe (ZIG) des MfS, sondern von der „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“, einer Art MfS-internen „Innenrevision“. Der vorliegende Bericht unterscheidet sich von denen der „Zentralen Informationsgruppe“ in entscheidenden Punkten: Er bietet keine Momentaufnahme wie die zumeist tagesaktuellen Lageberichte, die die politische Führung in den Wochen nach der Grenzsperrung erhielt, sondern bemüht sich um eine umfassende Beurteilung der Gesamtlage in der DDR zwei Monate nach dem Mauerbau – freilich aus der spezifischen Sicht des DDR-Geheimdienstes. Da der Bericht ausschließlich zur internen Verwendung angefertigt wurde, benennt er ungeschminkt die neuralgischen Bereiche, in der sich die Staatsicherheit aktuell und in naher Zukunft herausgefordert sah. Dabei ging es einerseits um die Reaktion auf Proteste und widerständige Verhaltensweisen, die unmittelbar und mittelbar mit dem Mauerbau zu tun hatten, andererseits um die Erzwingung von weitreichender politischer Konformität in der nunmehr „eingemauerten“ DDR.

Bezeichnenderweise bezogen sich die Repressions- und Präventionsambitionen nicht nur auf politische Verhaltensweisen im engeren Sinn, sondern etwa auch auf die Arbeitsdisziplin oder Probleme der Planerfüllung. So geriet neben den Kirchen und Hochschulen, in denen das MfS – gleichsam routinemäßig – ein hohes Widerspruchspotential erwartete, auch die allgemeine Lage in der Industrie, der Landwirtschaft und dem Bau- und Verkehrswesen, einschließlich der allgegenwärtigen Probleme einer unzureichenden Produktivität, in den Blick der Berichtersteller. Eindrucksvoll dokumentiert der Bericht, dass auch noch Wochen nach der Grenzschließung in Berlin und überall in der DDR Proteste unterschiedlichster Art aufkeimten und keine Ruhe eingekehrt war. Darüber hinaus wird deutlich, dass durch den Mauerbau die eklatanten Probleme auf allen Gebieten, mit denen die DDR zu kämpfen hatte – mit Ausnahme des Massenexodus –, natürlich nicht beseitigt waren, sondern sich teilweise sogar noch verschärften.

Als Informationsgrundlage des Berichtes dürften Meldungen der einzelnen MfS-Bezirksverwaltungen über die Lage in ihrem Verantwortungsgebiet gedient haben, die von der „Zentralen Informationsgruppe“ des MfS Ende September 1961 bereits zu bezirklichen Lageberichten zusammengefasst worden waren⁸. Das bescheidene analytische Niveau des Berichtes spiegelt das in dieser Zeit im MfS herrschende Bildungsniveau wider, wobei freilich gesagt werden muss, dass die für den Text verantwortliche „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“ zu den Dienst-einheiten gehörte, die mit überdurchschnittlich qualifizierten Offizieren besetzt war. Sie war im Juli 1957 aus der alten „Kontrollinspektion“ des MfS entstanden und mit hochrangigen Kadern aus unterschiedlichen operativen Abteilungen aufgefüllt worden⁹. Die Dienst-einheit war für die Kontrolle der Kreisdienststellen

⁸ Vgl. die ZIG-Berichte 589/61, 590/61, 591/61, 592/61, 594/61, 595/61, 597/61, 600/61, 601/61, 602/61, 603/61 u. 604/61, abgedruckt auf CD, in: Münkler, Die DDR im Blick der Stasi 1961.

⁹ Vgl. dazu ausführlich Roger Engelmann/Frank Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Berlin 2009, S. 34ff.

und Bezirksverwaltungen und für die Überprüfung der Schwerpunktsetzung im Bereich der nachrichtendienstlichen Tätigkeit zuständig. Die „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“ hatte weitreichende Kompetenzen: So konnte sie unter anderem die „zur Durchführung der Kontrollaufgaben erforderlichen Dokumente und Unterlagen“ einsehen. Außerdem hatte sie die Befugnis, „von den Leitern und Mitarbeitern der Hauptabteilungen, Abteilungen und Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Auskünfte“ zu verlangen¹⁰. Ihre Aufgabenfelder umfassten des Weiteren die „Überprüfung des Standes der operativen Arbeit“, also die Einschätzung der Qualität der geheimdienstlichen Tätigkeit, und die Durchsetzung der zentralen Befehle sowie der allgemeinen Parteivorgaben¹¹. Ziel war die Optimierung der Arbeit der Staatssicherheit auf allen Ebenen.

Themenfelder des Berichtes

Vom immensen Protest nach der Grenzschließung war im Bericht gleich eingangs die Rede, als ein „erhebliches Ansteigen staatsfeindlicher Hetze“ konstatiert wurde. Dann folgte die Beschreibung einiger, aus Sicht des MfS besonders signifikanter Einzelfälle. Diese wurden entsprechend der in der SED und im MfS damals vorherrschenden Feindschemata kategorisiert: „Rückkehrer, Erstzuziehende, ehemalige Umsiedler, Parteiausgeschlossene, faschistische sowie kriminell vorbestrafte Elemente“. Generationell wurde ein Schwerpunkt bei den unter 25-Jährigen ausgemacht. Ideologisch eingebettet wurden die nonkonformen und oppositionellen Verhaltensweisen in das Leitkonzept der „politisch-ideologischen Diversion“, welches seit Erich Mielkes Amtsantritt als Minister für Staatssicherheit im Jahr 1957 die Abwehrarbeit des MfS prägte. Nach der maßgeblichen Definition, die Mielke im Februar 1958 auf einer Leitungssitzung des MfS gegeben hatte, handelte es sich um „die Methode des Feindes zur Zersetzung der Partei, um ihre führende Rolle beim Aufbau des Sozialismus zu beseitigen, zur Aufweichung der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers“¹². Es ging dabei immer um angebliche Einflussnahme des Westens, da autochthone Ursachen für politischen Widerspruch und ideologische Abweichungen im Weltbild der führenden Kommunisten nicht vorkamen. Der rituelle Verweis auf die „ideologische Diversion“ – gleichsam als eigene ideologische Selbstvergewisserung – zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht.

Zur verklausulierten Beschreibung von SED-internen Problemen bemühte man darüber hinaus die althergebrachten Stereotypen von „Sozialdemokratismus“, „Opportunismus“ und „Revisionismus“. Immer wieder, zumeist am Anfang der

¹⁰ Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (künftig: BStU), MfS, BdL-Dok. 3027, Dienstanweisung 46/53.

¹¹ BStU, MfS, SdM 599, „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“, Tätigkeitsbericht für das Jahr 1960 vom 17. 1. 1961.

¹² Zit. nach Roger Engelmann/Silke Schumann, Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht-Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957, in: VfZ 43 (1995), S. 341–378, hier S. 354, Anm. 79.

thematischen Abschnitte, findet sich die Behauptung, dass die Politik der Partei- und Staatsführung mehrheitlich auf Zustimmung stoße und in der Bevölkerung überwiegend „positive Einstellungen“ vorhanden seien. Solche Formulierungen sind in allen Varianten der MfS-Berichterstattung zu finden. Auch sie gehören zu dem schon erwähnten Ritual der Selbstvergewisserung. Das eigentliche Interesse des Staatssicherheitsdienstes galt jedoch Problemlagen und abweichendem Verhalten – und da gab es tatsächlich viel zu tun.

In Betrieben und auf Großbaustellen war es nach dem 13. August 1961 zu Arbeitsniederlegungen, Protestkundgebungen, „feindlichen Diskussionen, Hetze und Schmierereien“ gekommen. Dies beunruhigte Staatssicherheit und Parteiführung nicht zuletzt wegen des noch immer tief sitzenden Traumas vom 17. Juni 1953 besonders. Die Berichterstattung in diesen Abschnitten folgt einem Schema: Abweichendes Verhalten wird einerseits auf die negativen und bewusst gesteuerten Einflüsse aus der Bundesrepublik zurückgeführt, die von den Westmedien oder dem geradezu mystifizierten „Ostbüro der SPD“ ausgehen würden. Andererseits wird es aber auch im Zusammenhang mit Planrückständen sowie dem Versagen der führenden Kader im Betrieb und in den lokalen Parteileitungen gesehen. Das MfS spart hier nicht mit Kritik.

Hier deutet sich bereits an, dass die Ökonomie eines der wichtigsten Operationsfelder des MfS zu werden begann. Die Schwierigkeiten der DDR-Wirtschaft, die sich durch die Ende 1960 verkündete Politik der „Störfreimachung“, das heißt den Versuch zur Abkoppelung vom innerdeutschen Handel, nochmals verschärften, blieben während der gesamten Existenz der DDR einer der neuralgischsten Punkte und eine ständige Quelle der Unzufriedenheit. Das 1958 auf dem V. Parteitag postulierte Ziel, die Bundesrepublik bis 1961 im Hinblick auf den Lebensstandard einzuholen, musste stillschweigend aufgegeben werden, und im Juli 1961 erfolgten weitreichende Umstrukturierungen in der Wirtschaftsorganisation, von denen sich die SED eine Effektivierung versprach¹³.

Ein weiteres Problemfeld war die Landwirtschaft. Die rücksichtslose Umsetzung der Vollkollektivierung im Frühjahr 1960 spielte eine entscheidende Rolle bei der krisenhaften Entwicklung, die dem Mauerbau voranging¹⁴. Viele Bauern weigerten sich, den Boden gemeinschaftlich zu bewirtschaften oder die Viehwirtschaft im Kollektiv zu betreiben. Zahlreiche LPGs waren nur formal gegründet worden, bei anderen wurde die Gründung unter Vorspiegelung unterschiedlichster Vorwände immer wieder hinausgezögert. Manche Bauern versuchten, ihren

¹³ Nach sowjetischem Vorbild wurde die Leitung der Wirtschaft organisatorisch aufgeteilt. Es wurde ein Volkswirtschaftsrat gegründet, der für die jährlichen Wirtschaftspläne und die alltägliche operative Leitung der Industrie zuständig war. Die Zentrale Staatliche Plankommission, die bis dahin die zentrale Instanz zur Steuerung der DDR-Wirtschaft gewesen war, wurde auf die Perspektivplanung und die Abstimmung der Jahrespläne beschränkt. Vgl. André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin 1999, S. 26 f.

¹⁴ Vgl. dazu u. a. Jens Schöne, *Frühling auf dem Lande. Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft*, Berlin 2005, S. 180 ff.

Eintritt wieder rückgängig zu machen¹⁵. Darüber hinaus fehlte es an Produktionsmitteln und qualifizierten Arbeitskräften. Die Zahl von Viehverendungen und Scheunenbränden stieg 1960/61 exorbitant an, und die Staatssicherheit witterte hier natürlich Sabotage. In den Jahren 1960/61 kehrten zahlreiche Bauern mit ihren Familien der DDR den Rücken. Gleichzeitig war die landwirtschaftliche Produktion stark rückläufig, sodass es zu erheblichen Versorgungsengpässen kam. Beispielsweise mussten im ersten Vierteljahr 1961 sogenannte „Kundenlisten“ für Butter eingeführt werden¹⁶.

Die für die SED-Führung extrem schwierige Situation auf dem Lande eröffnete für das MfS ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld. War die Staatssicherheit bis zum Frühjahr 1960 in ländlichen Gebieten nicht besonders gut verankert gewesen¹⁷, weitete sie nun ihr Informantennetz und ihre Zuständigkeitsbereiche aus, um so eine nachhaltige Implementierung der genossenschaftlichen Bewirtschaftungsformen zu erreichen. Dabei beschränkte sich die Geheimpolizei nicht auf ihre „eigentliche“ Aufgabe der „Feindbekämpfung“, sondern verstand sich zunehmend auch als Organ, das überall hineinwirken durfte und musste, um die Ziele der Partei zu erreichen. Deutlich wird dieser Anspruch spätestens mit der grundlegenden Richtlinie Mielkes „zur politisch-operativen Sicherung der weiteren Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft“ vom 14. Juni 1961, in der das MfS auch für den rationellen Einsatz von Landmaschinen, die Reduzierung der Viehsterblichkeit und die Durchsetzung „der sozialistischen Leistungsprinzipien“ sowie allgemein für den Kampf gegen „Misswirtschaft, Schlamperei, herzloses und bürokratisches Verhalten“ mitverantwortlich gemacht wurde¹⁸.

Angesichts dieses Anspruchs und der bestehenden Probleme auf dem Lande wundert es wenig, dass die Landwirtschaft und die Reaktionen der Bauern nach dem Mauerbau besonders im Fokus der Stasi standen. Nach der Feststellung, dass die „politisch-ideologische Diversion“ auf dem Lande durch westliche Rundfunk- und Fernsehsender auf besonders fruchtbaren Boden falle, werden als Hauptträger der sich verstärkenden „Feindtätigkeit“ stereotyp „großbäuerliche und faschistische Elemente“ genannt. Auch erste Erfolge des MfS bei der Zerschlagung von Gruppen von Bauern, die sich negativ zur Grenzschießung und Kollektivierung geäußert hatten, werden gemeldet. Nach der Aufzählung der Schwierigkeiten, (wie LPG-Austritte, Versuche, die genossenschaftliche Bewirtschaftung zu boykottieren, oder die Nichterfüllung der landwirtschaftlichen Produktionspläne) wird Ursachenforschung betrieben. Neben der mangelnden Qualifikation vieler landwirtschaftlicher Arbeiter und unzureichenden Produktionsmitteln wird auch das Versagen der zuständigen staatlichen und politischen Organe hervorgehoben.

¹⁵ Vgl. dazu ausführlich Daniela Munkel, Staatssicherheit im „sozialistischen Frühling“ 1960. Der Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft im Spiegel der MfS-Berichte an die SED-Führung, in: Deutschlandarchiv 43 (2010), S. 470–478.

¹⁶ Vgl. u. a. Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Weimar 1999, S. 76 f.

¹⁷ Vgl. Regina Teske, Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958 (BF informiert Nr. 27), Berlin 2006.

¹⁸ BStU, MfS, BdL/Dok. 2397, Bl. 1–18.

Der Bericht macht aber noch etwas anderes deutlich: Trotz zahlreicher Proteste und anderer nonkonformer Verhaltensweisen machte sich Resignation unter der DDR-Bevölkerung breit: Die Bauern befürchteten nach der Grenzsperrung eine Verschärfung der repressiveren Maßnahmen. Die bis dahin noch vorhandenen Hoffnungen auf eine Rücknahme der Kollektivierung brachen in sich zusammen. Handwerker und Kleingewerbetreibende plagten ebenfalls Sorgen wegen der vollständigen Vergenossenschaftlichung ihres Eigentums. Wissenschaftler, insbesondere Mediziner und Naturwissenschaftler, sahen sich vom internationalen wissenschaftlichen Austausch abgehängt und fürchteten um die Aufrechterhaltung fachlicher Standards. Der Bericht benennt diese Befürchtungen und weist auch daraufhin, dass Bestrebungen von Wissenschaftlern im Gange seien, der DDR-Regierung durch eine – wie es hieß – „geeignete Arbeitsweise“ vor Augen zu führen, dass es ohne den Austausch mit Westdeutschland nicht gehe.

Die Hochschulen waren ein weiterer Brennpunkt des Protestes. Im Rahmen der propagandistischen Inszenierung allseitiger Zustimmung zur Grenzschließung mussten die Rektoren an den Universitäten und Hochschulen – wie in anderen Bereichen auch – in den ersten Senatssitzungen nach dem 13. August 1961 entsprechende Erklärungen beschließen und von jedem einzelnen Mitglied des Senats der Hochschule persönlich unterschreiben lassen¹⁹. Hochschullehrer und Wissenschaftler verweigerten die Unterschrift und gaben so ihrem Protest gegen die Maßnahmen der Regierung Ausdruck. Dies war zwar kein Massenphänomen, blieb aber auch keine Einzelercheinung. Schwerpunkte bildeten hier – laut Bericht – die Karl-Marx-Universität Leipzig, die Humboldt-Universität zu Berlin, die Technische Universität Dresden, die Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Universität Rostock sowie die Martin-Luther-Universität und die Leopoldina in Halle²⁰. In der Regel wurde versucht, die Unterschriften der Hochschullehrer mit Pressionen aller Art zu erzwingen. Das Regime reagierte mit Parteiverfahren, Entlassungen oder Verhaftungen. Der Bericht nennt allein für Leipzig 50 laufende Parteiverfahren gegen Wissenschaftler und Lehrkräfte wegen „negativer und feindlicher Diskussionen“, wobei die naturwissenschaftlich-technischen, medizinischen und theologischen Fakultäten eine besondere Rolle spielten.

Proteste von Studenten gab es erst später, da die Grenzsperrung mitten in den Semesterferien erfolgte. Sie richteten sich vor allem gegen den bereits am 16. August 1961 von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) gestarteten „Kampfaufzug“ zum „freiwilligen“ Eintritt in die Nationale Volksarmee (NVA), dem eine mit Zwangsmitteln geführte Werbekampagne folgte. Trotz starken Drucks verweigerten nicht wenige Studenten die Unterschrift. Das zuständige „Staatssekretariat für

¹⁹ Vgl. Anita Krätzner, Zwischen „Störfreimachung“ und „Kampfauftrag“. Die Situation der Universitäten im Jahr 1961, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.), Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt a.M. u. a. 2011, S. 191–203, hier S. 195; Ilko-Sascha Kowalczyk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 548 ff.

²⁰ Die Auseinandersetzungen in Halle sind dokumentiert in: Sybille Gerstengarbe/Horst Hennig, Opposition. Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation, Leipzig 2009, S. 595–602.

Hoch- und Fachschulwesen“ forderte deswegen ein hartes Durchgreifen²¹. Es kam zu Exmatrikulationen und Verhaftungen. Bei den Exmatrikulationen lagen die Schwerpunkte an den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock²². Die meisten Verhaftungen gab es in Berlin, wobei die naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten besonders stark betroffen waren. Auch die „Evangelischen Studentengemeinden“ profilierten sich, wenn es um die Verweigerung des Eintritts in die NVA ging.

Auseinandersetzungen um die Kampagne der FDJ gab es jedoch auch mit der nichtstudentischen Jugend. Dass die Staatssicherheit auch hier einen starken Einfluss der Kirche ausmachte, verwundert kaum. Viele ostdeutsche Jugendliche orientierten sich an der westlichen Freizeitkultur und konnten bis zum Mauerbau, zumindest wenn sie in Ostberlin und im Berliner Umland wohnten, bei ihren Besuchen in Westberlin daran teilhaben. Als dieser Weg versperrt war, fiel die Reaktion eindeutig aus. Manche versuchten sogar, die Grenze unter Gefahr für Leib und Leben zu überwinden. Das MfS schätzte, dass 75 Prozent der Personen, die im letzten Vierteljahr des Jahres 1961 über die gesperrte Grenze geflohen waren, unter 25 Jahre alt waren²³.

Polizei und Staatssicherheit gingen dagegen mit großer Härte vor. Überall witterte das MfS „Bandenbildung“ und „Rowdytum“, wobei abweichendes Verhalten auch dann kriminalisiert wurde, wenn es nicht explizit politisch war. Die DDR-Staatssicherheit registrierte direkt nach dem Mauerbau die Gründung von 23 „feindlichen Gruppen von Jugendlichen“²⁴. Viele dieser „Jugendbanden“ wurden strafrechtlich verfolgt, wie die im Bericht genannte Jugendgruppe, die sich in einem „Ted Herold Club“²⁵ zusammengefunden hatte. Zu dieser Gruppe gehörte auch Michael Gartenschläger, der später durch das Abmontieren von Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze bekannt werden sollte²⁶. Das vehemente Aufbegehren von Jugendlichen nach der Grenzsperrung wurde von der Staatssicherheit mit Sorge beobachtet. Die Konsequenz daraus war, dass das MfS sich in der Folgezeit sehr viel intensiver als zuvor speziell mit „jugendlichen Personengruppen“ befasste²⁷. Jede neue Jugendkultur, Musikrichtung oder Mode – zumeist

²¹ Vgl. Krätzner, Situation der Universitäten, in: Schröder/Staadt (Hrsg.), Unter Hammer und Zirkel, S. 203.

²² Vgl. ebenda, S. 198, Tab. 3, u. S. 199, Tab. 4.

²³ Vgl. Roger Engelmann, Geheimpolizeiliche Lehren aus der Krise? Die Staatssicherheit 1953 und 1961, in: Torsten Diedrich/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten? Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, Berlin 2005, S. 139–151, hier S. 147.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Benannt nach dem westdeutschen Rock-and-Roll-Sänger Ted Herold, der mit seinen deutschen Coverversionen von Elvis-Presley-Titeln in der Zeit sehr populär war.

²⁶ Michael Gartenschläger wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1971 wurde er von der Bundesrepublik freigekauft. In der Nacht vom 1. auf den 2.5.1976 wurde er beim Versuch der Demontage einer Selbstschussanlage an der Grenze zur DDR erschossen. Zu den Vorgängen vgl. Freya Klier, Michael Gartenschläger: Kampf gegen Mauer und Stacheldraht, Berlin 2009, S. 20–49.

²⁷ Engelmann, Lehren, in: Diedrich/Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten, S. 147.

angelehnt an die Strömungen aus dem Westen – wurde als Gefahr für den Sozialismus eingestuft, weil sie das jugendkulturelle Monopol der FDJ in Frage stellte und angeblich „feindlich-negative“ Einflüsse transportierte²⁸.

Besonderer Beobachtung erfreuten sich nach der Grenzschießung in Berlin auch die beiden großen christlichen Kirchen. Diese reagierten – wie das MfS in dem Bericht zutreffend feststellt – sehr unterschiedlich. Die katholische Kirche in Ostberlin unter dem am 16. August 1961 als Bischof von Berlin eingesetzten Weihbischof Alfred Bengsch ließ keinen kirchlichen Protest gegen die Abspernung der Grenze zu²⁹, weil sie den Zugang von Bengsch nach Westberlin und die Einheit des Bistums nicht gefährden wollte. Diese Haltung implizierte auch eine Beschränkung der katholischen Kirche auf rein seelsorgerische Aufgaben und lief damit auf ein Arrangieren mit den DDR-Machthabern hinaus.

Anders waren die Reaktionen der evangelischen Kirche, obwohl auch sie vor dem Problem stand, dass mit der Grenzsperrung die Aufrechterhaltung der gesamtdeutschen und gesamtberliner Strukturen erschwert wurde. Dennoch schickte die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), unterschrieben vom Ratsvorsitzenden, Präses Kurt Scharf, am 16. August 1961 ein Protesttelegramm an Walter Ulbricht und den Ostberliner Bürgermeister Friedrich Ebert³⁰. Auch gaben zahlreiche Pfarrer ihrem Protest durch Kanzelerklärungen Ausdruck. Das SED-Regime reagierte auf diesen Kurs mit der Aussperrung von Präses Scharf und stellte evangelische Geistliche und Gläubige unter verstärkte Beobachtung der Staatssicherheit.

Schlussbemerkungen

Nach dem 13. August 1961 setzte die SED auf massive Repression gegen die eigene Bevölkerung. Die Monate danach können als eine der schärfsten repressiven Phasen in der Geschichte der DDR gelten. Das hatte unterschiedliche Gründe: Die Probleme und die daraus resultierende Unzufriedenheit der Bevölkerung, die die Fluchtbewegung in Gang gehalten hatten, waren nicht beseitigt. Im Gegenteil, die Grenzsperrung erzeugte weitere Probleme, weil sich viele DDR-Bürger mit dem Eingesperrtsein nicht abfinden konnten und wollten. Gleichzeitig zeigte sich bei Machthabern und Regimeanhängern ein unverhohlenes Triumphgefühl. Sie glaubten nunmehr, ihre Gesellschaftsutopie ungestört und ohne die Rücksichten der Vergangenheit realisieren zu können, als für DDR-Bürger noch die Möglichkeit der Flucht bestand. In dieser Situation kam dem MfS zwangsläufig eine zentrale Rolle zu. Nicht nur Fluchtversuche, auch Proteste und politisch abweichende Meinungsäußerungen wurden mit erheblichen Strafen belegt. Nur

²⁸ Vgl. dazu ausführlich Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Bonn 2009, S. 153 ff.

²⁹ Vgl. dazu ausführlich Bernd Schäfer, Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln u. a. 1999, S. 164 ff.

³⁰ Vgl. dazu Gerhard Besier, Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 421 ff.

drei Tage nach der Grenzabriegelung waren bereits 1.100 Personen festgenommen³¹. Bis zum 4. September 1961 wurden 6.041 Personen verhaftet, von denen 3.108 inhaftiert blieben³². Vom 13. August bis zum 31. Dezember 1961 kamen allein 2.141 Personen wegen „Staatsverleumdung“ und „staatsgefährdender Propaganda und Hetze“ in Haft³³. Dass diese Strategie auf die Dauer keine Lösung sein konnte, um die DDR zu befrieden und das SED-Regime zu stabilisieren, musste sogar Staatssicherheitschef Mielke einräumen, als er in einer Leitungssitzung des MfS im Dezember 1961 zugestand: „Es ist nicht möglich, die gegenwärtig hohe Zahl der Festnahmen noch weiter beizubehalten.“³⁴

Wie der vorliegende Bericht verdeutlicht, ging es aber nicht allein um offene Repression durch politisches Strafrecht, sondern auch um die Durchsetzung von politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Zielen, die bis dahin nicht oder nur unvollständig erreicht worden waren. Hervorzuheben sind dabei die vollständige Implementierung der landwirtschaftlichen Kollektivierung oder die Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität durch Erhöhung der Normen und Disziplinierung der Arbeiterschaft. So deutet sich in diesem Bericht an, was in den Jahren nach dem Mauerbau zur vollen Entfaltung kommen sollte. Über seine geheimpolizeilichen Kernaufgaben hinaus eignete sich das MfS immer mehr Zuständigkeiten im Bereich der allgemeinen Herrschaftssicherung an. Die Abschottung der DDR durch den Mauerbau führte somit nicht – wie man hätte vermuten können – zu einer Entlastung der Staatssicherheit. Im Gegenteil, ihre große Expansionsphase sollte erst noch kommen.

³¹ Vgl. Bernd Eisenfeld/Roger Engelmann, 13.8.1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtssicherung, Berlin 2001, S. 75.

³² Vgl. Patrick Major, „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein.“ Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Mauer am 13. August 1961 im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1995), S. 208–223, hier S. 212.

³³ Engelmann, Lehren, in: Diedrich/Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten, S. 146.

³⁴ Protokoll der Kollegiumssitzung am 13. und 20. 12. 1961, in: BStU, MfS, SdM 1558, Bl. 2–48, hier Bl. 36.

Dokument³⁵

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 31066, Bl. 399–433

Mitte Oktober 1961

Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle

10. Oktober 1961**Gesamt-Bericht über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte in der DDR**³⁶.

In allen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik gab es seit dem 13.8.1961 ein erhebliches Ansteigen der staatsfeindlichen Tätigkeit.

Den Schwerpunkt bildeten dabei staatsgefährdende Propaganda und Hetze sowie Staatsverleumdungen.

Die in dieser Hinsicht seit Einleitung der Schutzmaßnahmen aufgetretenen Vorkommnisse bestanden im Wesentlichen in mündlicher Hetze, der Verbreitung selbstgefertigter Schriften, dem Schmieren von Hetzlosungen und faschistischen Emblemen, der Verbreitung von Gerüchten, dem Versand von Hetz- und Drohbrieffen, der Durchführung von anonymen Telefonanrufen mit Drohungen, der Durchführung von Terrorhandlungen bzw. der Androhung von Tötlichkeiten und im Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Diese verschiedenartigsten Begehungsformen staatsfeindlicher Tätigkeit richteten sich hauptsächlich gegen die Politik von Partei und Regierung und gegen die Partei – sowie Staatsführung, insbesondere gegen den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR.

Als Täter derartiger Handlungen traten vorwiegend Einzelpersonen in Erscheinung.

Anteilmäßig befanden sich darunter mehr als bisher Rückkehrer, Erstzuziehende, ehemalige Umsiedler, Parteiausgeschlossene, faschistische sowie kriminell vorbestrafte Elemente.

Ein großer Teil der Täter setzte sich aus Personen im Alter bis 25 Jahre zusammen. Besonders zu beachten ist, dass in fast allen Bezirken staatsfeindliche Gruppierungen festgestellt und liquidiert werden konnten.

So wurde im Kreis Strausberg, Bezirk Frankfurt/Oder eine staatsfeindliche Gruppe von 5 Jugendlichen festgenommen, welche die Bezeichnung „Ted Herold Club“ trug³⁷.

³⁵ Offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert und das Dokument der neuen Rechtschreibung angepasst.

³⁶ Der Titel steht auf einem Vorblatt, das zusätzlich ein Inhaltsverzeichnis des Berichtes enthält. Auf der ersten Seite wird der Titel wiederholt, allerdings heißt es dort nur „Bericht“ anstatt „Gesamt-Bericht“.

³⁷ Die Jugendlichen waren am 15.9.1961 zu hohen Haftstrafen verurteilt worden: Michael Gartenschläger und Gerd Resag zu lebenslänglich, Karl-Heinz Lehmann zu 15 Jahren, Gerd-Pe-

Am 15. und 18.8.1961 brachten die Gruppenangehörigen im Stadtgebiet von Strausberg mehrere Hetzlosungen an, die sich gegen die Schutzmaßnahmen und die Partei richteten und die Forderung nach „freien Wahlen“ zum Inhalt hatten. Außerdem wurde am 16.8.1961 eine mit Erntegut gefüllte Scheune der LPG³⁸ in Brand gesetzt.

Die Gruppe plante Sprengstoffanschläge durchzuführen, sich durch Überfälle auf sowjetische Streifenposten Waffen zu beschaffen und unter Anwendung von Gewalt die Staatsgrenze West zu durchbrechen.

Im Kreis Halberstadt, Bezirk Magdeburg, wurde am 8.9.1961 eine Gruppe von 10 Personen, darunter 9 Jugendliche, inhaftiert, die versucht hatten, mit Hilfe eines gestohlenen LKW die Grenze am Kontrollpunkt Marienborn gewaltsam zu durchbrechen³⁹. Dabei verursachten sie einen Verkehrsunfall, bei dem ein Kaufmann aus Lübeck, der die Leipziger Messe besucht hatte, tödlich verletzt wurde.

Bei den Beschuldigten handelt es sich um Personen, die bereits in letzter Zeit Diebstähle sowie staatsgefährdende Gewaltakte begangen und Hetze betrieben haben. Wie die bisherige Untersuchung weiterhin ergab, plante die Gruppe, sich durch Überfälle auf VP⁴⁰-Streifen Waffen zu beschaffen und mit Unkraut-Ex Sprengkörper herzustellen, die sie bei Widerstand während ihres beabsichtigten Grenzdurchbruches zur Anwendung bringen wollten.

Von der Verwirklichung dieser Absichten wurden jedoch bei der Durchführung des Fluchtversuches mittels eines LKW Abstand genommen, da sie eine Dekonspiration ihres verbrecherischen Vorhabens befürchteten.

Seit Einleitung der Schutzmaßnahmen gab es auch Erscheinungen des Sozialdemokratismus und Revisionismus⁴¹, die konzentriert im Bezirk Dresden zu verzeichnen waren und auftraten besonders im Stadtgebiet von Dresden (insbesondere Technische Universität und Entwicklungswerk des VEB⁴² Vakutronik) sowie in den Kreisen Freital, Löbau und Bautzen.

So unterhielt einer der Inhaftierten aus Dresden, der vor 1933 und nach 1945 der SPD angehörte und 1951 aus der SED ausgeschlossen worden war, Verbindung zum „Ostbüro der SPD“⁴³. Er schleuste Hetzschriften des „Ostbüros der SPD“ in die DDR ein und verbreitete sie. Bei der Wohnungsdurchsuchung wurden u. a.

ter Riediger zu 12 Jahren und Jürgen Höpfner zu sechs Jahren Zuchthaus. Zu Gartenschläger siehe Anm. 26.

³⁸ Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft.

³⁹ Vgl. zu dem Vorfall ausführlicher: Information 546/61 vom 7.9.1961, abgedruckt auf CD, in: Munkel, Die DDR im Blick der Stasi 1961.

⁴⁰ Volkspolizei.

⁴¹ Vgl. dazu ausführlich Guntolf Herzberg, Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin 2006.

⁴² Volkseigener Betrieb.

⁴³ Zum Ostbüro der SPD vgl. Wolfgang Buschfort, Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.

die Hetzschriften „Die Revolution entlässt ihre Kinder“⁴⁴ und „Die neue Klasse“⁴⁵ sowie selbstgefertigte Hetzflugblätter sichergestellt, dessen Verbreitung durch seine Inhaftierung verhindert werden konnte.

In Dresden wurde außerdem eine Person festgenommen, bei der es sich um einen langjährigen Sozialdemokraten handelt. Er verherrlichte die kapitalistischen Verhältnisse in Westdeutschland und die Politik der rechten SPD-Führung.

An der Technischen Universität und im Entwicklungswerk des VEB Vakutronik wurden Gruppierungen mit sozialdemokratischen und revisionistischen Charakter zerschlagen.

Als Schwerpunkte in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen traten auf:

Industrie:

Obwohl die Schutzmaßnahmen der Partei und Regierung von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Angestellten in den Großbetrieben begrüßt wurde, was in Produktionsverpflichtungen⁴⁶, Auseinandersetzungen mit Provokateuren u. a. zum Ausdruck kommt, zeigt sich allgemein eine Verstärkung der Feindtätigkeit.

Hierbei tritt als charakteristisch in Erscheinung, dass ein großer Teil der negativ und feindlich eingestellten Personenkreise in den Großbetrieben, die den Sicherheitsorganen bekannt sind, nicht in Erscheinung traten, sich ruhig verhielten, zum Teil sogar positiv diskutierten. Von diesen Elementen, so muss eingeschätzt werden, wurde die Situation, dass mit Provokateuren hart verfahren wird, schnell erfasst, wobei sie nach wie vor als Träger der ideologischen Diversion⁴⁷ angesehen werden müssen.

Trotz dieser Tatsache widerspiegelt sich in den durch die Sicherheitsorgane getätigten Festnahmen die Basis des Gegners durch verstärkten Anfall ehemaliger Faschisten, Offiziere, Rückkehrer, ehemaligen Mitgliedern unserer Partei u. a. auf Grund ihrer Vergangenheit belasteten Personenkreise.

⁴⁴ Vgl. Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, Köln 2005. Das Buch ist erstmals 1954 erschienen.

⁴⁵ Vgl. Milovan Djilas, *Die neue Klasse: eine Analyse des kommunistischen Systems*, Berlin 1958.

⁴⁶ Dabei handelt es sich um eine im September 1961 eingeführte Kampagne, bei der sich Belegschaften „freiwillig“ verpflichten sollten, für den gleichen Lohn, in der gleichen Zeit mehr zu produzieren. Vgl. SBZ von A bis Z, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1962, Stichwort Produktionsaufgebot.

⁴⁷ Das Konzept der „politisch-ideologischen Diversion“ war seit dem Amtsantritt Mielkes als Minister für Staatssicherheit im Jahr 1957 leitend für die Arbeit des MfS. Der Begriff beschreibt sowohl die ideologischen Einflüsse aus dem Westen, besonders der Bundesrepublik, als auch politisch-ideologisch abweichendes Denken und Handeln in der DDR, welches jedoch zumeist auf äußere Einflüsse zurückgeführt wird. Vgl. Roger Engelmann/Bernd Florath/Helge Heidemeyer/Daniela Münkel/Arno Polzin/Walter Süß (Hrsg.), *Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR*, Berlin 2011, Stichwort Diversion, politisch-ideologische (PID, PiD).

Als Schwerpunkt der Feindtätigkeit in den Großbetrieben trat in jedem Falle die Auswirkung der ideologischen Diversion des Gegners in Form von negativen und feindlichen Diskussionen, Verbreitung von Argumenten des „Ostbüros der SPD“ und im Schmieren von Hetzlosungen in Erscheinung.

Dieses zeigt sich z. B. im Bezirk Halle – besonders in den Großbetrieben der chemischen Industrie, Buna, Leuna, EKB⁴⁸, Filmfabrik Wolfen, Farbenfabrik Wolfen, Gummiwerk Elbe, Stickstoffwerk Piesteritz und anderen Industriebetrieben, wie Kraftwerk Elbe, VEB Sodawerk und Kaliwerk im Kreis Bernburg.

In der Farbenfabrik Wolfen konnten zwei und im EKB eine Untergrundgruppe liquidiert werden, die konterrevolutionäre Aktionen gegen die DDR vorbereiteten. Im Bezirk Leipzig gibt es die gleiche Situation, wobei besonders die Industriebetriebe im Stadt- und Landkreis Leipzig, die VTA,⁴⁹ LES,⁵⁰ BBG,⁵¹ DKF⁵² sowie ECW⁵³ Eilenburg, Wagenfabrik Oschatz, Metallgußwerk Böhlitz und BKW⁵⁴ Groß Zöschen, Kreis Borna, in Erscheinung treten.

Neben den Schwerpunkten des Einflusses der ideologischen Diversion des Gegners, zeigt sich in den Großbetrieben zum Teil noch eine ungenügende Planerfüllung, was auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist.

Der VEB Zeiß Jena hat Planschulden in Höhe von 9 Mill. DM, davon 4,5 Mill. DM Exportschulden.

Die Ursachen liegen in ungenügender politisch-ideologischer Arbeit und im Einfluss der politisch-ideologischen Diversion des Gegners begründet.

Es wird eingeschätzt, dass circa 80 % der 13.000 Beschäftigten die Argumente des Westfernsehen und des Rundfunks verbreiten.

Im Konkurrenzbetrieb von Zeiß in Oberkochen sind ca. 2.000 Personen beschäftigt, die nach 1945 republikflüchtig wurden. Durch postalische Verbindung erfolgt eine starke negative Beeinflussung.

Es gibt keine Steigerung der Arbeitsproduktivität obwohl Reserven vorhanden sind. Bummelantentum und Arbeitsausschuss sind ständig im Steigen begriffen. Inwieweit die politisch-ideologische Diversion sich auf die Planerfüllung auswirkt, zeigt sich in Beispielen der Zurückhaltung in der Arbeitsleistung, ungenügender Aufdeckung der Reserven, Festhalten an unrealen Normen und anderem. Neben der ungenügenden Leitungstätigkeit der Werkleitung zeigt sich teilweise ein Zurückweichen der Parteileitung vor Auseinandersetzungen mit feindlichen Argumenten.

Mit der Durchführung der Schutzmaßnahmen verstärkte sich die Feindtätigkeit in Form von staatsgefährdender Propaganda und Hetze, Schmierereien und „Streikandrohung“ (Abteilung Schneidwerkzeugbau).

⁴⁸ Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld.

⁴⁹ Verlade- und Transportanlagenbau.

⁵⁰ Leipziger Eisen- und Stahlwerke.

⁵¹ Bodenbearbeitungsgeräte.

⁵² Deutsche Kugellagerfabrik.

⁵³ Eilenburger Celluloid Werk.

⁵⁴ Braunkohlenwerk.

Zu beachten ist, dass der Betrieb Ausgangspunkt von Provokationen am 17. 6. 1953 war⁵⁵.

Neben den Schlussfolgerungen, die sich aus negativen Diskussionen, hoher Normerfüllung und anderem ergeben, gibt es nur vereinzelt Beispiele, die den Beweis erbringen, dass die ungenügende Erfüllung der ökonomischen Aufgaben auf die ideologische Diversion des Gegners zurückzuführen ist.

Durch operativen Einsatz von Mitarbeitern im VEB „Ernst Grube“ in Werdau (Bezirk Karl-Marx-Stadt) konnte zum Beispiel festgestellt werden, dass bewusst die Reserven nicht genutzt werden, um die unrealen Normen nicht zu verändern. Unter den Argumenten der Normveränderung wurde eine „Arbeitslangsam-Bewegung“ organisiert, die den überwiegenden Teil der Belegschaft, die mittleren leitenden Kader und selbst Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre erfasste.

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass der Kreis Werdau besonders Crimmitzschau als SPD-Schwerpunkt mit opportunistischen und revisionistischen Gruppierungen bekannt ist, was sich im VEB „Ernst – Grube“ widerspiegelt.

Als Ursachen der Planrückstände wurden meist ungenügende Leitungstätigkeit von Seiten der Wirtschaftsfunktionäre, Materialschwierigkeiten und Schwierigkeiten in der ungenügenden termingerechten Lieferung der Kooperationsbetriebe erarbeitet.

Tatsache ist, dass von Seiten der VVB⁵⁶ in Bezug der Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion⁵⁷, Spezialisierung der Produktion und auch hinsichtlich der Störfreimachung⁵⁸ noch eine unzureichende Arbeit geleistet wird, was sich zwangsläufig auf die termingerechte Lieferung der Kooperationsbetriebe auswirkt.

Obwohl z. B. die Funktionen des Hauptdirektors, des technischen Direktors und Haupttechnologen der VVB Werkzeugmaschinen seit dem 1. 9. 1961 neu besetzt wurden, muss auf die bisherige Arbeitsweise der VVB verwiesen werden.

Es gab kein Lenkungscollectiv, wie es zur Lösung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben erforderlich ist. Es gab keine wissenschaftliche Arbeit, was sich darin zeigt, dass Aufgaben an die einzelnen Abteilungen gegeben wurden, ohne vorher über die Technologie und Vordringlichkeit der einzelnen Aufgaben eine Entscheidung herbeigeführt zu haben.

Viele Entscheidungen wurden nach ungenügender Überlegung gefällt, wo wissenschaftliche Untersuchungen notwendig gewesen wären.

⁵⁵ Zu den Ereignissen am 17. Juni 1953 bei Carl-Zeiß-Jena vgl. u. a. Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 132 ff.

⁵⁶ Vereinigung Volkseigener Betriebe.

⁵⁷ Vgl. Hans Arnold/Alfred Lange, Die sozialistische Rekonstruktion in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959.

⁵⁸ Seit der Jahreswende 1960/61 verfolgte die DDR-Regierung das Ziel der „Störfreimachung“ der Wirtschaft, d. h. Importe aus den NATO-Ländern insbesondere aus der Bundesrepublik sollten verringert bzw. vermieden werden und durch eigene Produktion oder Importe aus den RGW-Staaten ersetzt werden. Vgl. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, S. 45 f.

Die Arbeit wurde ungenügend auf Schwerpunkte konzentriert und trug den Charakter der Routine.

Es gab eine ungenügende Zusammenarbeit mit dem Institut für Werkzeugmaschinen. Das Institut orientierte sich auf Fragen der konstruktiven Entwicklung und verkörperte nicht das Instrument zur Lösung der Grundsatzfragen der Technologie und Betriebsorganisation.

Ähnliche Erscheinungen sind in der VVB Automobilbau und anderen zu verzeichnen.

Aus vorgenannten Beispielen ist zu ersehen, dass die vorhandenen objektiven Schwierigkeiten durch subjektive verstärkt werden, wobei die VVB einen Schwerpunkt darstellen.

Es gibt eine Reihe von Beispielen, die zeigen, dass der Betrieb als solcher auf Grund der Vielzahl von Kooperationsbetrieben wenig Einfluss auf eine termingerechte Planerfüllung hat und die VVB diesbezüglich noch eine ungenügende planmäßige und wissenschaftliche Arbeit leisten.

Im VEB Werkstoffprüfmaschinen Leipzig wurde der Plan per 31.8.1961 mit 54,4 % erfüllt. Neben der Unterschätzung der Entwicklung einer breiten Mitarbeit der Werktätigen ist zu verzeichnen, dass für 2,8 Millionen halbfertige Produktion im Betrieb lagert, da die Feinmessmanometer aus Westdeutschland nicht geliefert werden. Wurden bis 1960 in Magdeburg produziert und nach Baiersfeld verlagert, wo die Produktion noch nicht angelaufen ist. Zur Überbrückung wurden diese in Westdeutschland bestellt.

Der VEB Montan Leipzig hat eine Planerfüllung per 31.8.1961 mit 45,9 %. Die Ursachen liegen neben mehrmaliger kurzfristiger Produktionsumstellung darin begründet, dass 90 % der mechanischen Arbeiten in ca. 300 Betrieben kooperiert werden müssen.

In der VVB Schiffbau beträgt die Planerfüllung 59,9 %.

Die wesentlichen Ursachen für die Nichterfüllung der Pläne sind:

- Rückstand in der Zulieferindustrie hat sich trotz eingeleiteter Maßnahmen erhöht
- In der Peenewerft Wolgast (Bezirk Rostock) gibt es große Rückstände in der Lieferung von Kränen. Schiffskörper liegen am Ausrüstungskai und können nicht fertig gebaut werden.

Der VEB Kranbau Eberswalde (Bezirk Frankfurt) ist aber mit 10,6 Mill. DM im Bezirk Frankfurt der größte Planschuldner. Die Ursachen liegen neben Schwächen in der Leitungstätigkeit, insbesondere Arbeitsorganisation, in ständigen Planänderungen durch die VVB, Schwierigkeiten in der Materialversorgung und im Missverhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn, begründet.

es wurden Objekte, die konstruktiv und technologisch ungenügend vorbereitet wurden, produziert.

In der Volkswerft Stralsund gibt es z. B. große Schwierigkeiten im Bau der Schiffstypen „Tropic“ (Neukonstruktion) wo die Fischverarbeitungsmaschinen von Westdeutschland bezogen wurden.

Im Bezirk Magdeburg sind auf dem industriellen Sektor im Bezirksmaßstab Rückstände in der Exportplanerfüllung von ca. 25 Mill. DM zu verzeichnen.

Die Exportrückstände konzentrieren sich besonders auf das Ernst-Thälmann-Werk, Karl-Liebknecht-Werk und Fahlberg-List Magdeburg.

Ursachen sind schlechte Arbeitsorganisation, ungenügende bedarfsgerechte Materiallieferung, fehlende Belieferung von elektrischen Ausrüstungen und Normteilen der Zulieferbetriebe zur Komplettierung bereits fertig gestellter Maschinen und Aggregate.

Weiterhin zeigt sich eine schlechte Arbeitsmoral und ungenügende Qualität der Erzeugnisse der Kooperationsbetriebe.

In den Betrieben des Bezirkes Dresden, – VEB Kamera und Kinowerke, Transformatoren- und Röntgenwerk, Schreibmaschinenwerk und Planeta – ist zu verzeichnen, dass der Entwicklung von Spitzenerzeugnissen entsprechend der Forderung von Partei und Regierung nur ungenügend Rechnung getragen wird.

In den VVB Braunkohle Halle – besonders BKW „Einheit“ – Leipzig, Cottbus sind Rückstände im Abraum, in der Kohleförderung und zum Teil in der Briketterzeugung zu verzeichnen.

Schwierigkeiten gibt es in Entwässerungsarbeiten und in der Gleisunterhaltung. Die Ursachen liegen im Wesentlichen in ungenügender Leitungstätigkeit der VVB, mangelhafter Betriebsorganisation, Fehlen moderner Maschinen und Geräte, die den unterschiedlichen geologischen und hydrologischen Bedingungen entsprechend, begründet.

In Bezug der Störanfälligkeit zeigt sich allgemein, dass in den VEB kein Überblick darüber besteht, inwieweit die Kooperations- und Zulieferbetriebe störfrei sind, was für die Produktion von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Die halbstaatlichen- und Privatbetriebe zeigten sich nach den Maßnahmen der Partei und Regierung am 13.8.1961 als Schwerpunkt in Bezug der Einflüsse der ideologischen Diversion des Gegners.

Wie festgestellt werden konnte, hatten Provokateure, die von den Sicherheitsorganen festgenommen wurden, einen nicht zu unterschätzenden Einfluss unter der Belegschaft solcher Betriebe.

Dieses ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Einfluss der Partei, der Massenorganisationen, des Staatsapparates und der Sicherheitsorgane sehr gering ist und die politisch-ideologische Arbeit stark vernachlässigt wurde.

Es gibt einige Beispiele, wo fortschrittliche Kräfte sowie Mitglieder unserer Partei aus den Gewerkschaftsleitungen heraus gewählt wurden.

Weiterhin zeigten sich in diesen Betrieben Konzentrationen von ehemaligen Faschisten, Offizieren, Rückkehrern, aus der SED ausgeschlossene Mitglieder und andere auf Grund ihrer Vergangenheit belasteten Personenkreisen.

Stark vertreten sind auch solche Elemente, mit welchen in der volkseigenen Industrie Auseinandersetzungen geführt werden mussten, in dessen Ergebnis eine Abwanderung erfolgte.

Dass die halbstaatlichen- und Privatbetriebe in politischer Hinsicht nicht unterschätzt werden dürfen (ökonomisch bestehen keine wesentlichen Schwierigkeiten) zeigt die Tatsache, dass es allein im Bezirk Dresden nach dem Stand vom 30.6.1961 1.068 halbstaatliche Betriebe mit 57.160 Beschäftigten gibt.

Schwerpunkt bilden hierbei Dresden-Stadt und Land und Bischofswerda.

Die fast gleiche Situation ist auch in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Erfurt festzustellen.

Landwirtschaft

In der weiteren sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft wurden in letzter Zeit wesentliche Fortschritte erzielt. Hemmend auf die weitere Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande wirkt sich jedoch der noch in starkem Maße vorhandene Einfluss der politisch-ideologischen Diversion durch westliche Rundfunk- und Fernsehstationen und negative Personenkreise, die Träger feindlicher Ansichten sind, aus.

Die feindliche Propaganda der vorgenannten Publikationsorgane hatte besonders unter der Landbevölkerung eine Basis gefunden. Das zeigte sich in den von diesen Kreisen in großem Umfange durchgeführten „Angsteinkäufen“ und Bargeldeinzahlungen auf Sparkonten im Zusammenhang mit dem Gerücht über einen bevorstehenden Geldumtausch in der DDR⁵⁹.

Seit Einleitung der Schutzmaßnahmen ist auf dem Lande ein Ansteigen der Feindtätigkeit, hauptsächlich der staatsgefährdenden Propaganda und Hetze in den verschiedenartigsten Begehungsformen zu verzeichnen.

Als Täter sind in mehreren Bezirken, besonders in Potsdam, Frankfurt/Oder, und Neubrandenburg, großbäuerliche und faschistische Elemente in Erscheinung getreten.

Im Bezirk Schwerin, Kreis Sternberg, wurde eine Gruppe von 7 Personen, vorwiegend Genossenschaftsbauern des Typs III⁶⁰, ermittelt und liquidiert, die gegen die eingeleiteten Schutzmaßnahmen, die sozialistische Umgestaltung, die Oder-Neiße-Friedensgrenze und gegen Staats- und Parteifunktionäre hetzten. Mehrere Angehörige dieser Gruppe gehörten der faschistischen Partei an bzw. sind ihrer sozialen Herkunft nach Großbauern.

Die Auswirkungen der politisch-ideologischen Diversion sind in allen Bezirken, territorial jedoch in unterschiedlichem Maße, vorhanden und fanden ihren Niederschlag in Zersetzungserscheinungen in landwirtschaftlichen Betrieben des sozialistischen Sektors, insbesondere den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Derartige Erscheinungen zeigten sich konkret in

- der Nichtzurücknahme abgegebener Austrittserklärungen aus LPGn, insbesondere im Bezirk Dresden, der in dieser Hinsicht einen Schwerpunkt bildet (von den in letzter Zeit abgegebenen über 900 Austrittserklärungen wurde ein großer Teil bereits zurückgenommen)
- der Ablehnung des Eintrittes in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch eine noch relativ hohe Anzahl von Einzelbauern in allen Bezirken.

⁵⁹ Es kursierten in der DDR Gerüchte, dass am 20.8.1961 ein Geldumtausch geplant sei.

⁶⁰ Der LPG Typ III war vollgenossenschaftlich, d. h. Ackerland, Maschinen, Zugtiere, das gesamte Nutzvieh, Wiesen, Weiden und Waldflächen und sonstige Güter wurden eingebracht.

- den Schwierigkeiten bei der Organisation der genossenschaftlichen Arbeit, vor allem in Form von Missständen, Schlamperei und Disziplinlosigkeit.
- der mangelhaften Leitungstätigkeit und den in diesem Zusammenhang aufgetretenen Verletzungen der innergenossenschaftlichen Demokratie.
- der Nichterfüllung des Staatsplanes in der pflanzlichen und tierischen Produktion.

Im Zusammenhang mit der Staatsplanerfüllung von Getreide und Kartoffeln muss gleichzeitig bemerkt werden, dass in diesem Jahr aufgrund schlechter Witterungsverhältnisse die Anbaupläne nicht immer eingehalten werden konnten und die Ernteerträge gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind, so dass Schwierigkeiten in der Versorgung der Viehbestände mit Kraftfutter und Kartoffeln speziell in der Schweinemast vorhanden sind bzw. eintreten werden.

Es gibt aber darüber hinaus auch solche Bestrebungen, den Staatsplan unter dem Vorwand der Schaffung einer notwendigen Futtergrundlage für das Vieh nicht zu erfüllen und pflanzliche Produkte für spekulative Zwecke zurückzuhalten.

Die ungenügende Erfüllung staatlicher Verpflichtungen in der tierischen Produktion (Schlachtvieh und Milch) ist zum Teil auf die unnatürlich hohen Viehverluste, vor allem in LPGn, Typ III und VEG⁶¹, zurückzuführen, die besonders in den Bezirken Erfurt, Neubrandenburg, Cottbus, Frankfurt/Oder, Rostock, Potsdam und Schwerin auftreten. Ursache hierfür ist die ungenügende politische und fachliche Qualifikation der Tierpfleger und Melker (es gibt starke Konzentrationen von Rückkehrern, Arbeitsbummelanten und anderen negativen Elementen), die durch unsachgemäße Fütterung, Pflege und Behandlung der Tiere fahrlässig und teilweise auch vorsätzlich Viehverwendungen verursachen. In diesem Zusammenhang muss gleichzeitig auf die Rückstände im Ländlichen Bauwesen verwiesen werden.

Begünstigend wirkt sich auf derartige Erscheinungen in der Landwirtschaft nicht zuletzt die Tatsache aus, dass eine unzureichende politisch-ideologische Arbeit unter der Landbevölkerung geleistet wird und die staatliche Führungstätigkeit von Seiten der dafür zuständigen Organe im Allgemeinen nicht den Anforderungen entspricht.

Weiterhin ist in der Landwirtschaft seit Einleitung der Schutzmaßnahmen ein Ansteigen des in Brand setzen von Scheunen sowie anderen Objekten festzustellen, denen zum überwiegenden Teil vorsätzliche Handlungen zugrunde liegen.

Bauwesen

Als Schwerpunkt in politisch-ideologischer und ökonomischer Hinsicht muss das Bauwesen insgesamt eingeschätzt werden.

Annähernd 50 % aller Arbeitsniederlegungen in der DDR konzentrieren sich auf das Bauwesen, wobei der Bezirk Halle einen Schwerpunkt bildet.

Auf den Großbaustellen – besonders aber in den Wohnlagern der Großbaustellen – sind verstärkt negative und feindliche Diskussionen, Hetze gegen Partei und Regierung und das Schmieren von Hetzlosungen zu verzeichnen.

⁶¹ Volkseigenes Gut.

Wie in den halbstaatlichen und Privatbetrieben konzentrieren sich in den Objekten des Bauwesens viele negative Elemente, wobei die ungenügend politisch-ideologische Arbeit zum Teil durch eine Vielzahl von Montagebetrieben – sogenannten Fremdfirmen – erschwert wird.

So gab es z. B. auf den Baustellen der Großbetriebe Buna und Leuna in drei Fällen Aufforderungen von Arbeitsniederlegung, wobei die Missstände im Bauwesen von negativen Elementen zum Anlass genommen wurden. Ausgangspunkt waren die Wohnlager der Baustellen.

In den Wohnlagern der Bauunion – insbesondere der VEB See- und Hafenbau Rostock-Langenort, wo Konzentrationen negativer Elemente zu verzeichnen sind, verstärkte sich die Hetze und das Rowdytum. Eine Gruppe Jugendlicher von der sogenannten „Kunow-Parteibande“⁶², die unter anderem auch Hetzlosungen geschmiert hatte, wurde festgenommen.

Auf den Baustellen in Groß-Berlin gibt es Konzentrationen ehemaliger Grenzgänger⁶³ (insgesamt 2500 bis 3000 Personen). Neben dem schlechten politisch-ideologischen Zustand auf den Baustellen (Ausnutzung der Arbeitszeit und Aufdeckung der Reserven) sind die Ursachen der Planrückstände auf eine ungenügende Leistungstätigkeit angefangen bei den Bezirksbauämtern und übergeordneten Leitungen bis zu den Baustellen zurückzuführen. Allgemein ist eine ungenügende Auslastung der Großgeräte zu verzeichnen.

Stark ausgeprägt ist zum Teil das Missverhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn und eine geringe Bereitschaft zum Produktionsaufgebot.

Teilweise wird die Planerfüllung durch ungenügend termingerechte Lieferungen der Baustoffindustrie gehemmt.

Die Planerfüllung im Bezirksmaßstab Leipzig liegt zum Beispiel bei 45,4 %, davon im Wohnungsbau bei 50,6 %.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt beträgt der Rückstand im Bauwesen zurzeit 20,2 Mill. DM.

Im ländlichen Bauwesen sind in fast allen Bezirken Planrückstände, besonders in den Bezirken Schwerin und Neubrandenburg vorhanden, die vor allem auf eine ungenügende Vorbereitung des Bauplanes für das Jahr 1961 seitens der Bezirks- und Kreisbauämter, auf mehrfache Änderungen der Objektbeauftragungen für die Baubetriebe im Verlaufe des Planjahres und auf unzureichenden Transportraum zurückzuführen sind.

Im Zusammenhang mit den Lieferschwierigkeiten von Seiten der Baustoffindustrie muss gleichzeitig darauf verwiesen werden, dass die Zementproduktion in

⁶² Schreibfehler: Die Gruppe wurde als „Kuno-Parteibande“ betitelt. Im Bezirk Rostock hatte sich die Jugendgruppe „Kuno-Parteibande“ am 10. 8. 1961 gegründet. Ihr gehörten nur Jungen an und ihr äußeres Erkennungszeichen war laut MfS ein „Stoppelhaarschnitt“. Sie fielen durch Schlägereien auf und machten durch Parolen ihrem Unmut über den Mauerbau Luft. Während einer Wirtshauschlägerei, bei der auch negative Äußerungen über die DDR und den Mauerbau fielen, wurden die Jugendlichen von der Volkspolizei festgenommen und vom MfS in Untersuchungshaft genommen. BStU, BV Rostock, AU 137/61, GA Bd. 4.

⁶³ Zur Grenzgängerproblematik vgl. ausführlich Frank Roggenbuch, *Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau*, Berlin 2008.

mehreren Betrieben der DDR, aufgrund nicht vorhandenen Transportraumes eingeschränkt werden musste.

Innerhalb des Bauwesens gibt es ernsthafte Erscheinungen in den Projektierungsbüros (besonders in dem VEB Industrieprojektierung Berlin und Baugrunduntersuchung Berlin und in den Projektierungsbüros der Bezirke) in der Form, dass dort starke Konzentrationen von Angehörigen der Intelligenz existieren, die den Einflüssen der politisch-ideologischen Diversion erlegen sind und Hetze betreiben, bzw. eine schlechte Arbeitsmoral zeigen.

Verkehrswesen:

Im Verkehrswesen ist einzuschätzen, dass der überwiegende Teil der dort Beschäftigten eine positive Stellung zur Politik der Partei und Regierung bezieht.

Trotz dieser Tatsache, muss das Verkehrswesen, insbesondere die volkseigenen Betriebe des Kraftverkehrs und innerhalb der Deutschen Reichsbahn, die größeren Bahnhöfe, Bahnbetriebswerke und die Reichsbahnausbesserungswerke als Schwerpunkte eingeschätzt werden.

Neben der Auswirkung der politisch-ideologischen Diversion des Gegners in Form von negativen und feindlichen Diskussionen, Hetze und Schmierereien, traten nach dem 13.8.1961 Spionage, vor allem aber Handlungen der Diversion und Schädlingstätigkeit in Erscheinung.

Folgende Formen bzw. Methoden stehen dabei im Vordergrund:

- Legen von Hemmschuhen vor ausfahrende Züge
- Bereiten von Hindernissen auf Gleisanlagen
- Zerschneiden von Luftschläuchen an Wagen und Lokomotiven
- Beschädigung von Signal- und Fernmeldeanlagen
- Fremdkörper in Lokzylindern und Achsbuchsen

So hat sich z. B. im Reichsbahndirektionsbereich Erfurt das Schmieren von Hetzlosungen, Diversionshandlungen an Signal- und Sicherheitseinrichtungen sowie an Wagenentgleisungen verstärkt.

Auf dem Güterbahnhof Dresden-Friedrichstadt gab es organisierte Wagenaufläufe.

Das Bahnbetriebswerk Leipzig-West bildet neben Hetze und Schmierereien einen Schwerpunkt an versuchten Diversionshandlungen. So wurden unmittelbar nach den Schutzmaßnahmen der Partei und Regierung Fremdkörper in den Motoren von 2 E-Loks gefunden. An zwei Tankloks wurden Kuppelstangen locker geschraubt und bei 3 Diesellangiermaschinen wurde das Ölgetriebe mit Wasser durchsetzt.

In mehreren Kreisen des Bezirkes Erfurt traten, neben verstärkter Hetze, Diversionshandlungen im VEB Kraftverkehr auf.

Allgemein gibt es im VEB Kraftverkehr starke Konzentrationen von Rückkehrern und Erstzuziehenden.

Bedingt durch die Konzentration einer hohen Beschäftigungszahl im Gegensatz zu anderen Dienststellen der Deutschen Reichsbahn und den teilweise vorhandenen personellen Schwerpunkten zeigt sich in den Reichsbahnausbesserungswerken ein größerer Einfluss der politisch-ideologischen Diversion des Gegners.

Dies ist zum Teil mit darauf zurückzuführen, dass von Seiten der Partei- und Massenorganisationen noch eine ungenügende politisch-ideologische Arbeit geleistet wird.

So zeigt sich z. B. im RAW⁶⁴ Jena ein Zurückweichen vor Auseinandersetzungen mit feindlichen Argumenten, obwohl bekannt ist, dass dieser Betrieb, wie der VEB Zeiß Jena Ausgangspunkt der Provokationen am 17.6.1953 war. In RAW Schöneeweide gibt es verstärkte Schmierereien von Hetzlosungen, Hetzschriftenverbreitung, Gerüchteverbreitung und Sabotage.

In einzelnen Abteilungen gibt es Konzentrationen von ehem. Grenzgängern.

Auch in ökonomischer Hinsicht bilden die Reichsbahnausbesserungswerke einen Schwerpunkt.

So war am 1.9.1961 eine Untererfüllung der Reparatur von 56 Lokomotiven zu verzeichnen, wobei die RAW Cottbus mit 26 und Meiningen mit 19 als Schwerpunkte in Erscheinung traten.

In der Reparatur von Güterwagen bestand am gleichen Stichtag eine Untererfüllung von rund 2000, davon circa 500 Kesselwagen.

Besondere Schwerpunkte sind hierbei die RAW's Eberswalde, Zwickau und Jena. Bei Reisewagen wurde der Plan mit 600 Wagen untererfüllt. Hiervon entfallen auf das RAW Leipzig 320, und auf das RAW Potsdam 160 Wagen.

Die Ursachen für die Nichterfüllung liegen neben objektiven Ursachen im Fehlen einer genügenden Arbeitsorganisation und einer ungenügenden politischen Arbeit begründet.

Die Nichterfüllung der Produktionspläne seitens der RAW sowie die Wagenbeschädigungen durch die verladende Wirtschaft und das Unfallgeschehen auf dem Gebiet der Deutschen Reichsbahn sind mitbestimmend für die zeitweilig auftretenden Schwierigkeiten im Transportraum und Lokgestellung.

Die Hauptursache in den Schwierigkeiten zur reibungslosen Durchführung des Herbstspitzenverkehrs, zur restlosen Abdeckung der verstärkten Lieferungen aus der SU und den erhöhten Militärtransporten, mit Wagen und Lokomotiven ist die ungenügende Koordinierung der Transportaufgaben zwischen der Volkswirtschaft und der Deutschen Reichsbahn.

Dies zeigt sich in unrealer Transportplanung und Wagenanforderung (kurzfristige Abbestellung von Wagenraum durch Industriebetriebe).

Hohen Wagenstillstandszeiten infolge unkontinuierlicher Be- und Entladung.

Obwohl der Bedarf an Kesselwagen weit höher ist als der Bestand werden diese zum Teil von Chemiebetrieben aufgrund ungenügender Lagermöglichkeiten als Lagerraum verwendet.

Aus diesen wesentlichen Schwächen ergibt sich, dass im Transportplan ein Planrückstand von 13.023.000 t zu verzeichnen ist.

Universitäten und Hochschulen

Bei der Einschätzung der Situation an den Universitäten und Hochschulen muss von der Tatsache ausgegangen werden, dass sich zum Zeitpunkt der Einleitung

⁶⁴ Reichsbahnausbesserungswerk.

der Schutzmaßnahmen die Studenten in Semesterferien befanden und danach der überwiegende Teil seinen Produktionseinsatz ableistete, sodass konzentrierte negative bzw. feindliche Erscheinungen im Zusammenhang mit den Maßnahmen des 13.8.1961 in erster Linie unter den Wissenschaftlern und Angehörigen der Lehrkörper festgestellt werden konnten.

Schwerpunkte in dieser Hinsicht bildeten an allen Universitäten und Hochschulen die medizinischen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und theologischen Fakultäten bzw. Fachrichtungen.

So waren an der Karl-Marx-Universität Leipzig neben starker Zurückhaltung in politischen Meinungsäußerungen zahlreiche negative und feindliche Diskussionen von Wissenschaftlern und Lehrkräften zu verzeichnen. Selbst Mitglieder und Funktionäre der Partei (bisher laufen 50 Parteiverfahren) traten mit feindlichen Konzeptionen auf.

Konzentriert sind derartige Vorkommnisse an der medizinischen, landwirtschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen sowie journalistischen Fakultät und am kunsthistorischen Institut vorhanden gewesen, wo von Seiten der Universitätspar-teileitung kritische Auseinandersetzungen geführt wurden.

Studenten der Karl-Marx-Universität traten verstärkt mit feindlichen Meinungs-äußerungen im Zusammenhang mit der Werbung zur NVA auf⁶⁵, so dass bisher 42 exmatrikuliert und 4 relegiert werden mussten.

An der Rostocker Universität gibt es unter den Wissenschaftlern eine solche Si-tuation, dass eine große Anzahl mit den Maßnahmen nicht einverstanden sind, jedoch es bisher noch zu keinem offenen Ausbruch dieser Stimmungen kam.

An den Fakultäten für Mathematik, Naturwissenschaften, Bauwesen und Elektro-technik der Technischen Universität Dresden wurden mehrere feindliche Grup-pierungen von jungen Angehörigen der technischen sowie wissenschaftlichen Intelligenz festgestellt, die sozialdemokratische bzw. revisionistische Plattformen vertraten.

An der Martin-Luther Universität Halle traten besonders negativ Mitglieder des „Halleschen Zentrums der Leopoldina“ hervor und versuchten der Vorbereitung einer Zustimmungserklärung des akademischen Senats zu den Schutzmaßnah-men durch taktische Maßnahmen Widerstand entgegenzusetzen⁶⁶.

Der Prodekan der medizinischen Fakultät verbot offiziell die Durchführung von FDJ -Versammlungen zur Werbung für die NVA.

An der Humboldt-Universität Berlin konzentrieren sich negative und feindliche Ansichten der Wissenschaftler und auch von Studenten hauptsächlich auf die medizinische und mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät. Hinzu kommt, dass an der medizinischen Fakultät die „Evangelische Studentengemeinde“ im negativen Sinne verhältnismäßig stark wirksam ist und es an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät zahlreiche Wissenschaftler aus Westberlin gibt,

⁶⁵ Vgl. dazu ausführlich Krätzner, Situation der Universitäten, in: Schröder/Staadt (Hrsg.), Unter Hammer und Zirkel, S. 196 ff.

⁶⁶ Weitere Dokumente dazu in: Gerstengarbe/Hennig, Opposition, S. 595–602.

die im Zusammenhang mit Diskussionen über den Lohnausgleich ungerechtfertigte Forderungen stellten.

Im Allgemeinen bilden die Universitäten und Hochschulen einen Schwerpunkt hinsichtlich der Nichtbeteiligung an der Wahl am 17. 9. 1961⁶⁷.

Beispielsweise sind 99 Studenten der Wohnheime der Universität Greifswald nicht zur Wahl erschienen, von denen 80 bewusst der Wahl fernblieben (10 Theologen, 30 Mediziner und 40 aus den Fachrichtungen Pharmazie, Physik und Chemie) und 90 % der 80 Theologiestudenten benutzten die Wahlkabine.

Von der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau nahmen 49 Studenten ihr Wahlrecht nicht in Anspruch.

Auch von Seiten der Studenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena war eine schlechte Wahlbeteiligung zu verzeichnen.

Kirche

Die Maßnahmen der Regierung der DDR werden von der Mehrheit der christlichen Bevölkerung der DDR anerkannt. Die Masse der katholischen und evangelischen Pfarrer billigte ebenfalls die Maßnahmen oder verhält sich seitdem abwartend.

Für beide Kirchen bedeuten diese Maßnahmen die tatsächliche Spaltung ihrer bisher noch als gesamtdeutsch bezeichneten Organisationen oder Gremien. In der Reaktion auf die Maßnahmen der Regierung der DDR muss zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche differenziert werden.

Über die reaktionäre Westberliner Kirchenleitung der evangelischen Kirche wurde versucht, folgendes zu organisieren:

1. Eine reaktionäre Leitung für alle Gliedkirchen der DDR mit ihrem Sitz im demokratischen Berlin. Diese Pläne sind bisher nicht zur Durchführung gekommen, da sie rechtzeitig erkannt und zerschlagen wurden und zur Zeit eine starke Gegengruppe in der Landeskirche Berlin-Brandenburg vorhanden ist, die an der Durchführung dieser Maßnahmen kein Interesse und sie bisher verhinderte.
2. Den Wiederaufbau des Nachrichtenverbindungsnetzes nach Westberlin. Dieser Plan wurde durch die Einschaltung von Ausländern als Kuriere im Wesentlichen verwirklicht.
3. Eine Hetzkampagne gegen die DDR. Die reaktionären Westberliner Kirchenführer haben zwar eine solche Hetzkampagne in den verschiedensten Formen begonnen gehabt; es hat sich aber gezeigt, dass von den einzelnen Landeskirchenleitungen bis hinunter zu den letzten Pfarrern, darauf unterschiedlich reagiert wurde. Die gesamte Thüringer Kirchenleitung weigerte sich, eine solche Kampagne mit durchzuführen. Sie brachten ihren Protest dadurch zum Ausdruck, dass sie zu der am 27. 9. 1961 stattgefundenen Ostkonferenz

⁶⁷ Am 17. 9. 1961 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt.

keinen Vertreter schickten⁶⁸. Dort musste Bischof Krummacher⁶⁹ (Greifswald) erklären, dass der Druck seiner Pfarrer, die die Maßnahmen der Regierung der DDR in ihrer großen Mehrheit anerkennen, so stark sei, dass er z. B. gezwungen war, am 17.9.1961 zur Wahl zu gehen. Es gibt jedoch nach wie vor reaktionäre evangelische Geistliche und kirchliche Angestellte, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen oder bei Besprechungen mit Staatlichen Stellen, die Maßnahmen der Regierung der DDR ablehnen. Dabei bedienen sich diese reaktionären Kräfte zur Zeit der verschiedensten Methoden, wie z. B. verstärkte Propagierung des Pazifismus, Sammlung von Stimmen für den ausgewiesenen Ratsvorsitzenden Präses Scharf⁷⁰, einzelne reaktionäre Pfarrer in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Magdeburg nahmen von der Kanzel her gegen die Maßnahmen der Regierung der DDR Stellung⁷¹.

Die Katholische Kirche hat sich in ihrer Gesamtheit auf die durchgeführten Maßnahmen der Regierung der DDR eingestellt.

Sie hat nach dem 13.8.1961 so reagiert, dass ihre offiziellen Vertreter Verbindungen zur Regierung der DDR aufnahmen, um das Verhältnis der Katholischen Kirche zum Staat zu normalisieren. Dieser Linie sind alle Aktionen der katholischen Kirche in der DDR zurzeit untergeordnet. Trotzdem gibt es auch hier einzelne reaktionäre katholische Geistliche, die mit den verschiedensten Methoden ihre Abneigung gegen die Maßnahmen der Regierung der DDR zum Ausdruck bringen.

Schwerpunkte der politisch-ideologischen Probleme bei der Reaktion der Bevölkerung der DDR auf die Maßnahmen vom 13. 8. 61

Eine Analysierung der Reaktion der Bevölkerung auf die Maßnahmen vom 13. August 1961 zeigt deutliche Differenzierungen und Schwerpunkte, sowohl von den Argumenten als auch von den verschiedenen Bevölkerungsschichten her.

⁶⁸ Auf der Ostkonferenz der evangelischen Kirchen wurde u. a. beschlossen, dass die Veranstaltung in Zukunft „Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik“ heißen solle. Vgl. Besier, SED-Staat und die Kirche, S. 431.

⁶⁹ Friedrich-Wilhelm Krummacher (1901–1974), seit 1933 NSDAP-Mitglied, als Kirchenrat im kirchlichen Außenamt der ev. Kirche tätig, ab 1939 Divisionspfarrer bei der Wehrmacht, während der sowjetischen Gefangenschaft schloss er sich dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und dem „Bund deutscher Offiziere“ an. 1945 wurde er zusammen mit der Gruppe Ulbricht nach Berlin entlassen; seit 1946 war Krummacher Berliner Generalsuperintendent, 1955 wurde er Bischof der Pommerschen evangelischen Kirchen und von Juni 1960 bis 1969 war er Vorsitzender der Kirchlichen Ostkonferenz.

⁷⁰ Kurt Scharf (1902–1990), Präses, während der NS-Zeit aktives Mitglied der Bekennenden Kirche, ab 1945 Propst und Leiter der Abteilung Brandenburg im Berliner Evangelischen Kirchenkonsistorium, 1957 bis 1960 Vorsitzender des Rates der EKU, 1961 bis 1967 Vorsitzender des Rates der EKD. Am 1.9.1961 wurde Scharf der Zutritt nach Ostberlin verwehrt und er wurde aus der DDR ausgewiesen. Vgl. ausführlich Besier, SED-Staat und die Kirche, S. 424 ff.

⁷¹ Vgl. dazu u. a. Rudolf Mau, Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990), Leipzig 2005, S. 79 ff.

Ohne im Folgenden auf die positive Reaktion näher einzugehen, muss auf die für die Gesamteinschätzung wichtige Feststellung hingewiesen werden, dass die Mehrheit aller Bevölkerungsschichten, besonders der Arbeiter und Angestellten, die Maßnahmen begrüßten und auch ihre politische Notwendigkeit anerkannten. Neben diesen positiven Reaktionen waren aber verhältnismäßig stark in allen Bezirken und Kreisen sowie in allen Bevölkerungsschichten eine Reihe auf politische Unklarheiten zurückzuführende Argumente vorhanden, aus denen zu erkennen war, dass die Stärke des sozialistischen Lagers und die Möglichkeit, Kriege zu verhindern, bezweifelt wurde.

Zu einem großen Teil war bei diesen und bei den negativen Stellungnahmen der starke Einfluss des westlichen Rundfunks und Fernsehens ersichtlich.

Neben den zahlreichen Angsteinkäufen und Geldbewegungen, hervorgerufen durch das gegnerische Gerücht über einen angeblichen Geldumtausch, zeigte sich dies auch darin, dass in den ersten Reaktionen unmittelbar nach dem 13.8. die negativen oder direkt feindlichen Stimmen im Verhältnis zu den positiven sehr gering waren, aber dann analog der gegnerischen Hetz- und Verleumdungskampagnen in immer stärkerem Maße zunahmen, hauptsächlich mit den Argumenten:

- die Maßnahmen würden die Kriegsgefahr erhöhen,
- die Maßnahmen würden die Spaltung Deutschlands vertiefen,
- Westberlin mit Stacheldraht zu umgeben, sei eine Provokation.

Als eine weitere Ursache für das Anwachsen der unklaren und negativen Stellungnahmen und als ebenfalls für mehr oder weniger alle Bevölkerungskreise typische Erscheinung ist die Ansicht

- die Westmächte werden sich das nicht bieten lassen und Gegenmaßnahmen ergreifen zu werten.

Aus ihr entsprangen auch zu einem großen Teil die stark aufgetretenen Tendenzen des Abwartens und Zurückhalten und teilweise wurde die Meinung vertreten, man müsse jetzt sehr vorsichtig mit allen Äußerungen sein.

Ein großer Teil dieser auf gegnerische Maßnahmen spekulierenden Personen diskutierte deshalb nach Ausbleiben solcher Maßnahmen negativ, während andere – besonders bei Angehörigen der Intelligenz festzustellen – nach wie vor eine abwartende Haltung einnehmen bzw. nur in sehr vertrautem Kreise ihre wahre Meinung sagen.

Als ebenfalls typisch für alle Bevölkerungsschichten und Bezirke ist zu dem Komplex unklare und negative Meinungen folgende Erscheinung zu werten:

In vielen Fällen werden die Maßnahmen vom 13.8.61 zu einseitig, als nur gegen die Grenzgänger und Schieber gerichtet, betrachtet und die vielen anderen politischen Aspekte, z. B. die große Bedeutung für die Erhaltung des Friedens, noch nicht richtig erkannt bzw. ignoriert oder abgelehnt.

Während sie als Maßnahmen gegen Grenzgänger und Schieber fast ausnahmslos begrüßt und unterstützt werden, gibt es für die verschiedensten anderen Gesichtspunkte eine Reihe Bedenken, Einwände und bis zu offenen feindlichen Diskussionen reichende Ablehnung. Zum Teil verbergen sie sich auch hinter den

Diskussionen über die „Form der Maßnahmen“ (Stacheldraht und Panzer) und hinter den Diskussionen über die angeblich nicht offene Begründung der Maßnahmen durch Partei und Regierung.

Die wichtigsten und am häufigsten auftretenden Argumente – in zusammengefasster Form dargestellt – waren:

– Die offizielle Begründung, besonders die militärischen Angriffspläne der Bonner Ultras, die Tätigkeit der Agentenzentralen und die Rolle Westberlins als Brückenkopf sei gar nicht so stichhaltig und entspräche nicht der Wahrheit. Es ginge lediglich um eine Verhinderung der Republikflucht.

Dazu werden u. a. folgende „Begründungen“ angeführt:

- Ursache der Republikflucht sei nicht der von Westdeutschland betriebene Menschenhandel, sondern die Politik in der DDR selbst (vor allem die Beschränkungen im Reiseverkehr nach Westdeutschland) bzw. das sozialistische System überhaupt;
- der westdeutsche Militarismus sei gar nicht so gefährlich, wie er immer dargestellt wird;
- die Maßnahmen würden sich in erster Linie gegen die Bevölkerung der DDR selbst richten und ihre „Freiheit“ beschränken;
- statt der Maßnahmen hätte man „freie Wahlen“ durchführen sollen.

Auch diese „Argumente“ spiegeln deutlich den Einfluss der feindlichen Propaganda wieder und ihre Wirksamkeit zeigte sich vereinzelt auch in solch offenen provokatorisch-feindlichen Äußerungen:

von einem „KZ – DDR“, dass bald alles zusammenbrechen und es einen neuen 17. Juni geben werde.

Mit Ausnahme der im letzten Absatz genannten feindlichen Äußerungen wurden die bisher angeführten Erscheinungen, Reaktionen und Argumente zwar aus allen Bevölkerungskreisen bekannt, aber besonders sind nach übereinstimmenden Einschätzungen Angehörige der Intelligenz, kleinbürgerliche Personenkreise, Teile der ländlichen Bevölkerung und Jugendliche Träger dieser und ähnlicher falscher Ideologien und deshalb als Schwerpunkte unter den Bevölkerungskreisen zu betrachten.

Jedoch gibt es auch hier bestimmte Differenzierungen.

Bei den Angehörigen der Intelligenz sind vor allem die medizinische Intelligenz (außer Tierärzten) und die wissenschaftliche Intelligenz Schwerpunkt, während die technische und pädagogische Intelligenz nicht in diesem Ausmaße auftraten. Bei den ländlichen Bevölkerungskreisen treten besonders solche Personen auf, die erst bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft Mitglieder der LPG wurden und besonders Angehörige der LPG Typ I⁷².

⁷² Es gab drei LPG-Typen: Beim Typ I wurde das Ackerland eingebracht, beim Typ II das Ackerland, die Maschinen und die Zugtiere, der Typ III war vollgenossenschaftlich, d. h. Ackerland, Maschinen, Zugtiere, das gesamte Nutzvieh, Wiesen, Weiden und Waldflächen und sonstige Güter wurden eingebracht.

Für die Haltung dieser Bevölkerungskreise sind neben den bereits erwähnten Argumenten noch folgende, speziell von ihnen vertretene Ansichten und Argumente charakteristisch.

Angehörige der Intelligenz:

- Die Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen und private Besuche in Westdeutschland seien durch die Maßnahmen unmöglich gemacht.
- Die Wissenschaft der DDR, besonders die medizinische Wissenschaft, würde dadurch weit hinter dem internationalen Stand zurückbleiben.
- Es sei mit dem Abbau ihrer Vergünstigungen und mit einer Anpassung an das (angeblich sehr niedrige) Lebensniveau der Volksdemokratien zu rechnen.
- Das Ärztekommunique⁷³ sei nicht eingehalten worden (Besuche bei Verwandten und Teilnahme an Kongressen in WD⁷⁴) und man müsse mit einem „harten Kurs“ rechnen.
- Für die Allgemeinheit wären diese Maßnahmen gut, aber für Angehörige der Intelligenz müssten Ausnahmen gestattet werden; denn die Reisebeschränkungen seien auf die Dauer nicht ertragbar.

Man müsse den Eindruck gewinnen, dass die Partei und Regierung den Angehörigen der Intelligenz, besonders den Ärzten, misstraut. Es sei nur auf den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages zu hoffen, damit die Reisebeschränkungen wieder gelockert werden.

Im Bezirk Halle wurde aus Kreisen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz zusammen mit dem Hinweis, dass man ihnen durch die Maßnahmen ein Druckmittel (Republikflucht) aus der Hand geschlagen habe, bekannt, dass man plant die Notwendigkeit des Erfahrungsaustausches mit Westdeutschland durch geeignete Arbeitsweise (!) der Regierung nachzuweisen, um dadurch wieder eine Möglichkeit zum Verlassen der DDR zu erhalten.

Kleinbürgerliche Personenkreise:

Hier traten besonders Handwerker, Geschäftsleute und Angehörige kleinbürgerlich-demokratischer Parteien in Erscheinung.

- Nach diesen Maßnahmen wird jetzt sicher auch das Handwerk und das Privateigentum „mit Gewalt“ sozialistisch umgestaltet, bzw. ist mit einem „härteren Kurs“ und mit „einschneidenden Maßnahmen“ zu rechnen.
- Die Maßnahmen werden Materialschwierigkeiten zur Folge haben und mit dem privaten Handwerk wird es wohl zu Ende gehen.
- Die Perspektive des Mittelstandes, wie sie auf dem 13. Plenum gegeben wurde⁷⁵, mache man jetzt rückgängig.

⁷³ Um die Abwanderung von Ärzten aus der DDR zu stoppen, erließ die SED u. a. im September 1958 und im Dezember 1960 Ärztekommunikés. Vgl. dazu Anna-Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster 1997, S. 52f. u. S. 108.

⁷⁴ Westdeutschland.

⁷⁵ Das 13. Plenum des ZK der SED fand am 3./4. 7. 1961 statt; Protokoll in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY30/IV 2/1/257–259.

Letzteres Argument wurde z. B. im Bezirk Erfurt im Zusammenhang mit einigen Überspitzungen gebraucht, als versucht wurde, Handwerksbetriebe und Werkstätten republikflüchtig gewordener Personen für andere Zwecke zu verwenden. Bei vielen Angehörigen kleinbürgerlich-demokratischer Parteien zeigten sich Resignationserscheinungen besonders bei der Vorbereitung der Wahlen, die zu Passivität und zum Ablehnen von Kandidaturen führten.

Im Bezirk Cottbus begründeten z. B. CDU- und DBD⁷⁶-Kandidaten ihre Ablehnung mit dem Argument, dass sie mit der gegenwärtigen Politik der Partei und Regierung nicht einverstanden wären und dafür später nicht zur Verantwortung gezogen werden wollen.

Ländliche Bevölkerungskreise:

Wie bereits erwähnt wurden vor allem von solchen LPG-Mitgliedern, vorwiegend Typ I, negative Diskussionen und Spekulationen geäußert, die bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in die LPG eintraten:

- Man wird mit den Bauern jetzt eine andere Sprache sprechen.
- Eine Rückgängigmachung der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande wird jetzt nicht mehr möglich sein.

Auf der anderen Seite wird von einzelnen LPG-Bauern z. B. im Bezirk Rostock das Gerücht verbreitet, dass im Herbst mit der Auflösung einiger LPG zu rechnen sei. Die Aktion zur Einschränkung des Abhörens westlichen Rundfunks und Fernsehens zeigte besonders auf dem Lande den starken Einfluss westlicher Propaganda⁷⁷. So wurde erklärt, dass man sich nach 2 Seiten orientieren müsse, dass die Verfassung Rede- und Pressefreiheit gewährleiste und man deshalb das Abhören westlicher Sender nicht verbieten könne.

Jugendliche:

Nach übereinstimmenden Einschätzungen aller Bezirke stellen die Jugendlichen hauptsächlich bis zu 25 Jahren einen besonderen Schwerpunkt dar. Das zeigt sich auch in dem hohen Anteil jugendlicher Täter an den nach dem 13. August stark angestiegenen feindlichen Handlungen, besonders aber an der Reaktion zum FDJ-Aufgebot (Eintritt in die NVA)⁷⁸.

Neben den bereits angeführten allgemein verbreiteten Argumenten, ist für viele Jugendliche typisch, dass sie offen erklären, nicht mehr ihren „Interessen“ entsprechend nach Westberlin fahren können oder dass sie mit Bestimmtheit noch

⁷⁶ Demokratische Bauernpartei Deutschlands.

⁷⁷ Anfang September 1961 startete die SED eine organisierte Kampagne gegen den Empfang von Westsendern. Diese Kampagne, die unter dem Schlagwort Aktion „Blitz“ bzw. „Ochsenkopf“ firmierte, wurde federführend von der FDJ durchgeführt. Es wurden Antennen abmontiert oder umgesetzt, vereinzelt Rundfunk- und Fernsehgeräte beschlagnahmt und Personen, die Westfernsehen bzw. -rundfunk empfangen, öffentlich diffamiert. Vgl. u. a. Eisenfeld/Engelmann, 13. 8. 1961: Mauerbau, S. 7.

⁷⁸ Unmittelbar nach dem Mauerbau startete u. a. die FDJ eine Kampagne zum „freiwilligen“ Eintritt in die NVA. Vgl. Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003, S. 34f.

republikflüchtig geworden wären, wenn sie vorher etwas von diesen Maßnahmen hätten ahnen können.

Stark sind diese Meinungen vor allem in den Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und in Berlin verbreitet.

Diese Grundhaltung zeigt sich auch in den zahlreichen und teils gelungenen Versuchen, nach den Maßnahmen gewaltsam die Staatsgrenze nach Westberlin zu durchbrechen. Ferner weist die provozierende Haltung von Jugendlichen gegenüber den Sicherungskräften an der Grenze auf die noch immer starke westliche Orientierung hin.

In allen Bezirken gleichermaßen stark sind die Ablehnungen eines Eintritts in die NVA, wenn auch die positive Haltung der Jugendlichen insgesamt überwiegt. Die hauptsächlichsten Argumente gegen einen Eintritt sind:

- Wozu verstärkte Armee, wenn wir doch den Frieden wollen.
- Wir schießen nicht auf unsere Brüder und Schwestern.
- Wir nehmen keine Waffe in die Hand, denn Waffe ist Waffe.
- Die Warschauer Paktstaaten sollen unseren Schutz organisieren.
- Wir gehen nur zur NVA, wenn die Wehrpflicht eingeführt wird⁷⁹.

In vielen Fällen ist der Einfluss der FDJ gegen diese Haltung vieler Jugendlicher noch ungenügend, z. B. Frankfurt/Oder und Erfurt, Berlin.

Im Bezirk Erfurt verhielten sich z. B. ganze FDJ-Gruppen passiv zum Aufruf der FDJ und besonders ablehnend traten Studenten und Angehörige der jungen Intelligenz in Erscheinung.

Die gleiche Feststellung wurde im Bezirk Suhl an der Hochschule für Elektrotechnik in Ilmenau getroffen.

Der überwiegende Teil der kirchlich gebundenen Jugendlichen, ganz offensichtlich unter dem Einfluss der von der Kirche verbreiteten Hetze und Ablehnung der NVA, wendet sich mit dem Hauptargument, dass der Eintritt in die NVA ihrem Gewissen widerspreche und deshalb nicht zu verantworten sei, gegen den Kampfaufruf der FDJ.

⁷⁹ Die allgemeine Wehrpflicht wurde am 24. 1. 1962 in der DDR eingeführt.

Online verfügbar: das „Zeugenschrifttum“ des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte

Die Beständegruppe Zeugenschrifttum (ZS) ist eine in Deutschland, wenn nicht weltweit, singuläre Quellensammlung über die Geschichte der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sie ist eine der Überlieferungssäulen des Archivs des IfZ und bedeutender Forschungsgegenstand sowohl im Institut als auch anderer nationaler und internationaler Wissenschaftler. Jährlich werden die ZS-Bestände von mehreren hundert Nutzern abgefragt und zusätzlich von den hausinternen Wissenschaftlern des IfZ häufig genutzt.

Es handelt sich hierbei um gut 2.800 Kleinstbestände, die aus Zeugenbefragungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind und die sowohl aufgrund ihres Inhaltes als auch aufgrund ihrer Genese in Deutschland einmalig sind.

In Ermangelung an Quellen zur Erforschung des Nationalsozialismus – vieles war verloren, verschollen oder von den Besatzungsmächten beschlagnahmt und außer Landes gebracht worden – begann das Institut damit, selbst Zeitzeugen zu befragen oder Befragungen durch Dritte zu sammeln. Ausgangspunkt dieser Sammlung waren die Nürnberger Prozessakten und die dazugehörigen Beweisdokumente, welche Zeugenaussagen und eidesstattliche Erklärungen enthielten. Anfang der 1950er Jahre wurde unter dem Institutsdirektor Hermann Mau auf Anregung Ludwig Bergsträssers Fritz Freiherr von Sieglar damit beauftragt, Interviews mit als interessant eingestuften Personen in ganz Deutschland zu führen. Auch andere Institutsmitarbeiter führten im Rahmen ihrer Forschungen entweder schriftlich oder mündlich Befragungen durch. So ergab sich eine Art Schneeballsystem, das u. a. dazu führte, dass Betroffene oder Zeugen dem Institut auf eigene Initiative hin Berichte lieferten. Dieses Material wurde mit an das Archiv gelangten Sammlungen von Befragungsergebnissen externer Forscher zusammengefasst und bildet heute die Beständegruppe ZS. Als eine Art Vorform der mittlerweile in der Geschichtswissenschaft etablierten „Oral-History“ fanden die gegenwärtig bei dieser Quellenart etablierten Maßstäbe, Befragungs- und Auswertungsstandards bei den Zeugenbefragungen noch keine Anwendung. In vielen Fällen bietet diese Überlieferung Auskünfte zu Einzelheiten, die in staatlichen oder parteiamtlichen Quellen, soweit diese noch existieren, nicht zu finden sind. Ergänzt wurde diese Beständegruppe durch eine Sammlung von Erlebnisberichten und Lebenserinnerungen, welche als Anhang (ZS/A) im Archiv geführt wird.

Wenn diese beiden Beständegruppen auch einer besonderen quellenkritischen Betrachtung bedürfen, so sind sie doch damals wie heute ein einzigartiger Fundus an Informationen für die Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus. Nach ihrer Aufnahme im Archiv wurden sie fortlaufend durch Initiativabgaben ergänzt. Mittlerweile umfassen ZS und ZS/A 205 Archivkartons.

Teile dieser Überlieferung wurden dem Institut als geschlossene Bestände übergeben, wie z. B. die sechsbändige Sammlung Stiftung Hilfswerk 20. Juli (ZS/A 29) vor allem mit persönlichen Berichten zum Widerstand, die Abgabe Bodo Scheurig (ZS/A 31) mit elf Bänden Interviews und Materialien zu Henning

von Tresckow, Ewald von Kleist-Schmenzin, Stalingrad und dem Nationalkomitee Freies Deutschland, die Materialsammlung des niederländischen Historikers Ger van Roon (ZS/A 18), 25 Bände vornehmlich über den Kreisauer Kreis, ein achtbändiges Konvolut zum Widerstand in Bayern (ZS/A 4) und die in 13 Bänden zusammengefassten Unterlagen über die Europäische Publikation e.V., eine Arbeitsgemeinschaft von Offizieren, Historikern, Juristen und Theologen zur Erforschung der militärischen Widerstandsbewegung in der nationalsozialistischen Zeit, übergeben von Hermann von Witzleben (ZS/A 28). Die ursprünglich ebenfalls in diesem Kontext abgelegte Sammlung „Walter Hammer“ wurde wegen ihres Umfangs mittlerweile in einen eigenen Bestand überführt (ED 106).

Aus einer quantitativen Auswertung der Beständegruppe ZS bezogen auf die Berufe der Befragten lässt sich schließen, welche Schwerpunkte in dieser Hinsicht bei den Befragungen wesentlich waren. Knapp ein Viertel der Interviews oder Schriftwechsel (gut 600) wurden mit Vertretern des Militärs unterschiedlicher Ränge durchgeführt, in der Regel den Dienstgrad Major nicht unterschreitend. Ca. ein Sechstel der Befragten (knapp 400) waren Mitglieder von Regierung, Ministerial-, Provinz- oder – seltener – Kommunalverwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Mitglieder von SS und SA. Knapp 350 Befragungen betrafen diese Gruppe, gefolgt von Wirtschaftsführern oder leitenden Angestellten in Wirtschaftsunternehmen – diese Gruppe macht ungefähr ein Zehntel der Befragten (ca. 200) aus. Verhältnismäßig stark vertreten sind mit gut 120 Befragungen Mitglieder des Auswärtigen Amtes, vornehmlich Diplomaten, und mit ca. 140 Befragungen Personen, die in der Justiz tätig waren. Politiker, die nicht der NSDAP angehörten, sowie Vertreter von Kirchen und Gewerkschaften sind relativ selten unter den Befragten zu finden.

Diese quantitative Schwerpunktbildung gibt zwar einen Hinweis auf die für die Forschung wichtigen Quellen im Zeugenschrifttum, doch sagt sie nichts über die Qualität der Befragung aus. Auch von Berufsgruppen, die weniger häufig in der Befragung berücksichtigt wurden, können sich qualitativ sehr hochwertige und für die Forschung besonders relevante Aussagen einiger weniger, dafür aber gegebenenfalls sehr bedeutender Zeitzeugen wiederfinden. Einige Beispiele aus dem Zeugenschrifttum seien hier genannt:

Der Bestand ZS 428 enthält Vernehmungsprotokolle der Vernehmungen Hermann Görings anlässlich des Nürnberger Prozesses durch die Alliierten Militärbehörden vom 19., 20., 23., 24. und 27. Juli sowie vom 13. und 17. Oktober zu den unterschiedlichsten Themen. In ZS 2019 sind Interviews mit Robert Ley vom 27. Juni und 19. Juli 1945 enthalten, die u. a. Auskunft geben zur Deutschen Arbeitsfront und hier beispielsweise zu „Use of foreign labor“ oder „Employment of Women“. Bezogen auf die nationalsozialistische Führungsriege lässt sich feststellen, dass das Interesse der Interviewer auch den nahen Verwandten und Ehefrauen galt. So wurden u. a. Lina Heydrich (ZS 3092) und Henriette von Schirach (ZS 2238) befragt – letztere von David Irving.

Um weitere Erkenntnisse über das Leben Adolf Hitlers zu erhalten, wurden auch Personen aus seinem Umfeld befragt. Angefangen bei seiner Haushälterin Anni Winter (ZS 194) und der Köchin vom Obersalzberg Therese Linke (ZS 3135)

über seinen Kraftfahrer Erich Kempka (ZS 253) und seine Sekretärin Christa Schröder (ZS 2240) bis hin zu seinem persönlichen Adjutanten Richard Schulze-Kossens (ZS 2247) und seinem Leibarzt Theodor Morell (ZS 3081).

ZS 2045

Köln - Rotkeulend
25.1.52

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
ARCHIV
676/52

Sehr geehrter Herr Dr. Mau.

1. In file von Brünning:

Kapazität, Kapazität von Meeres
Vielteig auf Jonack
sichelt Ray von meeres Vierschicht
optimalste Kapazität von Meeres
abso. Folge, seiner Vierschicht.
Ray meeres Vierschicht meeres
hierbei selbstständig zuverfügen.
zu selbstständig, selbst in Süd.
sichelt meeres.

ausgezeichnete Räumliche Raum und
Räume geben.

Kapazität ist die Warbarga
ist in meeres - meeres
Räumliche Kapazität Vierschicht.
sichelt meeres PIROW's von South
sichelt meeres meeres Kapazität zu
Bd. Kapazität.

alle an den Vierschicht
Kapazität meeres
2. Brünning

Dt. Institut z. Erf. d. Nat.-Soz.			
Eing. n. am 30. Jan. 1952			
T. n. Br. 1200		Anl.	
M		A1	

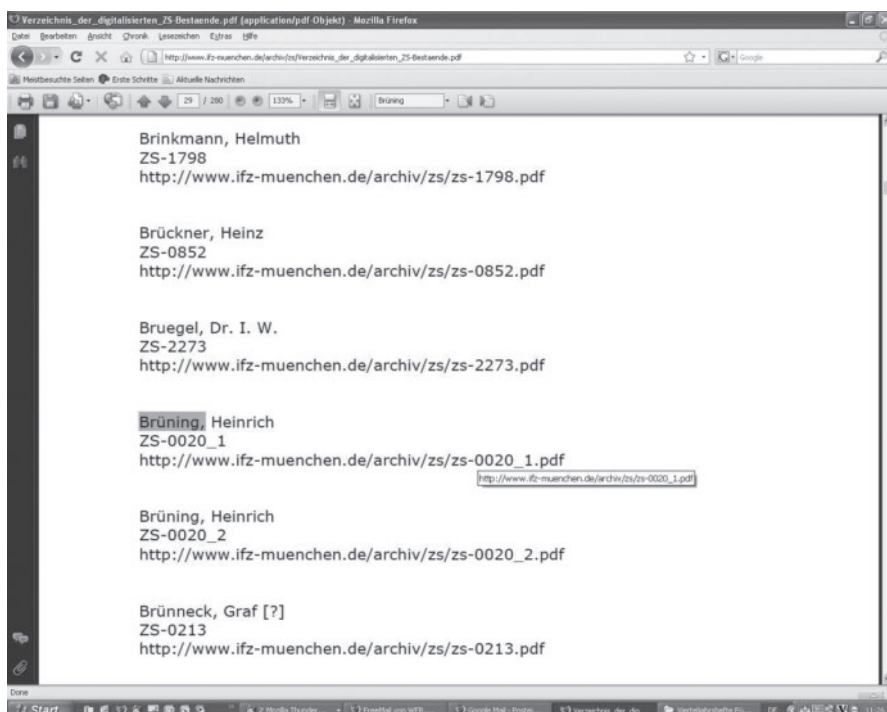
00004

Schreiben von Brünning an Mau vom 25. Januar 1952 noch mit dem Bearbeitungsstempel des „Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus“

Unter den Befragten sind auch bedeutende Politiker aus der Weimarer Republik wie Heinrich Brüning (ZS 20). Er wurde u. a. zur Zeit des Übergangs von der Weimarer Demokratie in die nationalsozialistische Diktatur befragt.

Einige weitere prominente Zeugen seien hier nur kurz namentlich aufgeführt: Joseph Wirth (ZS 398), Prof. Dr. Hans Luther (ZS 3122), Dr. Otto Strasser (ZS 1818), Julius Streicher (ZS 2072), Dr. Arthur Seyss-Inquart (ZS 300), Joachim von Stülpnagel (ZS 306) und Franz Halder (ZS 240).

Mittlerweile sind die Archivalien der Beständegruppe ZS online abrufbar. Jedes Archival wurde digitalisiert und in Form einer pdf-Datei zusammengefasst, um es so als archivische Einheit online präsentieren zu können. Alle Archivalien der Beständegruppe wurden archivisch foliiert, d. h. auf der Vorderseite eines jeden Blattes mit einer fortlaufenden Nummer versehen. Diese ist bei der wissenschaftlichen Arbeit als Zitierhilfe zu verwenden. Insgesamt wurden von den Beständen ca. 110.000



Ausschnitt aus der online verfügbaren Beständeliste mit den Verweisen auf die einzelnen Archivalien

Images erstellt und mit einem digitalen „Wasserzeichen“ versehen, um sie schließlich der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können.

In der Beständeliste, die über den Verweis http://www.ifz-muenchen.de/bestaende_online.html aufgerufen werden kann, befinden sich die Bestandssignaturen und die entsprechenden Links, die angeklickt werden müssen, um die Archivalien des jeweiligen Bestandes anzusehen. Durch Scrollen des Bildschirms

ist es möglich, die unterschiedlichen Seiten auszuwählen. Das Ausdrucken der Archivalien ist nicht möglich.

Einige wenige Bestände sind aufgrund von bestehenden archivischen Schutz- oder anderweitigen Sperrfristen noch nicht online verfügbar. Hierauf wird in der Beständeliste im Internet verwiesen. Diese Bestände können unter Berücksichtigung der Sperrfristen und der Benutzungsordnung des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte für wissenschaftliche Zwecke im Archiv des Instituts in München benutzt werden.

Helge Kleifeld

... von der Redaktion betreut (Juli–September 2011)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionssjournal *sehpunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehpunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst:

In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehpunkten* erschienen sind.

David Barnouw, *Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg. Eine Einführung*, Münster 2010.

Rezensiert von: Katja Happe (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehpunkte.de/2011/07/19315.html>

Friedrich Bauer/Enrico Seewald, *Bruno Kreisky in Ost-Berlin 1978. Ein Besuch der besonderen Art*, Innsbruck 2011.

Rezensiert von: Elisabeth Röhrlich (Wien) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehpunkte.de/2011/09/19696.html>

Ulrich Becker/Hans Günter Hockerts/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*, Bonn 2010.

Rezensiert von: Marcel Boldorf (Ruhr-Universität Bochum) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehpunkte.de/2011/09/19373.html>

Edda Binder-Iijima/Heinz-Dietrich Löwe/Gerhard Volkmer (Hrsg.), *Die Hohenzollern in Rumänien 1866–1947. Eine monarchische Herrschaftsordnung im europäischen Kontext*, Köln/Weimar/Wien 2010.

Rezensiert von: Peter Ulrich Weiß (Potsdam) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehpunkte.de/2011/09/19124.html>

Jost Dülffer/Gottfried Niedhart (Hrsg.), *Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters*, Essen 2011.

Rezensiert von: Klaus Schwabe (Aachen) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehpunkte.de/2011/09/19742.html>

Barbara Engelking, *Jest taki piękny słoneczny dzień... Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942–1945*, Warszawa 2011.

Rezensiert von: Ingo Loose (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehpunkte.de/2011/07/20322.html>

Barbara Engelking, *Jest taki piękny słoneczny dzień ... Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942–1945*, Warszawa 2011.

Rezensiert von: Piotr Weiser (Jagiellonen-Universität, Krakau/Jüdisches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20323.html>

Barbara Engelking, *Jest taki piękny słoneczny dzień ... Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942–1945*, Warszawa 2011.

Rezensiert von: Witold Mędykowski (Yad Vashem, Jerusalem/Universität Haifa) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20324.html>

Roger Engelmann/Bernd Florath/Helge Heidemeyer u. a. (Hrsg.), *Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR*, Berlin 2011.

Rezensiert von: Rainer Eckert (Leipzig) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/19805.html>

Renate Faerber-Husemann, *Der Querdenker. Erhard Eppler. Eine Biographie*, Bonn 2010.

Rezensiert von: Anna-Lisa Neuenfeld (Friedrich-Schiller-Universität, Jena) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19132.html>

Beatrice de Graaf, *Über die Mauer. Die DDR, die niederländischen Kirchen und die Friedensbewegung*, Münster 2007.

Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/15587.html>

Jan Grabowski, *Judenjagd. Polowanie na Żydów 1942–1945. Studium dziejów pewnego powiatu*, Warszawa 2011.

Rezensiert von: Ingo Loose (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20322.html>

Jan Grabowski, *Judenjagd. Polowanie na Żydów 1942–1945. Studium dziejów pewnego powiatu*, Warszawa 2011.

Rezensiert von: Piotr Weiser (Jagiellonen-Universität, Krakau/Jüdisches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20323.html>

Jan Grabowski, Judenjagd. Polowanie na Żydów 1942–1945. Studium dziejów pewnego powiatu, Warszawa 2011.

Rezensiert von: Witold Mędykowski (Yad Vashem, Jerusalem/Universität Haifa) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20324.html>

Jan Tomasz Gross/Irena Grudzińska-Gross, Złote żniwa. Rzecz o tym, co się; działo na obrzeżach zagłady Żydów, Kraków 2011.

Rezensiert von: Ingo Loose (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20322.html>

Jan Tomasz Gross/Irena Grudzińska-Gross, Złote żniwa. Rzecz o tym, co się; działo na obrzeżach zagłady Żydów, Kraków 2011.

Rezensiert von: Piotr Weiser (Jagiellonen-Universität, Krakau/Jüdisches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20323.html>

Jan Tomasz Gross/Irena Grudzińska-Gross, Złote żniwa. Rzecz o tym, co się; działo na obrzeżach zagłady Żydów, Kraków 2011.

Rezensiert von: Witold Mędykowski (Yad Vashem, Jerusalem/Universität Haifa) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20324.html>

Uwe Hebekus/Susanne Lüdemann (Hrsg.), Massenfassungen. Beiträge zur Diskurs- und Mediengeschichte der Menschenmenge, München 2010.

Rezensiert von: Stefanie Middendorf (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/18761.html>

Michael Heinz, Von Mähdreschern und Musterdörfern. Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft und die Wandlung des ländlichen Lebens am Beispiel der Nordbezirke, Berlin 2011.

Rezensiert von: Jens Schöne (Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/19740.html>

Hans Günter Hockerts, Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen 2011.

Rezensiert von: Marcel Boldorf (Ruhr-Universität Bochum) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19373.html>

Maria Höhn/Martin Klimke, A Breath of Freedom. The Civil Rights Struggle, African American GIs, and Germany, Basingstoke 2010.

Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/19271.html>

Richard Lein, *Pflichterfüllung oder Hochverrat? Die tschechischen Soldaten Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg*, Münster/Hamburg/Berlin/London 2011.

Rezensiert von: Pascal Trees (Bonn) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19792.html>

Adam Michnik (Bearb.), *Przeciw antysemityzmowi 1936–2009*. [Gegen Antisemitismus 1936–2009], Kraków 2010.

Rezensiert von: Jürgen Hensel (Jüdisches Historisches Institut, Warschau) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/20321.html>

Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. *Die Biografie*, St. Pölten 2010.

Rezensiert von: Benjamin Gilde (Goethe-Universität, Frankfurt/M.) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19234.html>

Sonja Profitlich, *Mehr Mündigkeit wagen. Gerhard Jahn (1927–1998). Justizreformer der sozial-liberalen Koalition*, Bonn 2010.

Rezensiert von: Jan Hansen (Humboldt-Universität zu Berlin) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19540.html>

Philipp Rock, *Macht, Märkte und Moral. Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren*, Bruxelles [u. a.] 2010.

Rezensiert von: Florian Hannig (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19418.html>

Hartmut Rosa/Lars Gertenbach/Henning Laux u. a., *Theorien der Gemeinschaft zur Einführung*, Hamburg 2010.

Rezensiert von: Jörn Retterath (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/19569.html>

Niklas H. Rossbach, *Heath, Nixon and the Rebirth of the Special Relationship. Britain, the US and the EC, 1969–74*, Basingstoke 2009.

Rezensiert von: Holger Klitzing (Berlin) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/18733.html>

Friederike Sattler/Christoph Boyer (Hrsg.), *European Economic Elites. Between a New Spirit of Capitalism and the Erosion of State Socialism*, Berlin 2009.

Rezensiert von: Volker Zimmermann (Collegium Carolinum, München) in sehpunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19622.html>

Marcus Sonntag, Die Arbeitslager in der DDR, Essen 2011.

Rezensiert von: Tobias Wunschik (Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19616.html>

Stefan Wolle, Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971, Berlin 2011.

Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19786.html>

Rezensionen zu Publikationen aus den Reihen des IfZ (Juli-September 2011)

Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011.

Rezensiert von: Jochen Laufer (Potsdam) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19643.html>

Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.

Rezensiert von: Holger Nehring (University of Sheffield) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/19672.html>

Mechthild Lindemann/Michael Mayer (Bearb.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1962, München 2010.

Rezensiert von: Ulrich Lappenküper (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2011/07/19870.html>

Anne Rohstock, Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976, München 2010.

Rezensiert von: Barbara Wolbring (Historisches Seminar, Goethe-Universität, Frankfurt/M.) in sehepunkte 11 (2011), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2011/09/17694.html>

Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, **Contemporary History in the World of the Social Sciences. Legitimacy and Originality of an Academic Discipline**

Unlike other historiographic disciplines contemporary history has to define itself in a both intra- and interdisciplinary arena. While the debate on when exactly contemporary history begins has accompanied its practitioners from the very beginning, the question as to what sets it apart from other social sciences has long been suspended. With the fields of research moving rapidly into the last decades of the twentieth century this problem becomes increasingly urgent. Not only does contemporary history investigate the same empirical phenomena that have already been analysed by sociologists, economists, and political scientists, it also appropriates the theories constructed by these neighbouring disciplines. The present article exemplarily outlines this borrowing practice looking at the careers of theoretical models such as value change, international interdependence and economic structural change first in their own fields, then among historians. Beyond the easily identifiable hazards of using the data compiled by contemporary social scientists and reproducing their findings, the more fundamental problem lies in the all-too-easy adoption of the theories by which these have been produced. The heuristic and explanatory appeal of these theories results from their epistemic proximity to the hermeneutic horizon of contemporary historians and leads to the adoption rather than critical reflection of such models. This danger, however, also leads to the great potential of contemporary history which should historicise and look beyond the perspectives of contemporary social scientists.

Michael Mayer, **Actors, Crimes and Continuities. The German Foreign Office During the Third Reich – an Internal Differentiation**

The final report of the Commission of Historians Dealing with the History of the German Foreign Office during the Nazi Dictatorship and the Federal Republic has kindled a heated debate. Here the results of the commission are checked by systematic research. Mostly the article focuses on the question as to which new insights can be gained by engaging in an internal differentiation within the Foreign Office. The Commission of Historians has disputed that such a differentiation leads to an increase in understanding. For the first time, the staff of the various desks which were (among other things) responsible for the persecution of the Jews and the Political Department are compared. Here it becomes clear that fundamental differences existed within the Foreign Office on a hitherto unrecognised scale. What were the consequences? To answer this question, the positions espoused by the *Judenreferat* [Jewish desk] as well as the Political and Legal Departments during the Holocaust are examined. In this manner it is possible to determine a balanced internal differentiation within the Foreign Office which takes the existing internal commonalities and differences into account without downplaying its extensive participation in Nazi crimes. The results of the Commission can thus be corrected and supplemented comprehensively.

Markus Lammert, **The French Left, Terrorism and the "Repressive State" in the Federal Republic during the 1970s**

The West German "Internal Security" policy of the 1970s was harshly criticised in France. In many sections of the French Left, the Federal Republic was seen as a state which was abolishing the rule of law in its struggle against terrorism. Markus Lammert traces the different responses of the French critics, among them left-wing extremists as well as left-liberal politicians, who were soon to move into government positions. Their motives cannot be reduced to a historically founded "anti-Germanism". Mostly, the Federal Republic and its struggle with terrorism served as a projection screen for internal political conflicts within France itself. The extension of the rule of law within the Fifth Republic, extended civil liberties and improved human rights protections were among the central themes of the French Left during the 1970s. Additionally transnational German-French networks fostered cross-border protest mobilisation against the anti-terrorism policy of the German government.

Reinhard Otto/Rolf Keller, **On the Individual Registration of Soviet Prisoners of War by the Wehrmacht**

Haritonow and Müller consider our proposed method of using identity tags to establish the number of registered Soviet prisoners of war unsuitable because the number of data records has more than doubled during the course of their indexing project. A comparable approach would then result in an unrealistic total of more than 10 million prisoners. Yet these authors have completely misunderstood our line of inquiry, which is not at all about the total number of prisoners. A similar superficiality can be observed in the figures they present, which are uncritically extracted from their database, demonstrably resulting in errors due to input errors, which in turn result from the erroneous interpretation of documents or simple typing mistakes. Additionally they exhibit limited familiarity with the written records of the Wehrmacht, now mostly held by the Bundesarchiv-Militärarchiv, so that many of the documents quoted by them are not adequately contextualised. These deficiencies confirm the devastating assessment of an evaluation committee which stated that the team in Dresden led by Müller should in future focus on the humanitarian aspect of the project and leave research to others. After thorough examination of our past deliberations we see no reason to question our method and results; the corrections resulting from the enlargement of the database are within the bandwidth we predicted. One may thus continue to assume that about 3 million soldiers of the Red Army were transferred to the OKW area and were registered individually as prisoners of war between 1941 and 1945.

Daniela Münkel, **Unrest in a Closed Country. An Internal Stasi Report on the Situation in the GDR after the Construction of the Berlin Wall**

The source edited here is a hitherto unknown internal report of the East German State Security Service on security problems which occurred after the border in

Berlin was closed off. The report unadornedly names the neuralgic areas which challenged State Security currently and in the short term. Mostly the report mentions industry, agriculture, construction and transportation, education (universities), the churches, members of the intelligentsia, adolescents as well as the rural population. On the one hand the report relates to protests and resistance behaviour patterns, which were directly or indirectly related to the construction of the Berlin Wall. On the other hand it recounts the enforcement of extensive political conformity under the conditions of the now "closed off" GDR.

Dr. **Rüdiger Graf**, Akad. Rat a.Z., Fakultät für Geschichtswissenschaft, Zeitgeschichte, Ruhr-Universität Bochum (Universitätsstr. 150, 44780 Bochum); veröffentlichte u. a.: „Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933“ (München 2008); zusammen mit Constantin Goshler „Europäische Zeitgeschichte nach 1945“ (Berlin 2010).



Dr. **Kim Christian Priemel**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin (Unter den Linden 6, 10099 Berlin); veröffentlichte u. a.: „Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik“ (Göttingen 2007); als Herausgeber „Transit | Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990“ (Berlin 2011).



Dr. **Michael Mayer**, ab 1.11.2011 Dozent für Zeitgeschichte an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing (Buchensee 1, 82327 Tutzing); veröffentlichte u. a. „Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und ‚Judenpolitik‘ in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Ein Vergleich“ (München 2010); „‚Machterschleichung auf Filzpantoffeln‘. Die Bundesrepublik, die DDR und die mögliche Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien in den Siebzigerjahren“, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010, S. 127–141; als Herausgeber „Deformation der Gesellschaft. Neue Forschungen zum Nationalsozialismus“ (Berlin 2008); als Bearbeiter „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1978, 2 Bde.“ (München 2009) und „AAPD 1962, 3 Bde.“ (München 2010).



Markus Lammert, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Leonrodstr. 46 b, 80636 München) und Doktorand an der LMU München und der Université Paris Sorbonne-Paris IV; arbeitet an einer Dissertation zum Thema: „Anti-Terrorismus-Politik in Frankreich 1968–1988“.



Dr. **Reinhard Otto**, Höherer Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen (Pahnsiek 47, 32657 Lemgo); veröffentlichte u. a. zusammen mit Karl Hüser „Das Stammlager 326 (VI K) Senne. Sowjetische Kriegsgefangene als Opfer des nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges“ (Bielefeld 1992); „Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42“ (München 1998); „Die Ge-



stapo und die sowjetischen Kriegsgefangenen“ in: Gerhard Paul/Klaus Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa* (Darmstadt 2000), S. 201–221; „Sowjetische Kriegsgefangene. Von der Kollektiv- zur Individualbiographie“, in: Christian Hartmann (Hrsg.), *Von Feldherren und Gefreiten. Zur biographischen Dimension des Zweiten Weltkriegs* (München 2008), S. 82–90.



Rolf Keller, Abteilungsleiter in der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten (Welfenallee 32, 29225 Celle); veröffentlichte u.a.: „Racism versus Pragmatism: Forced Labor of Soviet Prisoners of War in Germany (1941–1942)“, in: United States Holocaust Memorial Museum – Center for Advanced Holocaust Studies (Hrsg.), *Forced and Slave Labor in Nazi-dominated Europe. Symposium Presentations* (Washington 2004), S. 109–123; „Das deutsch-russische Forschungsprojekt ‚Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945‘. Ziele, Inhalte, erste Ergebnisse“, in: Günter Bischof/Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hrsg.), *Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs. Gefangennahme – Lagerleben – Rückkehr* (Wien/München 2005), S. 459–474; „Das Kriegsgefangenenwesen im Reichsgebiet und im Wehrkreis III“, in: Axel Drieschner/Bärbel Schulz (Hrsg.), *Stalag III B Fürstenberg (Oder). Kriegsgefangene im Osten Brandenburgs 1939–1945* (Berlin 2006), S. 23–44.



Dr. **Daniela Munkel**, Forschungsprojektleiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin), apl. Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Leibniz-Universität Hannover; veröffentlichte u.a.: „Willy Brandt und die ‚Vierte Gewalt‘: Politik und Massenmedien in der Bundesrepublik der 50er bis 70er Jahre“ (Frankfurt a.M./New York 2005); zusammen mit Peter Struck „‚Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität‘. Die Programmggeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit 1863“ (Berlin 2007); „Das Ermächtigungsgesetz 1933. Eine Dokumentation zum 75. Jahrestag“ (Berlin 2008); „Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA“ (Frankfurt a.M./New York 2008); „Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ (Göttingen 2011).

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Michael Burleigh, Harold James,
Hélène Miard-Delacroix, Herfried Münkler,
Georges-Henri Soutou und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Johannes Hürter, Udo Wengst,
Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Assistenz: Renate Bihl

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b
80636 München, Tel. 1 26 88-0, Fax 1 26 88-191,
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

59. Jahrgang 2011

Oldenbourg

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

B a u e r , Kurt: Hitler und der Juliputsch 1934 in Österreich. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Außenpolitik in der Frühphase des Regimes	193
B e c k e r , Werner: 12 Jahre Euro. Aus ruhigen Gewässern in stürmische See	445
B e r n h a r d , Patrick: Konzertierte Gegnerbekämpfung im Achsenbündnis. Die Polizei im Dritten Reich und im faschistischen Italien 1933 bis 1943	229
G i l d e , Benjamin: Keine neutralen Vermittler. Die Gruppe der neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten und das Belgrader KSZE-Folgetreffen 1977/78	413
G r a f , Rüdiger / P r i e m e l , Kim Christian: Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin	479
G ü n t h e r , Frieder: Ordnen, gestalten, bewahren. Radikales Ordnungdenken von deutschen Rechtsintellektuellen der Rechtswissenschaft 1920 bis 1960	353
H e i n , Bastian: Himmlers Orden. Das Auslese- und Beitrittsverfahren der Allgemeinen SS	263
H ü r t e r , Johannes: Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust. Kritische Bemerkungen zu einem Kommissionsbericht	167
K e r s h a w , Ian: „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts	1
L a m m e r t , Markus: Die französische Linke, der Terrorismus und der „repressive Staat“ in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren	533
M a y e r , Michael: Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten. Das Auswärtige Amt im Dritten Reich – Eine Binnendifferenzierung	509
P a t e l , Kiran Klaus: Zeitgeschichte im digitalen Zeitalter. Neue und alte Herausforderungen	331
S c h u m a c h e r , Martin: Namensähnlichkeit als Ausschlussgrund? Der Fall der Frankfurter Anwältin Elfriede Cohnen und die Säuberung der Anwaltschaft in Preußen 1933	19
S t o p p e r , Sebastian: „Die Straße ist deutsch.“ Der sowjetische Partisanenkrieg und seine militärische Effizienz. Eine Fallstudie zur Logistik der Wehrmacht im Brjansker Gebiet April bis Juli 1943	385
S z a t k o w s k i , Tim: Die CDU/CSU und die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom Oktober 1975. Humanität oder Konfrontation?	53

DISKUSSIONEN

B o y e r , Christoph: „1989“ und die Wege dorthin	101
N e h r i n g , Holger / Z i e m a n n , Benjamin: Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik	81
O t t o , Reinhard / K e l l e r , Rolf: Zur individuellen Erfassung von sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Wehrmacht.	563

DOKUMENTATIONEN

A l t r i c h t e r , Helmut: „Entspannung nicht auf Kosten des Sozialismus“. Das Treffen Andrei Gromyko – Erich Honecker am 11./12. Mai 1978	121
M a l y c h a , Andreas: Ungeschminkte Wahrheiten. Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978	283
M ü n k e l , Daniela: Unruhe im eingeschlossenen Land. Ein interner Stasi-Bericht zur Lage in der DDR nach dem Mauerbau	579

NOTIZEN

Neue Soziale Bewegungen – ein Sammelschwerpunkt des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte	149
Schreib-Praxis. Das Institut für Zeitgeschichte und der Oldenbourg Verlag veranstalten zum fünften Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar (29. August bis 2. September 2011)	151 u. 315
Friedrich Wilhelm Rothenpieler scheidet als Stiftungsratsvorsitzender aus . .	307
Helmut Altrichter scheidet als Beiratsvorsitzender aus	311
Amtswechsel im Institut für Zeitgeschichte. Nach 19 Jahren scheidet Horst Möller aus dem Amt	467
Online verfügbar: das „Zeugenschrifttum“ des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte	609